

B 6897F

Informationen

zur politischen Bildung 258

1. Quartal 1998



Zeiten des Wandels

Deutschland 1961–1974



Informationen

zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Das Ende der „Ära Adenauer“	3
Innenpolitische Krisen	3
„Spiegel-Affäre“	4
Schatten der Geschichte	5
Zwischen Israel und den arabischen Staaten	7
Wahlerfolge von rechts	9
Wirtschaftskrise 1966/67	9
Erhards Sturz	10
Große Koalition und Außerparlamentarische Opposition	11
Überwindung der Wirtschaftskrise	11
Parteienfinanzierung	13
Studentenbewegung	14
Notstandsgesetze	18
Streikbewegungen	20
Die DDR in den sechziger Jahren	22
Das Neue Ökonomische System	22
Abgrenzung nach Westen	24
Neues Strafrecht	25
Verfassung von 1968	26
Jugendpolitik	26
Bildungspolitik	29
Harter Kurs	30
Hochschulreform	31
Sozialliberale Koalition und innere Reformen	31
Wandel in der FDP	31
Machtwechsel	32
Innenpolitischer Wandel	33
Strafrechtsreform	34
Ehe- und Familienrecht	35
Soziale Sicherung	36
Mitbestimmung	36
Bildungsdiskussionen und -reformen	38
Die DDR in den siebziger Jahren	40
Ulbrichts Sturz	40
Honeckers Sozialismus	42
Tendenzwende Anfang der siebziger Jahre	44
Innere Sicherheit	44
Stagflation	45
Ölkrise	47
Kanzlerwechsel 1974	47
Die westeuropäische Integration 1963–1974	49
Verhältnis zu Frankreich	49
Rückschläge für die EWG	52
Ausbau der EG	53
Die DDR zwischen Moskau und Bonn	54
Literaturhinweise	57

Zu diesem Heft:

Die sechziger und die erste Hälfte der siebziger Jahre sind als Zeiten des Wandels in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen. Während die fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Festigung des Staatswesens geprägt waren, brachten die folgenden Jahrzehnte erste Wirtschaftskrisen, Elitenwechsel – führende Repräsentanten, die noch in der Weimarer Republik ihre Karriere begonnen hatten, traten ab –, Jugendprotest, Politisierung der Bevölkerung, gesellschaftliche Reformen und Ansätze zu einer neuen Außen- und Deutschlandpolitik.

Der DDR gelang die ökonomische und auch politische Konsolidierung erst nach dem Bau der Mauer 1961. Die folgenden Jahre verliefen dort ruhiger als in der Bundesrepublik. Immerhin kam es zu Wirtschaftsexperimenten, zu Bildungsreformen und vor allem zum Wechsel in der Partei von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971. Beiden Staaten gemeinsam war in dieser Zeit ein „meist negativer Wechselbezug“ ihrer Politik (Christoph Kleßmann), technologischer Optimismus und der Glaube an die Steuerbarkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse.

Nach der Wiedervereinigung 1990 kann deutsche Nachkriegsgeschichte nicht – wie noch in den siebziger und achtziger Jahren selbstverständlich – als separate Entwicklung zweier getrennter Staaten in unterschiedlichen Heften dargestellt werden. Aber jeder Versuch einer integrierenden, einheitlichen gesamtdeutschen Geschichtsschau wird wohl kaum gelingen. Dazu waren doch beide Staaten wie auch ihr Selbstverständnis zu unterschiedlich. Schon die einheitliche Periodisierung bereitet Schwierigkeiten. Der Bau der Mauer 1961 ist einer der gravierendsten Einschnitte der DDR-Geschichte, während zumindest für die innere Entwicklung der Bundesrepublik dieses Datum ein deutlich geringeres Gewicht hatte. Für sie wäre der Rücktritt Konrad Adenauers als Bundeskanzler 1963 oder die Etablierung der Großen Koalition 1966 ein mindestens ebenso wichtiger Einschnitt.

Problematischer verhält es sich mit dem Ende des hier dargestellten Zeitabschnitts. Es gibt kein Datum, das für beide Staaten eine gemeinsame Bedeutung hätte. Während in der DDR der Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 einen Einschnitt bedeutete, könnte für die Bundesrepublik der Regierungsantritt der Sozialliberalen Koalition ausgewählt werden. Wir haben uns für das Jahr 1974 entschieden, das mit dem Rücktritt Willy Brandts als Bundeskanzler und weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten das Ende der Reformära brachte.

In dem hier vorgelegten Heft wird das Schergewicht der Darstellung auf die innere Entwicklung beider deutscher Staaten gelegt. Die äußere Entwicklung und die Deutschlandpolitik werden in den Heften 245 „Internationale Beziehungen I“, 232 und 233 „Die deutsche Teilung“ und 250 „Der Weg zur Einheit“ behandelt.

Jürgen Faulenbach

Das Ende der „Ära Adenauer“

Peter Borowsky

Am 15. Oktober 1963 trat Bundeskanzler Konrad Adenauer im Alter von 87 Jahren von seinem Amt zurück. Vierzehn Jahre hatte er die Bundesrepublik Deutschland regiert – länger, als die Weimarer Republik, die in dieser Zeit dreizehn Kanzler verbraucht hatte, überhaupt existierte. Unter Adenauer hatte die Bundesrepublik eine politische Stabilität gewonnen, die der ersten deutschen Republik versagt geblieben war, und die freiheitlich-demokratische Grundordnung hatte sich auch im Bewußtsein der Deutschen weitgehend etabliert. Konrad Adenauer hatte die Bundesrepublik aus dem Besatzungsstatut in die Souveränität geführt und erfolgreich ihre Integration in das westliche Verteidigungssystem und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betrieben. In seine Regierungszeit fielen der wirtschaftliche Wiederaufbau und das sogenannte Wirtschaftswunder. Auch wenn Adenauer das Ziel der deutschen Wiedervereinigung nicht erreichte und seine Art zu regieren vor allem gegen Ende vielfach auf Kritik stieß, haben die Wählerinnen und Wähler seine Politik immer wieder bestätigt.

Am 16. Oktober 1963 wählte der Deutsche Bundestag den langjährigen Wirtschaftsminister und „Vater des Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhard zu Adenauers Nachfolger. Dieser Regierungswechsel wurde von den Zeitgenossen als Ende eines Zeitabschnitts begriffen. Das Ende der „Ära Adenauer“ zeichnete sich allerdings schon früher ab; und das Verhalten des greisen Bundeskanzlers trug nicht unwesentlich dazu bei, daß sein Ansehen und seine Autorität in der eigenen Partei, im Parlament und in der Öffentlichkeit langsam sanken. Deutlich wurde dies zum ersten Mal in der sogenannten „Präsidentschaftskrise“ 1959.

Innenpolitische Krisen

Als im Sommer 1959 die zweite Amtszeit von Bundespräsident Theodor Heuss ablief, schlug Adenauer zunächst Ludwig Erhard als Nachfolger vor. In der Öffentlichkeit wurde sofort der Verdacht laut, daß Adenauer den populären Wirtschaftsminister in das machtlose Repräsentationsamt „fortloben“ wollte, damit Erhard nicht mehr als Kanzlernachfolger in Betracht käme. Erhard lehnte ab, und daraufhin meldete Adenauer zur allgemeinen Überraschung selbst am 7. April 1959 seine Kandidatur für das Präsidentenamt an. Er hatte offenkundig die Absicht, als Bundespräsident die Politik seines Nach-

folgers zu kontrollieren. Als Adenauer jedoch einsah, wie begrenzt die Möglichkeiten des Bundespräsidenten sind, in politische Entscheidungen einzugreifen, und als sich herausstellte, daß die CDU/CSU-Fraktion trotz Adenauers Bedenken an Ludwig Erhard als Kanzlerkandidaten festhalten würde, zog er am 5. Juni 1959 seine Kandidatur wieder zurück und überredete Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke, sich der Wahl zu stellen. Lübke wurde daraufhin am 1. Juli 1959 von der Bundesversammlung in Berlin zum Bundespräsidenten gewählt und blieb nach seiner Wiederwahl 1964 bis 1969 im Amt. Adenauer machte in der „Präsidentschaftskrise“ zeitweise einen unsicheren Eindruck. Andererseits stieß die Unbedenklichkeit, mit der er das höchste Staatsamt für seine personalpolitischen Zwecke hatte benutzen wollen, nicht nur bei seinen Kritikern, sondern auch in der eigenen Partei auf Unverständnis und Ablehnung.

Fernsehstreit

Weiteren Schaden erlitt Adenauers Ansehen im sogenannten Fernsehstreit. In den fünfziger Jahren gab es in der Bundesrepublik nur ein Fernsehprogramm, das von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) ausgestrahlt wurde. Immer wieder bemühte sich Adenauer, ein zweites Fernsehprogramm zu schaffen, das allerdings unter Einfluß und Aufsicht

der Bundesregierung stehen sollte. Dies ließ sich aber nur im Einvernehmen mit den Ländern regeln, da deren Kulturhoheit durch das Fernsehen berührt wurde.

Monatelange Verhandlungen über die Einrichtung eines zweiten Fernsehprogramms führten am 15. Juli 1960 zu einem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den CDU/CSU-regierten Ländern, das die Gründung einer privatrechtlich organisierten „Deutschland-Fernsehen GmbH“ vorsah. Adenauer war mit der Vereinbarung nicht zufrieden, denn im Aufsichtsrat der geplanten Gesellschaft hätte der Bund nur fünf von fünfzehn Sitzen gehabt. Er versuchte daher, die Länder zu überrumpeln, indem er und Bundesfinanzminister Fritz Schäffer als „Treuhänder“ für die zu spät eingeladenen Länder am 25. Juli 1960 den Gesellschaftervertrag unterzeichneten und die Länder aufforderten, Anteile zu übernehmen. Als diese ablehnten, gab Schäffer ihre Anteile an die Bundesregierung zurück. Diese besaß damit eine von ihr allein beherrschte privatrechtliche Fernsehgesellschaft.

Die SPD-regierten Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen riefen das Bundesverfassungsgericht an. Am 28. Februar 1961 erklärte das Gericht die Gründung der „Deutschland-Fernsehen GmbH“ für verfassungswidrig (sogenanntes Fernsehurteil). Eine allein von der Bundesregierung beherrschte Fernseh-



Der scheidende Bundeskanzler Konrad Adenauer (r.) und sein Nachfolger Ludwig Erhard beim Abschiedsbankett am 11. Oktober 1963 im Palais Schaumburg in Bonn.

Programmauftrag des Fernsehens

Am 28. Februar 1961 erkennt der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Adenauer-Fernsehen“ auf Rechtswidrigkeit und legt damit zugleich eine „Magna Charta“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor, die ein Vierteljahrhundert Geltung behalten soll. Das Fernsehen als gemeinnütziges Bürgermedium für alle, das Marktmächten und staatlichen Zugriffen entzogen, aber gesellschaftlich kontrolliert – einem umfassenden Programmauftrag zu entsprechen habe („Information, Bildung, Unterhaltung“). [...]

In den sechziger Jahren verliert das Fernsehen, salopp gesagt, seine Beschaulichkeit als eher randständiges, wenig beachtetes, geringgeachtetes Medium nur technisch ersten Ranges. Die Sechziger sind die Zeit, in der sich das Fernsehen als medialer Lebensbestandteil wirklich etabliert: 1961 besitzen gerade fünf Millionen Haushalte ein Empfangsgerät, zehn Jahre später sind es sechzehn Millionen. [...]

Am 1. April 1963 nimmt das per Staatsvertrag der Länder konstituierte Zweite Deutsche Fernsehen seinen Sendebetrieb auf (ganze zweieinhalb Stunden Programm gibt es an diesem Tag aus Mainz) – damit ist nun nicht nur eine Konkurrenz für die ARD und deren erstes und bis dahin einziges Programm zur Stelle, es ist vor allem eine erheblich ausgeweitete Programmproduktion eingetreten. Und: Die Zeit des Zwangsabonnements der Zuschauer auf ein Programm ist abgelaufen – womit auch die Idee vom Integrationsrundfunk ein Quentchen praktischer Bedeutung einbüßt. [...]

Zur Programmvermehrung tragen auf freilich besondere Weise die Mitte der sechziger Jahre in Betrieb gehenden Dritten Programme bei. (Als erstes Drittes Fernsehprogramm sendet vom 22. September 1964 an das bayerische. Die anderen folgen bis 1969.) [...] Doppelt motiviert und inspiriert (und je nachdem auch konzipiert), haben sie zum einen (umfassend und durchaus intentional verstanden) *Bildung* des Publikums vor (das Fernsehen als Erwachsenenschule der Nation, [...]) zum anderen wollen sie einem Medium, das im Verdacht steht, hoffnungslos vulgär zu sein, zu kultureller Signifikanz verhelfen: Es soll nicht nur eines von Kulturvermittlung sein, es soll nicht allein über Literatur, Kunst, Theater, Wissenschaft, Musik berichten, es soll auch selbst in die Produktion von Kultur eintreten und Kultur so immer größeren Minderheiten zugänglich machen, wie es nur ein bilderträchtig-anschauliches Massenmedium vermag.

Werner Höfer/Hans Janke, „Fernsehen – Das goldene Zeitalter“, in: Hilmar Hoffmann, Heinrich Klotz (Hg.), *Die Sechziger*, Düsseldorf 1987, S. 214 ff.

stalt gefährde die Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung und verstoße gegen die föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland, denn die Sicherung der Rundfunkfreiheit sei ausschließlich Sache der Länder, verkündete das Gericht.

Das Urteil war ein Meilenstein des deutschen Rundfunkrechts, ein Sieg für den Föderalismus, ein Faustpfand der Meinungsfreiheit und eine empfindliche Niederlage für Adenauer. Es beschleunigte aber auch die Entscheidung für ein zweites Fernsehprogramm: Am 6. Juni 1961 unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Länder in Stuttgart den Staatsvertrag über die Errichtung des „Zweiten Deutschen Fernsehens“ (ZDF), einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit Sitz in Mainz. Das ZDF nahm seine Sendungen am 1. April 1963 auf.

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 fiel in die heiße Phase des Wahlkampfes zu den Bundestagswahlen am 17. September 1961. Adenauers Reaktion auf den Mauerbau fiel zurückhaltend aus. Er besuchte West-Berlin erst eine Woche nach dem Mauerbau und setzte in seinem Wahlkampf auch persönliche Angriffe gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin und Spitzenkandidaten der SPD, Willy Brandt, fort.

Aus der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961 gingen CDU und CSU mit 45,3 Prozent der Zweitstimmen als Siegerinnen hervor. Sie hatten allerdings ihre absolute Mehrheit verloren und waren daher auf ein Bündnis mit der FDP (12,8 Prozent) angewiesen. Die FDP-Führung wiederum hatte sich im Wahlkampf eindeutig gegen eine vierte Amtszeit Adenauers ausgesprochen. In den Koalitionsverhandlungen erklärte sich die FDP schließlich zu einer Koalition mit der CDU/CSU unter Adenauers Führung bereit, wenn dessen Amtszeit befristet würde. Adenauer stimmte zu, ohne ein Datum zu nennen.

„Spiegel“-Affäre

Die auch als „Spiegel“-Affäre bekannte Episode war in Wirklichkeit eine Strauß-Affäre. Franz-Josef Strauß hatte sich seit seiner Ernennung zum Verteidigungsminister 1956 immer wieder energisch für das Konzept der „massiven Abschreckung“ und für eine Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen eingesetzt. Dazu gehörte auch der Plan, daß die NATO im Falle „als sicher erkannt“ sowjetischer Angriffsabsichten diesen mit einem vorbeugenden Schlag („preemptive strike“) zuvorkommen sollte. Strauß hielt an diesem Konzept auch fest, als die US-Regierung unter John F. Kennedy 1961 zur Verteidigungskonzeption der flexiblen Reaktion („flexible response“) übergang. Diese Strategie sollte im Konfliktfall den Einsatz von Atomwaffen

möglichst lange aufschieben, um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen.

Die beiden unterschiedlichen Verteidigungskonzepte wurden in der deutschen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Die schärfsten Kritiker von Strauß saßen in der „Spiegel“-Redaktion in Hamburg. Der „Spiegel“ lehnte nicht nur die Verteidigungskonzeption von Franz-Josef Strauß ab, er griff ihn auch politisch-persönlich an, indem er über vermeintliche und tatsächliche Unregelmäßigkeiten und Affären berichtete, in die Strauß oder Verwandte und Freunde von ihm verwickelt waren.

Am 10. Oktober 1962 analysierte ein „Spiegel“-Artikel unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ das NATO-Stabsmanöver „Fallex 61“. Er kam zu dem Schluß, daß die Verteidigung der Bundesrepublik im Falle eines Angriffs des Warschauer Pakts keineswegs gesichert sei und daß das Konzept des vorbeugenden Schlages den Frieden eher gefährdete als sicherte.

In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1962, achtzehn Tage nach dem Erscheinen des Artikels, wurden die Redaktionsräume des „Spiegel“ in Hamburg, die „Spiegel“-Redaktion in Bonn und mehrere Privatwohnungen im Hamburg von Beamten des Bundeskriminalamtes und der Hamburger Polizei durchsucht. Der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein, der Verlagsdirektor und mehrere leitende Redakteure wurden verhaftet. Angeordnet hatte diese Maßnahmen die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, nachdem ein von ihr angefordertes Gutachten des Bundesverteidigungsministeriums am 19. Oktober zu dem Ergebnis gekommen war, daß der „Spiegel“-Artikel „Bedingt abwehrbereit“ geheimzuhaltende Tatsachen veröffentlicht habe, die er durch Verrat von Angehörigen des Bundesverteidigungsministeriums erhalten habe. Die Begründungen für die Haftbefehle lauteten auf Tatverdacht des Landesverrats, der landesverräterischen Fälschung und der aktiven Bestechung.

Der eigentlich zuständige Bundesjustizminister Wolfgang Stammberger (FDP) wurde ebenso wie der Hamburger Innensenator Helmut Schmidt (SPD) gar nicht oder erst verspätet informiert. Die Verhaftung des Artikelschreibers Conrad Ahlers während seines Urlaubs in Spanien hatte – wie sich später herausstellte – Verteidigungsminister Strauß unter Umgehung des Auswärtigen Amtes über den Militärattaché an der deutschen Botschaft in Madrid veranlaßt, auch wenn er noch am 7. und 8. November versichert hatte, er habe mit der Sache „im wahrsten Sinne des Wortes nichts zu tun“.

Die Durchsuchung und die Verhaftungen sowie die bis zum 26. November dauernde Besetzung der „Spiegel“-Redaktion durch die Polizei wurden von führenden CDU/CSU-Politikern mit dem Landesverrats-

vorwurf gerechtfertigt. Konrad Adenauer sprach am 7. November in einer erregten Debatte vor dem Deutschen Bundestag von einem „Abgrund von Landesverrat“, der sich hier aufgetan habe.

Das Vorgehen gegen den „Spiegel“ nährte für viele Beobachter den Verdacht, daß der dehnbare Begriff des „Staatsgeheimnisses“ benutzt werden sollte, um ein regierungskritisches Nachrichtenmagazin einzuschüchtern und in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen. Doch Redaktionen anderer Zeitungen und Zeitschriften unterstützten die „Spiegel“-Redakteure bei der Vorbereitung und Herstellung des nächsten Heftes. Schon am Tage nach der Besetzung der „Spiegel“-Redaktion protestierten Schriftstellerinnen und Schriftsteller der „Gruppe 47“, ihnen folgten Proteste von Künstlern, Geistlichen und Hochschullehrern. Massenkundgebungen von Studierenden und Gewerkschaften schlossen sich an. Der Protest richtete sich gegen die Bundesregierung wegen ihrer vermeintlich massiven Eingriffe in die Presse- und Meinungsfreiheit.

Die „Spiegel“-Affäre führte zu einer Regierungskrise: Die FDP-Fraktion forderte wie die SPD den Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß und zog ihre fünf Minister aus der Regierung zurück. Bundeskanzler Konrad Adenauer bildete am 14. Dezember ein neues Kabinett, dem Strauß nicht mehr angehörte, und kündigte seinen Rücktritt für den Herbst 1963 an. Darüber hinaus hatte die „Spiegel“-Krise weitreichende Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland: Spontan hatten sich Menschen unterschiedlicher politischer Richtungen zusammengesetzt, um gegen die vermeintliche Verletzung von Grundrechten zu protestieren. Und erstmals war aus der Krise nicht die Staatsmacht, sondern die Öffentlichkeit als Siegerin hervorgegangen. Im August 1966 wies allerdings das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde des „Spiegel“ gegen die Haft- und Durchsuchungsbefehle zurück: Militärische Geheimhaltung im Interesse der Staatssicherheit und die Pressefreiheit seien einander zugeordnet. Im Konfliktfalle seien die Gefahren, die der Sicherheit des Landes aus der Veröffentlichung erwachsen könnten, gegen das Bedürfnis der Bevölkerung, über wichtige Vorgänge auch auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik unterrichtet zu werden, abzuwägen. Dabei konnte jedoch nicht festgestellt werden, daß seitens der öffentlichen Gewalt verfassungswidrig vorgegangen worden wäre.

Schatten der Geschichte

Ludwig Erhard sagte am 10. November 1965 in der Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl: „Alle Generationen unseres Volkes tragen zwar an den Folgen einer im deutschen Namen von 1933 bis 1945 geübten Politik. Die Bezugs-

punkte in der Arbeit des 5. Deutschen Bundestages und der Politik der Bundesregierung dürfen dennoch nicht mehr der Krieg und die Nachkriegszeit sein. Sie liegen nicht hinter uns, sondern vor uns. Die Nachkriegszeit ist zu Ende“.

Erhards Hinweis auf den Krieg wurde von manchen Kritikern als Versuch gewertet, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen – und das zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit einen Höhepunkt erreicht hatte. Diese Diskussion wurde 1958 durch den Ulmer „Einsatzgruppenprozeß“ gegen Verantwortliche der an der Ermordung einer sehr großen Zahl von Juden beteiligten Kommandos und 1959 durch eine Welle von antisemitischen Schmierereien ausgelöst.

Zur Folge hatte sie die Einrichtung der „Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“ in Ludwigsburg. Die Ludwigsburger Zentralstelle sollte Verbrechen „gegenüber Zivilpersonen außerhalb der eigentlichen Kriegshandlungen, insbesondere bei der Tätigkeit der sogenannten Einsatzkommandos“ der SS und „in Konzentrationslagern und ähnlichen Lagern“ systematisch aufklären und alle Ermittlungsverfahren zusammenführen (siehe dazu auch „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 256 zum Thema „Deutschland in den fünfziger Jahren“, Seite 23).

Die Debatte erhielt neue Impulse durch den Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, der 1961 in Jerusalem vor Gericht stand und als einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung von mehr als fünf Millionen Juden schließlich zum Tode verurteilt wurde.

Auschwitz-Prozeß

Diese Diskussion erreichte eine neue Dimension, als am 20. Dezember 1963 in Frankfurt/Main der Prozeß gegen zwanzig ehemalige Aufseher des Vernichtungslagers Auschwitz begann. Der Auschwitz-Prozeß war das bisher größte Strafverfahren gegen Beteiligte am Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas. Vier Jahre hatten die Prozeßvorbereitungen gedauert. In dieser Zeit waren rund 1300 Zeugenaussagen gesammelt worden. Im Prozeß sagten 359 Zeuginnen und Zeugen aus 19 Nationen aus. Es waren Menschen, die Auschwitz überlebt hatten und denen es sichtlich schwerfiel, nach Deutschland zu kommen und ihren Peinigern von gestern gegenüberzustehen. Ihre Aussagen brachten eindringlich und erschütternd das Grauen der Vernichtungslager wieder in Erinnerung. Sie konfrontierten die Deutschen mit einer Vergangenheit, die die meisten am liebsten vergessen hätten und verdrängen wollten.

In den Verhandlungen und in der Berichterstattung über den Prozeß wurden nicht nur das Verhalten der Angeklagten und ihre Motive untersucht, sondern es ging dabei – ausgesprochen oder unausgesprochen – auch immer um die Mehrzahl der Deutschen, die das Regime auf dessen Befehle sich die Angeklagten in ihrer Verteidigung beriefen, zugelassen oder unterstützt hatten. Nachdem 20 Monate verhandelt worden war, verkündete das Schwurgericht beim Landgericht Frankfurt am 19. August 1965 seine Urteile. Sechs Angeklagte wurden zu lebenslanger Zuchthaushaft verurteilt, elf – darunter der Adjutant des Lagerkommandanten – erhielten Zuchthausstrafen zwischen drei und 14 Jahren, drei Angeklagte wurden freigesprochen.



Gegen die Verhaftung von Redakteuren und gegen die Durchsuchung von Redaktionsräumen des „Spiegel“ in Hamburg und Bonn demonstriert am 30. Oktober 1962 eine Gruppe von Studierenden vor der Frankfurter Hauptwache mit einem Sitzstreik.

„Keine Verjährung für Mord“

Rede des Bundestagsabgeordneten Ernst Benda am 10. März 1965

Der Deutsche Bundestag hat bei vielen Gelegenheiten in einer so eindeutigen Weise und im ganzen Haus übereinstimmend seinen Abscheu vor den Verbrechen des Nationalsozialismus und seinen Willen zur Wiedergutmachung und Ablehnung jedes Nationalismus oder jedes Neonazismus in unserem Volke bekundet [...]

Für die Antragsteller (gegen die Verjährung, Anm. d. Red.) steht über allen Erwägungen juristischer Art ganz einfach die Erwägung, daß das Rechtsgefühl eines Volkes in unerträglicher Weise korumpiert werden würde, wenn Morde ungesühnt bleiben müßten, obwohl sie gesühnt werden könnten. Ich habe hier unter vielen Briefen, die ich bekommen habe, den Brief eines mir ganz unbekannten Mannes, eines Sozialinspektors aus Hamburg, der mit Jugendlichen, die gefährdet sind, straffällig zu werden, zusammenarbeitet. Er schreibt, daß ihn die Jungen, die Dummheiten gemacht haben und nun im Jugendgefängnis sitzen, [...] fragen, wie es mit der Gerechtigkeit sein könne in einem Staat, in dem für Jungenstreiche jemand ins Gefängnis kommt und Leute, die Morde begangen haben, unbestraft herumspazieren. [...] Das ist einfach der Kern des Problems. [...]

Ich komme zum Schluß mit einem anspruchsvollen Wort, das mir ein Kollege gesagt hat, der in dieser Sache einer völlig anderen Meinung ist als ich. Er hat mir gegenüber gemeint, man müsse um der Ehre der Nation willen mit diesen Prozessen Schluß machen. Meine Damen und Herren, Ehre der Nation – hier ist für mich einer der letzten Gründe, warum ich meine, daß wir hier die Verjährungsfrist verlängern bzw. aufheben müßten. [...]

Das gehört für mich zur Ehre der Nation, daß der, wie ich weiß, unvollkommen bleibende, aber redliche Versuch unternommen wird, das zu tun, daß man von sich sagen kann: Man hat das, was möglich ist, getan. [...]

Und es gibt dann schließlich das Wort, das ich an den Schluß setzen möchte, es gibt dieses Wort an dem Mahnmal in Jerusalem für die sechs Millionen ermordeten Juden, das in einer eindrucksvollen Form in einer ganz schlichten Halle den Satz zitiert, der nicht aus diesem Jahrhundert stammt, der von einem jüdischen Mystiker des Anfangs des 18. Jahrhunderts stammt – ich sage ihn gleich in Deutsch, er steht dort in Englisch und Hebräisch –: Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.

Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 522 ff.

Die internationale Öffentlichkeit und Teile der deutschen Bevölkerung reagierten empört auf das ihrer Meinung nach zu niedrig ausgefallene Strafmaß, schließlich waren in Auschwitz mehr als eine Million Menschen vergast oder auf andere Weise zu Tode gemartert worden. Andererseits wurde anerkannt, daß das Gericht nichts anderes hatte tun können, als Einzelpersonen in nachweisbaren Einzelfällen anzuklagen und abzuurteilen. Das Verbrecherische eines ganzen Regimes festzuhalten, konnte nicht Aufgabe eines deutschen Schwurgerichts sein. In ihrer Urteilsbegründung hoben die Richter daher ausdrücklich hervor, daß sie weder berufen noch in der Lage gewesen seien, die deutsche Vergangenheit zu bewältigen. Sie wollten damit auch der Auffassung entgegenreten, die Gerichte könnten – quasi stellvertretend für alle Deutschen – die nationalsozialistische Vergangenheit durch Verurteilung einiger KZ-Aufseher „aufarbeiten“.

Die lange Dauer und das für viele unbefriedigende Ergebnis des Auschwitz-Prozesses und ähnlicher Verfahren – beispielsweise gegen die Aufseher des Lagers Treblinka – resultierten auch aus der Tatsache, daß die deutsche Justiz die notwendigen Schritte zur Verfolgung nationalsozialistischen Unrechts nicht eher eingeleitet hatte.

Eine Ursache für dieses Versäumnis war sicher die Belastung vieler noch amtierender Juristen durch ihre frühere Mitwirkung an nationalsozialistischen Unrechtsurteilen. Die zögernde strafrechtliche Verfolgung nationalsozialistischer Unrechtstaten war zugleich aber auch ein Indikator für den mangelnden Willen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft insgesamt, sich mit der eigenen Vergangenheit selbstkritisch auseinanderzusetzen.

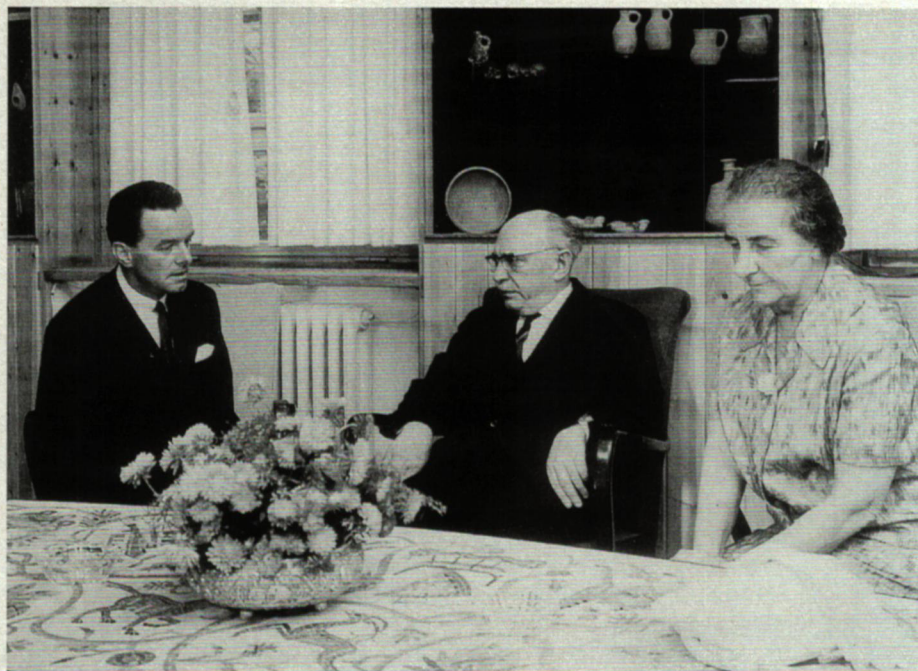
Verjährungsdebatte

Im Jahre 1965 – zwanzig Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ – stand entsprechend den Bestimmungen des deutschen Strafrechts die Verjährung aller vor 1945 begangenen Kapitalverbrechen an. Die Bundesregierung lehnte eine Verlängerung der Verjährungsfrist wegen des im Grundgesetz verankerten Verbots rückwirkender Gesetze ab („nulla poena sine lege“ – keine Strafe ohne zur Zeit der Tat gültiges Gesetz). Bundesjustizminister Ewald Bucher (FDP) erwartete 1964, daß die Arbeit der Zentralstelle so viele Fälle von NS-Gewaltverbrechen ermitteln und durch rechtzeitige Anklageerhebung der Verjährung entziehen würde, daß eine Verlängerung oder Aufhebung der Verjährungsfrist keinen praktischen Nutzen mehr für die Strafverfolgung haben würde. Die Bundesregierung appellierte an alle betroffenen Staaten – ausgenommen die DDR –, ihre Unterlagen über Naziverbrechen zur Verfügung zu stellen, damit eventuelle Verfahren noch vor Ablauf der Verjährungsfrist eingeleitet werden könnten.

Dennoch setzte in der Bundesrepublik eine Diskussion über die Aufhebung oder Verlängerung der Verjährungsfrist ein. Sie erreichte ihren Höhepunkt in den Bundestagsdebatten vom 10. und 13. März 1965. Die parlamentarische Auseinandersetzung zeichnete sich dadurch aus, daß die Argumente für und wider die Verjährung unabhängig von der Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten vorgetragen und begründet wurden. So bildete sich eine Art „Großer Koalition“ aus Abgeordneten der CDU unter Federführung des späteren Richters am Bundesverfassungsgericht Ernst Benda und der SPD-Fraktion, die eine Verlängerung oder Aufhebung der Verjährungsfrist befürworteten. Dagegen plädierten die FDP-Fraktion und ein Großteil



Das Schwurgericht bei einem Ortstermin im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz 1963. Mehr als vier Jahre dauerte die Vorbereitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses.



Der erste deutsche Botschafter Rolf Pauls (l.) im Gespräch mit dem israelischen Staatspräsidenten Salman Schasar und Außenministerin Golda Meir am 19. August 1968.

der CDU/CSU-Fraktion für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung.

Justizminister Bucher sprach sich in einer persönlichen Stellungnahme gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewaltverbrechen aus, weil er jedes rückwirkende Gesetz auf dem Gebiet des Strafrechts für eine Gefährdung der Rechtssicherheit hielt. Schon jetzt stünden die Gerichte oft vor einer unlösbaren Aufgabe, weil immer mehr Zeugen ausfielen oder ihr mangelndes Erinnerungsvermögen die Wahrheitssuche immer schwieriger mache.

Die Befürworter einer Verlängerung oder Aufhebung der Verjährungsfrist betonten dagegen, daß es sich in erster Linie um eine politisch-moralische Entscheidung handle und daß daher für die rechtlichen Probleme eine Lösung gefunden werde müsse. Ernst Benda (CDU), Gerhard Jahn (SPD) und Adolf Arndt (SPD) wiesen darauf hin, daß sich der Grundsatz „nulla poena sine lege“ nicht auf die Festlegung einer Verjährungsfrist beziehe, sondern darauf, daß der Täter nicht wegen eines Tatbestandes bestraft werden dürfe, den es zur Tatzeit noch nicht gab und den er deshalb noch gar nicht für strafbar halten konnte. Das sei aber gerade bei Mord nicht der Fall, und niemand könne von der Bestrafung nur deswegen ausgenommen werden, weil er bei Begehen der Tat nicht wußte, ob sie nach 20 Jahren oder später oder überhaupt nicht verjähren würde.

Das Ergebnis der Auseinandersetzungen war ein Kompromiß: Im „Berechnungsgesetz“ vom 13. März 1965 wurde der Ablauf der Verjährungsfrist von 1965 auf 1970 verschoben. 1969 wiederholte sich dann im Bundestag die Diskussion über die Verjährungsfrist: Das 9. Strafrechtsänderungsgesetz sah nunmehr für Völkermord kei-

nerlei Verjährung und für Mord eine Verjährungsfrist von 30 Jahren vor. Als sich das Problem demzufolge im Jahre 1979 erneut stellte, hob der Bundestag schließlich die Verjährungsfrist für Mord gänzlich auf.

Zwischen Israel und den arabischen Staaten

Wie weit die Schatten der Vergangenheit reichten, zeigte sich 1965 auch in der westdeutschen Außenpolitik, als die Bundesrepublik versuchte, ihre moralischen und politischen Verpflichtungen gegenüber Israel mit ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen in der arabischen Welt zu vereinbaren und dabei scheiterte. Aufgrund des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel vom 10. September 1952 (vgl. auch „Informationen zur Politischen Bildung“ Nr. 256, Seite 22 f.) zahlte die Bundesrepublik bis Mai 1965 knapp 3,5 Milliarden DM Wirtschaftshilfe an Israel und trug damit nicht unerheblich zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes bei. 1957 begann die Bundesrepublik auch Waffen an Israel zu liefern, während Israel Ausrüstungsgegenstände an die Bundeswehr verkaufte. Diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bestanden jedoch nicht. Die arabischen Staaten waren über die westdeutsche Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel zwar beunruhigt, sie unterhielten aber diplomatische Beziehungen zu Bonn und erhielten westdeutsche Kredite. Allein Ägypten empfing bis Ende 1964 1,3 Milliarden DM an Hilfen, Krediten und Bürgschaften. Hintergrund dieser Transaktion war die Hallsteindoktrin. Dabei handelte es sich um einen 1955 formulierten außenpolitischen Grundsatz, wonach die Bundesrepublik Deutschland – aufgrund des von ihr praktizierten Alleinvertretungsan-

Diplomatische Beziehungen zu Israel

Gemeinsames Kommuniqué

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf Grund einer ihr von dem Bundespräsidenten erteilten Ermächtigung und die israelische Regierung sind übereingekommen, zwischen ihren beiden Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Erklärung der Bundesregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel

Deutschland und Israel haben am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Damit wurde ein seit langem nach einer Regelung drängendes Problem der deutschen Politik gelöst und ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Normalisierung der Verhältnisse im Nahen Osten getan.

Die Entscheidung der beiden Regierungen dient nicht allein den Interessen der unmittelbar betroffenen Völker.

Einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem früheren Zeitpunkt stand die Erinnerung an die Schrecken der Vergangenheit entgegen. Außerdem geriet das deutsch-israelische Verhältnis bald nach Wiederherstellung der deutschen Souveränität in das Spannungsfeld der Konflikte im Nahen Osten. Die Auseinandersetzung um das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik Deutschland in diesem Raum erschwerte später eine dem inzwischen erreichten Stand der Verbindungen zwischen Israel und Deutschland entsprechende Regelung. Den letzten Ausschlag hat nicht eine Verkettung äußerer Umstände, sondern die Überzeugung gegeben, daß es sich um eine Sache handelt, die um ihrer selbst willen getan werden muß.

Die Bundesregierung ist überzeugt, mit der Entscheidung des Bundeskanzlers der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen zu haben. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel richtet sich gegen niemanden und schadet keinem, insbesondere nicht den Völkern der arabischen Staaten, denen das deutsche Volk sich in Freundschaft verbunden weiß.

Die Restlieferungen aus der Waffenab-sprache mit Israel sind durch eine einmalige wirtschaftliche Leistung ziviler Natur an Israel ersetzt worden. Es sind keine geheimen Vereinbarungen getroffen worden.

Die durch Bundeskanzler Erhard eingeleitete und nunmehr vollzogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet einen entscheidenden Schritt in der von der Bundesregierung konsequent verfolgten Politik, mit allen Völkern der Welt in Frieden und Freundschaft zusammenzuarbeiten. Die Bundesregierung kann erwarten, daß ihre Entscheidung richtig gewürdigt wird.

Bulletin vom 14. Mai 1965, Nr. 84, S. 665 f.

Diskussion um die „Formierte Gesellschaft“

Nation verstehen wir in diesem Bezüge nicht mehr im Sinne eines überholten Nationalismus; wir verstehen die Nation in der Perspektive der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung als eine „Formierte Gesellschaft“.

Nur diese „Formierte Gesellschaft“, die nicht mehr von sozialen Kämpfen geschüttelt und von kulturellen Konflikten zerrissen ist, deren Leistungsfähigkeit aber auch nicht mehr wie im Zeitalter des Imperialismus von der Beherrschung kolonialer Rohstoffquellen und Absatzmärkte abhängig ist – nur eine solche in den Funktionen gebundene, aber keineswegs in der Form erstarrte Gesellschaft ist in der Lage, dem modernen Staat in seiner wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklung ein festes Fundament zu geben, das zugleich das Fundament des Friedens unter den Völkern ist.

Die „Formierte Gesellschaft“ – das ist das Gegenteil einer uniformierten Gesellschaft sozialistischer Prägung oder kollektivistischen Geistes – bedarf zu ihrem Funktionieren nicht der imperialistischen Ausbeutung fremder Völker, und noch entschiedener lehnt sie das kommunistische System der Ausbeutung des eigenen Volkes ab.

Was also heißt dann: „Formierte Gesellschaft“? Es heißt, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze im System der sozialen Marktwirtschaft bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Ergebnis dieser Formierung muß sein ein vitales Verhältnis zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, die Konzentration auf eine fort dauernde Erhöhung der Leistung, die Sicherheit einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie die Förderung und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Es ist eine Gesellschaft des dynamischen Gleichgewichts. Eine solche Gesellschaft ist nicht autoritär zu regieren, sondern kann ihrem inneren Wesen nach nur demokratisch sein. Aber sie braucht andere, modernere Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung.

Rede von Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem XIII. CDU-Parteitag im März 1965 in Düsseldorf, in: Archiv der Gegenwart 1965, S. 11 776.

Zu welch verhängnisvollen Verstrickungen das Fortschreiten auf diesem Wege führen mußte, wurde schließlich auch im Hause Erhards erkannt. Anfang 1965 holte er den Begriff „Formierte Gesellschaft“ [...] aus dem Zylinder.[...]

Der Interessenpluralismus, so lautete seine Erkenntnis, sei ungeeignet, „die private Wirtschaft wirksam und widerspruchslos vorwärts zu bringen“. Der Wettbewerb hatte nach Erhard die in ihn gesetzte Erwartung nicht erfüllt, „aus eigener Kraft eine sinnvolle Wirtschaftsstruktur zu schaffen“ oder die Aufgaben der Infrastruktur (Gemeinschaftsaufgaben) zu lösen. [...]

Es mußte für immer ein Geheimnis bleiben, wie bei der bereits eingetretenen Korrosion der Gesellschaft der Versuch gemacht werden konnte, durch Überstülpen eines neuen Namens eine neue Gesellschaft und ein anderes intersoziales Verhalten ihrer Glieder zu erzeugen. Konnte durch Verordnung erreicht werden, daß diese Gesellschaft „nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen“? Die Gesellschaft der Marktwirtschaft hatte sich doch gerade wieder so strukturiert, daß die Klassegegensätze, die durch die Demokratisierung des Konsums weiterhin als überwunden gegolten hatten, längst neu entstanden waren. Auch die jahrelang geförderte materialistische Gesinnung zeigte wenig Neigung, sich unter dem Wort von der formierten Gesellschaft von einem Tag zum anderen in reinen Altruismus zu verwandeln.

Dieses gesellschaftspolitische Experiment mußte auch deshalb scheitern, weil hier zwar viel von Gesellschaft gesprochen wurde, die Gesellschaftswissenschaft als notwendige Ergänzung der Nationalökonomie aber noch weithin unbekannt war. Viele hielten „Gesellschaftspolitik“ für eine Umschreibung der alten Sozialpolitik. Manche vermuteten in „gesellschaftspolitischen Forderungen“ eine Tarnung der Forderung nach mehr Lohn. Ohne soziologische Analyse, ohne Auslotung von Macht und Herrschaft, ohne Aufhellung eigennütziger Ziele und gemeinnütziger Erfordernisse, ohne Rückkehr zur offenen Deklaration der Absichten, ohne Ethik, ohne Ehrenkodex, ohne den geringsten Versuch, die aus der zügellosen Ausnutzung marktwirtschaftlicher Möglichkeiten entstandenen gesellschaftlichen Mißbildungen aufzuzeigen, neuen Verunstaltungen entgegenzutreten, war jeder Versuch, die Gesellschaft durch Umbenennung zu reformieren, [...] zum Scheitern verurteilt. [...]

Hugo Ritter, Verrat an der sozialen Marktwirtschaft, Reinbek 1972, S. 97 f.

spruchs für das gesamte deutsche Volk – mit keinem Staat diplomatische Beziehungen aufnehmen oder unterhalten sollte, der seinerseits in diplomatischen Beziehungen mit der DDR steht oder solche eingeht. Die Bundesrepublik leistete den arabischen – und anderen – Staaten Entwicklungshilfe, um sie davon zu überzeugen, daß allein sie das ganze Deutschland repräsentierte. Wer sich trotzdem auf Beziehungen mit der DDR einließ, lief Gefahr, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen und die Entwicklungshilfe eingestellt würde.

Mitte 1964 geriet das spannungsgeladene Verhältnis der Bundesrepublik mit Israel und den arabischen Staaten in Bewegung. Auf Wunsch des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson begann die Bundeswehr aus rangierte amerikanische Panzer und auch Flugzeuge an Israel zu liefern. Gamal Abdel Nasser, der Präsident Ägyptens, protestierte gegen diese direkte Unterstützung des Feindes der arabischen Staaten und lud am 24. Januar 1965 den Staatsratsvorsitzenden der DDR Walter Ulbricht zu einem Freundschaftsbesuch in Ägypten ein. Bereits eine Woche später – am 31. Januar 1965 – wurden in Kairo drei Abkommen zwischen Ägypten und der DDR über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit paraphiert.

Von einer offiziellen Anerkennung der DDR war nicht die Rede, dennoch betrachtete die Bundesregierung die Einladung an Ulbricht als offene Provokation und drohte mit „schwerwiegenden Änderungen im deutsch-ägyptischen Verhältnis“. Daraufhin forderte Nasser ein Ende der westdeutschen Waffenlieferungen an Israel, andernfalls würden er und die übrigen arabischen Staaten die Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen. Die Regierung Erhard gab nun nach: Am 12. Februar 1965 beschloß das Bundeskabinett, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern.

Walter Ulbricht besuchte Ägypten vom 24. Februar bis zum 2. März 1965. Er wurde mit allen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen. Angesichts ihrer bisherigen internationalen Isolierung bedeutete dieser Staatsbesuch eine enorme Aufwertung der DDR. Eine offizielle völkerrechtliche Anerkennung vermied die ägyptische Regierung jedoch.

Die Bonner Regierung betrachtete den Ulbricht-Besuch dennoch als unfreundlichen Akt und erwog den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Am 7. März 1965 beschloß das Bundeskabinett schließlich, die Beziehungen zu Ägypten nicht abzubauen, wohl aber diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Daraufhin beendeten am 12. und 16. Februar 1965 alle arabischen Staaten mit Ausnahme von Tunesien, Libyen und Marokko ihre Beziehungen zur Bundesrepublik, ohne allerdings die DDR offiziell anzuerkennen.

Das Nahost-„Debakel“ von 1965 dokumentierte in aller Öffentlichkeit, daß die westdeutsche Außenpolitik nach wie vor vom Ost-West-Gegensatz bestimmt wurde und daß die Existenz der DDR als zweiter deutscher Staat auf dem internationalen Parkett nicht länger ignoriert werden konnte – nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesregierung mit der Drohung, die DDR anzuerkennen, politisch und wirtschaftlich unter Druck zu setzen war. Die schwankende Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt trug im übrigen auch dazu bei, die Position von Bundeskanzler Ludwig Erhard in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit zu schwächen.

Wahlerfolge von rechts

Demonstrierten die Debatten über den Auschwitz-Prozeß und die Verjährungsfrage den Willen zumindest der kulturellen und politischen Eliten der Bundesrepublik, sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen, so gab es in der Bevölkerung zur selben Zeit auch Indikatoren, die in die entgegengesetzte Richtung wiesen. Für ein Wiedererstarken autoritärer, rechtsradikaler Tendenzen schien der Zulauf zu sprechen, den ab 1965 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erhielt.

Ein Großteil der Parteiführung und der Anhänger der 1964 gegründeten NPD kamen – über die Deutsche Reichspartei (DRP) und die 1952 verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) – aus der NSDAP. Das im November 1967 verabschiedete Parteiprogramm war eindeutig nationalistisch und revisionistisch. Die NPD erhob Anspruch „auf die Gebiete, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist“, rief zum Kampf gegen den Kommunismus und „Amerikanismus“ auf und griff den „Monopolanspruch“ der „Bonner Parteien“ und ihre „Verzichtspolitik“ an.

Nach ersten Erfolgen bei Kommunalwahlen in Mittelfranken und Schleswig-Holstein gelang der Partei im November 1966 bei den Landtagswahlen in Hessen (7,9 Prozent) und Bayern (7,4 Prozent) ein vielbeachteter Durchbruch. Die Erfolgsserie erreichte bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen ihren Höhepunkt. Da der Stimmenzuwachs in die Zeit der wirtschaftlichen Rezession fiel, drängten sich manchen Beobachtern Parallelen zum Aufstieg der NSDAP in der Wirtschaftskrise von 1929 förmlich auf, zumal die NPD ihre größten Wahlerfolge in denselben Regionen erzielte wie die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932. Zudem wuchs die Zahl der Parteimitglieder rapide: Begonnen hatte die NPD mit circa 3000 Mitgliedern, 1966 waren es gut 18 000, 1969 schon rund 50 000.

Daß die NPD gerade 1966/67 ihre großen

Erfolge verbuchen konnte, ist in erster Linie eine psychologisch erklärliche Folge des damaligen Konjunktureinbruchs gewesen: Das Gefühl wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit, die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der selbständigen Existenz aktivierte ein verbreitetes Mißtrauen gegen Parteien und „Parteihader“, gegen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Gastarbeiter und demonstrierende Studenten. Diese Vorurteile und Stimmungen griff die Propaganda der NPD geschickt auf.

Die Einführung des Mehrheitswahlrechts, das auch die FDP aus dem Bundestag vertrieben hätte, scheiterte an Bedenken der SPD. Und zur Einleitung eines Verfahrens gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht konnte sich die Bundesregierung nicht entschließen. Die Beweislage war schwierig, denn in ihrem Programm und in ihrer Organisation gab sich die NPD verfassungskonform. Gegen ein Verbot der NPD sprach, daß man die Wurzeln des Rechtsextremismus damit nicht hätte ausreißen können und daß eine verbotene Partei im Untergrund unkontrollierbarer gewesen wäre als eine legal und damit offen arbeitende. Ausschlaggebend für den Verzicht der Bundesregierung auf einen Verbotsantrag war aber vermutlich die Hoffnung, daß die wiederauflebende Konjunktur und die in der Großen Koalition demonstrierte Einigkeit und Tatkraft der NPD das Wasser abgraben würden.

In der Tat gingen die Stimmengewinne der NPD bald wieder zurück. Bei den Bundestagswahlen 1969 verfehlte die Partei mit 4,3 Prozent der Stimmen die Fünfprozenthürde und damit den Einzug in den Bundestag. In der Folgezeit verfiel die NPD bis zur Bedeutungslosigkeit.

Wirtschaftskrise 1966/67

Ausgerechnet als der „Vater des Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhard Kanzler war, erlebte die Bundesrepublik ihre erste sogenannte Wirtschaftskrise. Die Bundesbürger hatten sich in den fünfziger Jahren so an ständig steigende Wachstumsraten und Löhne, an Vollbeschäftigung und kürzere Arbeitszeiten gewöhnt, daß schon eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums irritierte und eine wirtschaftliche Rezession eine psychologisch geradezu niederschmetternde Wirkung hatte. Zwischen 1960 und 1965 ging die Rate des jährlichen Wirtschaftswachstums von neun Prozent auf 5,7 Prozent zurück; die Arbeitslosenquote sank in dieser Zeit aber ebenfalls, nämlich von 1,3 Prozent 1960 auf 0,7 Prozent 1965, das heißt, es herrschte nach wie vor Vollbeschäftigung. Zwischen Herbst 1966 und Sommer 1967 kam es aber zu einem regelrechten Konjunktüreinbruch; und nun stiegen auch die Arbeitslosenzahlen. Die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts sank 1966 auf 2,8 Prozent. 1967 gab es erstmals

Gastarbeiterpolitik

Im Oktober 1961 wurde die Anwerbevereinbarung mit der Türkei getroffen und im Frühjahr 1962 eine erste Vereinbarung mit Griechenland aus dem Jahre 1960 überarbeitet. Zwischen 1961 und 1966 stieg die Gesamtzahl der ausländischen Arbeiter kontinuierlich auf 1,31 Millionen. Von den fünf wichtigsten Entsendeländern stellten damals Italien und Jugoslawien und nach ihnen Griechenland und Spanien die größten Kontingente. Die Türkei lag noch 1966 auf dem vorletzten Platz. Diese ersten Gastarbeiter waren eine Arbeitskraftreserve, schnell herbeizuholen, als Wirtschaft und Industrie bei Vollbeschäftigung und Wirtschaftswunderkonjunktur einerseits und bei noch stark lohnintensiven Produktionsmethoden (Fließband, Baugewerbe) andererseits nach weiteren Arbeitskräften riefen.

Es ist für das Verhältnis der weiteren Entwicklung und der heutigen Lage sehr wichtig, daß – wie in Verkürzung eines Zitats von Max Frisch immer wieder formuliert wird – damals Arbeitskräfte gerufen wurden und Menschen kamen, aber diese Menschen auch in ihrem eigenen Verständnis nur als Arbeitskräfte kamen. Das war das Selbstverständnis der deutschen Anwerber ebenso wie das der Arbeitsmigranten und ihrer Heimatstaaten. [...]

Diese Differenz zwischen offiziell-administrativer Einschätzung einerseits und tatsächlicher Situation andererseits war für die weitere Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik folgenreich. Zunächst hatte sich allgemein die Größenordnung geändert. 1971 waren etwa doppelt so viel ausländische Arbeitnehmer beschäftigt wie 1966. Da auch bei reiner Saisonbeschäftigung immer ein gewisser – zunächst geringer – Prozentsatz der Saisonarbeiter zum Verbleiben neigt, war auch deren Anzahl größer. [...]

Im Durchschnitt war die Aufenthaltsdauer wegen der längeren Zeitspanne angestiegen; 6- bis 8jährige Aufenthaltszeiten waren entgegen der damals noch als normal unterstellten Rotation keine Seltenheit. Dies wurde von einem weiteren wichtigen Merkmal dieser Jahre gefördert: Die Lohnquote stieg damals ganz erheblich an. Es waren Jahre des sogenannten Lohnnachschlages, und der Unterschied zwischen der Lohnsituation in den Heimatländern und in den sogenannten Gastländern wurde noch größer. [...]

Längere Aufenthaltsdauer, bessere Lebensverhältnisse und beschränkte Möglichkeiten der Ein- und Ausreise und, das ist besonders wichtig, der Wiedereinreise führten dazu, daß die Gastarbeiter begannen, Familienangehörige nachzuholen. [...] Es leitete eine Entwicklung ein, in deren Verlauf aus Gastarbeitern ausländische Arbeitnehmer wurden. [...]

Hermann Korte, Eine Gesellschaft im Aufbruch, Baden-Baden 1987, S. 112 ff.

in der deutschen Nachkriegsgeschichte gar kein Wirtschaftswachstum, im Gegenteil: Das Bruttosozialprodukt fiel um 0,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg von 1966 0,7 Prozent auf 1967 2,2 Prozent. Die Ursachen dieser Krise, die sich 1965 bereits abzuzeichnen begann, lagen im Rückgang privater und öffentlicher Investitionen. So ließen die Inlandsbestellungen im Maschinenbau bereits im Frühjahr 1965 auffällig nach, die Baugenehmigungen im Hochbau und die öffentlichen Tiefbauaufträge gingen seit Frühjahr 1966 zurück. Es wurde mehr produziert als verkauft, Lagerbestände wuchsen, Kapazitäten wurden stillgelegt, Arbeiter entlassen.

1965 stiegen die Preise um 3,4 Prozent und 1966 um 3,5 Prozent, die Bruttolöhne um 9,1 Prozent bzw. um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Um die sich abzeichnende Inflationsgefahr abzuwehren, erhöhte die Bundesbank am 13. August 1965 den Diskontsatz von 3,5 Prozent auf vier Prozent und am 27. Mai 1966 auf fünf Prozent. Diese Entscheidung verteuerte Kredite und verringerte die ohnehin geringe Neigung zu Investitionen bei Unternehmern und privaten Bauherren. Die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand trug das ihre zur Verschärfung der Krise bei. Durch Steuer-senkungen waren 1964 und 1965 Steuerausfälle entstanden, die jährlich insgesamt 4,3 Milliarden DM betrugen; auf den Bund entfielen davon 1,7 Milliarden DM. Um die Finanzierungslücken des Bundeshaushalts zu schließen, verabschiedete das Bundeskabinett am 29. Oktober 1965 ein drastisches Sparprogramm. Die Regierung verfolgte also eine prozyklische, die Wirtschaftskrise verschärfende Politik. Die Konjunkturschwäche und die nachlassende Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft hätten das Gegenteil, nämlich erhöhte staatliche Investitionen, erfordert.

Die Bundesbank hat 1965 und 1966 die Konjunkturpolitik der Bundesrepublik stärker bestimmt als die Bundesregierung. Bundeskanzler Erhard lehnte es nach wie vor ab, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Er beschränkte sich auf Appelle an Produzenten, Konsumenten und Lohnempfänger, in ihren Forderungen und Ansprüchen Maß zu halten und mehr zu arbeiten.

Erhards Sturz

Die Bundestagswahlen vom 19. September 1965 konnten Ludwig Erhard noch als Bestätigung seiner Politik betrachten: CDU/CSU verbesserten ihr Ergebnis von 1961 (47,6 Prozent statt 45,4 Prozent), die SPD legte kräftig zu (von 36,2 Prozent auf 39,3 Prozent), eindeutige Verliererin war mit 9,5 Prozent (gegenüber 12,8 Prozent 1961) die FDP.

Den Liberalen war es nicht gelungen, in der Koalition mit dem wirtschaftsliberalen Kanzler ihr eigenes Profil deutlich zu ma-

chen. Um so mehr war die FDP-Führung bemüht, in den Verhandlungen um die Fortsetzung der Regierungskoalition und in der Regierungstätigkeit ihre Position gegenüber der großen Koalitionspartnerin auch nach außen eindeutig zu akzentuieren. Im Herbst 1966 kam es zwischen den Koalitionspartnern zum Streit über den Haushalt 1967. Die CDU/CSU schloß Steuererhöhungen „als allerletztes Mittel“ zum Ausgleich des Haushaltsdefizits nicht aus, die FDP-Fraktion war strikt dagegen. Am 27. Oktober 1966 erklärten die FDP-Minister ihren Rücktritt. Die Koalition war geplatzt; Ludwig Erhards Tage als Bundeskanzler waren gezählt.

Für eine neue Regierungsbildung gab es grundsätzlich drei Möglichkeiten: eine Neuauflage der Koalition zwischen CDU/CSU und FDP in veränderter Zusammensetzung, eine große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD und eine Koalition zwischen SPD und FDP. Alle drei Möglichkeiten sind von den handelnden Politikern und der Öffentlichkeit diskutiert worden. Eindeutig war dabei immer, daß Ludwig Erhard in keinem Falle mehr eine Rolle spielen würde. Zu groß war der Autoritätsverfall des Kanzlers in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit.

Für eine Neuauflage der CDU/CSU-FDP-Koalition fehlte es in beiden Fraktionen an der nötigen Mehrheit. Verhandlungen zwischen SPD und FDP führten zu keinem konkreten Ergebnis, da allen klar war, daß eine eventuelle SPD-FDP-Koalition mit 252 Mandaten gegenüber den 245 Mandaten von CDU/CSU im Bundestag nur über eine sehr knappe – und überdies unsichere – Mehrheit verfügt hätte. In beiden großen Parteien hatten seit der Bundestagswahl 1965 die Befürworter einer großen Koalition an Boden gewonnen. Auf Seiten der CDU/CSU gehörten dazu der Parteivorsitzende Konrad Adenauer und Bundespräsident Heinrich Lübke. Nur gemeinsam mit der SPD schien eine Lösung der Wirtschaftskrise durch eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften möglich zu sein. Außerdem erhoffte die CDU/CSU-Führung von einem Bündnis mit der SPD endlich eine Verabschiedung der seit langem diskutierten Notstandsgesetze.

Als Kanzlerkandidaten nominierte die Fraktion der CDU/CSU am 10. November 1966 den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger, der ein Anhänger der Großen Koalition war. Gegen die Nominierung Kiesingers wurde in der Öffentlichkeit Kritik laut, weil er Mitglied der NSDAP gewesen und als Rechtsanwalt beim Berliner Kammergericht während des Krieges an die rundfunkpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ dienstverpflichtet gewesen war. Zu seiner Entlastung ließ Kiesinger am 9. November 1966 ein Dokument aus dem Jahre 1944 veröffentlichen, in dem ein Denunziant dem Reichssicherheitshauptamt mel-

dete, Kiesinger habe antijüdische Aktionen des Reichsrundfunks sabotiert.

Unter den Sozialdemokraten war der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die treibende Kraft für eine große Koalition. Auch diejenigen Mitglieder der SPD-Fraktion, die das Wirtschaftsprogramm des Hamburger Volkswirtschaftsprofessors und SPD-Senators Karl Schiller – „Wettbewerb soviel wie möglich, Planung soweit wie nötig“ – unterstützten, traten für eine große Koalition ein. Dahinter stand die Einsicht, daß die SPD nur über eine Beteiligung an der Macht ihre Regierungsfähigkeit auf Bundesebene beweisen könne. Dazu kam die Hoffnung, daß die Wählerinnen und Wähler die Bereitschaft der SPD, in einer Krisenzeit die Regierungsverantwortung zu übernehmen, honorieren würden. An diesem Punkt setzten auch die Gegner einer großen Koalition in der SPD ein: Warum sollte die SPD die Mitverantwortung für eine verfehlte Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik übernehmen? Sie würde nur Schaden davontragen. Bundestagsfraktion und Parteivorstand der SPD brauchten Stunden, um sich für die Große Koalition zu entscheiden.

Entrüstung in der SPD

Unter den Mitgliedern der SPD entfachte die Entscheidung einen Sturm der Entrüstung. Viele Bezirks- und Lokalorganisationen der Partei äußerten ihren Unmut in Protestresolutionen und Kundgebungen gegen die geplante Große Koalition. Bezeichnend für die Kritik am Entschluß der Parteiführung ist ein Brief, den der Schriftsteller Günter Grass an Willy Brandt schrieb und der in der SPD-nahen Zeitung „Vorwärts“ am 30. November 1966 veröffentlicht wurde: „Diese Entscheidung wird mich und viele meiner Freunde gegen ihren und meinen Willen in eine linke Ecke drängen [...] Wie sollen wir weiterhin die SPD als Alternative verteidigen, wenn das Profil eines Willy Brandt im Proporz-Einerlei der Großen Koalition nicht mehr zu erkennen sein wird? [...] Die allgemeine Anpassung wird endgültig das Verhalten zu Staat und Gesellschaft bestimmen. Die Jugend unseres Landes jedoch wird sich vom Staat und seiner Verfassung abkehren, sie wird sich nach Links und Rechts verrennen, sobald diese miese Ehe beschlossen sein wird.“

Willy Brandt schrieb in seiner Antwort an Günter Grass: „Sorgen um das Profil Willy Brandts sollten Sie sich nicht machen. Sie, Ihre Freunde und viele der kritischen jungen Menschen dürfen sich gerade jetzt nicht in das Abseits der Resignation oder des bloßen Protestes stellen. [...] Niemand sollte den Stab brechen, solange wir nicht die Chance gehabt haben zu beweisen, was jetzt möglich ist. Für uns ist dies ein neuer Beginn. Wir werden in das neue Kapitel der deutschen Geschichte wesentliche neue Elemente einführen. Dafür werden wir Verantwortung tragen und gerade das geistige Deutschland nicht enttäuschen.“

Große Koalition und Außerparlamentarische Opposition

Peter Borowsky

Ludwig Erhard trat am 30. November 1966 zurück. Einen Tag später wählte der Deutsche Bundestag Kurt Georg Kiesinger mit 356 gegen 112 Stimmen bei 26 Enthaltungen zum Bundeskanzler einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Das Ergebnis verriet, daß außer den Abgeordneten der FDP auch Mitglieder der neuen Regierungskoalition gegen Kiesinger gestimmt bzw. sich der Stimme enthalten hatten. Denn die neue Regierungskoalition konnte sich im Bundestag auf die überwältigende Mehrheit von 447 Abgeordneten stützen. Ihnen standen als parlamentarische Opposition die 49 Abgeordneten der FDP gegenüber. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik war angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse auf parlamentarischer Ebene kaum möglich.

Im Kabinett Kiesinger saßen die führenden Politiker beider Parteien: darunter der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß als Finanzminister, der Hamburger Senator Karl Schiller (SPD) als Wirtschaftsminister und als Justizminister Gustav Heinemann, der einst aus Protest gegen Adenauers Aufrüstungspolitik die CDU verlassen hatte und 1957 zur SPD übergewechselt war, schließlich auch der „Vater“ der Großen Koalition, Herbert Wehner, als Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Vizekanzler und Außenminister wurde Willy Brandt. Für die Koordinierung der Koalitionspartner hatten im übrigen die beiden Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt (SPD) und Rainer Barzel (CDU) große Bedeutung.

Überwindung der Wirtschaftskrise

Hauptaufgabe und wichtigstes Ziel der Großen Koalition war die Überwindung der wirtschaftlichen Krise. Der neue Wirtschaftsminister orientierte sich an der in den dreißiger Jahren von dem englischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes entwickelten Theorie einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik: Danach sollte der Staat in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine „antikyklische“ Politik betreiben, also gerade nicht sparen, sondern durch gezielte Staatsausgaben die wirtschaftliche Aktivität wieder ankurbeln. Die dabei entstehenden Defizite sollten durch Kredite überbrückt werden, denn nach Überwindung der Krise würden höhere Steuerein-

nahmen die Tilgung der Kredite und der Kreditzinsen ermöglichen und so zu einem Ausgleich des Haushalts führen. Diese von Karl Schiller verfolgte Politik wurde vom CSU-Finanzminister Franz Josef Strauß und auch von der Bundesbank unterstützt.

Konjunkturprogramme

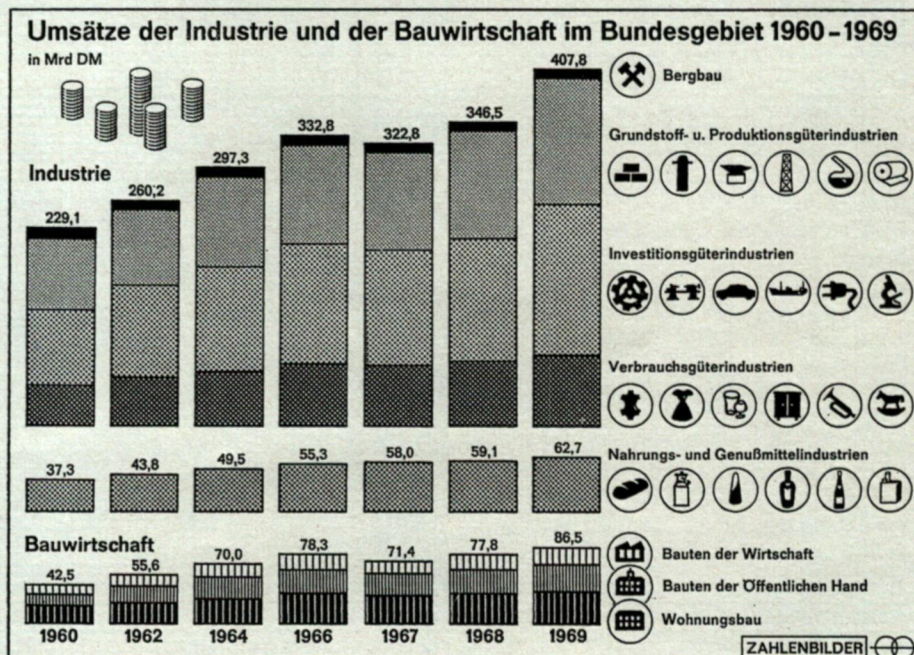
Neben dem normalen Haushalt verabschiedeten Bundesregierung und Bundestag im Frühjahr 1967 einen sogenannten Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Milliarden DM, der ein reiner Investitionshaushalt für „vordringliche Maßnahmen bei der Bundesbahn, der Bundespost, im Verkehrswesen sowie im Bereich Wissenschaft und Forschung“ sein sollte. Im Sommer 1967 folgte ein zweites Konjunkturprogramm, das ein Volumen von 5,3 Milliarden DM hatte und Investitionen des Bundes, der Länder und der Gemeinden in Wissenschaft und Forschung, im Gesundheitswesen, beim Bau von Jugendbildungsstätten und Studentenwohnheimen, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen, in der Wasserwirtschaft usw. vorsah. Dabei sollten strukturschwache Wirtschaftsregionen wie die Steinkohlenreviere, das „Zonenrandgebiet“ an der Grenze zur DDR und West-Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Diese Konjunkturprogramme waren als staatliche Sofortmaßnahmen gedacht, die den Konjunktureinbruch möglichst schnell

beheben und einen neuen Konjunkturaufschwung einleiten sollten. Darüber hinaus verfolgte die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Großen Koalition das Ziel, grundsätzlich die Möglichkeiten des Staates zur Steuerung des Konjunkturverlaufs und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erweitern und dabei auch die Kompetenzen des Bundes (und der Bundesregierung) gegenüber den Ländern zu stärken.

Anders als Ludwig Erhard vertraute der neue Wirtschaftsminister nicht auf die Selbstregulierung des Marktes allein, sondern entwickelte das Konzept der „Globalsteuerung“. Wirtschaftsminister Schiller und Finanzminister Strauß waren davon überzeugt, daß staatliche Wirtschaftspolitik das konjunkturelle Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung dämpfen und ausgleichen könne und müsse. Gesetzgeberischen Ausdruck fand diese Zielsetzung im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft“, das der Bundestag am 10. Mai 1967 – ohne Gegenstimmen und bei nur einer Enthaltung – verabschiedete.

In § 1 des Gesetzes heißt es: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzei-



© Erich Schmidt Verlag

365 121

Regierungserklärung

von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966

[...] Zum erstenmal haben sich die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union und die Sozialdemokratische Partei auf der Ebene des Bundes zur Bildung einer gemeinsamen Regierung entschlossen. Das ist ohne Zweifel ein Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik, ein Ereignis, an das sich viele Hoffnungen und Sorgen unseres Volkes knüpfen.

Die Hoffnungen richten sich darauf, daß es der Großen Koalition, die über eine so große, zwei Drittel weit übersteigende Mehrheit im Bundestag verfügt, gelingen werde, die ihr gestellten schweren Aufgaben zu lösen, darunter vor allem die Ordnung der öffentlichen Haushalte, eine ökonomische, sparsame Verwaltung, die Sorge für das Wachstum unserer Wirtschaft und die Stabilität der Währung.

Dies alles sind Voraussetzungen des privaten und öffentlichen Wohles in unserem wie in jedem anderen Lande. Sie verbürgen der Regierung und dem Parlament die nötige Kraft zum Handeln in allen Bereichen der Innen- und der auswärtigen Politik. Die Sorgen vieler gelten den möglichen Gefahren einer Großen Koalition, der nur eine verhältnismäßig kleine Opposition gegenübersteht.

Wir sind entschlossen, soviel an uns liegt, die auf uns gesetzten Hoffnungen zu erfüllen und die befürchteten Gefahren abzuwehren. In dieser Koalition werden keine Macht und Pflichten zwischen Partnern geteilt, keine Mißstände vertuscht und die Kräfte des parlamentarischen Lebens nicht durch Absprachen hinter den Kulissen gelähmt werden, wie es ihr mit dem Schlagwort „Proporzdemokratie“ unterstellt wird. Die Opposition wird alle parlamentarischen Möglichkeiten haben, ihre Auffassung zur Darstellung und Geltung zu bringen. Die stärkste Absicherung gegen einen möglichen Mißbrauch der Macht ist der feste Wille der Partner der Großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode, fortzuführen. [...]

Dies ist nicht die Geburtsstunde eines neuen Nationalismus in Deutschland, nicht in dieser Regierung, nicht in diesem Hohen Hause, nicht in unserem Volk! Auch bei den letzten Landtagswahlen hat sich die überwältigende Mehrheit der Wähler – in Hessen 92 Prozent, in Bayern 92,6 Prozent – zu den demokratischen Parteien bekannt, die während der beiden letzten Jahrzehnte den Aufbau eines demokratischen Staates und die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische, die westliche Völkerfamilie vollzogen haben.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1966/67, Bd. 63, S. 3656 ff.

tig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“

Damit war das „magische Viereck“ aus Preisstabilität, hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und Wirtschaftswachstum als Zielvorstellung staatlicher Wirtschaftspolitik umschrieben. Das Gesetz verpflichtete die Bundesregierung (und die Bundesländer) zu einer jährlich fortzuschreibenden fünfjährigen Finanzplanung. Sollte eines der im § 1 benannten Ziele gefährdet sein, so mußte die Bundesregierung „Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (Konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zur Verfügung“ stellen (§ 3).

Das Gesetz ging ausführlich darauf ein, welche Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung die öffentliche Hand, also Länder und Gemeinden, ergreifen und wie sie ihre Haushaltspolitik und Finanzplanung gestalten sollten. Gewerkschaften und Unternehmen konnte das Gesetz jedoch keine Vorschriften machen, welche Konsequenzen sie aus den Orientierungsdaten bei Lohnabschlüssen und Preisgestaltung zogen. Hier war die Bundesregierung auf die freiwillige Zusammenarbeit der Tarifpartner im Rahmen der „Konzertierten Aktion“ angewiesen.

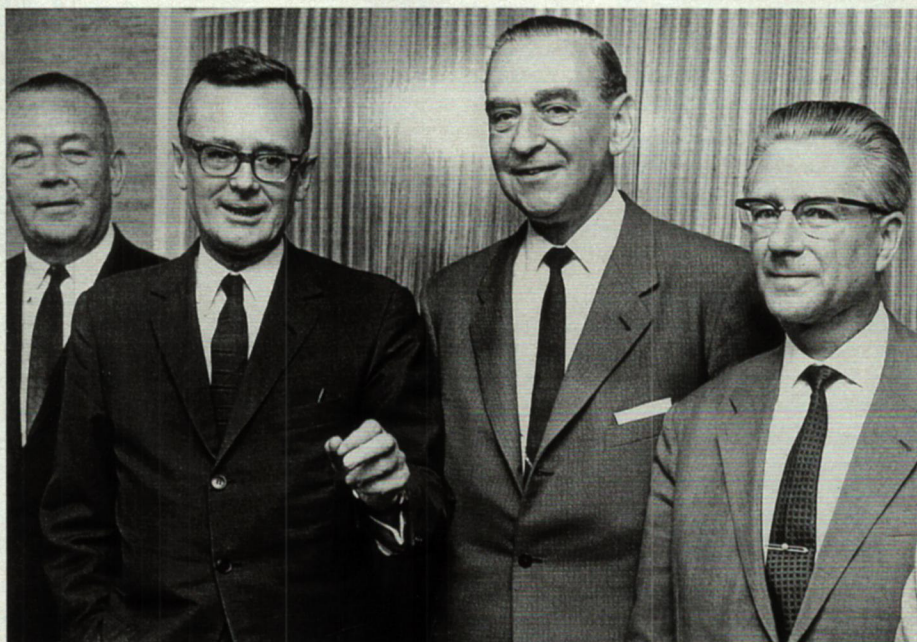
Konzertierte Aktion

Die „Konzertierte Aktion“ war bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes in die Wege geleitet worden. Am 14. Februar 1967 hatte die Bundesregierung erstmals ihre Orientierungsdaten über die wirtschaftliche Entwicklung (zum Beispiel Angaben

über das Bruttosozialprodukt, die Arbeitslosenzahlen, die Außenhandelsbilanz, Preis- und Lohnentwicklung usw.) einem Gesprächskreis bekanntgegeben, der aus etwa 50 Vertretern der Unternehmerverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, der Bundesbank und des Sachverständigenrats bestand. Bundeswirtschaftsminister Schiller sah in der Konzertierten Aktion – deren Vertreter sich anfangs vierteljährlich, dann immer seltener an den „Tisch der gesellschaftlichen Vernunft“ (Schiller) bringen ließen – eine notwendige Ergänzung zu der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz geregelten staatlichen Steuerung der Wirtschaft. Insbesondere die beiden Tarifparteien sollten anhand der Orientierungsdaten Tarifvereinbarungen rational und im Sinne des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aushandeln können.

Anfangs erfüllte die Konzertierte Aktion die in sie gesetzten Erwartungen, weil alle Beteiligten ein Interesse daran hatten, die Rezession möglichst schnell zu überwinden. Je deutlicher sich aber der erneute Konjunkturaufschwung abzeichnete, desto schärfer brachen auch die Interessengegensätze zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften wieder auf: Die Unternehmerverbände erwarteten von der Konzertierten Aktion eine Begrenzung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen, die Gewerkschaften waren dagegen auf Dauer nicht bereit, ihre Lohnforderungen an die mehr oder weniger zuverlässigen Orientierungsdaten des Bundeswirtschaftsministers anzupassen – zumal sie zunehmend unter den Druck ihrer Mitglieder gerieten.

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurde im In- und Ausland stark be-



An den Sitzungen der Konzertierten Aktion nahmen Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften teil. V. l.: Fritz Berg (BdI-Präsident), Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, die Vorsitzenden Ludwig Rosenberg (DGB) und Otto Brenner (IG Metall).

achtet, denn zum ersten Mal schien mit ihm die Voraussetzung für eine wirksame Steuerung des Wirtschaftsprozesses bei grundsätzlicher Beibehaltung der Marktwirtschaft gegeben zu sein. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die Auswirkungen der auf dieser Gesetzesgrundlage ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen. Tatsächlich hat die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik nach 1967 sehr schnell wieder einen Aufschwung genommen; die Rezession ging in einen Boom über, wie ihn so plötzlich und so intensiv kaum jemand erwartet hatte: Das Bruttosozialprodukt stieg 1968 um 7,1 Prozent und 1969 noch einmal um 8,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote, die 1967 2,2 Prozent betragen hatte, ging 1968 auf 1,5 Prozent und 1969 auf 0,8 Prozent zurück. Auch die Löhne stiegen nominal und real, also nach Abzug der Steuern, der Sozialabgaben und der Geldentwertung: 1968 betrug die Steigerung der Bruttolöhne gegenüber 1967 durchschnittlich 6,2 Prozent, 1969 sogar 9,2 Prozent gegenüber 1968. Real waren das 3,5 Prozent bzw. 5,3 Prozent. Die höchsten Lohnsteigerungen überhaupt in der deutschen Nachkriegsgeschichte erfolgten 1970, nämlich 14,7 Prozent bei den Bruttolöhnen und 8,7 Prozent bei den Reallöhnen gegenüber 1969.

Wieweit diese Entwicklung tatsächlich ein Ergebnis der skizzierten staatlichen Wirtschaftspolitik oder ob der Boom vielmehr die übliche zyklische Folge der vorausgegangenen Krise war, war damals umstritten. In der Rezession waren zahlreiche kleine und mittlere Betriebe bankrott gegangen oder hatten sich mit größeren zusammenschließen müssen, um sich im Wettbewerb behaupten zu können. Dieser Konzentrationsprozeß trug zum Konjunkturaufschwung bei. Die Gewerkschaften hatten sich mit niedrigen Tarifabschlüssen begnügt. Die Bundesbank hatte Schritt für Schritt die Zinsen gesenkt. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren blieb anhaltend hoch, da die DM im Vergleich zum Dollar unterbewertet war. All diese Faktoren trugen zur schnellen Überwindung der Krise bei. Die befristete Zusammenarbeit zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in der Konzentrierten Aktion sowie vor allem die Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder haben den Aufschwung beschleunigt und verstärkt. Heute wird davon ausgegangen, daß die hohe Dosierung dieser Investitionsprogramme wesentlich zum Überschäumen des Booms beigetragen hat.

Der politisch bedeutsamste Effekt des erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs war ein Gewinn an Vertrauen und ein Legitimationszuwachs für das politische System der Bundesrepublik und für die Regierungsparteien – wie er sich zum Beispiel im Niedergang der NPD ausdrückte. Von diesem Vertrauensgewinn profitierte vor allem die SPD, die erstmals an einer Bundesregierung beteiligt war und mit Karl Schiller ihre wirtschaftspolitische Kompetenz unter Beweis gestellt hatte. Die Verpflich-

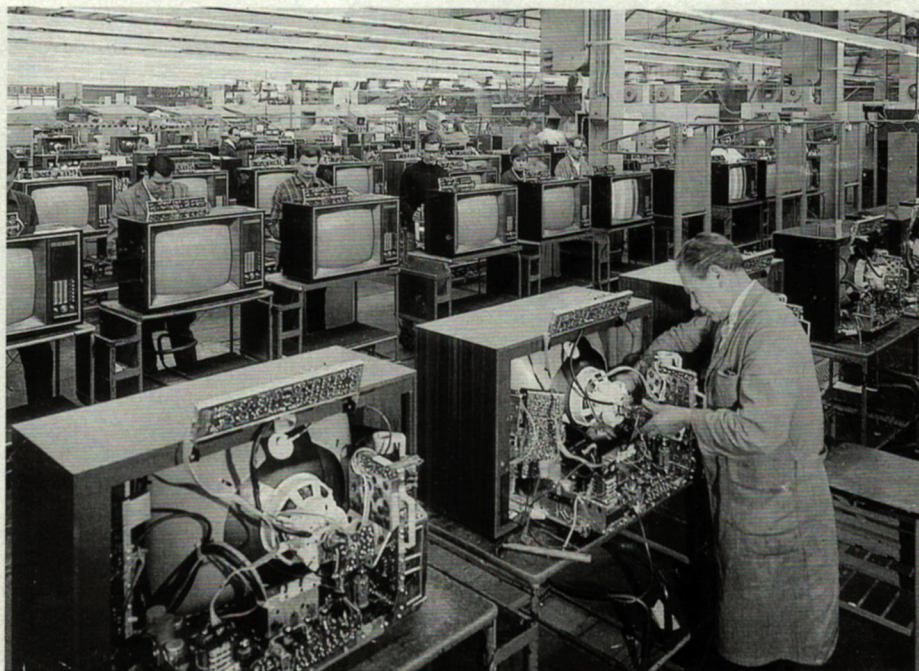


Foto: Ullstein Bilderdienst

Die deutschen Fernsehgerätehersteller bereiten sich 1967 auf den Einsatz des neuen PAL-Farbempfängers vor, wie hier in der Montagehalle des Telefunken-Werkes.

tung der Gewerkschaften auf gesamtwirtschaftliches Wohlfühlen führte freilich bald zu Konflikten in den eigenen Reihen und zu einem angespannten Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD (vgl. auch Seite 20 ff.).

Parteienfinanzierung

Artikel 21 des Grundgesetzes, der erstmals die politischen Parteien in einer deutschen Verfassung verankerte, forderte im zweiten Absatz der damals gültigen Fassung: „Sie (die Parteien) müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“ Mit dieser Vorschrift sollte verhindert werden, daß politische Parteien von finanzstarken Interessengruppen abhängig wurden bzw. daß diese Interessenten demokratiefeindliche, radikale Parteien unterstützten – wie vor 1933 Teile der deutschen Großindustrie Hitler und die NSDAP.

In der Regierungszeit Adenauers geschah jedoch lange nichts, um diese Forderung des Grundgesetzes praktisch einzulösen. CDU/CSU und FDP waren nicht daran interessiert, ihre Geldquellen offenzulegen. Beide finanzierten sich damals weniger aus Mitgliederbeiträgen als aus Spenden von Unternehmen, Berufsverbänden und Einzelpersonen. Diese Spenden waren steuerlich absetzbar. Für die SPD fielen Spenden weniger ins Gewicht; sie finanzierte sich in hohem Grade aus Mitgliederbeiträgen und konnte es sich daher leisten, auf eine Verwirklichung des Verfassungsgebotes zu drängen.

1958 erklärte das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der SPD-geführten hessischen Landesregierung die steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden für ver-

fassungswidrig. Da nunmehr der steuerliche Anreiz wegfiel, gingen die Spenden an Parteien auffällig zurück. Andererseits hatte das Bundesverfassungsgericht staatliche Zuschüsse an die bei den Wahlen beteiligten Parteien zugelassen; und so einigten sich die Bundestagsparteien auf eine direkte Parteienfinanzierung aus dem Bundeshaushalt. Nutznießer waren allein die im Bundestag vertretenen Parteien, denen außerdem noch erhebliche Beträge aus den Länderhaushalten, in deren Parlamenten sie vertreten waren, zufließen.

1965 erhielt die SPD insgesamt 19,7 Millionen DM aus öffentlichen Kassen, die CDU 18,1 Millionen DM, die CSU 5,8 Millionen DM und die FDP 7,4 Millionen DM. Die Parteien verwandten diese Mittel für Wahlkämpfe, die politische Bildungsarbeit und nicht zuletzt zur Deckung der laufenden Kosten für hauptamtliche Mitarbeiter, Büromieten und dergleichen.

Am 19. Juli 1966 entschied das – wiederum vom Land Hessen angerufene – Bundesverfassungsgericht, daß solche nicht-spezifizierten staatlichen Zuschüsse für die politische Meinungs- und Willensbildung der Parteien mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren seien. Zulässig sei lediglich, den Parteien „aus Haushaltsmitteln die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes zu erstatten“.

Auf Antrag der Gesamtdeutschen Partei, der Bayernpartei und der NPD stellte das Bundesverfassungsgericht außerdem fest, daß eine Bewilligung von Haushaltsmitteln ausschließlich für die im Bundestag vertretenen Parteien den Grundsatz der Chancengleichheit verletze. Das Gericht forderte den Gesetzgeber auf, grundsätzlich alle Parteien, die sich an Wahlen beteiligt hatten, bei der Erstattung der Wahlkampfkosten zu berücksichtigen.

Dieses Urteil verlangte eine baldige Einigung: Am 28. Juni 1967 verabschiedeten die Parteien der Großen Koalition und die FDP fast einstimmig ein Gesetz über die politischen Parteien, das am 24. Juli 1967 in Kraft trat. Das Gesetz

- ◇ definierte die verfassungsrechtliche Stellung und die Aufgaben der Parteien,
- ◇ regelte die Rechte der Mitglieder und den Prozeß der demokratischen Willensbildung innerhalb der Parteien,
- ◇ machte Vorschriften über die Kandidatenaufstellung und
- ◇ legte die Finanzierung und öffentliche Rechenschaftslegung fest.

Nach diesem Gesetz sollten alle Parteien, die sich an der Bundestagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligt hatten, ihre Wahlkampfkosten erstattet erhalten. Die Wahlkampfkostenpauschale sollte allerdings nur denjenigen Parteien zugute kommen, die nach dem endgültigen Wahlergebnis entweder 2,5 Prozent aller im Bundesgebiet abgegebenen Zweitstimmen oder zehn Prozent der in einem Wahlkreis abgegebenen Erststimmen erreicht hatten. Parteien, die diese Voraussetzungen bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl erfüllt hatten, konnten bereits vor der nächsten Bundestagswahl Abschlagszahlungen erhalten. Die Wahlkampfkosten für die Bundestagswahlen vom 19. September 1965 sollten rückwirkend erstattet werden.

Unzufrieden mit dieser Regelung waren begreiflicherweise die nicht im Bundestag vertretenen Parteien, die erneut das Bundesverfassungsgericht anriefen. Das Gericht stellte in seinem Urteil vom 3. Dezember 1968 fest, daß die 2,5-Prozent-Klausel gegen das Prinzip der Chancengleichheit verstoße. Die Richter hiel-

ten zum Nachweis der „Ernsthaftigkeit der Wahlkampf Bemühungen“ einen Stimmenanteil von 0,5 Prozent für ausreichend; im übrigen erklärten sie die nachträgliche Erstattung der Wahlkampfkosten für die Bundestagswahl 1965 für verfassungswidrig und monierten, daß das Parteiengesetz bei der Offenlegung von Parteispenden einen Unterschied zwischen natürlichen und juristischen Personen (Personenvereinigungen) machte.

Eine Folge dieses Urteils war, daß die im Bundestag vertretenen Parteien rund 6,5 Millionen DM, die sie als Wahlkampfkosten erstattung für die Bundestagswahl 1965 bereits erhalten hatten, zurückerstatten bzw. mit zukünftigen Erstattungen verrechnen mußten. Der Bundestag änderte am 13. Juni 1969 das Parteiengesetz: Die 2,5-Prozent-Klausel wurde durch eine 0,5-Prozent-Klausel ersetzt, der Unterschied zwischen natürlichen und juristischen Personen bei der Offenlegung von Parteispenden wurde beseitigt, für beide galt jetzt die 20 000-DM-Grenze.

Da die Erstattungsbeträge aus dem Bundeshaushalt zwischen 25 und 40 Prozent ihrer jährlichen Gesamteinnahmen ausmachten, wurden die Parteien einerseits immer abhängiger von der staatlichen Finanzierung, andererseits hörten sie keineswegs auf, sich um Spenden zu bemühen. Die Pflicht zur Offenlegung größerer Spenden wurde gelegentlich umgangen, indem Spenden nicht mehr als solche deklariert, sondern als Honorare für Gutachten, als Sach- und Dienstleistungen oder über Strohmann- und Fördergesellschaften gezahlt wurden.

Auch nach der Novellierung des Parteiengesetzes 1969 blieben die im Bundestag vertretenen Parteien begünstigt; kleine

Parteien und Neugründungen hatten es schwer, mit ihnen zu konkurrieren. Auch auf die innere Struktur der politischen Parteien wirkte sich die staatliche Parteienfinanzierung aus: Da die Parteiführungen und -bürokratien finanziell nicht mehr in erster Linie auf die Beiträge der Mitglieder angewiesen waren, verstärkte sich die Neigung, abgelöst und unabhängig von der Mitgliederbasis Entscheidungen zu treffen. Diese Tendenz trug mit zur Entstehung der außerparlamentarischen Opposition bei und führte Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zur Gründung von Bürgerinitiativen und „autonomen“ Basisgruppen außerhalb der „etablierten“ Parteien.

Studentenbewegung

Die Große Koalition war gebildet worden mit der Absicht, die wirtschaftliche Rezession zu überwinden. Doch das Einvernehmen zwischen den beiden großen Volksparteien, die relative Bedeutungslosigkeit der parlamentarischen Opposition und der damit verbundene Funktionsverlust des Parlaments nährten vor allem bei einem großen Teil der akademischen Jugend ein bereits vorher gespürtes und artikuliertes Unbehagen am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Es entstand eine Bewegung, die sich selbst als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) bezeichnete und Forderungen an das parlamentarische System und die „etablierten“ Parteien richtete. Wichtigste Antriebskräfte der Außerparlamentarischen Opposition waren

- ◇ die Forderung nach einer Reform der Hochschulen,
- ◇ die Schwäche der parlamentarischen Opposition gegenüber der Regierung der Großen Koalition,
- ◇ die geplanten Notstandsgesetze, die – so die Sichtweise der APO – den demokratischen Rechtsstaat gefährdeten,
- ◇ und nicht zuletzt die Kriegsführung der USA in Vietnam sowie die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die gleiche Rechte für die schwarze Bevölkerung forderte.

Ursachen und Vorbilder

Eine Wurzel der APO war die „Ostermarsch“-Bewegung der Atomwaffengegner. Diese von christlichen, pazifistischen und sozialistischen Gruppen gebildete und nur locker organisierte Protestbewegung hatte 1960 mit 1000 Marsch- und Kundgebungsteilnehmern begonnen und in den folgenden Jahren immer mehr Menschen mobilisieren können. Ihre Aufrufe zum „Kampf gegen den Atomtod“ wurden von Intellektuellen, Geistlichen, Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und Vertretern von Jugend- und Studentenorganisationen unterzeichnet. Die Bewegung wandte sich bald nicht allein gegen Atomwaffen, sondern gegen Rüstung überhaupt



Foto: dpa

Studierende demonstrierten am 30. Januar 1969 mit einem Sit-in gegen die nicht-öffentliche Senatssitzung der Universität München und für eine Diskussion mit dem Rektor.



Foto: dpa

Studentensprecher Rudi Dutschke bei einer Protestversammlung in Berlin 1967.

und nannte sich daher seit September 1963 „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengeegner“. 1964 folgten ihren Osterdemonstrationen 100 000, 1965 130 000 Menschen. Die Vorstände von SPD und DGB lehnten – ebenso wie die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP – die Ostermarsch-Bewegung als kommunistisch gesteuert oder unterwandert ab.

Zum Kern der APO wurde Mitte der sechziger Jahre die ehemalige Studentenorganisation der SPD, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Die SPD hatte sich im Juli 1960 vom SDS getrennt und ihm die finanzielle Unterstützung gestrichen, weil der SDS nicht bereit gewesen war, sich auf den Boden des Godesberger Programms (verabschiedet 1959) zu stellen. Im Mai 1961 wurde der SPD-treue Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) gegründet, im November 1961 erklärte die Parteiführung die Mitgliedschaft im SDS für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Der SDS entwickelte sich zu einer straff organisierten politischen Studentengruppe, die in intensiven Theoriedebatten die wirtschaftlichen und politischen Problemfelder der sechziger Jahre insgesamt in den Blick nahm und ihre Aktionen nicht nur – wie die Atomwaffengeegner – auf einen Krisen- oder Kritikpunkt konzentrierte.

Ausgangspunkt der SDS-Aktivität war die Lage an den Hochschulen. Unter dem Schlagwort „Demokratisierung der Hochschule“ forderten der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und der SDS die Abschaffung der alten akademischen Selbstverwaltung, in der allein die ordentlichen Professoren (Inhaber eines planmäßigen Lehrstuhls) das Sagen hatten (Ordinarien-Universität). Stattdessen forderten sie die Einführung der Drittelparität zwischen Professoren, Assistenten und Studierenden in den Entscheidungsgremien der Hochschulen, das Recht der verfaßten Stu-

Protestbewegung und ihre Folgen

Das größte Verdienst der Bewegung von '68 ist vielleicht – auch wenn wir das damals nicht so sahen – die Zersetzung der herrschenden Alltagskultur. Wir können noch immer offener sprechen, freier denken und ungezwungener leben als vor der Revolte; die soziale Kontrolle über den einzelnen ist weniger allmächtig. Was in den sechziger Jahren als Emanzipationsprozeß begann, lebt bis heute fort. [...]

Aus der Forderung nach Revolutionierung des Alltags und des Subjekts entstand ein neuer, bis heute fortlebender Politikbegriff: Politik von unten, verstanden als Gegensatz zur traditionellen Parteipolitik. An die Stelle von Funktionären sollten die um ihre Emanzipation kämpfenden Individuen treten. Mögen viele Initiativen jener Zeit auch längst Geschichte sein, so sind doch andere an ihre Stelle getreten. Veränderte Lebens- und Denkformen sind alltäglich geworden, werden nur noch selten auf ihren Ursprung hin befragt. [...]

Wir haben erfahren, daß man nur etwas bekommt, wenn man bereit ist, auch die Spielregeln zu durchbrechen. Wir haben aber auch erfahren, daß es für einen Erfolg auf diesem Weg keine Garantie gibt und man sich blutige Nasen holen kann. Doch die Spielregeln nicht zu durchbrechen, wo es erforderlich ist, bringt erst recht nichts.

Aber es bleibt noch mehr an Nachwirkungen der Revolte von '68. Auch die Institutionen veränderten sich unter dem Einfluß der Bewegung, die sich auf ihrem Höhepunkt noch gleichgültig oder ablehnend ihnen gegenüber gezeigt hatte. Auswirkungen sind auch hier bis heute spürbar. Mag auch der aufrührerische Geist von '68 vergangen sein – die erstickende Normalität von einst ist nur selten wieder in die Institutionen zurückgekehrt.

Die Kultur des Landes bleibt von dem Umwälzungsprozeß jener Jahre beeinflusst. Viele leben in ihrem Alltag heute verhältnismäßig ungestört das, was einst härtesten Kampf erforderte. Und so manches davon ist – wenn auch in abgeschwächter Form – in breitere Bevölkerungskreise eingedrungen: die Auflockerung der Institution Ehe und die Alltäglichkeit nicht-ehelicher Beziehungen, die Idee der Wohngemeinschaft, eine freiere Kindererziehung nicht nur in Krabbelstuben, Kinderläden oder freien Schulen sondern auch in Kindergärten und Regelschulen, offenere Umgangsformen der Menschen untereinander, die Etablierung einer alternativen Kultur – von Straßenfesten bis zu selbstorganisierten Kulturzentren.

Volkhard Brandes, Wie der Stein ins Rollen kam. Vom Aufbruch in die Revolte der 60er Jahre, Frankfurt/Main 1988, S. 194 f.

Etwa mit der Auflösung des SDS Anfang 1970 näherte sich auch die Protestbewegung ihrem Ende. Diese Bewegung, wie sie sich bis zu diesem Zeitpunkt dargestellt hatte, war in erster Linie eine moralische Empörung gegen bestimmte Verhältnisse und Bedingungen einer modernen Industriegesellschaft – eine Bewegung jedoch, die über kein klar definiertes politisches Programm verfügte, ja deren Kennzeichen in erster Linie darin bestand, daß sich ihre Anhänger zwar in einer Ablehnung der bestehenden Verhältnisse einig wußten, nicht jedoch in einer gemeinsamen politischen Perspektive, welche Ziele mit welchen Methoden erreicht werden sollten. [...]

Die Herausforderung durch die „außerparlamentarische Opposition“ hat ein tiefes normatives Defizit der westlichen Demokratien und speziell der Bundesrepublik nachgewiesen, die eine in weiten Teilen der jungen Generation zu findende Sehnsucht nach Werten nicht befriedigen konnten. Die führenden Repräsentanten der Bundesrepublik – worunter nicht nur die Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien zu rechnen sind – waren auf eine solche Auseinandersetzung nicht vorbereitet. Sie verfügten häufig auch nicht über ein entschiedenes demokratisches Selbstbewußtsein, das von einer Bereitschaft zu differenzierender Auseinandersetzung gerade gegenüber Kritikern der politischen Situation in der Bundesrepublik geprägt gewesen wäre. [...]

Es wurden zwar immer wieder Versuche unternommen, eine Solidarisierung mit und in der Arbeiterschaft herbeizuführen – was jedoch nicht gelang. Die Protestbewegung stand eindeutig unter der Führung von Studenten und Intellektuellen, die eine solche Solidarisierung nicht hatten herbeiführen können. [...]

Währenddessen die antiautoritäre Protestrevolte geprägt war durch eine starke Realitätsferne ihrer führenden Funktionäre – die von Vorstellungen einer Machbarkeit politischer Ziele, wie sie den eigenen, voluntaristischen Vorstellungen entsprachen, geprägt waren –, setzte sich nun die nüchterne Erkenntnis durch, daß der Revolutionierungsprozeß langwieriger und umständlicher vonstatten geht, als dies in den sehr spontaneistischen Vorstellungen der Neuen Linken zum Ausdruck kam. [...]

Der daraus resultierende „lange Marsch durch die Institutionen“ war auch von der Erkenntnis begleitet, daß dem Kampf der politischen Parteien innerhalb des politischen Entscheidungsprozesses in der Bundesrepublik wichtigste Bedeutung zukommt.

Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968 bis 1976, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1976; S. 323 ff.

Kritische Sozialphilosophie

Marcuse, Adorno und Habermas sind durch ihre direkten und indirekten Beziehungen zur Studenten- und Jugendbewegung die politisch einflussreichsten Denker jener Dekade geworden. Dabei hatten die Soziologen in ihrer Eigenschaft als Prognostiker eine solche Entwicklung keineswegs vorausgesehen. In einem Band *Student und Politik*, den Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oeler und Friedrich Weltz 1961 herausgegeben haben, folgt auf eine durchaus kritische Darstellung der zeitgenössischen Gesellschaft und des Wohlfahrtsstaates eine Erhebung unter bundesdeutschen Studierenden, die ein überwiegend konservatives, unkritisches Bewußtsein bei ihnen feststellt. Innerhalb weniger Jahre muß sich diese Einstellung demnach – jedenfalls bei einer tonangebenden Minderheit – radikal gewandelt haben. [...]

Herbert Marcuses sozialphilosophische Position unterscheidet sich von derjenigen Theodor W. Adornos vor allem durch ihre Bemühung um Praxisnähe und einen fast ungebrochenen Optimismus. Sein Ausgangspunkt ist eine Interpretation der hochindustrialisierten kapitalistischen Gesellschaft, in der die technische Rationalität („instrumentelle Vernunft“) so sehr zur alles beherrschenden geworden ist, daß Alternativen kaum noch gedacht oder vorgestellt werden können. Die industriegesellschaftliche „Eindimensionalität“ beherrscht Marcuse zufolge Technik, Wissenschaft und Kultur und verbirgt vollständig die in sie eingegangenen Herrschaftsinteressen. [...]

Während Marcuse in seiner Diagnose nicht allzuweit von Adorno entfernt war, ging er in der Prognose und in seinen vorsichtigen Hoffnungen auf künftige Entwicklungen über ihn risikoreich hinaus. Auf die Frage, wo denn ein mögliches Subjekt der objektiv möglichen radikalen Wende zu finden sei, hat er eine ganze Reihe von Antworten gegeben: Einmal erblickte er in der Rebellion der Kinder des amerikanischen Mittelstandes, die sich dem „Rattenrennen“ nach Prestige und Einkommen verweigern, ein hoffnungsvolles Indiz, dann setzte er auf die Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“, die als ein „äußeres Proletariat“ [...] auch auf die Industrieländer einwirken könnten, und schließlich erblickte er vor allem auch in der Frauenbefreiungsbewegung einen starken Motor für die Überwindung der zum „Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) gewordenen Industriegesellschaft.

Irving Fetscher, „Philosophie und Soziologie – vom Positivismusstreit zur Sozialphilosophie Marcuses“, in: Hilmar Hoffmann, Heinrich Klotz (Hg.), Die Sechziger, Düsseldorf 1987, S. 16 f.



Der deutsch-amerikanische Philosoph und Soziologe Herbert Marcuse, neben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer geistiger Vater der deutschen Studentenbewegung in den sechziger Jahren, während einer Kundgebung auf dem Frankfurter Opernplatz.

dentenschaften, allgemeinpolitische Stellungnahmen abzugeben (politisches Mandat), und eine grundsätzliche Reform der Studiengänge und Prüfungsordnungen.

Um die Öffentlichkeit auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, bedienten sich die Studierenden provokativer Verweigerungs- und Protestformen, wie go-in, sit-in und teach-in, die erstmals in den USA erprobt worden waren. Lehrveranstaltungen und Sitzungen akademischer Gremien wurden „blockiert“, „gesprengt“ oder zu Protestversammlungen „umfunktioniert“. Daraus entwickelte sich seit 1965 eine Studentenrevolte, die bald über den akademischen Bereich hinausging und nicht nur die Reform der Universität, sondern auch die Umgestaltung der gesamten Gesellschaft forderte.

Grundlage der Gesellschaftskritik des SDS war die Wiederentdeckung des Marxismus und seine Verknüpfung mit Elementen der Tiefenpsychologie Sigmund Freuds. Richtungsweisend war hier vor allem der in Kalifornien lehrende Philosoph Herbert Marcuse, der schon die amerikanische Studentenbewegung beeinflusst hatte. Sein 1967 auf deutsch erschienenes Buch „Der eindimensionale Mensch“ kritisierte die „Überflußgesellschaft“ und den „Konsumterror“, dem sich die Menschen widerstandslos unterwürfen, obwohl er ihre natürlichen Bedürfnisse unbefriedigt lasse und sie an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten hindere. Der in Wissenschaft und Technik erreichte Fortschritt, so Marcuse, sollte vielmehr zur Entwicklung einer von Not und Zwang entlasteten Kultur, in der Vernunft und Sinnlichkeit versöhnt sein könnten, genutzt werden.

Einflußreich war des weiteren die „Frankfurter Schule“ der Sozialwissenschaftler Theodor W. Adorno und Max Horkhei-

mer, die in ihrer Theorie von der „autoritären Persönlichkeit“ psychoanalytische, soziologische und philosophische Ansätze zu einer kritischen Analyse des Faschismus und der bürgerlichen Gesellschaft verbunden hatten.

Marxistische Sichtweise

Die studentische Rezeption des Marxismus war von Anfang an durchdrungen von der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik, deren politisches System als „verkrustet“ und „reaktionär“ be- und verurteilt wurde: Die durch das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg kompromittierte Generation der Väter habe sich ausschließlich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentriert, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen, die das Dritte Reich möglich gemacht hatten, kritisch zu reflektieren geschweige denn zu ändern. Das Ergebnis sei eine selbstzufriedene Wohlstandsgesellschaft, fest im Griff der Interessen der Großunternehmer und ihrer publizistischen Helfer, unfähig zur Einsicht in gesellschaftliche Mängel und unwillig zur Reform. Die APO kritisierte die unvollkommene Verwirklichung der rechts- wie sozialstaatlichen Normen des Grundgesetzes und forderte die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche und der Wirtschaft.

Einen weiteren Ansatzpunkt für fundamentale Kritik an der Realität der westlichen Demokratie bot der Vietnamkrieg: Zu offenkundig war der Gegensatz zwischen dem Anspruch der US-Regierung, Freiheit und demokratische Werte des Westens gegen den totalitären Kommunismus zu verteidigen, und der Wirklichkeit eines brutal geführten Krieges, über den das Fernsehen tagtäglich berichtete. Die gegen den Vietnamkrieg gerichteten Pro-

testaktionen der Studenten wandten sich zugleich auch gegen die angebliche oder tatsächliche Unterdrückung antikolonialer Befreiungsbewegungen durch die USA und gegen die Unterstützung, die die USA und die Bundesrepublik autoritären Regimen in Südamerika, Asien und Afrika gewährten.

Der erste große gewaltsame Zusammenstoß zwischen Studentenbewegung und Staatsgewalt ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Anlässlich des Staatsbesuchs des Schahs von Persien Reza Pahlawi kam es am 2. Juni 1967 in Berlin zu Zusammenstößen von Demonstrierenden mit der Polizei, in deren Verlauf der 26jährige Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen wurde. Der Tod Ohnesorgs löste Studentenunruhen in vielen Städten des Bundesgebiets aus. Die Konfrontation zwischen Studentenbewegung und Polizei versetzte Berlin monatelang in eine Art Ausnahmezustand und führte nach längeren Auseinandersetzungen zum Rücktritt des Polizeipräsidenten, des Innensenators und schließlich des Regierenden Bürgermeisters und evangelischen Theologen Heinrich Albertz im September desselben Jahres.

Seit Ende 1967 richteten sich studentische Aktionen verstärkt gegen den Springer-Konzern, in dem Tageszeitungen wie „Die Welt“ und „Bild“ erschienen. Der Springer-Press wurde vorgeworfen, eine Hetzkampagne gegen Studenten und „Linke“ zu führen, indem sie verfälscht oder verkürzt über die Studentenbewegung berichtete und Wortführer des SDS wie den Berliner Soziologie-Studenten Rudi Dutschke geradezu als Staatsfeinde verteuflte. Mit dem Schlachtruf „Enteignet Springer!“ versuchten studentische Gruppen, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern.

Anschlag auf Rudi Dutschke

Am Gründonnerstag, dem 11. April 1968, verübte der 23jährige Anstreicher Josef Bachmann einen Mordanschlag auf Rudi Dutschke, der schwer verletzt wurde (und 1979 den Spätfolgen dieses Anschlags erlag). Bachmann erklärte nach seiner Festnahme, er sei durch die Lektüre der „Nationalzeitung“ und der „Bild-Zeitung“ zu seiner Tat angeregt worden.

Das Attentat auf Dutschke löste die schwersten Straßenunruhen in der Geschichte der Bundesrepublik aus: Während der Osterfeiertage demonstrierten in West-Berlin und in zahlreichen Städten des Bundesgebiets Hunderttausende von Menschen. Versuche, Redaktionen und Druckereien des Springer-Verlages zu stürmen, führten zu teilweise blutigen Konfrontationen mit der Polizei und zu regelrechten Barrikadenkämpfen. Bei einer solchen gewaltsamen Auseinandersetzung wurden in München ein Fotoreporter und ein Student tödlich verletzt.

Bundesregierung und Sprecher der Koalitionsparteien machten den SDS für die „Osterunruhen“ verantwortlich. Innenminister Ernst Benda (CDU) sah im SDS eine verfassungsfeindliche Organisation, die „die revolutionäre Transformation der bestehenden Ordnung“ anstrebe.

Selbstkritisch fragte hingegen Justizminister Gustav Heinemann (SPD), „was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte und daß Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben. Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die 11 000 Studenten, die sich an den Demonstrationen vor

Notstandsgesetze

[...] R. LENZ (CDU/CSU): Namens des Rechtsausschusses dieses Hauses darf ich Ihnen den Bericht über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes und über den von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall vorlegen. [...]

Es ist nicht wahr, daß dieser Entwurf den Weg zur Diktatur bereitet. Der vorliegende Entwurf hält unter parlamentarischen und rechtsstaatlichen Gesichtspunkten jeden Vergleich mit jeder Vorsorgeregung für den Notfall aus, die es auf der Welt gibt.

Es ist nicht wahr, daß durch diesen Entwurf den gewerkschaftlichen Rechten der Boden entzogen wird. Im Gegenteil, der Entwurf verankert das bestehende Arbeitskampfrecht ausdrücklich in der Verfassung.

Es ist nicht wahr, daß durch diesen Entwurf die staatsbürgerlichen Freiheiten beseitigt werden. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit werden durch den Entwurf nicht berührt. [...]

Es ist nicht wahr, daß durch diese Vorlage der Bürgerkrieg vorbereitet wird. Sowohl bei der Formulierung des staatsbürgerlichen Widerstandsrechts als auch bei der Möglichkeit der Bundesregierung, im äußersten Notfall Truppen gegen militärisch bewaffnete Aufständische einzusetzen, hat der Rechtsausschuß sich bemüht, klarzustellen, daß dies nur die Ultima ratio, das letzte Mittel sein dürfe, wenn alle anderen Mittel versagt haben.

Es ist auch nicht wahr – und ich habe aktuellen Anlaß, das zu sagen –, daß diese Vorlage eine Waffe im Kalten Krieg ist oder dazu dient, die internationalen Spannungen zu verschärfen. Ihre Verabschiedung demonstriert den Willen des deutschen Volkes zur Selbstverteidigung, aber auch nicht mehr. [...]

Dieses Gesetz ist notwendig, um die alliierten Vorbehaltsrechte zum Erlöschen zu bringen, auf Grund derer die Drei Mächte noch heute die oberste Staatsgewalt in der Bundesrepublik übernehmen können.

Dieses Gesetz ist notwendig, um die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte und den Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall sicherzustellen, soweit dies [...] überhaupt möglich ist.

Dieses Gesetz ist notwendig, um der Zusammenfassung der Hilfsmittel von Bund und Ländern bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen die Rechtsgrundlage zu geben.

Bundestagsdebatte am 15./16. Mai 1968, in: Irmgard Wilharm (Hg.), Deutsche Geschichte 1962–1983, Bd. 1, Frankfurt/Main 1985, S. 149 f.



Protestdemonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke. Polizisten räumen in der Nacht zum 13. April 1968 eine Straße vor dem Gebäude des Springer-Verlages in Hamburg, den die Studierenden damals für das Attentat mitverantwortlich machten.



Foto: dpa

Eine Demonstration im Mai 1968 in Bonn gegen die Notstandsgesetze, die am 30. Mai 1968 vom Deutschen Bundestag trotz heftiger Proteste der Gewerkschaften und vor allem der Studentenbewegung mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet worden sind.

Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen. Heißt das nicht, daß wir Älteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaublich wurden?"

Notstandsgesetze

Ein konkretes und zentrales Ziel der Agitation und Aktionen der Studentenbewegung war die Verhinderung der von der Großen Koalition geplanten Notstandsgesetze. Zum Verständnis der parlamentarischen und außerparlamentarischen Diskussion über die Notstandsgesetze ist eine Rückbesinnung auf die Verfassung der Weimarer Republik notwendig: Der berühmt gewordene Artikel 48 der Weimarer Verfassung hatte für den Fall des Notstandes, der nicht näher definiert war, alle Vollmacht zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung dem Reichspräsidenten anvertraut. Die auf Artikel 48 beruhenden Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg, kombiniert mit dem Recht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, trugen in erheblichem Maße zur Zerstörung der Weimarer Republik und zur Machtübernahme der Nationalsozialisten bei. Deshalb verzichtete der Parlamentarische Rat darauf, in das Grundgesetz Vorschriften für den Fall des Notstandes aufzunehmen.

Gesetzesentwürfe

Erst im Januar 1960 legte der damalige Innenminister Gerhard Schröder (CDU) den ersten Entwurf für eine Notstandsgesetzgebung vor. Er begründete die Vorlage zum einen damit, daß die Regierung die Möglichkeit erhalten müsse, Gefahren für die Existenz und für die freiheitliche Ord-

nung der Bundesrepublik entgegenzutreten zu können. Zum anderen begründete er sie damit, daß nur durch eine entsprechende Grundgesetzergänzung die alliierten Vorbehaltsklauseln im Artikel 5 des Deutschlandvertrages von 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 abgelöst werden könnten. Dieser Artikel bestimmte, daß die von den drei Mächten in bezug auf die Sicherheit ihrer in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte ausgeübten Rechte erst dann erlöschen, wenn die deutschen Behörden Vollmachten erhalten haben, die sie in den Stand versetzen, wirksame Maßnahmen zum Schutz dieser Streitkräfte zu treffen, „einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen“.

Der Schrödersche Entwurf scheiterte jedoch am Widerstand der SPD, ohne deren Stimmen die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen war. Die SPD war nicht grundsätzlich gegen Notstandsgesetze. Sie wollte sie jedoch zum einen auf den äußeren Notstand – also auf den „Verteidigungsfall“ – begrenzt wissen und zum anderen ihre Handhabung nicht der Regierung allein überlassen, wie es der Schröder-Entwurf vorsah, sondern der Kontrolle von Bundestag und Bundesrat unterstellen. Prinzipiell gegen jede Art von Notstandsgesetzgebung wandten sich aber von Anfang an die Gewerkschaften. Sie sahen die Gefahr, daß im „Notfall“ die Exekutive das Streik- und Koalitionsrecht einschränken und mit polizeilichen oder gar militärischen Mitteln gegen streikende Arbeiter vorgehen könnte.

Neue Initiative

Am Widerstand von DGB und SPD scheiterte im Sommer 1965 auch ein vom Innenminister Hermann Höcherl (CSU) vorge-

legter neuer Entwurf. Differenzen zwischen Regierung und Opposition gab es vor allem wegen der geplanten Pressezensur, der Überwachung des Brief- und Telefonverkehrs, der arbeitsrechtlichen Stellung von Dienstverpflichteten und der Weisungsbefugnis der Bundesregierung gegenüber den Bundesländern im Falle des Notstandes. Diese Differenzen waren nicht so gravierend, daß sie eine Einigung zwischen SPD und Regierungsparteien unmöglich gemacht hätten. Die SPD-Führung wich aber vor den gewerkschaftlichen Protesten, der innerparteilichen Kritik und der Opposition der SPD-Jugendorganisationen zurück, um die Chancen der Partei bei den bevorstehenden Bundestagswahlen 1965 nicht zu verschlechtern.

Die Beratungen über Notstandsgesetze wurden nach den Bundestagswahlen unter Höcherls Nachfolger Paul Lücke (CDU) fortgeführt und nach Bildung der Großen Koalition beschleunigt. Eventuelle noch vorhandene Differenzen zwischen den nunmehrigen Koalitionspartnern ließen sich relativ schnell beseitigen, da sich beide Seiten über das Grundprinzip, wonach auch im Falle des Notstands die parlamentarische Kontrolle der Exekutive gewahrt bleiben sollte, einig waren. Bereits am 10. März 1967 einigte sich die Bundesregierung auf einen Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes. Am 29. Juni 1967 fand die erste Lesung der nunmehr von der SPD unterstützten Notstandsgesetze im Bundestag statt.

Widerstände

Inzwischen hatte sich aber auch der außerparlamentarische Widerstand gegen die Notstandsgesetze formiert: Am 14. Mai 1966 lehnte der 7. Ordentliche Bundeskongreß des DGB erneut jede Notstandsgesetzgebung ab, „welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, das Koalitions- und das Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht“.

Wenig später wurde auf Initiative des SDS und der „Kampagne für Abrüstung“ das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ gebildet. Dem Kuratorium gehörten neben Wissenschaftlern, Schriftstellern und Geistlichen auch Spitzenfunktionäre verschiedener Einzelgewerkschaften, jedoch nicht des DGB, an. Im Oktober 1966 organisierte das Kuratorium in Frankfurt den Kongreß „Notstand der Demokratie“, der unter anderem von der IG Metall, der IG Chemie, der Gewerkschaft Holz und der Gewerkschaft Leder getragen wurde. An der Abschlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg am 30. Oktober nahmen mehr als 20 000 Menschen teil.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wurde im Frühjahr 1968 zum einigenden Band zwischen Studentenbewegung und Gewerkschaften. Das Kuratorium „Not-

stand der Demokratie“ und die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ organisierten einen Sternmarsch nach Bonn, um gegen die zweite und dritte Lesung der Notstandsgesetze zu protestieren. Der DGB unterstützte den Sternmarsch nicht offiziell, sondern hatte zu einer eigenen Großkundgebung gegen die Notstandsgesetze ebenfalls am 11. Mai 1968 nach Dortmund aufgerufen. Parallel zu diesen beiden Großkundgebungen fanden Protestdemonstrationen in Frankfurt, München, Göttingen, Hamburg, Berlin und Freiburg statt. Dennoch passierten die Notstandsgesetze am 15. und 16. Mai 1968 den Bundestag in zweiter Lesung mit großer Mehrheit.

Am 19. Mai 1968 meldete der DGB-Bundesvorstand seine „schwerwiegenden Bedenken“ gegen die Notstandsgesetze an, erklärte aber ausdrücklich: „Der Bundesvorstand des DGB lehnt einen allgemeinen Streik (Generalstreik) zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausdrücklich ab, denn er hält es für einen Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß des Bundestages zum Streik aufzurufen.“

Am 27. Mai 1968 erklärten die drei Westmächte ihre Bereitschaft, nach Inkrafttreten der Notstandsgesetze auf ihr bisheriges Vorbehaltsrecht zum Schutz ihrer Streitkräfte zu verzichten, und am 30. Mai 1968 verabschiedete der Bundestag in dritter Lesung die Notstandsverfassung, die sogenannten einfachen Notstandsgesetze sowie das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes).

Gesetzesbestimmungen

Die Notstandsgesetze, die am 28. Juni 1968 in Kraft traten, ergänzten das Grundgesetz für den Fall des inneren und äußeren Notstandes sowie für den Fall von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Unfällen. Neu eingefügt wurden zwei neue Abschnitte mit den Artikeln 53a über den „Gemeinsamen Ausschuß“ und den Artikel 115a bis l über den „Verteidigungsfall“.

Die Feststellung des Verteidigungsfalls wird auf Antrag der Bundesregierung vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates getroffen.

Der Gemeinsame Ausschuß, das sogenannte Notparlament, fungiert als Ersatz für Bundestag und Bundesrat, wenn diese wegen unüberwindlicher Hindernisse nicht zusammentreten können. Er besteht aus 22 Bundestagsabgeordneten (aufgeschlüsselt nach der Fraktionsstärke im Bundestag) und elf Mitgliedern des Bundesrats (die in diesem Gremium nicht weisungsgebunden sind). Der Ausschuß muß auch in Normalzeiten über alle zivilen und militärischen Pläne der Bundesregierung für den Verteidigungsfall unterrichtet werden.

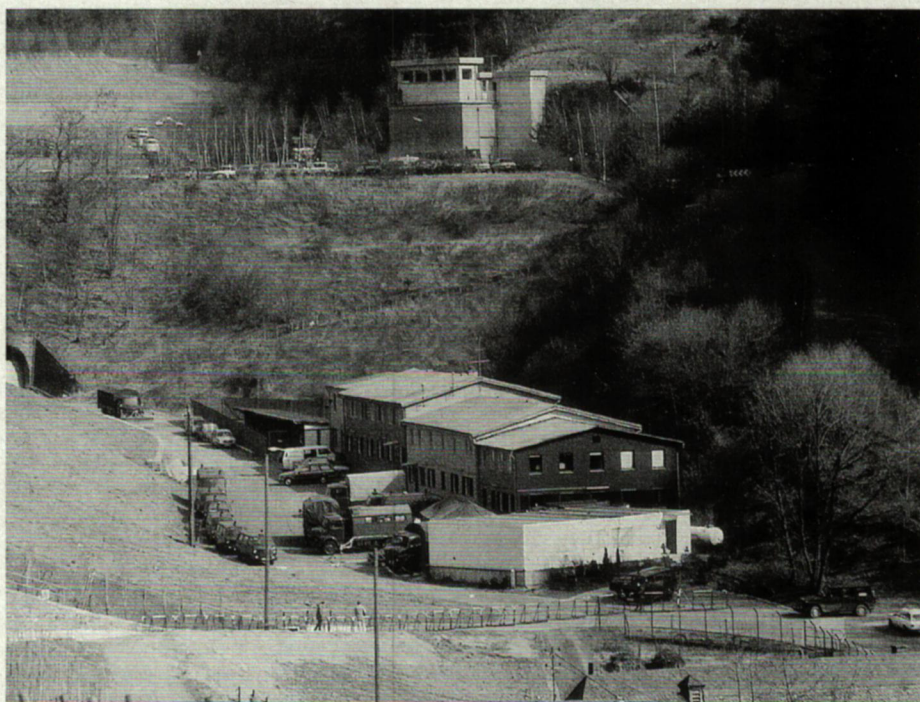
Zu den Einschränkungen von Grundrechten im Verteidigungsfall gehört Artikel 12a, nach dem Gesetze möglich sind, die zum Beispiel Wehrpflichtige zu „zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse“ verpflichten (Absatz 3) oder Frauen zwischen 18 und 55 Jahren zu Dienstleistungen „im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in ortsfesten Militärlazaretten“ heranziehen können, wenn im Verteidigungsfall nicht genügend Freiwillige zu finden sind (Absatz 4). In diesem Fall kann auch „die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden.“ Damit diese Bestimmung nicht gegen Arbeitskämpfe angewendet werden kann, wie es die Gewerkschaften befürchteten, wurde Artikel 9, der das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit sichert, um eine entsprechende Klausel ergänzt.

Durch die Notstandsgesetzgebung konnte die Bundesregierung im Krisenfall unter bestimmten Bedingungen den Weg für den Einsatz der Bundeswehr im Innern öffnen: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Absatz 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zum Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder Bundesrat es verlangen“ (Artikel 87a Absatz 4). Der hier erwähnte Artikel 91 Absatz 2 lautet in

seinem ersten Satz: „Ist das Land, in dem die Gefahr (für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, Anm. d. Red.) droht, nicht selbst zur Bekämpfung bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen sowie Einheiten des Bundesgrenzschutzes einsetzen.“

Am umstrittensten unter den durch die Notstandsgesetzgebung ermöglichten Einschränkungen der Grundrechte war die Beschränkung des in Artikel 10 des Grundgesetzes garantierten Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses: Das Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes vom 13. August 1968 löste das entsprechende Kontrollrecht der Alliierten ab und berechtigt die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr und den Bundesnachrichtendienst, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis zu verletzen, wenn dies „zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen“ der Nato-Verbündeten erforderlich sein sollte.

In dem Bemühen, die Bedenken der Gewerkschaften hinsichtlich einer mißbräuchlichen Anwendung dieser Gesetze gegen die demokratische Ordnung des Staates auszuräumen, wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung in Artikel 20 Absatz 4 ausdrücklich ein Widerstandsrecht eingeführt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“



Als Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes, darunter das Notparlament, war in Krisenzeiten dieser Bunker (im Bild oben) in der Eifel nahe Bonn vorgesehen.



Foto: Ulfstein Bilderdienst

Eine soziale Einrichtung aus dem Umfeld der Studentenbewegung, die in vielen Teilen der Gesellschaft Anklang fand: Ein in einer ehemaligen Bäckerei eingerichteter Kinderladen in Berlin, der von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen initiiert wurde.

Zerfall der Studentenbewegung

Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze und die Folgen ihrer Verabschiedung markierten den Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition. Sie deuteten aber auch schon ihren Zerfall an: Das ohnehin spannungsvolle Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Studentenbewegung zerbrach, nachdem die Gewerkschaftsführungen Streiks gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze abgelehnt hatten.

Ehemalige Funktionäre der verbotenen KPD versuchten, den Zerfall der APO für den Wiederaufbau einer marxistisch-leninistischen Partei in der Bundesrepublik zu nutzen: Die offiziell auf dem Essener Parteitag im April 1969 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) blieb in Landtags- und Bundestagswahlen bedeutungslos. Ihre Studentenorganisation dagegen, der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB), entfaltete an den Hochschulen eine rege Aktivität.

Die „antiautoritäre“ Studentenbewegung spaltete sich in eine Vielzahl politisch unterschiedlicher Kleingruppen auf, deren radikalste sich zu terroristischen Kadern wandelten. Teilweise organisierte sich die „neue Linke“ an den Hochschulen in maoistischen Gruppen, die sich untereinander heftig befiedelten, oder in antiautoritären und spontaneistischen „Basisgruppen“, die bald wieder zerfielen. Vom langsamen Zerfall des SDS profitierten der SHB, der bald mit der Mutterpartei in Konflikte geriet, und die Jungsozialisten (Jusos), die den stärksten Mitgliederzuwachs in ihrer Geschichte erlebten.

Viele Aktivisten und Sympathisanten der APO aber machten sich auf den „langen

Marsch durch die Institutionen“, wie Rudi Dutschke den Versuch bezeichnet hatte, Gesellschaftsveränderung nicht in einem einzigen revolutionären Akt, sondern durch fortwährende Aufklärung der Bevölkerung und allmähliche Veränderung der Institutionen und Verbände von innen heraus zu bewirken. Vor allem auf dem linken Flügel der SPD, bei den Jungsozialisten, im SHB und in manchen Gewerkschaften gaben bald die ehemaligen „68er“ den Ton an. Ideologische Elemente, Organisationsformen und Aktionsmethoden der APO lebten in den Bürgerinitiativen, in der Frauenbewegung und in den ökologischen und pazifistischen Gruppierungen der siebziger Jahre fort.

Streikbewegungen

Die außerparlamentarische Opposition war ein wichtiges Indiz für den Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik am Ende der sechziger Jahre. Das Verhältnis zwischen Bürgern und politischen Institutionen im weitesten Sinne veränderte sich: Parlamente, Regierungen, Verwaltungen, Partei- und Gewerkschaftsführungen verloren an Autorität. Das Interesse der Bürger, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder an Politik und ihre Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung wuchsen. Statt auf den Staat und andere Institutionen zu setzen, forderte eine wachsende Anzahl von Bürgern und Bürgerinnen „mehr Demokratie“. Diese Erfahrungen machten auch die Gewerkschaftsführungen, als im September 1969 in der westdeutschen Metallindustrie spontane Streiks ausbrachen.

Diese Streiks überraschten die Gewerkschaftsleitungen nicht weniger als die Un-

ternehmer. Ursachen und Verlauf dieser Streikbewegung lassen erkennen, daß die Verbindung zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsführungen gestört war: Die Arbeiter waren nicht mehr ohne weiteres bereit, den Entscheidungen der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre zu folgen, sondern versuchten, ihre Interessen auch ohne die Gewerkschaftsleitungen durchzusetzen.

Diese hatten sich in der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus kooperativ verhalten und ihre tarifpolitischen Forderungen meist an der Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur orientiert. Das Ergebnis dieser Tarifpolitik war eine eindeutige Verbesserung der Einkommenslage und der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer durch Erhöhung der Reallöhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs. Diese Erfolge sicherten den Gewerkschaftsführern eine breite Vertrauensbasis bei den Mitgliedern, die in ihrer Mehrheit bis dahin mit den Entscheidungen der Vorstände einverstanden waren. Das aber änderte sich unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rezession 1966/67.

Für die Gewerkschaftsführungen war die Beteiligung an der Konzentrierten Aktion eine gleichsam natürliche Fortsetzung der bisher praktizierten kooperativen Interessenpolitik. Auch sie waren an einer schnellen Überwindung der Wirtschaftskrise interessiert und konnten vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister eine Berücksichtigung ihrer Interessen erwarten, zumal Karl Schiller (SPD) die Notwendigkeit begrenzter Lohnerhöhungen ausdrücklich anerkannt hatte. Das lohnpolitische Wohlergehen der Gewerkschaften trug zum schnellen wirtschaftlichen Aufschwung bei, brachte aber keine greifbaren Erfolge für die Arbeitnehmer. Die Unternehmensgewinne stiegen schneller und höher als Löhne und Gehälter.

Noch am 1. Juni bzw. 1. Juli 1968 schlossen IG Metall und IG Bergbau Tarifverträge ab, deren Laufzeit 18 Monate betrug und die durchschnittliche Lohnerhöhungen von 5,5 Prozent (Bergbau) bzw. sechs Prozent (Metall) vorsahen. Bereits in diesem Jahr aber lag die Wachstumsrate des realen Sozialproduktes höher als sieben Prozent und 1969 stieg sie auf acht Prozent. Zwischen Unternehmensgewinnen und Arbeitnehmerinkommen klappte eine Diskrepanz, die sich durch Preissteigerungen noch vergrößerte: 1968 nahm das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 22 Prozent zu, die Einkommen der Arbeitnehmer aber stiegen nur um fünf Prozent.

Die Führungen der IG Metall und der IG Bergbau waren sich dieser Diskrepanz und der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter durchaus bewußt. Doch sie fühlten sich an die Friedenspflicht und an die geltenden Tarifverträge, die erst im November bzw. Dezember 1969 ausliefen, gebun-

den und scheuten auch aus Rücksicht auf die SPD davor zurück, ausgerechnet vor den Bundestagswahlen einen heftigen Tarifkonflikt in Gang zu setzen. Die IG Metall schloß zwar Anfang August 1969 einen vorgezogenen Tarifvertrag für die metallverarbeitende Industrie ab, der eine achtprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung brachte. Dieser Abschluß förderte aber die innerbetrieblichen Lohndifferenzen und steigerte daher die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Lohnpolitik der IG Metall. Außerdem gab es spürbare regionale Lohndifferenzen: Die Löhne in der Metallindustrie des Saargebiets beispielsweise lagen niedriger als im Ruhrgebiet, die Löhne auf den Werften in Hamburg über denen in Schleswig-Holstein.

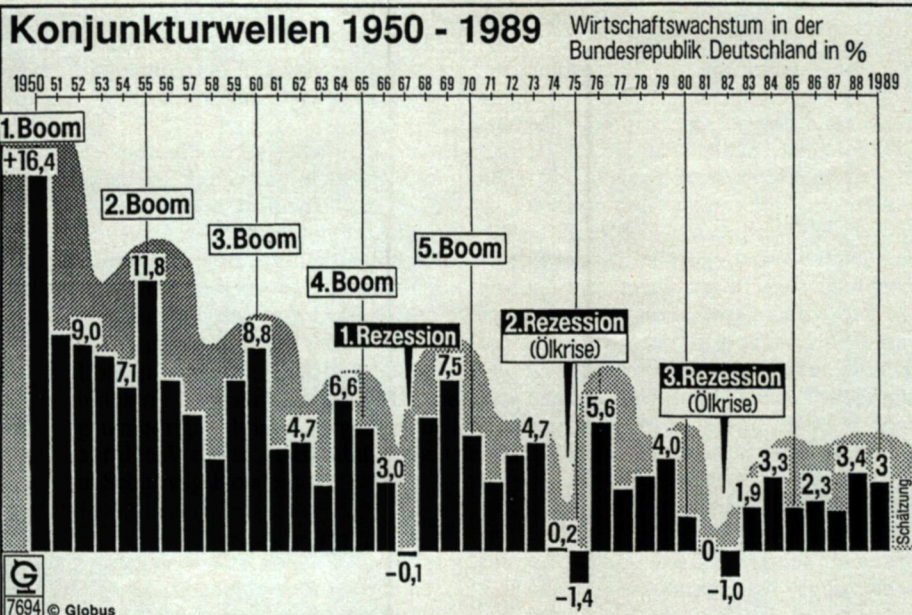
Erste Erfolge

Die Streiks begannen, als am 2. September 1969 3000 Stahlwerker der Dortmunder Hoesch-Werke die Arbeit niederlegten. Sie hatten eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfennig gefordert, die Betriebsleitung hatte nur 15 Pfennig zahlen wollen. Nun zogen die Streikenden vor das Verwaltungsgebäude und forderten eine Erhöhung des Stundenlohns um 30 Pfennig. Am nächsten Tag waren bereits über 24 000 Stahlarbeiter der Hoesch-Werke im Ausstand. Die Betriebsleitung gab nach und bewilligte 20 Pfennig mehr pro Stunde.

Dieser Erfolg der Hoesch-Arbeiter löste eine spontane Streikbewegung aus, die zunächst die Eisen- und Stahlindustrie erfaßte, dann auf den Bergbau übergriff und schließlich die metallverarbeitende Industrie und sogar Bereiche des öffentlichen Dienstes (Nahverkehr und Müllabfuhr) sowie der Textilindustrie erreichte. Beendet wurden diese Streiks erst durch Zugeständnisse der Werksleitungen und durch neue Tarifverträge nach dem 10. September, die beispielsweise im Bergbau und in der Metallindustrie rückwirkende Lohnerhöhungen um zehn bis zwölf Prozent brachten sowie eine stufenweise Verlängerung des Mindesturlaubs und Treueprämien nach dem Vermögensbildungsgesetz.

Die September-Streiks waren spontane Arbeitsniederlegungen, die organisatorisch und finanziell von den Gewerkschaften nicht unterstützt wurden. Die Streikenden wählten oder bestimmten ihre Sprecher und Verhandlungsleiter selbst. In den meisten Fällen waren dies allerdings gewerkschaftliche Vertrauensleute oder Betriebsratsmitglieder.

Die Forderungen der Streikenden konzentrierten sich auf Lohnerhöhungen, politische Forderungen wurden nicht erhoben. Die Streikenden wehrten sich vielmehr gegen alle Versuche, den Streik politisch zu nutzen. So wurden SDS-Studenten, die die Arbeiter „agitieren“ wollten, verjagt und DDR-Kamerateams am Drehen gehindert. In manchen Betrieben kam es zu Konflikten mit DKP-Betriebsgruppen, in



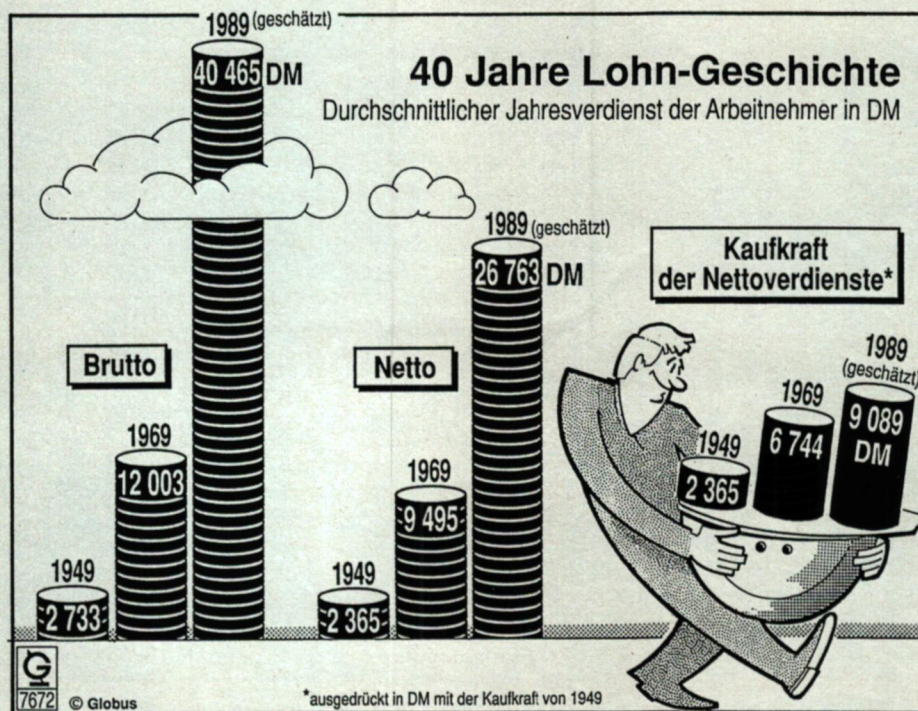
anderen gehörten DKP-Mitglieder zu den aktiven Organisatoren des Streiks, weil sie Betriebsratsmitglieder waren oder sich aktiv für die Forderungen ihrer Kollegen eingesetzt hatten.

Trotzdem stellte die Führung der IG Bergbau die spontanen Streiks als das Werk kommunistischer und studentischer Agitatoren dar und bemühte sich von Anfang an, den Streik einzudämmen. Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, lehnte es zwar entschieden ab, die Streikbewegung auf kommunistische Umtriebe zurückzuführen. Aber auch die Führung der IG Metall versuchte, die Streiks so schnell wie möglich zu beenden. Es gelang den Gewerkschaftsführungen relativ schnell, sich durch Anbahnung von Tarifverhandlungen gleichsam an die Spitze der Streikbewegung zu setzen. Da vor allem die Gewerkschaftsmitglieder auf Betriebsratsebene als Organisatoren der spontanen

Streiks weiterhin das besondere Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder genossen, hielt sich der Vertrauensverlust der Gewerkschaften insgesamt in Grenzen. Die Gewerkschaftsführungen sahen sich daher nicht genötigt, ihre bisherige Tarifpolitik zu revidieren und ihre – von den Mitgliedern kritisierte – Mitarbeit in der Konzentrierten Aktion aufzugeben.

Neues Selbstbewußtsein

Das gewachsenen Selbstbewußtsein der Mitglieder gegenüber den Gewerkschaftsführungen zeigte sich 1973, als erneut spontane Streiks ausbrachen. Die auslösenden Faktoren waren denen von 1969 ähnlich: Um im Rahmen der Konzentrierten Aktion ihren Beitrag zur Dämpfung des Preisauftriebs zu leisten, hatte sich die IG Metall bei Eröffnung der Lohnrunde Anfang 1973 mit einer Lohnerhöhung von 8,5 Prozent begnügt. Ihr folgten die Gewerk-



schaften des öffentlichen Dienstes. Auch andere Gewerkschaften (so die IG Bergbau und Energie und die IG Bau, Steine, Erden) begnügten sich mit Abschlüssen unter zehn Prozent. Doch bereits Anfang 1973 zeichnete sich ab, daß die Preissteigerungen mehr als acht Prozent betragen würden. Im Februar, also unmittelbar nach dem Tarifaßschluß der IG Metall, begannen daher spontane Streiks mit der Forderung nach Teuerungszulagen. Hatten sich die September-Streiks 1969 auf zweieinhalb Wochen konzentriert, so verteilten sich die „wilden Streiks“ (wie sie jetzt von den Gewerkschaftsleitungen genannt wurden) 1973 in mehreren Wellen über das ganze Jahr: Im Frühjahr streikten die Arbeiter in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, im Sommer Arbeiter der Automobilindustrie, im Herbst die Bergarbeiter im Saarland. Da die Streiks jeweils nach den Tarifaßschlüssen begannen, konnten die Gewerkschaftsleitungen an-

ders als 1969 keine vorgezogenen Tarifverhandlungen vorschlagen. Dennoch konnten die Streikenden in den meisten Fällen Lohnerhöhungen durchsetzen.

Noch deutlicher als die September-Streiks 1969 dokumentierten die Streikwellen von 1973 die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder mit den Ergebnissen gewerkschaftlicher Interessenpolitik und die Mängel der innergewerkschaftlichen Willensbildung. Die Mitglieder waren nicht länger bereit, der Politik der Vorstände zu folgen und Lohnforderungen den Konjunkturerfordernissen anzupassen.

Die Gewerkschaftsführungen reagierten auf die 1969 und 1973 offenkundig gewordene Legitimationskrise, indem sie bisher vernachlässigte Mitgliederinteressen aufgriffen und in den Tarifaufinandersetzungen energischer vorgehen. Bei der IG Metall gewannen die Bezirke ab 1970 eine

größere Autonomie in der Tarifpolitik. Neben Lohnerhöhungen spielten nunmehr auch Fragen des Arbeitstempas und der Arbeitszeit eine zunehmende Rolle in Tarifverhandlungen. Die Gewerkschaftsführungen waren auch eher bereit, Forderungen ihrer Mitglieder durch einen Streik Nachdruck zu verleihen. So unterstützte die IG Metall 1970 einen Warnstreik von 300 000 Metallarbeitern. 1971 streikten die Metallarbeiter Baden-Württembergs drei Wochen lang und setzten damit die Lohnforderungen der Gewerkschaft durch. Ihren Höhepunkt erreichte die Streikbereitschaft im Februar 1974 mit einem Streik des öffentlichen Dienstes, der vor allem von der ÖTV (unter ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker) mit großer Energie und Härte geführt wurde, obwohl die Konjunktur als Folge der „Ölkrise“ bereits im Abschwung war. Das Ergebnis war eine elfprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst.

Die DDR in den sechziger Jahren

Peter Borowsky

Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 markiert den tiefsten Einschnitt in der Geschichte der DDR. Die Mauer zementierte die Verhältnisse in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes: die Spaltung der Nation in zwei Staaten. Sie symbolisierte und besiegelte die Unfreiheit in der DDR. Die Mauer verhinderte die weitere Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Sie war daher auch eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Steigerung des Lebensstandards, die nun

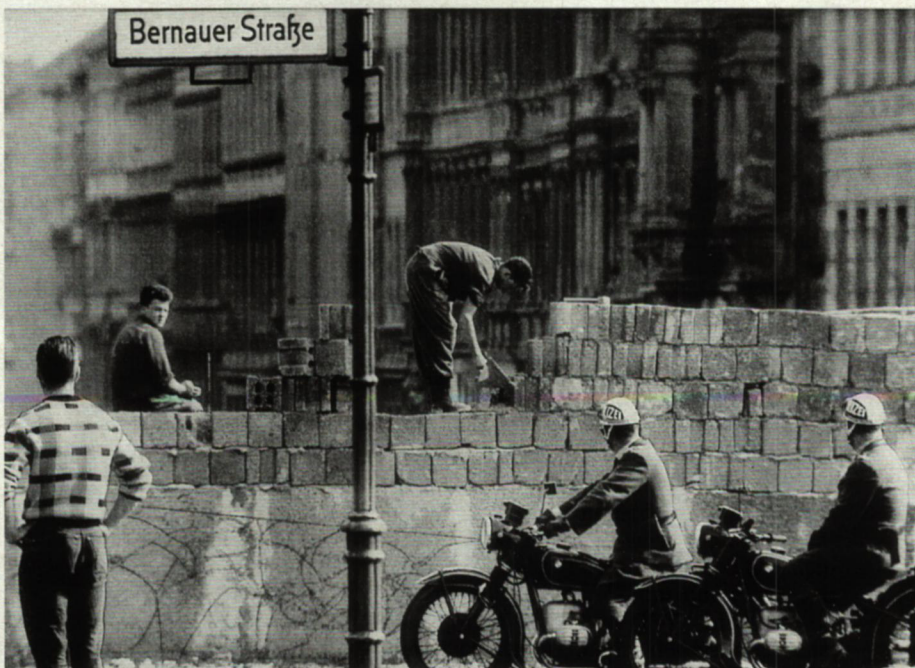
ebenfalls in der DDR einsetzten. Die DDR wurde im Laufe der sechziger Jahre zur zweitstärksten Industriemacht im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und zur wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partnerin der Sowjetunion. Der RGW war 1949 in Moskau als Organisation zur wirtschaftlichen Integration Ost- und Ostmitteleuropas gegründet worden. Die DDR begann, mit der Bundesrepublik Deutschland um Anerkennung in der Dritten Welt zu wetteifern, und wurde auch von Politikern und Teilen der öffentlichen Meinung in der Bundesre-

publik nicht länger als „die Zone“ geringgeschätzt, sondern als zweiter deutscher Staat ernst genommen.

Diese Entwicklung steigerte nicht nur das Selbstbewußtsein der DDR-Führung, die sich in wirtschaftspolitischer und ideologischer Hinsicht eine zeitlang vom sowjetischen Vorbild zu emanzipieren suchte, sie förderte auch ein gewisses Eigenbewußtsein der DDR-Bevölkerung. Darin mischte sich der Stolz auf die – im Vergleich zur Bundesrepublik unter viel schwierigeren Bedingungen – vollbrachte Aufbauleistung mit der Einsicht, daß eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei und daß man sich daher im System des „realen Sozialismus“ so gut wie möglich einrichten müsse.

Das Neue Ökonomische System

Bis zum Bau der Mauer hatte die DDR-Führung alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der offenen Grenze nach Westen begründet. Doch im Laufe des Jahres 1962 zeigte sich, daß die Wachstums- und Versorgungsschwierigkeiten der DDR-Wirtschaft mit der Schließung der Grenze keineswegs beendet waren. Der Zuwachs der Industrieproduktion beispielsweise lag 1962 auch nicht höher als im Krisenjahr 1961, und das Nationaleinkommen wuchs 1962 um nur einen Prozentpunkt gegenüber 1961. Im Kreis der Wirtschaftsfunktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die den VI. Parteitag vorbereiten sollten,



Im Herbst 1961 erhöhen Arbeiter die im August errichtete Mauer an der Bernauer Straße.

wuchs die Einsicht, daß das bisherige System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft reformiert werden mußte, wollte die DDR wirtschaftliches Wachstum mit einer besseren Versorgung der Bevölkerung verbinden.

Auf dem VI. Parteitag der SED (15. bis 21. Januar 1963) kündigte Walter Ulbricht eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik nach dem „Grundsatz des höchsten ökonomischen Nutzeffekts“ und der „materiellen Interessiertheit“ an. Wie wichtig diese Neuorientierung genommen wurde, zeigte sich auch in den personalpolitischen Entscheidungen des Parteitages: Eine Reihe von Wirtschaftsspezialisten rückte ins Politbüro der SED ein. Am 24./25. Juni 1963 verabschiedete eine gemeinsam vom Zentralkomitee (ZK) der SED und dem Ministerrat einberufene Wirtschaftskonferenz die „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS). Sie wurde am 15. Juli vom Staatsrat der DDR als Richtlinie der künftigen Wirtschaftspolitik beschlossen.

Die DDR-Führung hielt damit an den Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaftspolitik – dem staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln und der zentralen Planung – fest, versuchte aber, ihre Zentralverwaltungswirtschaft leistungsfähiger und flexibler zu machen, indem sie in verstärktem Maße die technisch-wissenschaftliche Intelligenz in die Planung und Leitung einbezog und „materielle Hebel“ zur Steigerung der individuellen und betrieblichen Leistungen ausnutzte. Die Betriebe sollten in begrenztem Maße selbst über die Verwendung erzielter Gewinne entscheiden können. An die Stelle des bisherigen primär auf Mengenplanung und zentrale direkte Steuerung ausgerichteten Systems trat eine Planfestsetzung, die mehr auf indirekte Steuerung durch Zinsen, Prämien, Abgaben und Preise setzte. Durch Festlegung neuer Arbeitsnormen und Leistungskennziffern und durch ein System von Geld- und Urlaubsprämien sollten Werk-tätige und Betriebsleitungen zu größeren Leistungen angespornt und damit Rentabilität und Produktivität der DDR-Wirtschaft insgesamt gesteigert werden.

Bei der Umsetzung des NÖS in die Praxis traten alsbald Schwierigkeiten auf. Ein wirklicher Kosten-Nutzen-Vergleich war nicht möglich, da auch die bis 1967 in drei Etappen durchgeführte Industriepreisreform nicht die geforderten „kostengerechten Preise“ festsetzen konnte. Das komplizierte System der Löhne, Prämien und Urlaubsvergünstigungen führte nicht nur zu Leistungssteigerungen, sondern auch zu Unzufriedenheit bei den Betroffenen. Die Leistung und damit die Entlohnung waren oft abhängig von Faktoren, die nicht der einzelne Arbeiter, sondern die Betriebsleitung oder die zentrale Planung zu verantworten hatten: fehlendes Material, veraltete Maschinen, mangelnde Ersatzteile. Als grundsätzliches Problem erwies sich letzt-



Staatliches Gepränge trotz fehlender internationaler Anerkennung: Walter Ulbricht (r.) schreitet an seinem 70. Geburtstag 1963 die Ehrenkompanie der Volksarmee ab.

endlich, daß die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative der Betriebe das Prinzip der zentralen Planung und einheitlichen Strukturpolitik durchlöchernte und damit auch den Führungsanspruch der SED gefährdete.

Zweite Phase

Das ZK der SED zog daraus auf seiner 11. Tagung (Dezember 1965) die Konsequenzen und leitete die sogenannte zweite Phase des Neuen Ökonomischen Systems ein, die bis 1967 dauerte. Wenige Tage vor Beginn des 11. Plenums erschöpfte sich Erich Apel, der Leiter der staatlichen Planungskommission, mit dessen Namen und Tätigkeit das NÖS von Anfang an eng verbunden war. Apels Selbstmord wurde in Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform gebracht. Daß diese aber fortgeführt werden sollte, dokumentierte die Ernennung seines Nachfolgers: Günter Mittag, Sekretär für Wirtschaft im ZK der SED, galt ebenfalls als Reformler und war der zweite Mann hinter Apel gewesen. Grundsätzlich hielt die SED an der Wirtschaftsreform fest.

1966 und 1967 wurde die Zahl der zentral vorgegebenen Kennziffern erheblich reduziert. Im Januar 1966 wurden acht Industrieministerien gebildet (wie beispielsweise die Ministerien für Chemische Industrie, für Elektrotechnik, für Leichtindustrie), die die zum jeweiligen Industriezweig gehörenden Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB, die Konzernspitzen der angegliederten volkseigenen Betriebe) leiten, koordinieren und kontrollieren sollten.

Vor allem änderten sich das ideologische und das politische Umfeld nach der Tagung: Das Plenum faßte nämlich auch weitreichende Beschlüsse, die einem Kahl-

schlag der bisherigen Kultur- und Jugendpolitik gleichkamen (vgl. auch Seite 30). Repressive Maßnahmen gegen kritische Künstler und Wissenschaftler wurden eingeleitet und der Staatssicherheitsdienst drastisch ausgebaut. Mit den kulturpolitischen Beschlüssen des 11. Plenums unterstrich die SED-Spitze ihren Anspruch auf das Machtmonopol in der DDR. Zugleich sorgte sie dafür, daß die Wirtschaftsreform von einer „Reform des ganzen Volkes“ – so der Anspruch 1963 – zu einer Reform wurde, an der nur noch die Führungskader der Wirtschaft und des zentralen Partei- und Regierungsapparats beteiligt waren.

Der VII. Parteitag der SED (17. bis 22. April 1967) verkündete schließlich den Übergang vom Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung zum Ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS) und das Konzept der „strukturbestimmenden Aufgaben“. Das ÖSS brachte weitere Fortschritte in der Entwicklung eines flexiblen Preissystems. Die Betriebe erhielten größere Entscheidungsbefugnisse. Auch im ÖSS wurde der Abbau der Planaufgaben fortgesetzt. Im Widerspruch dazu aber stand die Einführung der „strukturbestimmenden Aufgaben“. Investitionen und der Bau neuer Anlagen sollten sich nunmehr auf einige „Fortschrittsindustrien“ konzentrieren, wie die Elektrotechnik und den Werkzeugmaschinenbau. Für diese Schwerpunktprogramme galten wieder umfassende Plankennziffern. Die forcierte Förderung dieser Sektoren sollte die Leistungen der DDR-Industrie auf Weltniveau bringen und den Stand der Bundesrepublik erreichen. Vor allem im Bereich der Automatisierung hatte die DDR-Industrie einen großen Nachholbedarf. Unter dem Motto „Überholen ohne einzuholen“ sollte dieser Rückstand so schnell wie möglich beseitigt werden.



Kraftwagen und Mähdrescher vor dem Wahrzeichen der Leipziger Messe im Januar 1968.

Lebensstandard

In seinen ersten Jahren hatte das NÖS positive Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR-Wirtschaft, vor allem auf die Industrieproduktion. Das Fernziel, den Westen einzuholen, oder gar zu überholen, hat es – auch in seinen Abwandlungen – jedoch nie auch nur annähernd erreicht. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum verlief recht stetig: Zwischen 1960 und 1969 stieg das Brutto sozialprodukt in der DDR jährlich um durchschnittlich knapp fünf Prozent. Angesichts der forcierten Förderung der industriellen Schwerpunktbereiche sagen diese Zahlen allerdings noch nichts über den Lebensstandard der Bevölkerung aus. Daß sich auch dieser verbesserte, läßt sich aus der Versorgung mit langlebigen Konsumgütern erkennen.

Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern

Von 100 Haushalten	DDR			BRD
	1960	1965	1969	1969
Waschmaschinen	6	28	48	61
Kühlschränke	6	26	48	84
Fernsehpfänger	17	49	66	73
Pkw und Kombis	5	8	14	47

Die Löhne stiegen zwischen 1960 und 1970 langsam an: Lag der durchschnittliche Bruttolohn je Arbeitnehmer 1960 bei 501 Mark monatlich, so war er 1965 auf 552 Mark und 1970 auf 647 Mark gestiegen. Höhe und Kaufkraft der Einkommen blieben zwar hinter denen in der Bundesrepublik zurück, doch die staatliche Subventionierung der Grundnahrungsmittel und der Mieten garantierte eine auskömmliche Sicherheit. Das Auftreten von Versorgungsengpässen vor allem bei hochwertigen Lebensmitteln und Konsumgütern

konnte jedoch nie beseitigt werden. Vernachlässigt wurde in den sechziger Jahren der Wohnungsbau. Die niedrigen Mieten trugen mit dazu bei, daß der vorhandene Bestand an Wohnungen wenig gepflegt wurde.

Ab 1. Januar 1964 wurden die Renten, die in der DDR immer noch höchst bescheiden waren, erhöht. Die Verbesserung kam vor allem denjenigen Rentnerinnen und Rentnern zugute, die auf ein langes Arbeitsleben zurückblickten. Durch eine weitere Verordnung wurde der Schwangerschafts- und Wochenurlaub für alle berufstätigen Frauen auf 14 Wochen verlängert. Wegen vorzeitiger Entbindung nicht in Anspruch genommener Schwangerschaftsurlaub sollte im Anschluß an den Wochenurlaub genommen werden können. Ab September 1967 führte die DDR durchgängig die Fünf-Tage-Woche ein. Gleichzeitig fielen Ostermontag, der 8. Mai („Tag der Befreiung“), der Himmelfahrts- und der Bußtag als gesetzliche Feiertage fort; Karfreitag und Pfingstmontag mußten an den folgenden Samstagen als Arbeitstage nachgeholt werden.

Im Vergleich zu den fünfziger Jahren war die DDR-Bevölkerung wirtschaftlich und sozial besser versorgt. Im Vergleich zum Lebensstandard der Bundesrepublik blieb freilich ein Rückstand, der sich im Lauf der sechziger Jahre vergrößerte und von den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern auch so wahrgenommen wurde. Das galt vor allem für die Qualität der Konsumgüter, die nie „Westniveau“ erreichte. Verglichen mit den übrigen Ländern des RGW verlief die Entwicklung der DDR-Wirtschaft in den sechziger Jahren eindeutig positiv. Die DDR stieg zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht des RGW nach der Sowjetunion auf. Der Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens am 3. Dezember 1965

festigte die Stellung der DDR als größter Außenhandelspartnerin der Sowjetunion, was allerdings auch eine gewisse Abhängigkeit einschloß. In Hinblick auf Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard stand sie in diesen Jahren vor oder neben der ČSSR an der Spitze der RGW-Länder, gefolgt von Ungarn, während Polen, Rumänien, Bulgarien und auch die UdSSR dieser Spitzengruppe erheblich hinterherhinkten.

Wachsende Unzufriedenheit

1969/70 allerdings wurden die Schwierigkeiten offenkundig, die das Konzept der „strukturbestimmenden Aufgaben“ mit der bevorzugten Förderung der Schlüsselindustrien verursacht hatte. Diejenigen Industriezweige, die nicht in den Genuß dieser Förderungen gekommen waren, konnten die von ihnen geforderten Leistungen als Zuliefer- oder weiterverarbeitende Betriebe nicht erbringen, und so waren auch die geförderten Industriezweige nicht in der Lage, ihre Pläne zu erfüllen. Die für die Automatisierung investierten Mittel fehlten bei der Erzeugung von Konsumgütern. Im Laufe des Jahres 1970 wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung, weil es in vielen Bereichen Versorgungslücken gab. Das Angebot an Kleidung, Schuhen und Möbeln sowie an hochwertigen Nahrungsmitteln reichte nicht aus.

Als das ZK der SED auf seiner 14. Tagung vom 9. bis 11. Dezember 1970 die Bilanz des Fünfjahresplans 1966 bis 1970 zog, mußte es feststellen, daß zwar die Industrieproduktion jährlich um sechs Prozent zugenommen hatte, daß aber wichtige Ziele des Plans nicht erreicht worden waren. Das galt für die Energieversorgung, die Zulieferindustrie, das Bauwesen und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität war um die Hälfte unter dem Soll geblieben. Diese Befunde und die zur gleichen Zeit in Polen stattfindenden Streiks unzufriedener Arbeiter veranlaßten das Zentralkomitee der SED, die Experimente mit dem Neuen Ökonomischen System zu beenden. Einige Investitionsvorhaben wurden storniert, die Entscheidungsbefugnisse der Betriebe, der Vereinigungen Volkseigener Betriebe und anderer mittlerer Instanzen eingeschränkt. Die zentrale staatliche Planung und Leitung kehrte zum System der detaillierten Vorgaben und Plankennziffern zurück. Das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems war einer der Gründe für die Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker im Mai 1971.

Abgrenzung nach Westen

Die mit dem Mauerbau zementierte Absperrung der DDR nach Westen stand im Widerspruch zur gesamtdeutschen Rhetorik der DDR-Verfassung und der SED-Propaganda. Diesen Widerspruch aufzulösen, war Aufgabe des „na-

tionalen Dokuments“, das der Nationalrat der Nationalen Front (Zusammenschluß aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED) am 25. März 1962 unter dem Titel „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ veröffentlichte. Walter Ulbricht erklärte dazu, daß die „deutsche Nation heute in zwei Staaten gespalten ist, die sich auf dem Boden Deutschlands feindlich gegenüberstehen“. Der Sieg des Sozialismus sei eine historische Gesetzmäßigkeit, die sich auch in Westdeutschland vollziehen werde. Erst dann sei die Einheit Deutschlands wiederzuerlangen. Bis dahin sei die Stärkung der DDR der entscheidende Beitrag zur nationalen Einheit.

Der VI. Parteitag der SED bestätigte im Januar 1963 das „Nationale Dokument“ noch einmal förmlich. Danach traf die DDR-Führung aber eine Reihe von Entscheidungen, die das Ziel verfolgten, die DDR weiter von der Bundesrepublik Deutschland abzugrenzen. Am 2. Januar 1964 wurden neue Personalausweise eingeführt, in denen erstmals als Staatsangehörigkeit „Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“ eingetragen war. Hier zeichnete sich bereits die Aufgabe der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit ab, die das Staatsangehörigkeitsgesetz vom 20. Februar 1967 dann gesetzlich fixierte.

In der Präambel zum „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ hieß es: „Mit der Gründung der DDR entstand in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Staatsbürgerschaft der DDR. Sie ist Ausdruck der Souveränität der DDR und trägt zur weiteren allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates bei.“

In seinen Schlußbestimmungen setzte das Staatsbürgergesetz die bisherige gesetzliche Grundlage für die gemeinsame Staatsangehörigkeit der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, außer Kraft. Diese Entscheidung widersprach der DDR-Verfassung, die noch von einer – gemeinsamen – deutschen Staatsangehörigkeit ausging. Die Bundesregierung kommentierte am 20. Februar 1967 das Staatsbürgergesetz der DDR mit den Worten: „Es gibt nicht zwei Völker, es gibt nur ein deutsches Volk. [...] Die Bewohner im anderen Teil Deutschlands bleiben deutsche Staatsangehörige nach Maßgabe des Deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 und haben Anspruch darauf, von allen deutschen Behörden im Inland und Ausland als solche behandelt zu werden“.

Die Abgrenzung gegenüber der „kapitalistischen“ Bundesrepublik fand 1968 ihren gesetzgeberischen Ausdruck auch im neuen Strafgesetzbuch und in der neuen Verfassung der DDR.

Neues Strafrecht

Am 12. Januar 1968 billigte die Volkskammer ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Strafprozeßordnung der DDR. Das Strafgesetzbuch trat ab 1. Juli 1968 an die Stelle des alten deutschen Strafgesetzbuches von 1871, das zu Teilen bis dahin auch für die DDR noch Gültigkeit besessen hatte. Die Präambel des DDR-Strafgesetzbuches zog einen deutlichen Trennungsstrich zwischen DDR und Bundesrepublik, denn da hieß es: „Das sozialistische Strafgesetzbuch ist Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Rechtssystems der Deutschen Demokratischen Republik. Es dient im besonderen dem entschiedenen Kampf gegen die verbrecherischen Anschläge auf den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, die vom westdeutschen Imperialismus und seinen Verbündeten ausgehen und die Lebensgrundlagen unseres Volkes bedrohen“.

Das neue Strafgesetzbuch der DDR enthielt einige Änderungen, die auch die Strafrechtsreform in der Bundesrepublik 1969 prägten: Das Prinzip der Resozialisierung wurde gegenüber dem Vergeltungsgedanken gestärkt. Kurze Freiheitsstrafen wurden eingeschränkt oder konnten zur Bewährung ausgesetzt werden. Im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen fielen Tatbestände des alten Strafgesetzbuches wie Verleumdung und Beleidigung, Kuppelei, Homosexualität unter Erwachsenen sowie Ehebruch fort.

Den Kern des neuen Strafgesetzbuches aber machte das politische Strafrecht aus. Hier war nichts vom Erziehungsgedanken zu spüren. Im Gegenteil: Die Bestimmungen umfaßten ein breites Feld möglicher Straftaten, und der Wortlaut der entspre-

chenden Paragraphen ließ den Gerichten einen weiten Interpretationsspielraum. Die Strafandrohungen waren drakonisch. Nicht nur die staatliche Ordnung und die Staatsorgane, sondern auch die Gesellschaftsordnung und die Wirtschaft der DDR samt den darin tätigen Personen mit ihren Symbolen und Emblemen wurden durch das Strafrecht geschützt.

Als strafbar wurden bezeichnet Verbrechen gegen die „Souveränität der DDR“, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte (§§ 85 bis 95), das ungenehmigte Verlassen der Republik, das je nach Begleitumständen als „staatsfeindlicher Menschenhandel“ (§ 105) oder „ungesetzlicher Grenzübertritt“ (§ 213) geahndet werden konnte. Strafbar war auch das Sammeln von „Nachrichten, die geeignet sind, die gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit von Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen zu unterstützen“ (§ 98).

Bestraft werden konnte ein DDR-Bürger dafür, daß er sich zu „Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik gerichtete Tätigkeit zum Ziel setzen, in Kenntnis dieser Ziele oder Tätigkeiten in Verbindung setzt“ (§ 219). Straftatbestände wie „Sabotage“ (§ 104) oder „staatsfeindliche Hetze“ (§ 106) waren so allgemein definiert, daß jede Kritik an den bestehenden Verhältnissen darunter fallen konnte. Die Diskussion über Themen, die den Staats- und Parteiorganen der DDR nicht genehm waren, konnte mit Hilfe des Strafrechts sofort unterbunden werden.

Die auffällige Verschärfung des politischen Strafrechts um die Jahreswende 1967/68 war eine Antwort der DDR-



Straßenszene unter DDR-Flaggen in Neustrelitz, Mecklenburg, im Sommer 1964.

Foto: Jürgens Ost und Europa Photo

Gesetz über die DDR-Staatsbürgerschaft

vom 20. Februar 1967 (Auszug)

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik entstand in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist Ausdruck der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und trägt zur weiteren allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates bei.

Die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist die Zugehörigkeit ihrer Bürger zum ersten friedliebenden demokratischen und sozialistischen deutschen Staat, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten ausübt.

Die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik

§ 1. Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik ist, wer

a) zum Zeitpunkt der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik deutscher Staatsangehöriger war, in der Deutschen Demokratischen Republik seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hatte und die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik seitdem nicht verloren hat;

b) zum Zeitpunkt der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik deutscher Staatsangehöriger war, seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik hatte, danach keine andere Staatsbürgerschaft erworben hat und entsprechend seinem Willen durch Registrierung bei einem dafür zuständigen Organ der Deutschen Demokratischen Republik als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik geführt wird;

c) nach den geltenden Bestimmungen die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik erworben und sie seitdem nicht verloren hat.

§ 2. (1) Die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik garantiert den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik die Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte und fordert von ihnen die Erfüllung der verfassungsmäßigen Pflichten.

(2) Die Deutsche Demokratische Republik gewährt ihren Bürgern Schutz und unterstützt sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik.

Irmgard Wilharm (Hg.), *Deutsche Geschichte 1962–1983, Band 1, Frankfurt/Main 1985, S. 202 f.*

Führung auf „Aufweichungstendenzen im sozialistischen Lager“, wie sie sich aus ihrer Sicht 1968 im „Prager Frühling“ manifestierten. Sie war auch eine Reaktion auf Ansätze einer westlichen Entspannungspolitik, deren Streben nach „Wandel durch Annäherung“ hier Einhalt geboten werden sollte.

Eine erste Gelegenheit zur Handhabung des verschärften politischen Strafrechts bot sich nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR am 21. August 1968. Bis zum 29. August registrierte das Ministerium des Innern bereits 1112 Fälle „staatsfeindlicher Hetze“ und „Staatsverleumdung“. Gemeint waren mit diesen Straftatbeständen Sympathieumgebungen für den reformorientierten tschechoslowakischen Parteisekretär Alexander Dubček und sein Politbüro, Losungen an Hauswänden oder Brücken, selbstgefertigte Flugblätter und Unterschriftensammlungen gegen die Intervention. Am 20. November stellte das Ministerium für Staatssicherheit fest, daß bis dahin insgesamt 2129 „feindliche Handlungen“, also Proteste gegen den Einmarsch in die ČSSR, begangen worden seien. In den meisten Fällen waren jüngere Arbeiter daran beteiligt. Im Oktober begannen die ersten Strafverfahren wegen „staatsfeindlicher Hetze“ (§ 106 StGB). Die Strafen fielen im Vergleich zur Strafandrohung im Gesetzbuch relativ milde aus oder wurden zurückgenommen, vor allem dann, wenn westliche Medien über die Verfahren berichteten. Weniger bekannte „Staatsfeinde“ mußten ihre Strafen aber absitzen. Viele der wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ Festgenommenen wurden zwar freigelassen, danach aber vom Staatssicherheitsdienst dauerhaft observiert und schikaniert.

Verfassung von 1968

Im Februar 1968 wurde der Entwurf einer neuen „sozialistischen“ Verfassung der DDR veröffentlicht. Es folgte eine „Volksaussprache“, an der sich in über 750 000 Veranstaltungen die Partei-, Massen- und Betriebsorganisationen beteiligten, die aber – vermutlich wegen der Verbote des „Prager Frühlings“ – recht bald von der Staatsführung beendet wurde. Sie erbrachte nur Textänderungen und diente in erster Linie der Bekanntmachung des neuen Verfassungstextes. Immerhin wurde gegenüber dem Entwurf die Gewissensfreiheit in die Verfassung aufgenommen. Die Volkskammer nahm die neue Verfassung am 26. März 1968 an und ließ sie am 6. April 1968 durch einen „Volksentscheid“ bestätigen. Bereits am 9. April 1968 wurde die neue DDR-Verfassung verkündet.

Hatte sich die erste DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 formal noch stark am Vorbild der Weimarer Reichsverfassung orientiert und den Gedanken der deutschen Einheit vielfach berücksichtigt, so war die

neue Verfassung nach dem Vorbild der Volksdemokratien gearbeitet. Sie betonte die führende Rolle der SED und drängte die Idee der deutschen Einheit in den Hintergrund. Artikel 1 erklärte: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“ Die neue Verfassung gab den gesamtdeutschen Geltungsanspruch der alten auf, formulierte in Artikel 8 aber eine Art Wiedervereinigungswunsch: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus“. Wie im „Nationalen Dokument“ von 1962 war eine Wiedervereinigung in den Augen der DDR-Führung also nur unter kommunistischen Vorzeichen möglich. Indem sie ihren Klassencharakter und die führende Rolle der SED betonte, entsprach die neue Verfassung den realen Machtverhältnissen in der DDR eher als die alte. Allerdings legte auch sie nicht die wahren Machtverhältnisse – die Entscheidungsgewalt des Politbüros und die allgegenwärtige Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes – offen, sondern suggerierte im Abschnitt über die Staatsorganisation einen Staatsapparat, der auf Gewaltenteilung und Volkssouveränität beruhte, was der Realität keineswegs entsprach.

Auch die DDR-Verfassung von 1968 garantierte die traditionellen bürgerlichen Grundrechte wie Freiheit der Persönlichkeit, der Medien, des Glaubens, des Gewissens und das Recht der Versammlungsfreiheit. Im Gegensatz zur Verfassung von 1949 fehlten aber das Widerstandsrecht, das Verbot einer Pressezensur, das Auswanderungsrecht und das Streikrecht. Anders als nach bürgerlich-liberalem Verständnis dienten die Grundrechte jedoch nicht dazu, den Bürgerinnen und Bürgern einen Freiraum gegenüber dem Staat zu sichern. Die Verfassung ging vielmehr von einer grundsätzlichen Interessenidentität zwischen Bürgern und Staat aus, und so waren auch die Grundrechte an die sozialistischen Grundsätze und Ziele der Verfassung gebunden. Diese bildeten eine Art von höherem Recht, das die Grundrechte einschränkte. Im übrigen setzte das Strafrecht der Verwirklichung der Grundrechte enge Grenzen.

Jugendpolitik

In der Rhetorik und Politik der SED spielte die Jugend eine große Rolle: Der Jugend gehörte die Zukunft, sie war nicht belastet von der Vergangenheit, sie würde den Sozialismus verwirklichen. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) – die einzige Mas-

senorganisation für Jugendliche ab 14 Jahren – war ständig bemüht, die Jugendlichen für den Aufbau des Sozialismus zu begeistern und zu staatsreuen Bürgerinnen und Bürgern der DDR zu erziehen. Diejenigen, die sich diesem Erziehungsanspruch zu entziehen suchten oder sich widersetzen, mußten mit strengen Sanktionen rechnen.

Die sechziger Jahre sind gekennzeichnet durch einen Konflikt zwischen dem Erziehungsanspruch der FDJ und der Partei einerseits und dem Bestreben vieler Jugendlicher andererseits, sich ihren individuellen Freiraum zu bewahren. Es handelte sich hier auch um einen Generationskonflikt, der 1965 offen zum Ausbruch kam. Die im ZK der SED maßgeblichen Funktionäre hatten ihre politische Sozialisation in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erhalten und die Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand oder im sowjetischen Exil verbracht. Aufgrund ihrer eigenen Jugenderfahrungen standen sie den Bedürfnissen und kulturellen Ausdrucksformen der neuen Jugendgeneration fremd und verständnislos gegenüber. Sie hielten die Begeisterung für englische Beat-Gruppen, die Vorliebe für westliche Mode und lange Haare für „dekadent“ und „unmoralisch“.

Die Erziehungsfunktionäre konnten das Verhalten der Jugendlichen nur in die Deutungsmuster des Kalten Krieges einordnen. Für Erich Mielke, den Chef des Staatssicherheitsdienstes, waren Konflikte und Schwierigkeiten mit der Jugend schlicht eine Folge der „Existenz des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems“ und seiner psychologischen Kriegsführung gegen die DDR. So wurden in den Augen der Funktionäre Beat-Gruppen zu Agenten des Klassenfeindes und die jugendliche Subkultur zu einem politisch gefährlichen Protest.

Der Bau der Mauer blockierte den Jugendlichen in der DDR endgültig den direkten Kontakt zum Westen. Die DDR-Führung rechnete daher auch mit Unruhen und Protesten. Die FDJ war gefordert, durch erhöhte „Wachsamkeit“ jede mögliche Opposition beizeiten zu melden, und durch Massenaktionen Zustimmung zur Politik der Staatsführung zu bekunden.

Bereits am 16. August 1961 forderte der Zentralrat der FDJ mit dem Slogan „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!“ Jugendliche zur freiwilligen Meldung für den Dienst in der Nationalen Volksarmee auf (die allgemeine Wehrpflicht wurde in der DDR erst am 24. Januar 1962 eingeführt). Im September 1961 wurden gezielt FDJ-Mitglieder zu der sogenannten „Aktion Blitz gegen NATO-Sender“ eingesetzt, bei der etwa 25 000 jugendliche Tausende von Fernsehantennen, die auf Sender in der Bundesrepublik ausgerichtet waren, „in Richtung Sozialismus“ einstellten.



Foto: Jürgens Ost und Europa Photo

FDJ-Veranstaltung Mitte der 60er Jahre (am 2. Mikrophon v.l., 2. v.l. Egon Krenz). Die Freie Deutsche Jugend war die einzig zugelassene Organisation für Jugendliche ab 14 Jahren.

Die Staats- und Parteiführung blieb gleichwohl mißtrauisch der Jugend gegenüber. Denn auch nach dem Mauerbau orientierten sich viele Jugendliche in der DDR in Freizeit, Kleidung, Haarschnitt, Musik und Tanz an westlichen Vorbildern und Idolen. Vor allem Schülerinnen und Schüler der Erweiterten Oberschulen galten als anfällig für bürgerlichen und kirchlichen Einfluß. Der Höhepunkt der Repressionen gegen die Kirchen war 1961 zwar überschritten, gleichwohl wurde die Jugendorganisation der Evangelischen Kirche, die junge Gemeinde, weiterhin scharf beobachtet und auch bekämpft.

Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems, das selbständiges Denken und Handeln voraussetzte, begann 1963 auch eine gewisse Liberalisierung in der Jugend- und Kulturpolitik der DDR. Die SED- und FDJ-Führung sahen ein, daß der Schließung der Grenze nach außen eine Öffnung nach innen folgen mußte, wollte man die nach 1945 geborene Generation nicht für die DDR verlieren. Am 21. September 1963 verabschiedete das SED-Politbüro ein sogenanntes Jugendkommuniqué, das die neue Jugendpolitik vorstellte. Danach sollte das Verhältnis der Jugend frei sein von „Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren“.

Liberalisierung der Kultur- und Jugendpolitik

Das Kommuniqué war ein Indiz dafür, daß die SED-Führung die Realität akzeptierte. Die bislang verpönten „westlichen Lebensgewohnheiten“ der Jugendlichen sollten toleriert und durch politische Schulung kompensiert werden. Das Kommuniqué empfahl ausdrücklich die neuesten Werke von DDR-Schriftstellerinnen und -Schriftstellern, die im Zuge der Liberalisierung entstanden waren, so Christa Wolfs „Der

geteilte Himmel“ und Erik Neutchts „Die Spur der Steine“. Kritische Dichter wie Wolf Biermann und Heinz Kahlau durften zeitweise auftreten. In Ost-Berlin wurden öffentliche „Streitgespräche“ veranstaltet, in denen Hunderte von Jugendlichen über aktuelle Fragen diskutierten.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Phase einer offenen DDR-Jugendpolitik mit dem „Deutschlandtreffen der Jugend“, das vom 16. bis 18. Mai 1964 in Berlin stattfand. Das SED-Politbüro hatte die Planungen abgesegnet und ein Programm formuliert, das Unterhaltung und Tanz geschickt mit politisch-ideologischer Indoktrination verband. Nach offiziellen Angaben kamen über eine halbe Million Jugendliche nach Ost-Berlin, darunter 25 000 aus der Bundesrepublik. Vor allem ihnen wollten FDJ und SED vor Augen führen, wie weit die DDR seit dem Bau der Mauer 1961 gekommen war. Es gab eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Lesungen von Schriftstellern wie Brigitte Reimann, Christa Wolf, Hermann Kant und Dieter Noll. Der Berliner Rundfunk sendete das eigene Jugendprogramm „DT 64“, das nach dem Jugendtreffen einen festen Sendeplatz bekam und bis in die achtziger Jahre ein bei Jugendlichen beliebtes Programm blieb. Für die westdeutschen Teilnehmer stellte sich die DDR in Aufbruchstimmung dar, bei vielen ostdeutschen Teilnehmern prägte sich das Deutschlandtreffen als Schlüsselerlebnis ihrer Jugendgeschichte ein.

Diese vorübergehende Phase der Liberalisierung nach dem VI. Parteitag wurde von Künstlerinnen und Künstlern genutzt, um die Realität des DDR-Alltags, die individuelle Situation von Menschen, insbesondere von Jugendlichen, kritisch darzustellen. Der Film „Das Kaninchen bin ich“ von Kurt Maetzig und Manfred Bieler nahm

Robert Havemann

Havemann war schon vor dem endgültigen Verdammungsurteil Honeckers auf dem 11. Plenum des ZK von der Universtitäts-Parteileitung am 12. März 1964 aus der SED ausgeschlossen worden. Im gleichen Jahr verlor er seine Professur an der *Humboldt-Universität*, sein Volkskammermandat und seine zahlreichen politischen Funktionen. Diese Maßnahmen stellten eine unmittelbare Reaktion der SED auf seine aufsehenerregende Vorlesungsreihe und der sich anschließenden Seminare „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ dar, die er vom Oktober 1963 bis Januar 1964 an der *Humboldt-Universität* in Berlin gehalten hatte.

Zu diesen Vorlesungen kamen über 1000 Hörer aus dem ganzen Land. Er hatte als Leiter des Physikalisch-Chemischen Institutes seit Jahren diese Vorlesungsreihe bestritten, ohne damit größere Aufmerksamkeit zu finden. Nachdem er jedoch im September 1963 in Leipzig einen folgenreichen Vortrag gehalten hatte, der sich mit der Frage befaßte: „Hat Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?“, strömten die Studenten in seine Vorlesungen. [...]

Der Vortrag löste schon auf der Leipziger Tagung eine erregte Debatte aus und führte zu scharfen Auseinandersetzungen, in denen Havemann vorgeworfen wurde, er hätte die marxistisch-leninistische Philosophie diskreditiert und besonders ihre sowjetischen Vertreter abqualifiziert. [...]

In der Berliner Vorlesungsreihe, die zunächst im Herbst 1963 unbehindert stattfinden konnte, benannte er immer deutlicher die politischen Voraussetzungen für eine nötige Veränderung des Sozialismus und legte eine umfassende Ideologiekritik vor. Die Naturwissenschaften in den sozialistischen Ländern waren gerade dabei, sich von der schweren Last der wissenschaftsfeindlichen Eingriffe der stalinistischen Ideologie zu befreien. Viele Wissenschaftsbereiche, die Genetik, die Soziologie, die Kybernetik, waren hoffnungslos zurückgeblieben und maßgebliche Vertreter verfolgt und kaltgestellt worden. Havemann machte sich in der DDR zum Sprecher der Emanzipation der Wissenschaft von der Ideologie. Er stützte den dialektischen Materialismus auf das Maß einer erkenntnistheoretischen Methode zurück, deren Nutzung durch seine „offiziellen“ Vertreter als eine Ideologie der Welterklärung er als eine mechanistische Verkürzung sah, die „nicht nur die naturwissenschaftlichen Theoretiker behindert, sondern [...] sich auf allen Gebieten als ideologischer Hemmschuh der Entwicklung erwiesen“ hätte. [...]

Entsprechend schlußfolgerte er in seiner dritten Vorlesung am 1. November 1963: „Eine Regierung kann nur dann in ihrer so wichtigen Arbeit Erfolg haben, wenn

sie sich auf die aktive und tätige Mit Hilfe aller Gesellschaftsmitglieder stützen kann. Diese Unterstützung ist aber nur zu erlangen, wenn die breiten Volksmassen ständig über alle Erscheinungen und Probleme ihres Lebens informiert werden.“ „Demokratie“ und „Freiheit der Meinungsäußerung“ wurden von Havemann zur Bedingung menschlichen Fortschritts erklärt. Warnend fügte er hinzu: „Wer sich vor den Folgen einer allgemein uneingeschränkten Information fürchtet und sie darum behindert, schafft dadurch gerade die Bedingungen für eine unheilvolle Entwicklung.“

Noch einen Schritt weiter ging Havemann in seinen Vorlesungen am 29. November und 6. Dezember 1963. Auf der Grundlage von Problemen der Quantenmechanik und der Hegelschen Dialektik [...] entwarf er eine politische Theorie der Freiheit. Sie gipfelte in der Äußerung: „Freiheit, hat Hegel gesagt, ist Einsicht in die Notwendigkeit. Dieser Satz ist oft sehr einseitig, sehr mechanisch, sehr armselig interpretiert worden. Er hat dann den Charakter eines lehrhaften Dünkels. Herablassend wird uns gesagt: Wenn Ihr nicht einseht, was nun einmal Notwendigkeit ist – und diese Notwendigkeit hatten gewöhnlich diejenigen bestimmt, die das sagten –, so könnt ihr eben keine Freiheit haben und werdet dafür eingesperrt. – Freiheit könnte man sich also dadurch erkaufen, daß man freiwillig tut, was man tun muß, obwohl man es gar nicht will. Mit einem Zynismus ohnegleichen schrieben die Nazis an die Tore ihres KZs: Arbeit macht frei. Ich habe das so scharf wie möglich formuliert, weil dies eben der Inhalt dieses Satzes nicht ist. Dies ist eine furchtbare Verzerrung. Jede Andeutung eines solchen Sinnes im Zusammenhang mit diesem Satz ist eine grobe Verfälschung. Sie stammt von der Denkweise her, es sei möglich, die Geschichte der Menschheit zu befehlen und dann durchführen zu lassen.“ (Havemann 1964)

Havemann hatte somit die Legitimation der SED-Herrschaft in Frage gestellt. Nach den ersten Vorlesungen versuchte die SED noch, sich kritisch in einer öffentlichen Diskussion mit ihm auseinanderzusetzen. Doch bald schon griff das Regime zur Gewaltlösung, und Maßnahmen zu seiner Isolierung ersetzten die geistige Auseinandersetzung. 1966 wurde er aus der *Akademie der Wissenschaften* ausgeschlossen und ihm jede berufliche Tätigkeit unmöglich gemacht. Das Ungewöhnliche am Fall Havemann war, daß einer der intelligentesten früheren Befürworter des Regimes, der dieses nun so nachhaltig kritisierte, keinerlei Anstalten machte zu widerrufen, um seine Karriere zu sichern.

Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 155 ff.

das Tabu-Thema politische Justiz aufs Korn und gab der ganzen Gattung ihren Namen. Weitere „Kaninchen-Filme“ waren „Der Frühling braucht Zeit“ (Regie: Günter Stahnke) über die Vereinsamung des Menschen in der sozialistischen Welt oder „Denk bloß nicht, ich heule“ über einen 18jährigen Oberschüler, der von der Schule gewiesen wird.

Oppositionelle Kritik

Die Liberalisierung fand allerdings dort ihre Grenzen, wo das Herrschaftssystem direkt kritisiert wurde. Das mußte im Frühjahr 1964 sogar ein Veteran der kommunistischen Partei und antifaschistischer Widerstandskämpfer wie Robert Havemann erfahren. Der Physik-Professor hatte im Wintersemester 1963/64 an der Humboldt-Universität in Berlin eine Vorlesungsreihe über das Thema „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ gehalten, in der er mit den Folgen des Stalinismus in der DDR abrechnete und mehr Informations- und Bewegungsfreiheit für die DDR-Bürger forderte. Im Februar 1964 wurde er deswegen von der SED-Führung scharf gerügt. Havemann wehrte sich gegen diese Angriffe, indem er dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ ein Interview gewährte, das am 11. März 1964 veröffentlicht wurde.

Darin erklärte Havemann, daß er eine öffentliche Reaktion auf seine Vorlesungsreihe nicht nur vorausgesehen, sondern auch beabsichtigt hatte: „Was in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers schon seit langem möglich ist“, so Havemann, „sollte auch in der DDR möglich sein. Mir kommt es darauf an, alle Entartungserscheinungen der stalinistischen Zeit dadurch zu überwinden, daß ich sie offener kritisiere und schonungslos beim Namen nenne. Keine Gesellschaftsordnung kann es sich leisten, Mißstände, die als solche erkannt sind, auf die Dauer bestehen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß den Bürgern der DDR Mut gemacht werden, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.“

Obwohl Havemann versicherte, er habe nicht als Enttäuschter des sozialistischen Gedankens, sondern als sein überzeugter Anhänger „die restlose Überwindung von Stalinismus und Dogmatismus in allen Erscheinungsformen“ gefordert, wurde er am 12. März 1964 aus der SED ausgeschlossen mit der Begründung, daß er „unter der Flagge des Kampfes gegen den Dogmatismus“ von der Linie des Marxismus-Leninismus abgewichen (sei) und sich des Verrats an der Sache der Arbeiter- und Bauernmacht schuldig gemacht“ habe.

Am gleichen Tage wurde ihm auch die Lehrbefugnis entzogen. Parteiausschluß und Berufsverbot hinderten Havemann freilich nicht daran, weiterhin seine Kritik am „realen Sozialismus“ in der DDR auszusprechen.

Neues Jugendgesetz

Das Spannungsverhältnis zwischen Liberalität der Lebensweise und politischer Schulung der Jugendlichen versuchte das Politbüro der SED 1964 durch ein neues Jugendgesetz zu lösen, das die Erwartungen des Staates an die Jugend formulierte und den Spielraum abgrenzte, innerhalb dessen sich die Jugendlichen bewegen durften. Das Gesetz mit dem langatmigen Titel „Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die allseitige Förderung ihrer Initiativen bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport“ wurde am 4. Mai 1964 von der Volkskammer verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit erläuterte der Vorsitzende des Ministerrates Willi Stoph seine Zielsetzung: „Das neue Jugendgesetz weist der Jugend den Platz zu, den sie bei der Gestaltung der nationalen Wirtschaft, bei der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur, bei der Herausbildung neuer sozialistischer Beziehungen zwischen den Menschen einnehmen soll“.

Das Gesetz ging ausführlich auf die Rolle der Jugend im Produktionsprozeß, ihre Bedeutung für die Verwirklichung des Volkswirtschaftsplans und die Steigerung der Arbeitsproduktivität ein. Vorgeschrieben wurde der Zusammenschluß von Jugendlichen auf Betriebsebene in Jugendbrigaden, Jugendbereichen, Jugendobjekten und anderen Jugendkollektiven. Berufswünsche und Berufsausbildung der Jugendlichen sollten durch die staatliche Planungskommission gelenkt werden. Individuelle Wünsche und Vorlieben waren nachrangig. Im Hinblick auf die Veränderung der Geschlechterrollen bedeutsam waren Formulierungen wie „Die Mädchen sind bei der Berufswahl und bei der Berufsbildung besonders zu unterstützen. Sie sollen verstärkt für technische Berufe gewonnen werden“. Und im Zusammenhang mit der studierenden Jugend hieß es in § 18: „Für das Studium in den technischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen sind mehr Mädchen zu gewinnen.“ Nach Ansicht der DDR-Führung sollte das Jugendgesetz eine „neue Etappe unserer staatlichen Jugendpolitik“ einleiten und sogar Wirkungen auf die Jugend in der Bundesrepublik ausüben: „Damit schaffen wir die besten Voraussetzungen dafür, daß auch die westdeutsche Jugend sich ihrer Lage bewußt wird und erfolgreich den Kampf um ihre Rechte führen kann“, verkündete Willi Stoph vor der Volkskammer.

Bildungspolitik

Am 25. Februar 1965 folgte das Gesetz über das „einheitliche sozialistische Bildungssystem“. In seinen Auswirkungen für den Alltag und den Lebensweg der DDR-Jugendlichen war dieses Gesetz

von großer Bedeutung, denn es legte Inhalt und Organisation des DDR-Bildungswesens bis zum Ende der DDR fest.

Grundsätzlich orientierte sich die Bildungspolitik in der DDR am Vorbild der Sowjetunion und verfolgte zwei Ziele: ein hohes Bildungsniveau für alle Jugendlichen und Berufstätigen und die völlige Einbindung jedes einzelnen in das ideologische und politische System der DDR. 1959 wurde mit der zehnklassigen allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule (POS) die Einheitsschule zur obligatorischen Schule erklärt. Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als in der Bundesrepublik die Diskussion über die „deutsche Bildungskatastrophe“ gerade anlief. Die DDR schien eine Antwort bereit zu haben auf die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, denn mit dem neuen Gesetz wollte sie die Bildungsplanung verbessern, das Bildungsniveau anheben und das Bildungssystem rationeller mit dem Beschäftigungssystem verknüpfen. Aufgabe des sozialistischen Bildungswesens war demnach, „die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken“. Grundsätzlich sollte Theorie mit Praxis, Lernen und Studieren mit „produktiver Tätigkeit“ verbunden sein. Besonderer Wert wurde auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen und die technischen Bildungsinhalte gelegt.

Die grundlegenden Bestandteile des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, wie sie das Gesetz festlegte, waren

- ◇ die Einrichtungen der Vorschulerziehung wie Kinderkrippen, Kindergärten, Spiel- und Lernnachmittage, deren Arbeit auf staatliche Bildungs- und Erziehungspläne gegründet, deren Besuch aber nicht obligatorisch war,
- ◇ die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule,
- ◇ die Einrichtungen der Berufsausbildung,
- ◇ die zur Hochschulreife führenden Einrichtungen, vor allem die erweiterte allgemeinbildende Polytechnische Oberschule,
- ◇ die Ingenieur- und Fachschulen,
- ◇ die Universitäten und Hochschulen und
- ◇ die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Berufstätigen.

Den Kern dieses Bildungssystems bildete die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule. Sie war die Pflichtschule für alle Kinder und Jugendlichen, die damit prinzipiell zehn Jahre lang eine allgemeinbildende Schule besuchen mußten. Auch nach Erlaß des Gesetzes war es allerdings möglich, die Schule bereits nach dem achten Schuljahr zu verlassen und eine Berufsausbildung zu beginnen. Seit 1965 erhöhte sich aber der Anteil der

Schülerinnen und Schüler, die die neunte und zehnte Klasse besuchten, ständig. 1965/66 besuchten 72 Prozent aller Schülerinnen und Schüler die 9. Klasse einer Polytechnischen Oberschule, 1970 waren es 85 Prozent. 1965 hatten 53,6 Prozent derjenigen, die die Schule verließen, den Abschluß der 10. Klasse, 1970 waren es 70,7 Prozent.

Die Polytechnische Oberschule war eine Gesamtschule. Ihr besonderes Kennzeichen war die Verbindung von Schule und Arbeitswelt durch den polytechnischen Unterricht, der in der 7. Klasse einsetzte. Hier wurden die Schülerinnen und Schüler eingeführt in die „sozialistische Produktion“. Dazu gehörte vor allem „produktive Arbeit“ in einem Volkseigenen Betrieb (VEB) oder in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG). Unterricht und Arbeit in diesen Bereichen boten noch keine berufliche Grundausbildung, sollten aber berufsvorbereitend sein.

Die zweijährige Erweiterte Oberschule (EOS) baute auf die zehnklassige Polytechnische Oberschule auf und bereitete auf das Hochschulstudium vor. Der polytechnische Unterricht wurde hier in Zusammenarbeit mit Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen fortgeführt. Zum obligatorischen Unterricht gehörten auch Lehrgänge zur vormilitärischen Ausbildung für Jungen und die Sanitätsausbildung für Mädchen. Die Aufnahme in die EOS wurde von Anfang an zahlenmäßig begrenzt und auf die ebenfalls begrenzte Zahl der Studienplätze abgestimmt. Die Auswahl erfolgte nach schulischen Leistungen, politischer Zuverlässigkeit und sozialer Herkunft. In der Regel gingen nur zwei Jugendliche einer 10. Klasse auf die EOS über.

Das Gesetz sicherte die Ausbildung und gesellschaftliche Integration allen Jugendlichen in der DDR zu. Es nahm allerdings auf persönliche Interessen und Ansprüche wenig Rücksicht. Großer Wert wurde auf die Einheit von fachlicher und politischer Ausbildung gelegt. Erziehungsziel war der völlig an das politische System angepaßte Mensch. Eine produktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Entwicklung einer gewissen Selbständigkeit – wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Neuen Ökonomischen Systems – wurden weder vermittelt noch angestrebt.

Das Jugendgesetz und das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen können als Indikatoren dafür gelten, daß Ende 1964 ein Wandel in der Jugend- und Kulturpolitik der DDR einsetzte. Wieweit der Führungswechsel in Moskau dazu beitrug, daß die 1963 eingeleiteten Reformen wieder zur Disposition standen, ist schwer zu sagen. Am 14. Oktober 1964 hatte Nikita Chruschtschow alle Ämter abgegeben müssen. Neuer Generalsekretär der KPdSU war Leonid Breschnew geworden; er beendete den Prozeß der Entstalinisierung in der Sowjetunion. Die Verfechter

eines harten Kurses in der DDR gewannen dadurch Oberwasser. Spitzenfunktionäre wie Erich Honecker, Horst Sindermann und Erich Mielke waren entschlossen, die Liberalisierung in der Kultur- und Jugendpolitik abubrechen, denn in ihren Augen hatte sie zur Abkehr der jungen Generation von der DDR-Gesellschaft geführt.

Harter Kurs

Am 11. Oktober 1965 berieten in Abwesenheit Walter Ulbrichts das ZK-Sekretariat und weitere Spitzenfunktionäre unter Leitung des damaligen Sekretärs für Sicherheitsfragen des ZK der SED Erich Honecker über aktuelle Probleme der Jugendarbeit. Die Versammelten kamen zu dem Schluß, daß „Entstellungen der Jugendpolitik der Partei“ korrigiert werden mußten. Beschlossen wurde beispielsweise, daß allen Gruppen, die „dekadente westliche Musik“ spielten, die Lizenz zu entziehen sei. „Gammler“ und andere Personen aus dem Umfeld der Beatgruppen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen, seien, falls sie gegen die Gesetze der DDR verstießen, in Arbeitslager einzuweisen.

Die FDJ-Führung hatte die Begeisterung der DDR-Jugend für englische Beatgruppen wie die Beatles und die Rolling Stones kanalisieren wollen und im Mai 1965 zu einem nationalen Gitarrenwettbewerb aufgerufen. Dieser wurde auf Weisung der Partei im Sommer abgebrochen, weil sich herausstellte, daß die Gruppen sich vorwiegend an englischen Bands orientierten. Die FDJ-Führung schwenkte auf den harten Kurs ein und bezeichnete die Gitarrenwettbewerbe als Fehler. Im Herbst 1965 wurden die Bezirke angewiesen, alle Beatgruppen zu registrieren, vorzuladen und

ihnen bei Verstoß gegen die 60/40-Regelung (wonach die Mehrheit der Unterhaltungsmusik aus DDR- bzw. sozialistischer Produktion zu stammen hatte), bei „Exzessen“ auf und vor der Bühne, bei englischen Bandnamen, „ungepflegtem Äußeren“, mangelnder Notenkenntnis, Verdacht auf „Arbeitsbummelei“ der Musiker, zu hohen Gagenforderungen oder zu niedrigen Steuerzahlungen, die Lizenz – so überhaupt vorhanden – zu entziehen (Dorothee Wierling in: Sozialgeschichte der DDR).

Im Bezirk Leipzig betraf dies 54 von 58 Bands. Daraufhin versammelten sich am 31. Oktober 1965 500 bis 800 jugendliche Anhänger der Beatgruppen aus dem ganzen Bezirk auf dem Leuschner-Platz in der Leipziger Innenstadt, um gegen den Lizenzentzug und das damit verbundene Auftrittsverbot der Gruppen zu protestieren. Es war die größte verbotene Demonstration seit dem 17. Juni 1953. Die Jugendlichen wurden von Einheiten der Kasernierten Volkspolizei auseinandergetrieben. Mehr als 250 wurden zu ein- bis dreiwöchiger Zwangsarbeit in die umliegenden Braunkohlegruben transportiert. Einigen sogenannten „Rädelsführern“ wurde später der Prozeß gemacht.

Die Leipziger Geschehnisse waren ein Indiz mehr für den Umschwung in der DDR-Innenpolitik, der sich im Herbst 1965 vollzog. Parteioffiziell besiegelt wurde er auf dem Dezember-Plenum des ZK der SED 1965. Ursprünglich sollten nur Wirtschaftsfragen behandelt werden, doch dann drehten sich die ungewöhnlich langen Diskussionen des Plenums vor allem um Kultur- und Jugendpolitik. In seiner Grundsatzrede rechnete Erich Honecker mit der offenen Politik seit 1963 ab. An den jüngsten „Ausschreitungen“ von Jugendlichen seien vor allem Filme, Fernseh-

sendungen, Theaterstücke, Romane und Zeitschriftenartikel schuld, deren antihumanistische Darstellungen Brutalität und sexuelle Triebhaftigkeit propagierten. Ausdrücklich erwähnte Honecker in diesem Zusammenhang die Filme „Das Kaninchen bin ich“ und „Denk bloß nicht, ich heule“. Namentlich genannt wurden Wolf Biermann, dem Honecker Verrat am Staat und an seinem von den Nazis umgebrachten Vater vorwarf, sowie Stefan Heym, dessen Roman „Der Tag X“ über den 17. Juni 1953 die Wahrheit entstellt habe. FDJ und Partei hätten die schädlichen Einflüsse der Beat-Musik grob unterschätzt. Die Ursache dieser Mißstände sei ein ungenügendes marxistisches Weltbild der Künstler, ihre geringe Kenntnis von der Politik der Partei und ihr Hang zum „philosophischen Skeptizismus“. All diese Erscheinungen stimmten „objektiv mit der Linie des Gegners“ überein, der die DDR „im Zuge einer sogenannten Liberalisierung“ von innen her aufweichen wolle.

Nach dem „Kahlschlagplenum“ erhielt Biermann in der DDR absolutes Auftritts- und Veröffentlichungsverbot. Stefan Heyms Buch „Fünf Tage im Juni“ konnte nur im Westen erscheinen. Die DEFA (Abk. für Deutsche Film AG, die in der DDR das Monopol zur Herstellung von Filmen besaß) zog fast eine ganze Jahresproduktion von Filmen aus dem Verkehr, Dreharbeiten zu weiteren „Kaninchen-Filmen“ wurden abgebrochen. Das 11. Plenum war ein vollständiger Sieg des Parteiapparats über künstlerische Autonomie und die Ansprüche von Jugendlichen auf einen selbstbestimmten Freiraum.

1966 wurde das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZJF) gegründet – ein Jahr nach der Errichtung des Deutschen Jugendinstituts in München. Das ZJF untersuchte Trends, Ursachen und Erscheinungen jugendlicher Aktivitäten. Eine Untersuchung des ZJF über die Befindlichkeit der DDR-Jugend von 1969 („U69“) machte zum Beispiel deutlich, wie weit die FDJ davon entfernt war, die jungen Menschen in der DDR anzusprechen, sie in politische Diskussionen einzubeziehen und ihre aktive Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Mitgliedschaft war zur Formsache verflacht. Das Verbandsleben war erstarrt und unmodern. Selbst Veranstaltungen im Freizeitbereich (Kultur und Kunst, vor allem Musik und Sport) präsentierten sich oft nicht besonders attraktiv. Die Resonanz auf politische und ideologische Themen war in der Regel negativ. Zunehmende Ausstiegs- und Verweigerungstendenzen wurden in der Öffentlichkeit geheim gehalten und selbst in den Führungsgremien der FDJ nur mit äußerster Zurückhaltung angesprochen. Wie es scheint, gelang es SED und FDJ Ende der sechziger Jahre, nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen für sozialistische Ziele zu begeistern. Dieser politisch zuverlässige Teil der Jugend war aber kaum in der Lage, den großen Rest zu Engagement zu motivieren.



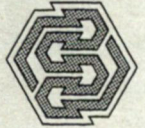
Einmal in 14 Tagen vertauschten Mädchen und Jungen der 39. Polytechnischen Oberschule in Berlin-Prenzlauer Berg ihre Schulbänke mit Werkbänken. Sie lernten im polytechnischen Zentrum des VEB Goldpunkt Lagerklötze hobeln und bohren.

Informationen

zur politischen Bildung

1998

aktuell



Die Medien der Bundeszentrale im Urteil der Lehrerinnen und Lehrer

Hermann Harms

Die Zeitschriften, Publikationsreihen und Einzelveröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung treffen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf so großes Interesse, daß sie in der Regel schnell vergriffen sind. Eine größere Zahl von Briefen und mündlichen Stellungnahmen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeszentrale Hinweise auf Leserreaktionen. Dennoch fehlten in der Bundeszentrale systematische Kenntnisse über Bekanntheitsgrad, Akzeptanz und Verwendung ihrer Materialien. Deshalb hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung über die Universitäten Braunschweig und Magdeburg im November 1996 an die weiterführenden Schulen in der Bundesrepublik gewandt, um Lehrerinnen und Lehrer (die jeweiligen Fachleiter) nach ihrem Urteil über die Medien der BpB zu fragen. Erste Ergebnisse der Umfrage werden auf den folgenden Seiten vorgestellt.

Unter der Projektbezeichnung W-I-N-T (**W**ertschätzung-**I**nformation-**N**ützlichkeit-**T**rends) wurden zur Jahreswende 1996/97 Fachleiterinnen und Fachleiter der Unterrichtsbereiche Politik/Sozialkunde/Gemeinschaftskunde, Geschichte und Geographie zum Bekanntheitsgrad und zur Akzeptanz ausgewählter Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung befragt.

An der Umfrage nahmen ausschließlich Lehrkräfte teil, deren Schulen (Sekundarstufe I und Sekundarstufe II) regelmäßig die Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“ beziehen.

Das Forschungsprojekt entstammt einer Kooperation zwischen der Technischen Universität Braunschweig und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg unter Leitung von Hermann Harms (Seminar für Politische Wissenschaft und Politische Bildung der Technischen Universität Braunschweig) in Zusammenarbeit mit Gotthard Breit (Institut für Politikwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg).

Den Kern der Untersuchung bildeten folgende Publikationen:

- ◇ „Informationen zur politischen Bildung“ (Informationen),
- ◇ „Zeitupe“,
- ◇ „PZ“,
- ◇ „Thema im Unterricht“ (TiU),
- ◇ „Kontrovers“,
- ◇ „Das Parlament“,

◇ „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ),

◇ „Schriftenreihe“.

Weitere Fragen galten dem „Schülerwettbewerb zur politischen Bildung“, den Neuen Medien und den Serviceleistungen der Bundeszentrale.

Die Datenerhebung (quantitative und qualitative Daten) erfolgte durch eine schriftliche Befragung im Zeitraum von November 1996 bis Mai 1997. Insgesamt wurden 20013 Briefe mit je zwei Fragebogen pro Schule versandt. Der eine Fragebogen sollte von der Fachgruppe Politik/Sozialkunde/Gemeinschaftskunde und der zweite von der Fachgruppe Geschichte oder Geographie bearbeitet werden. Die Rücklaufquote betrug 14156 Fragebogen (35,4 Prozent), davon wurden 12071 Fragebogen in die Auswertung einbezogen. Fragebogen, die nicht der Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II entstammten oder die nicht eindeutig bearbeitet worden waren, konnten leider nicht berücksichtigt werden. Von vielen Schulen, insbesondere von Haupt- und Realschulen kam nur ein ausgefüllter Fragebogen zurück, weil nur eine Fachgruppe (fächerübergreifend) Politik/Geschichte/Geographie vorhanden war. Die mit 35,4 Prozent ohnehin schon außergewöhnlich hohe Rücklaufquote ist somit noch höher zu bewerten.

Parallel zur Schulumfrage erhielten Verbandsmitglieder der „Deutschen Vereinigung für politische Bildung“ als Kontrollgruppe denselben Fragebogen. Von insgesamt 2149 Fragebogen wurden 975 (45,4 Prozent) zurückgesandt und 941 ausgewertet.

Schon allein die im Vergleich zu ähnlichen Umfragen hohe Rücklaufquote ließ auf eine ausgeprägte Akzeptanz der Befragungsaktion bei den Teilnehmern schließen. Dem entsprach die Qualität der Antworten. Die immerhin 28 Seiten umfassenden Fragebogen wurden fast ausnahmslos vollständig ausgefüllt, so daß die Befragungsergebnisse Repräsentativität beanspruchen können.

Es gab jedoch auch Stellungnahmen, die den Fragebogen als zu lang und zu umfangreich kritisierten („weniger ist mehr!“); andere zeigten sich überrascht über das vielfältige Angebot der Bundes-

zentrale und kündigten Bestellungen an. Einige nutzten die Umfrage, um sich über die Situation des Schulfaches Politik/Sozialkunde an den Schulen zu beklagen. Nicht wenige äußerten, daß es selbstverständlich sei, sich an der Befragung zu beteiligen (auch ohne Buchgeschenk), um sich gegenüber der Bundeszentrale für eine jahrelange Unterstützung erkenntlich zu zeigen.

Im folgenden werden einige Aussagen von Lehrerinnen und Lehrern zu ausgewählten Publikationen der Bundeszentrale vorgestellt.

► Stellenwert für Unterrichtsplanung und -durchführung

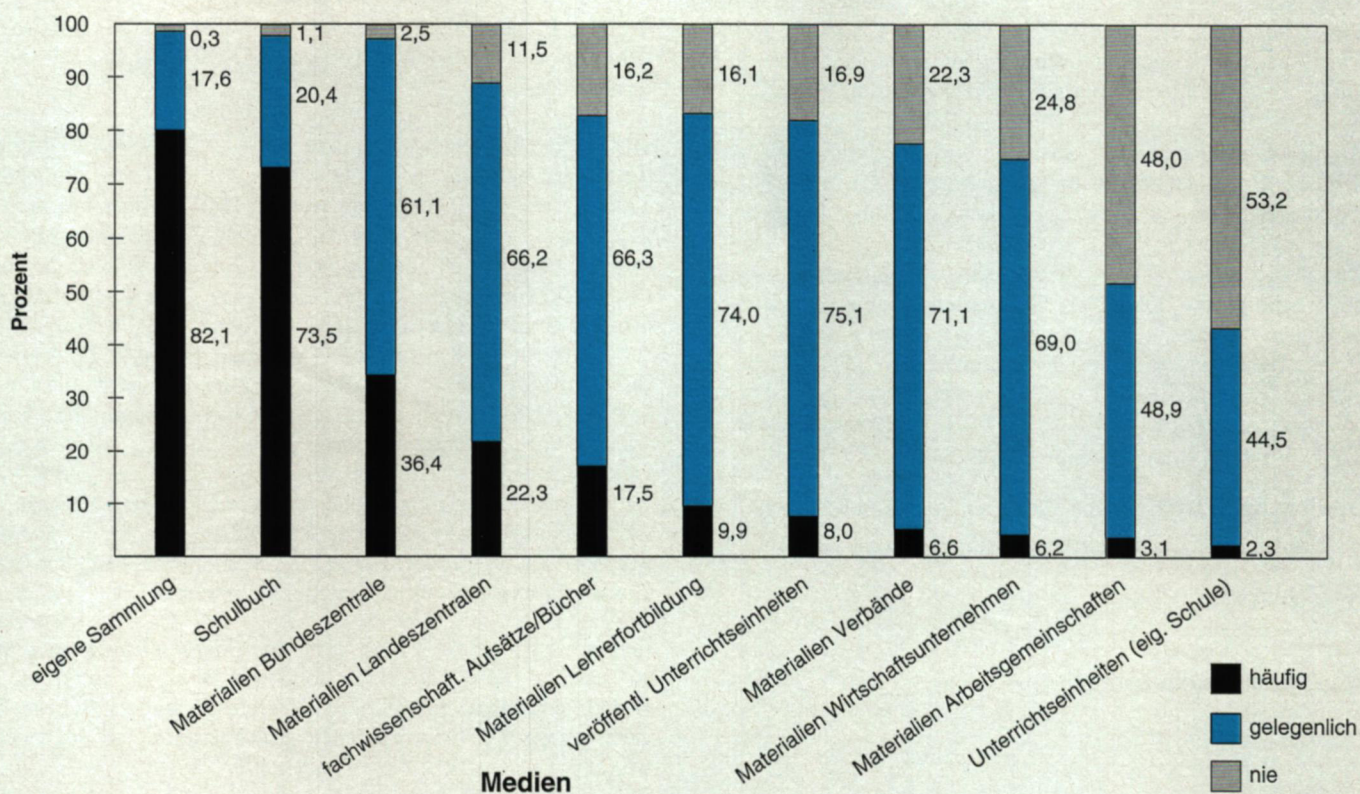
Die Materialien der Bundeszentrale sind als Planungshilfen für die Unterrichtsvorbereitung von zentraler Bedeutung. Nach der eigenen Material-Sammlung der Lehrer (82,1 Prozent) und dem Schulbuch (78,5 Prozent) nehmen sie mit 36,4 Prozent den dritten Platz unter häufig benutzten Planungshilfen ein (in den alten Bundesländern mit 31,8 Prozent und in den neuen mit 54,6 Prozent). Das Angebot der Landeszentralen für politische Bildung erreicht mit 22,3 Prozent sogar Rangplatz 4 (alte Bundesländer 19,5 Prozent, neue 31,2 Prozent) (vgl. Grafik 1).

Als Quellen für die Planung von Unterrichtseinheiten werden die Publikationen der Bundeszentrale mit großem Abstand vor Verlagspublikationen an erster Stelle genannt (36,9 Prozent); in den alten Bundesländern sind es 33,1 Prozent und in den neuen

52,3 Prozent der Lehrkräfte, die die Publikationen der Bundeszentrale häufig heranziehen. In den neuen Bundesländern wirkt sich offensichtlich das starke Engagement der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung aus, das speziell im Angebot von Weiterbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen sowie in der Bereitstellung von Materialien besteht.

Der ausgewiesene hohe Stellenwert, den die Publikationen und Materialien der Bundeszentrale für Unterrichtsplanung, Unterricht und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer einnehmen, bedeutet für die Bundeszentrale eine Bestätigung ihrer Arbeit aber auch eine hohe Verantwortung für den wissenschaftlichen Standard, die Kontroversität und die politische Ausgewogenheit ihrer Publikationen.

Grafik 1

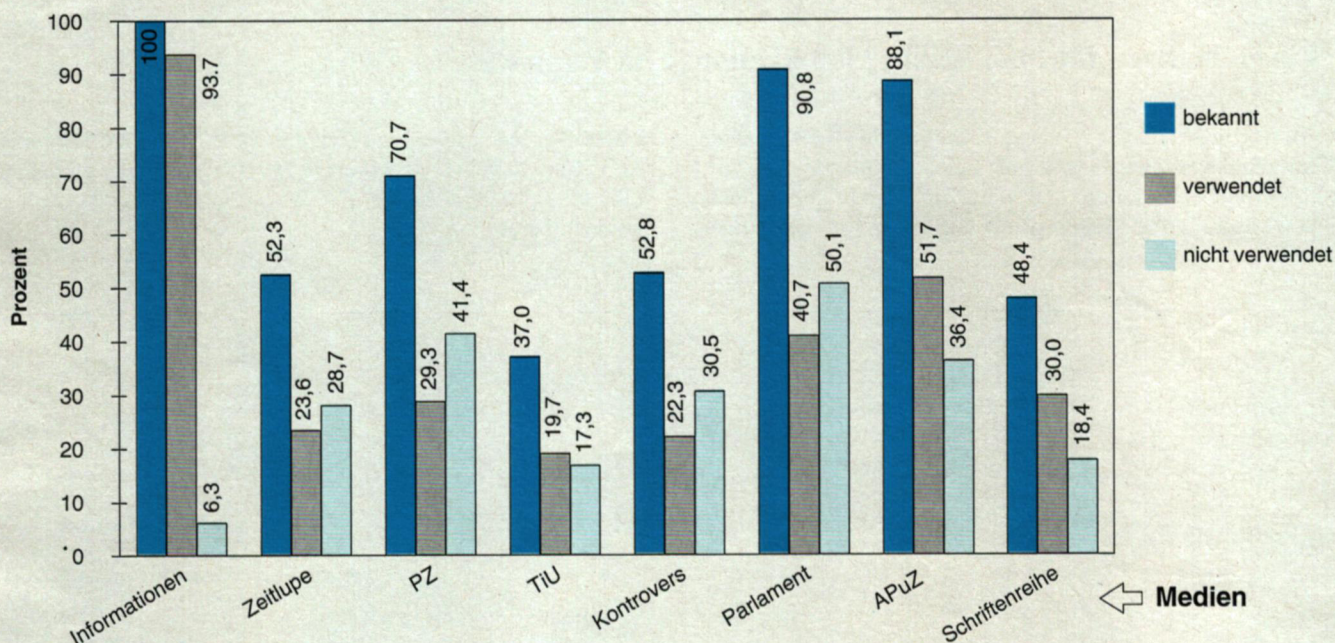


► Bekanntheitsgrad und Verwendung

Nach der Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“, die allen Befragten bekannt ist (100 Prozent), folgen gestaffelt nach Bekanntheitsgrad „Das Parlament“ (90,8 Prozent), „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (88,1 Prozent), „PZ“ (70,7 Prozent), „Kontravers“ (52,8 Prozent), „Zeitlupe“ (52,3 Prozent), „Schriftenreihe“ (48,4 Prozent) und „Thema im Unterricht“ (37 Prozent), eine Publikation, die speziell für die neuen Bundesländer herausgegeben wird (Bekanntheitsgrad in Ostdeutschland 76,4 Prozent). Die Akzeptanz der Medien drückt sich in ihrer häufigen Verwendung

aus, und hier nimmt die Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“ eine absolute Sonderstellung ein. 94 Prozent der Befragten verwenden dieses Medium, keine andere Publikation erreicht auch nur annähernd diese Nutzerwerte. Die Umfrageergebnisse lassen den Rückschluß zu, daß die über 300 Millionen Hefte der seit Jahrzehnten vierteljährlich erscheinenden Reihe weit mehr zur Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer beigegeben haben als jede andere thematisch vergleichbare fachwissenschaftliche oder fachdidaktische Publikationsreihe.

Grafik 2

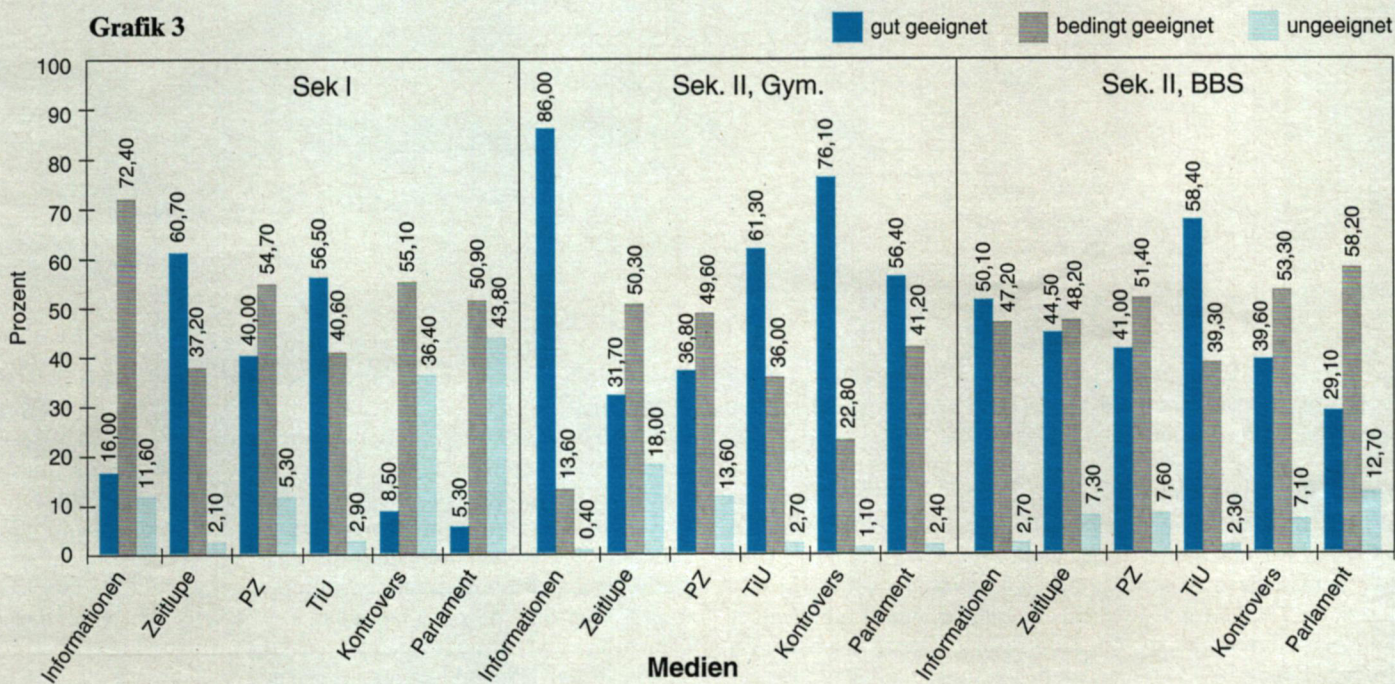


► Schulstufenspezifische Eignung

Grafik 3 vermittelt die großen Unterschiede in der Eignung ausgewählter Publikationen als Unterrichtsmaterial für die einzelnen Schulstufen. Dieses Ergebnis bestätigt die Absicht der Bundes-

zentrale, ihre Publikationen schulstufenbezogen (adressatenspezifisch) zu konzipieren. Besonders auffallend sind die Ergebnisse für die Sekundarstufe II (Gym.). Die „Informationen zur politi-

Grafik 3



schen Bildung“ dominieren in Hinblick auf gute Eignung in dieser Schulstufe mit 86,0 Prozent, gefolgt von „Kontrovers“ (76,1 Prozent), „Thema im Unterricht“ (61,3 Prozent) und „Das Parlament“ (56,4 Prozent).

Bemerkenswert ist, daß „Thema im Unterricht“ für alle Schulstufen als „gut geeignet“ beurteilt wird (Sekundarstufe I – 56,5 Prozent, Sekundarstufe II (Gym.) – 61,3 Prozent, Sekundarstufe II Berufsbildende Schulen (BBS) – 58,4 Prozent).

Unter den Publikationen, die Lehrerinnen und Lehrer für die Sekundarstufe I als „gut geeignet“ halten, fallen außer „Thema im

Unterricht“ (56,5 Prozent), „Zeitlupe“ (60,7 Prozent) und „PZ“ (40 Prozent) auf. Es sind genau die Publikationen, die in der Sekundarstufe II (Gym. und BBS) die höchsten Werte für „ungeeignet“ erreichen. Umgekehrt werden „Das Parlament“ mit 43,8 Prozent, „Kontrovers“ mit 36,4 Prozent, aber auch die „Informationen zur politischen Bildung“ mit 11,6 Prozent als in der Sekundarstufe I für „ungeeignet“ erachtet. Die Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen heben (abgesehen von „Thema im Unterricht“) kein Medium hinsichtlich seiner Eignung als Unterrichtsmaterial besonders hervor. Die Heterogenität dieser Schulart und ihrer Schülerschaft scheinen für diese Einschätzung maßgebend zu sein.

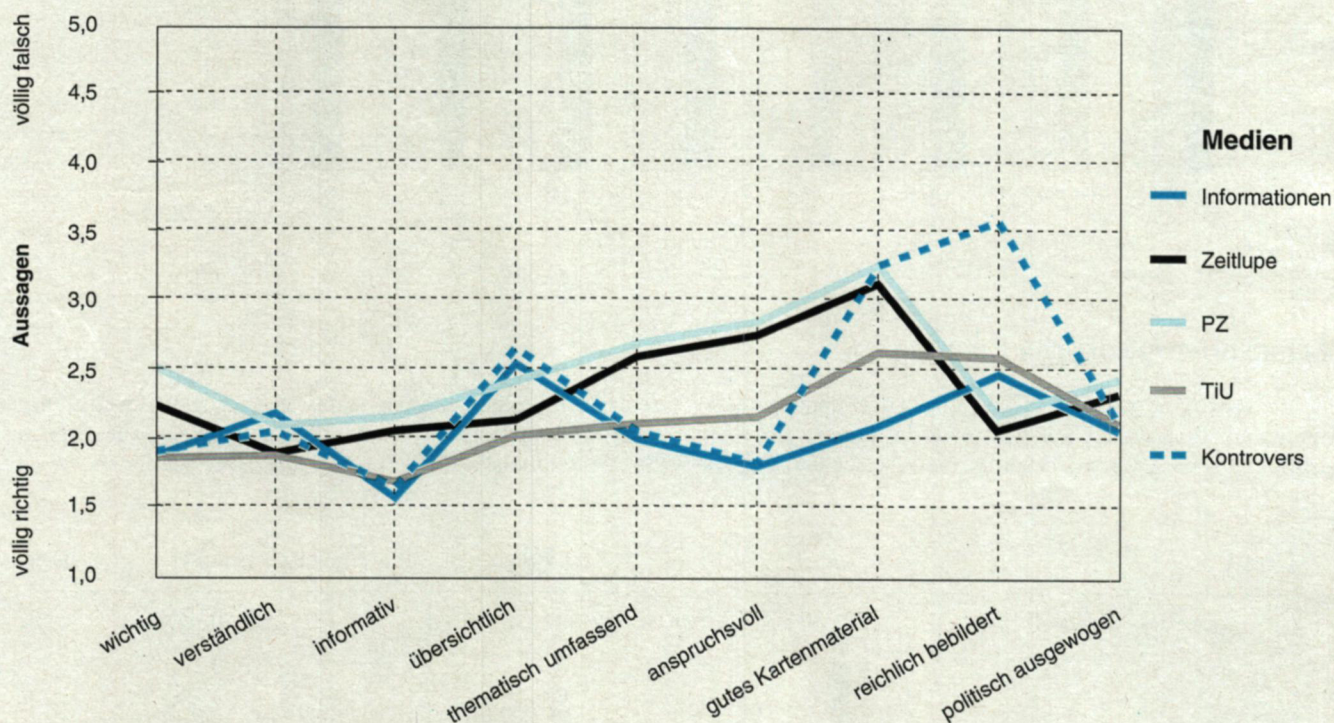
► Eigenschaftsprofile ausgewählter Publikationen im Vergleich

Die Befragungsergebnisse über Eigenschaften ausgewählter Publikationen werden in Grafik 4 vergleichend dargestellt.

Die Lehrerinnen und Lehrer äußerten durch Ankreuzen auf einer Skala (Werte 1–5) ihre Meinung über Eigenschaften von Publika-

tionen. Der Wert 1 war zu markieren, wenn man der vorgegebenen Eigenschaft völlig zustimmte, der Wert 5, wenn man sie für völlig falsch hielt; je kleiner der Wert, um so höher ist der Grad der Zustimmung.

Grafik 4



Die einzelnen Ergebnisse lassen sich zu Eigenschaftsprofilen verdichten, die wiederum die Wertschätzung und die Akzeptanz einer Publikation bestimmen.

Der Profilvergleich über ausgewählte Publikationen offenbart zum Teil erhebliche Unterschiede. Die „Informationen“ erhalten die besten Werte zu den Aussagen: informativ, wichtig, anspruchsvoll, thematisch umfassend, politisch ausgewogen, gutes Kartenmaterial. „Thema im Unterricht“ kommt zu gleich guten oder ähnlichen Werten, gefolgt von „Kontrovers“. Dagegen werden die „Informationen“ im Vergleich zu den anderen Publikationen für

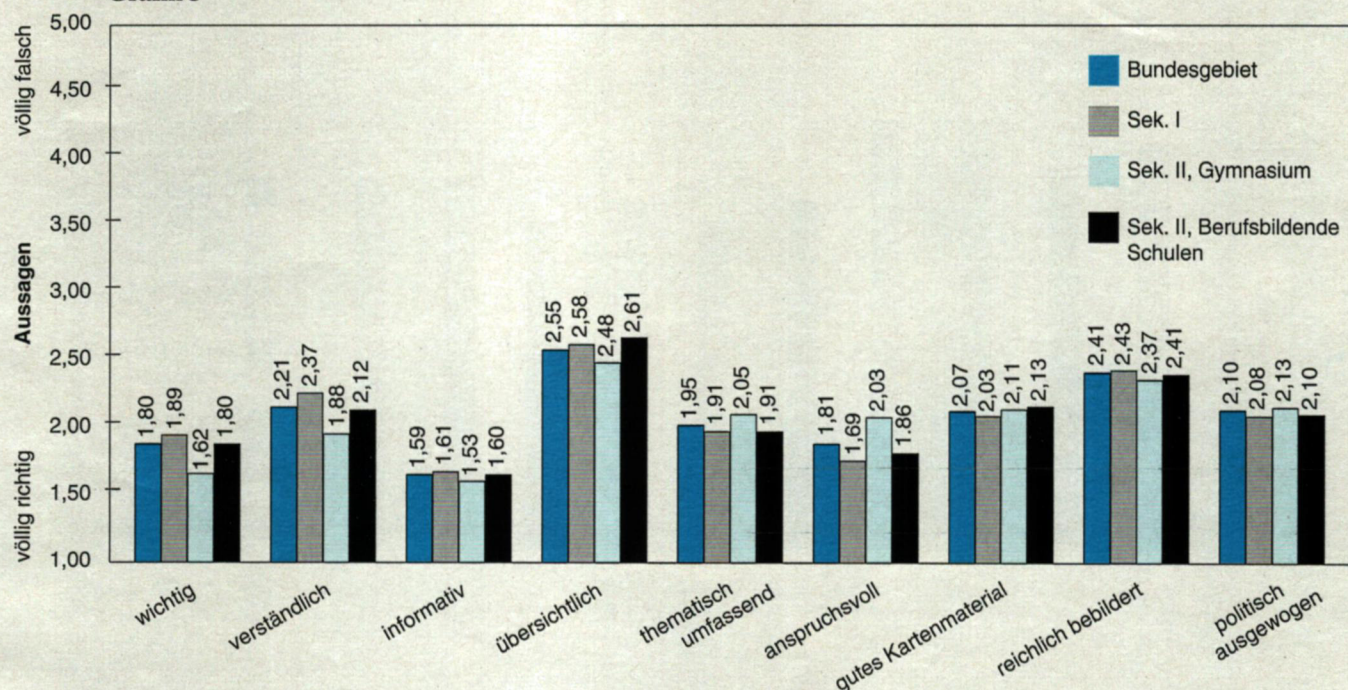
weniger verständlich und weniger übersichtlich gehalten. Diese Feststellung hält die Lehrkräfte jedoch nicht davon ab, die Zeitschrift „Informationen“ häufig zu verwenden (94 Prozent der Befragten). „Zeitlupe“ und „PZ“ (insbesondere „PZ“) erhalten im Vergleich zu den übrigen Medien deutlich schlechtere Werte, die sich aber insgesamt ebenfalls noch auf der positiven Skalseite befinden. Diese Publikationen werden als weniger wichtig, informativ, thematisch umfassend, anspruchsvoll und politisch ausgewogen beurteilt, dagegen erhalten sie bessere Werte in den Dimensionen verständlich und übersichtlich. Insgesamt zeigt der Vergleich, daß jede Publikation ihr eigenes Profil besitzt.

► Eigenschaftsprofil der „Informationen“

Im Schwerpunkt der anschließenden Untersuchung stehen wegen ihrer Bedeutung und ihres Bekanntheitsgrades die „Informationen zur politischen Bildung“. Auf die Frage: Wie zutreffend sind Ihrer Meinung nach die folgenden Aussagen über die Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“?, kristallisieren sich bestimmte Eigenschaftsprofile heraus, die je nach Schulstufe variieren.

Das in Grafik 5 dargestellte Eigenschaftsprofil weist nur geringe Differenzen zwischen den Schulstufen auf. Dennoch ist zu erkennen, daß Lehrkräfte der Sekundarstufe II (Gym.) die „Informationen“ für wichtiger, informativer und verständlicher halten als ihre Kollegen. Es zeigt sich, daß alle Unterrichtenden die Übersichtlichkeit der Zeitschrift am schlechtesten beurteilen.

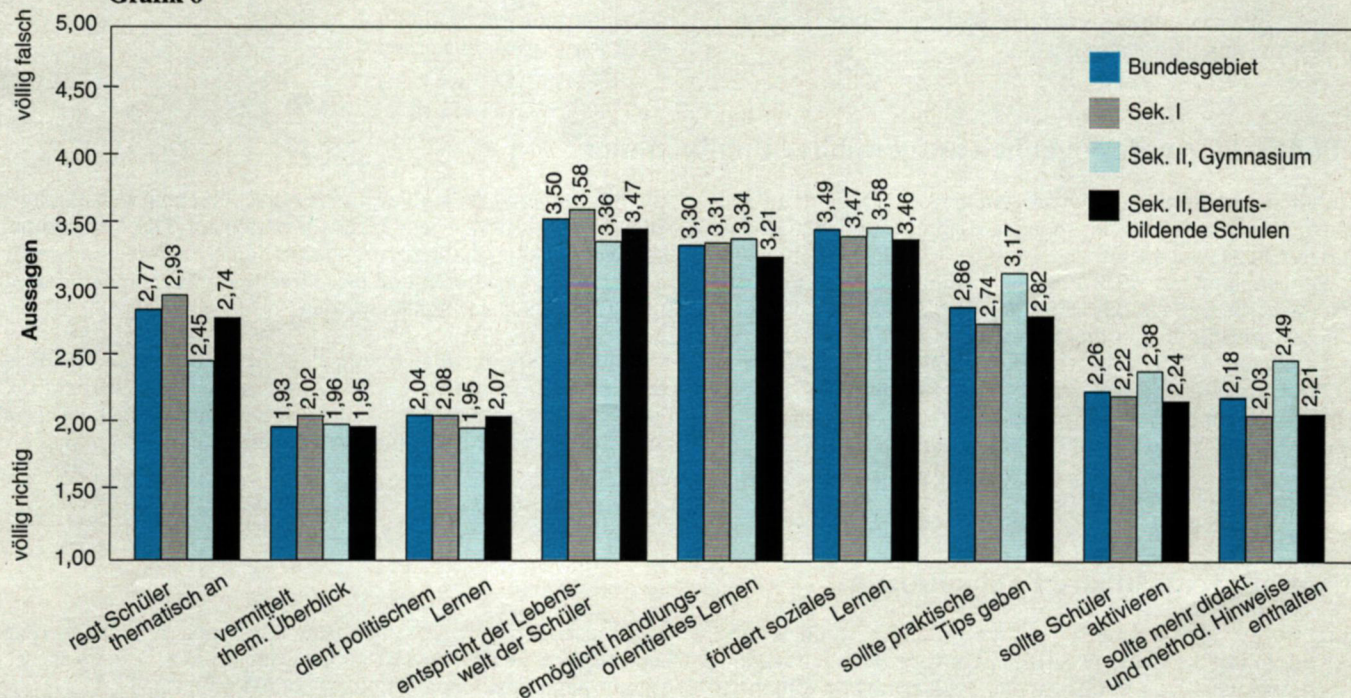
Grafik 5



Die hohen Skalenwerte von Grafik 6 signalisieren unter anderem (in weitgehender Übereinstimmung zwischen den Schulstufen), welche Eigenschaften und Intentionen als nicht typisch für die „Informationen“ identifiziert und zurückgewiesen werden, zum Beispiel Lebensweltorientierung, Handlungsorientierung, Förderung sozialen Lernens. Uneinheitlich ist die Beurteilung hinsichtlich der Schülermotivation (Schüler der Sekundarstufe II werden thematisch eher angeregt). Auffallend ist auch, daß insbesondere

Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe II (Gym.) von den „Informationen“ nicht so häufig praktische Tipps zur Bewältigung der Alltagssituationen ihrer Schüler oder mehr fachdidaktische und methodische Handreichungen erwarten. Der Zeitschrift wird vor allem die Vermittlung eines umfassenden thematischen Überblicks und die Bereitstellung von Hintergrundinformationen und -zusammenhängen bescheinigt. Sie wird als wichtige Anregung zu politischem Lernen eingeschätzt.

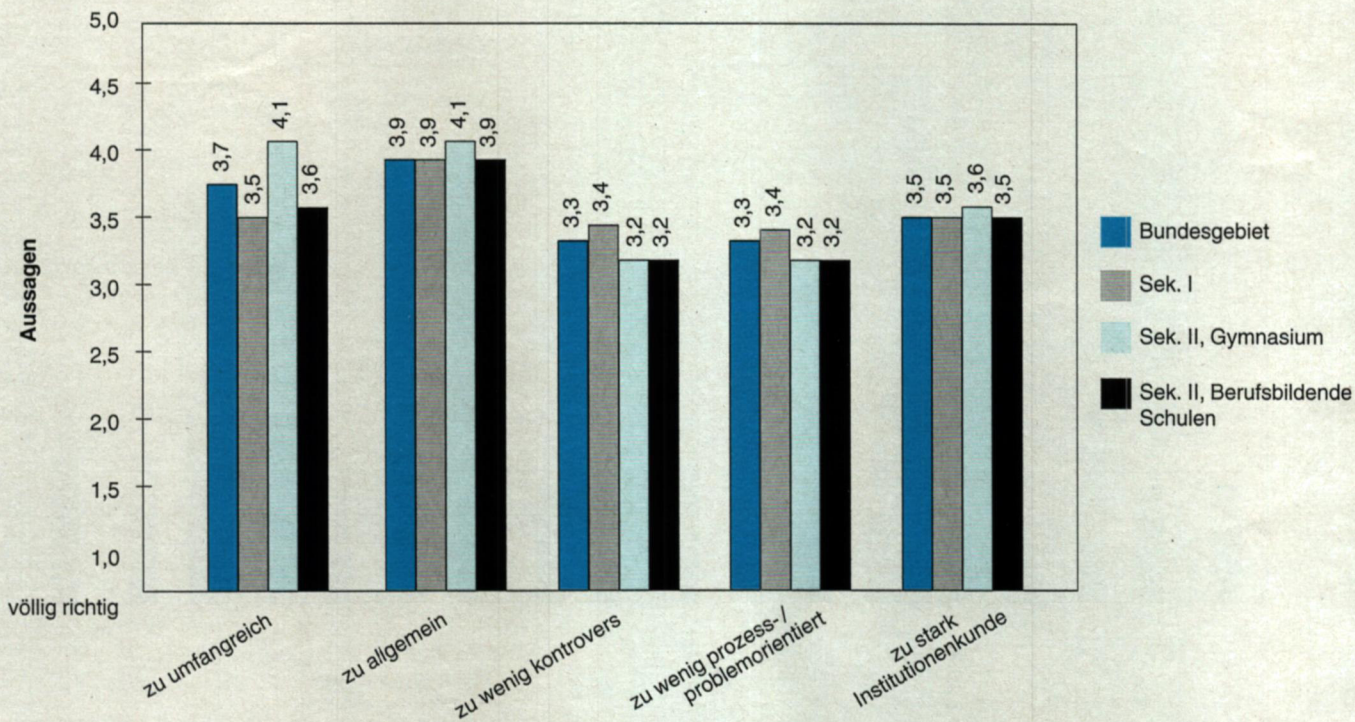
Grafik 6



Das Eigenschaftsprofil von Grafik 7 bringt bei geringer Variation zwischen den Schulstufen zum Ausdruck, daß die „Informationen zur politischen Bildung“ eben nicht für zu umfangreich, zu allgemein und zu wenig kontrovers gehalten werden. Sie gelten weder als zu wenig prozeß- und problemorientiert noch als zu stark auf Institutionen ausgerichtet.

Insgesamt deuten die drei Profile an, daß die Nutzerinnen und Nutzer mit der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Konzeption der „Informationen zur politischen Bildung“ offensichtlich zufrieden sind. Dennoch offenbaren diese Eigenschaftsprofile die Stärken und Schwächen des Mediums sowie Wünsche zu seiner Gestaltung.

völlig falsch **Grafik 7**



Alle Befragten hatten außerdem die Möglichkeit, sich zu den jeweiligen Publikationen der Bundeszentrale frei zu äußern. Entsprechend ihrem Bekanntheitsgrad bezogen sich die meisten „Bemerkungen und Anregungen“ auf die Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“. Obwohl die Auswertung der freien Antworten derzeit noch nicht abgeschlossen ist, sollen bereits einige Anmerkungen wiedergegeben werden.

„Zuviel Stoff – wenig übersichtlich – (Sekundarstufe I – RS)
viele Fachbegriffe“

„Bessere Übersicht durch Veränderung des Layouts, Erhöhung des Sei-

tenumfangs zwecks Verringerung des Kleindrucks.“

„Eines meiner besten und brauchbarsten Informations- und Unterrichtsmittel (speziell Oberstufe) und das sollte so bleiben; bitte keine „Kindgerechtigkeit“.“ (Sekundarstufe II – Gym.)

„Die umfassende und tiefe Darstellung von Problemen sollte auf keinen Fall zugunsten von Methodik und Didaktik zurückgestellt werden.“ (Sekundarstufe I – RS)

► Politische Ausgewogenheit ausgewählter Publikationen

Im Rahmen der Umfrage bescheinigten die Lehrkräfte den Publikationen der Bundeszentrale einen insgesamt sehr hohen Grad an politischer Ausgewogenheit.

Den Spitzenplatz mit 79,5 Prozent zustimmenden Antworten nimmt dabei die Beilage zum „Parlament“, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ ein. Es folgen die „Schriftenreihe“ (78 Prozent), die „Informationen“ (70,5 Prozent), „Thema im Unterricht“ (65 Prozent), „Kontrovers“ (63,3 Prozent), „Das Parlament“ (51,7 Prozent), die „Zeitlupe“ (58 Prozent) und „PZ“ (51,7 Prozent).

Bei der häufigen Verwendung der Publikationen als Unterrichtsmaterialien ist dieses Ergebnis von großer Bedeutung. Schließlich

soll Politikunterricht Schülerinnen und Schüler zum selbständigen Analysieren, Urteilen und Handeln befähigen. Die Lehrerinnen und Lehrer haben dafür zu sorgen, daß den Lernenden kontroverse Positionen angeboten und einseitige Beeinflussungen oder gar Indoktrinationen vermieden werden.

Nach übereinstimmender Aussage der Befragten scheint die Bundeszentrale ihrer hohen Verantwortung gerecht zu werden; ihre Publikationen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern auf Grund ihrer politischen Ausgewogenheit eine eigenständige Urteilsbildung.

► Notfalls verzichtbare Publikationen

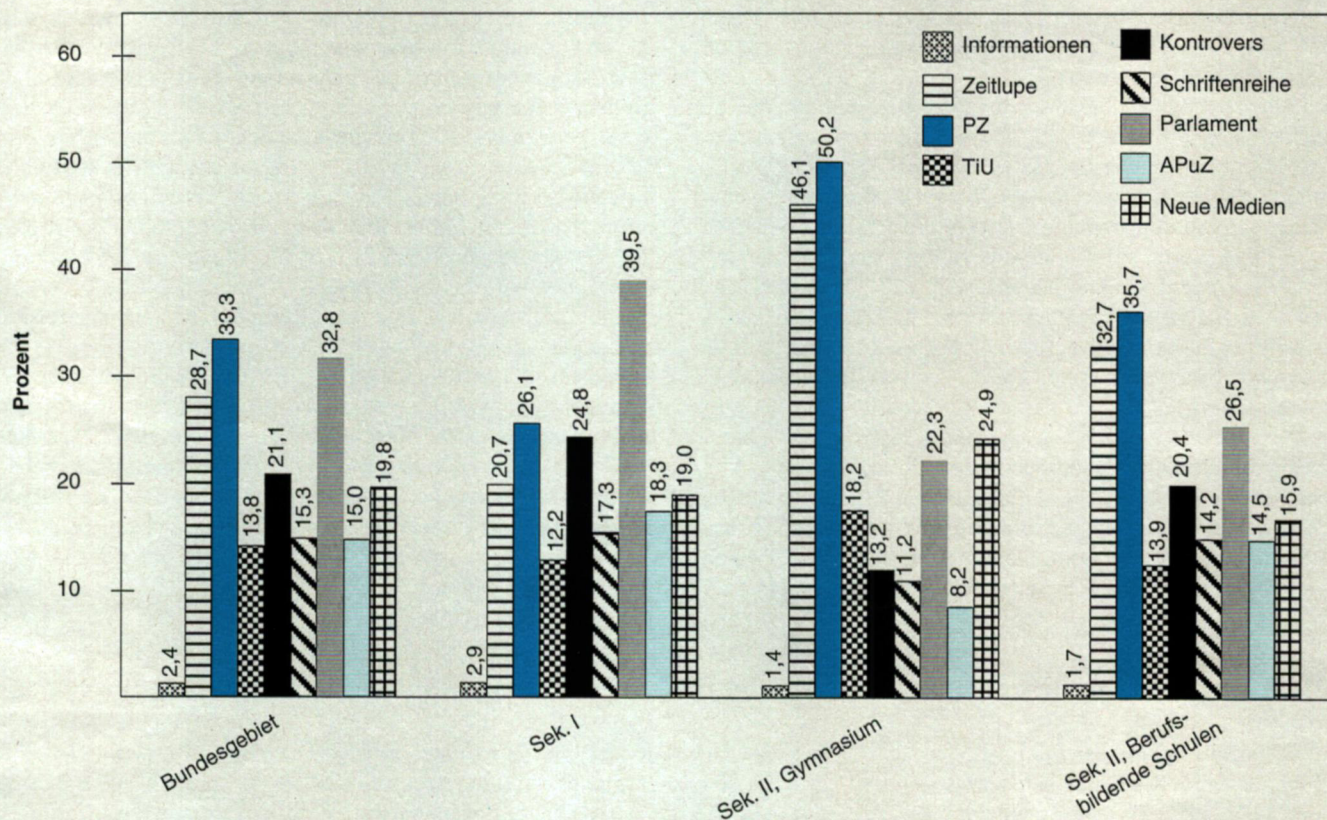
Gefragt wurde: „Auf welche Angebote würden Sie, wenn es unbedingt sein müßte, verzichten?“ Aus einem vorgegebenen Katalog von 14 Positionen (von Publikationen bis Tagungen) sollten die

entsprechenden Angebote der Bundeszentrale benannt werden. Die folgende Grafik veranschaulicht der besseren Übersicht wegen nur neun Positionen (Publikationen/Medien).

Der Vergleich von Grafik 8 mit Grafik 3 veranschaulicht, daß am ehesten auf die Publikationen verzichtet werden kann, die für die eigene Schulstufe als relativ am wenigsten geeignet angesehen werden, weil sie sich an andere Adressaten richten, zum Beispiel in Sekundarstufe II die Zeitschrift „Zeitlupe“ und „PZ“. Führend im „Verzichtskatalog“ ist aus der Sicht der Lehrerschaft die „PZ“, eine Zeitschrift, die nicht speziell für Schulen erstellt wird, dennoch in den Schulen sehr bekannt ist (70,7 Prozent), gelegentlich benutzt (29,3 Prozent) und unter Schulgesichtspunkten am ungünstigsten

beurteilt wird (Durchschnitt 2,7). Hervorzuheben in der „Streichliste“ ist die extrem unterschiedliche Positionierung der Publikationen „Das Parlament“ und seiner Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, die gekoppelt ausgeliefert werden. Über alle Schulstufen hinweg ist festzustellen, daß im Vergleich zum „Parlament“ nur halb so viele Lehrerinnen und Lehrer auf die Beilage „APuZ“ verzichten würden. Auch dieses Ergebnis läßt sich auf die hohe Wertschätzung dieses Mediums zurückführen.

Grafik 8



Dagegen würden nur 285 von 12 071 Befragten, davon 158 aus der Sekundarstufe I, gegebenenfalls auf die „Informationen“ verzichten. Dieses Ergebnis war zu erwarten, wenn man den hohen Verwendungsgrad und das Eigenschaftsprofil der Zeitschrift berücksichtigt.

Abschließend ist anzumerken: Es trifft nicht zu, daß man grundsätzlich am ehesten auf Medien verzichten will, nur weil man sie nicht oder noch nicht kennt. Belegen läßt sich diese Aussage unter anderem damit, daß man die Neuen Medien, die den meisten Lehrkräften noch unbekannt sind (63 Prozent), eben nicht vorn vornherein ablehnt.

► Neue Medien – unbekannt, aber nicht unerwünscht

Die Neuen Medien für die politische Bildung, zum Beispiel interaktive Datenbanken (auf Diskette und CD-ROM) oder computergestützte Planspiele der Kommstedt-Serie sind den wenigsten Lehrerinnen und Lehrern bekannt (37 Prozent). Das Gleiche gilt für Serviceleistungen der Bundeszentrale auf diesem Gebiet (BTX, Mailbox – 28 Prozent). Trotzdem werden die Neuen Medien für die politische Bildung nicht für überflüssig gehalten (nur 4,9 Prozent) und nur 7,7 Prozent der Befragten meinten, die Bundeszentrale solle sich auf ihre herkömmlichen Medien (Printmedien) beschränken. Die abwartende Haltung gegenüber den Neuen Medien (32 Prozent) erklärt sich damit, daß ca. 40 Prozent der Lehrkräfte (weiblich 47 Prozent, männlich 35 Prozent) sich auf diesem Sektor nicht für kompetent halten. 39 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer besitzen inzwischen nach eigener Aussage einen mo-

dernen Computer und arbeiten mit ihm. Nur rund ein Drittel der Unterrichtenden hat überhaupt die Möglichkeit, an ihren Schulen moderne Computer im Politik-/Sozialkundeunterricht einzusetzen. Im übrigen ist festzustellen, daß die Neuen Medien für die politische Bildung häufig deshalb nicht eingesetzt werden können, weil in den Schulen Computer fehlen (14 Prozent), veraltet sind (26 Prozent) oder ausschließlich den anderen Unterrichtsfächern zur Verfügung stehen (22 Prozent). Bemerkenswert ist: Immerhin über 70 Prozent der Befragten halten es für unerlässlich, daß Lehrkräfte heutzutage im Umgang mit modernen Computern geschult sind; 36 Prozent erklären sich bereit, durch Fortbildungsveranstaltungen diese Kompetenz zu erwerben. Hier trifft die Bundeszentrale auf eine aufgeschlossene Lehrerschaft, die entsprechende Angebote (Materialien, Kurse) erwartet.

► Schülerwettbewerb zur politischen Bildung

Den Schülerwettbewerb zur politischen Bildung kennen 88,7 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer. 50,4 Prozent von ihnen nehmen jedoch nicht teil. Nur 3,9 Prozent aller Lehrkräfte beteiligen sich regelmäßig (neue Bundesländer 7,6 Prozent, alte Bundesländer 3,1 Prozent, Oberstufe der Gymnasien 5,7 Prozent) und 34,4 Prozent gelegentlich.

Die Gründe für die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme am Schülerwettbewerb zur politischen Bildung wurde mit Hilfe vorgegebener Behauptungen (Begründungen/Statements) erfaßt. Zustimmungen bzw. Ablehnungen waren auf einer 5er-Skala (1 = völlig richtig; 5 = völlig falsch) zu markieren. Einbezogen in die Auswertung wurden alle Lehrkräfte, die regelmäßig oder gelegentlich am Schülerwettbewerb teilnehmen.

Über 72 Prozent der Unterrichtenden sind der Meinung, daß die Wettbewerbsthemen interessant und politisch bedeutsam sind. Für zwei Drittel stellt der Schülerwettbewerb eine sinnvolle Ergänzung zum Unterricht dar, und 69 Prozent meinen, die Themen ermöglichen handlungsorientierten Unterricht. Der Aussage, daß „die Themen anregend sind und Schüler neugierig machen“, stimmen 59 Prozent zu. Die Themenwahl sei „jugendbezogen“ meinen noch 47 Prozent. „Schüler drängen zur Teilnahme“ halten 73 Prozent für falsch. Die Begründung, man nehme teil, weil die Klassen schon Preise errungen haben, wurde von 70 Prozent abgelehnt, dagegen von 21 Prozent akzeptiert.

Zwischen den Schulstufen und Schularten gibt es bei diesen Meinungsäußerungen kaum Unterschiede. Auch die Abweichungen zwischen den alten und neuen Bundesländern sind geringfügig. Als Begründung für die Nichtteilnahme am Schülerwettbewerb wird von 83 Prozent der Unterrichtenden ein Mangel an erforder-

licher Unterrichtszeit angeführt. Die Schüler seien desinteressiert vermerken 61 Prozent und für 50 Prozent ist das Anforderungsprofil des Wettbewerbs zu hoch. Mit der Themenstellung sind 56 Prozent einverstanden, aber nur 37 Prozent meinen, die Themen entstammten dem Erfahrungsbereich der Jugend. Die Aussage, man nehme nicht teil, weil konkurrierende Wettbewerbe besser seien, wird abgelehnt (81 Prozent).

Wesentliche Gründe für die Nichtteilnahme scheinen demnach fehlende Unterrichtszeit, relativ geringes Schülerinteresse und ein zu hohes Anforderungsprofil zu sein. Bei einer insgesamt hohen Übereinstimmung gibt es deutliche Unterschiede nur zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II (Gym.) in den Aussagen Anforderungsprofil, Schülerinteressen und Themenstellung aus dem Erfahrungsbereich der Jugend. Dies bestätigen die vielen Bemerkungen und Anregungen zum Schülerwettbewerb in Form freier Antworten: 202 von ca. 1000 Bemerkungen beurteilen die Aufgabenstellung für die Sekundarstufe I als zu komplex und zu anspruchsvoll. 166 Lehrkräfte halten eine weitere Differenzierung des Wettbewerbs nach Schulstufen für sinnvoll. In 135 Meinungsäußerungen wird eine genauere Abstimmung mit dem Lehrplan erbeten und vielfach wird auch der Wunsch nach genauerer Aufschlüsselung der Bewertungskriterien geäußert.

Allgemein läßt sich folgern, daß auch Lehrkräfte, die sich nicht beteiligen, den Schülerwettbewerb nicht grundsätzlich in Frage stellen oder ihn gar für überflüssig halten. Unter den Lehrerinnen und Lehrern, die regelmäßig am Wettbewerb teilnehmen, scheint er fest im Jahresplan verankert zu sein. Den meisten Teilnehmern der Befragung ist gemeinsam, daß sie mit ihren vielen freien Antworten Anregungen für die Gestaltung kommender Schülerwettbewerbe geben wollen.

► Benotung der Bundeszentrale für politische Bildung und ausgewählter Publikationen

Die positive Beurteilung der Publikationen überrascht nicht. Die Durchschnittswerte der Noten liegen zwischen 1,93 („Schriftenreihe“) und 2,69 („PZ“). Es kann angenommen werden, daß dafür die jeweiligen Eigenschaftsprofile maßgebend sind. Die Lehrkräfte der Sekundarstufe II (Gym.) beurteilen die „Informationen“ mit 2,14. Hervorzuheben ist die gute Beurteilung der Institution Bun-

deszentrale (Bundesgebiet 2,2). Die neuen Bundesländer (2,04) beurteilen die Bundeszentrale noch positiver als die alten. Hier honorieren die Lehrerinnen und Lehrer die umfassenden Leistungen der Bundeszentrale nach dem Umbruch: Mithilfe bei der Etablierung des Faches Sozialkunde/Politik, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, Bereitstellung von Materialien und Publikationen.

► Zusammenfassung

Schon die wenigen hier vorgestellten Befunde des umfassenden Forschungsprojektes lassen das Urteil zu, daß die Publikationen und Materialien der Bundeszentrale nicht nur sehr bekannt sind, sondern auch große Wertschätzung genießen. Sie gelten weitestgehend als unverzichtbar für den schulischen Alltag und die persönliche fachwissenschaftliche und fachdidaktische Weiterbildung. Ihren Publikationen wird politische Ausgewogenheit attestiert von einer Lehrerschaft, die sich dem Beutelsbacher Konsens und insbesondere dem Überwältigungsverbot verpflichtet fühlt.

Die bisherige Auswertung der Umfrage belegt, daß die Interessen und Bedürfnisse der Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe II (Gym.) durch die Publikationen und Materialien der Bundeszentrale in hohem Maße befriedigt werden. Es sind insbesondere diese Lehrkräfte, die den fachwissenschaftlichen Informationen den Vorrang einräumen. Dagegen wünschen sich ihre Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufe I überwiegend fachdidaktisch-methodisch aufbereitete Publikationen und Materialien. Genau zwischen diesen Positionen befinden sich die Lehrkräfte der Berufsschulen. Vielleicht hat die Bundeszentrale mit ihrer Reihe „Thema im Unterricht“ bereits die richtige Antwort gegeben und

ein Medium bereitgestellt, das zukünftig auf eine gleich hohe Akzeptanz in der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (BBS) stoßen wird, wie die „Informationen zur politischen Bildung“ in der Sekundarstufe II (Gym.). Die Reihe „Thema im Unterricht“ bietet komplette Unterrichtseinheiten (Schülermaterial, Lehrerheft), deren Bausteine sich direkt im Unterricht einsetzen lassen. Die Lehrerinnen und Lehrer werden zwar von zeitraubender Unterrichtsvorbereitung entlastet, aber bei der Planung und Durchführung des Unterrichts sowie bei der Beurteilung der Unterrichtsmedien nicht Auseinandersetzungen mit den Materialien noch ihrer kritischen Verantwortung entzogen.

Es verdient herausgestellt zu werden, daß kein anderes Schulfach auf so vielfältige kostenlose Publikations- und Materialangebote zurückgreifen kann wie die Fächergruppe Politik/Sozialkunde, Geschichte und Geographie. Bezogen auf die Zielsetzungen des Unterrichts bleibt immer wieder zu prüfen, inwieweit die Bundeszentrale die Lehrerschaft mit ihren Publikationen und Materialien optimal zu unterstützen vermag. Insgesamt dienen die Umfrageergebnisse zur Standortbestimmung der Bundeszentrale in der politischen Bildungsarbeit an Schulen und tragen dazu bei, Orientierung für ihre zukünftige Arbeit zu geben.

Hochschulreform

Als Versuch, auch die Wissenschaft auf Parteilinie zu bringen und gleichzeitig die Effizienz der DDR-Hochschulen zu steigern, kann die dritte Hochschulreform betrachtet werden, die 1967 eingeleitet wurde. Die Hochschulreform in der DDR fiel nicht zufällig zeitlich mit den Studentenunruhen in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern zusammen. Die SED verwies jedenfalls häufig auf die Hochschulkrise im Westen und beteiligte die FDJ-Vertretungen an der Reformdiskussion, um möglicher studentischer Opposition zuvorzukommen. Die Reform setzte bei der Organisationsstruktur der Hochschulen an: Fakultäten, Abteilungen und Institute wurden zu Fachsektionen zusammengefaßt, die in ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit eng mit den Betrieben der Region zusammenarbeiten sollten. Wo dies möglich war, sollten sie beispielsweise Prognosen im Rahmen der Wirtschaftsplanung leisten und Absolventen an die regionale Industrie vermitteln. Diese detaillierten Vorgaben ließen sich jedoch nicht realisieren; und so beschäftigten sich die Sektionen nach zwei Jahren

wieder vornehmlich mit der Grundlagenforschung und Methodenausbildung.

Für die Studierenden war das wichtigste Ergebnis der Hochschulreform die Einführung einer Regelstudienzeit von vier Jahren und die Gliederung des Studiengangs in die drei festgelegten Abschnitte Grundstudium, Fachstudium, Forschungstudium. Neue Studienpläne wurden entworfen, um die Ausbildung der Studierenden stärker auf den Bedarf der Gesellschaft, wie ihn Staats- und Parteiführung definierten, auszurichten. Das Studium des Marxismus-Leninismus blieb ein wesentlicher Bestandteil der Hochschulausbildung.

Trotz dieser Veränderungen erwies sich die Planung im Hochschulbereich, vor allem die möglichst genaue Berechnung des Bedarfs an Hoch- und Fachschulabsolventen, nach wie vor als unmöglich, denn die wirtschaftlichen Perspektivpläne wurden für fünf Jahre entworfen. Die Entwicklung in Wissenschaft und Technik vollzog sich aber oft in unvorhersehbarer Weise, und die Ausbildung in vielen Fächern erstreckte sich über einen längeren Zeitraum. Wie sollte unter diesen Umständen die Zulassung zum Studium, die Aufschlüsselung

der Studentinnen und Studenten nach Fachrichtungen und nach Qualifikationsstufen (Hochschul- oder Fachhochschulabschluß) exakt vorausgeplant werden? Die Zahl der Studierenden in der DDR stieg zwischen 1960 und 1969 von knapp 102 000 auf über 122 000. Auf je 1000 Einwohner im Alter zwischen 18 und 45 Jahren kamen 1960 in der DDR 18 Studierende (in der Bundesrepublik nur elf); 1969 waren es 17 (in der Bundesrepublik 14). Ende der sechziger Jahre zeichnete sich ein Überangebot von Hochschulabsolventen ab, während es an qualifizierten Facharbeitern fehlte. Seit 1971/72 wurden daher die Zulassungszahlen für alle Bereiche des Hochschulwesens gesenkt und die Studienmöglichkeiten für Berufstätige im Fern- und Abendstudium erheblich eingeschränkt.

Vervollständigt wurde die Umgestaltung von Forschung und Wissenschaft Ende der sechziger Jahre schließlich durch eine Reform von Struktur und Arbeitsaufgaben der Akademie der Wissenschaften mit ihren 20 000 Beschäftigten. Von nun an waren Universitäten und Hochschulen vor allem für Lehre und Ausbildung zuständig, während sich die Forschung an den Akademieinstituten konzentrierte.

Sozialliberale Koalition und innere Reformen

Peter Borowsky

In der Großen Koalition hatten CDU/CSU und SPD gemeinsam eine wirtschaftliche Krise gemeistert und eine politische verhindert – um den Preis freilich, daß große Teile der jungen Generation den etablierten Parteien und dem bestehenden politischen System zumindest zeitweise entfremdet wurden. Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze führten aus Sicht dieser jungen Generation zu einer Polarisierung zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“. Die westdeutsche Gesellschaft war Ende der sechziger Jahre politisch mobiler geworden. Immer mehr Menschen engagierten sich in politischen Fragen. Sie forderten die Einlösung demokratischer Grundsätze und wollten selbst aktiv an politischen Entscheidungen mitwirken – auch außerhalb der Parteien.

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze war die Gemeinsamkeit der Koalitionspartner bald erschöpft. Strittige Probleme in der Deutschland- und Ostpolitik, wie das Verhältnis zur DDR und die Entspannungspolitik gegenüber dem Warschauer Pakt, in der Innen- und Finanzpolitik, wurden nicht mehr gelöst, sondern – so eine Formel von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger – ausgeklammert. In der SPD nahm die Zahl der Gegner der Großen Koalition zu; immer mehr Mitglieder – auch der Parteiführung – traten für eine Koalition mit der FDP ein.

Wandel in der FDP

Innhalb der FDP hatten sich mittlerweile Veränderungen vollzogen, die ein Bündnis mit der SPD möglich erscheinen ließen. Als die Partei 1966 in die Rolle einer praktisch ohnmächtigen Opposition geriet, nutzte eine Gruppe diese Situation zu einer Neuorientierung der FDP in Richtung auf einen „demokratischen und sozialen Liberalismus“. Diese „Sozialliberalen“ konnten sich dabei auf einen Wandel in der Mitglieder- und Wählerstruktur der FDP berufen: Der Anteil der Selbständigen ging zugunsten der Angestellten, insbesondere der leitenden Angestellten, zurück. Diese sozialen Aufsteiger wollte die FDP halten bzw. gewinnen durch ein Programm, das dem Streben nach Chancengleichheit aufgeschlossen gegenüberstand und außenpolitisch keine Tabus mehr hinnehmen wollte.

Ein wichtiger Schritt zu einer Koalition mit der SPD, wie sie auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen bereits seit dem Dezember 1966 bestand, war auf dem Freiburger Parteitag der Liberalen (Ende Januar 1968) die Ablösung des nationalliberalen Parteivorsitzenden Erich Mende, der auf eine neue Kandidatur verzichtet hatte, durch Walter Scheel. Zum neuen Parteivorstand gehörte auch der international

anerkannte Soziologe Ralf Dahrendorf. In einer vielbeachteten Rede vor dem Parteitag machte Dahrendorf die „Erstarrung der Verhältnisse“ in der Bundesrepublik für die „Unruhe, die sich vielerorts breitmacht“, verantwortlich. Er forderte „eine Gesellschaftspolitik der Liberalität“, in deren Mittelpunkt nicht Sicherheit, sondern Offenheit stehen müsse. Darunter verstand Dahrendorf eine Politik, die den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gab, ihre durch die Verfassung und die Gesetzgebung garantierten Rechte auch tatsächlich wahrzunehmen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war seiner Meinung nach das „Bürgerrecht auf Bildung“. Als außenpolitisches Programm formulierte Walter Scheel Zielvorstellungen, die – wie die Normalisierung des Verhältnisses zur DDR und zu den osteuropäischen Staaten, der Verzicht auf die Hallstein-Doktrin und die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze – der SPD näherstanden als der CDU, der CSU und dem nationalliberalen Flügel der eigenen Partei.

Offenkundig wurde die Annäherung von FDP und SPD, als die FDP-Delegierten der Bundesversammlung bei der Wahl des Bundespräsidenten im März 1969 ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten Gustav Heinemann gaben und ihm damit im dritten Wahlgang zum Sieg

Regierungserklärung

[...]

Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen.

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. Wir werden darauf hinwirken, daß nicht nur durch Anhörungen im Bundestag, [...] sondern auch durch ständige Fühlungnahme mit den repräsentativen Gruppen unseres Volkes und durch eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. [...]

Wir wenden uns an die im Frieden nachgewachsenen Generationen, die nicht mit den Hypothesen der Älteren belastet sind und belastet werden dürfen; jene jungen Menschen, die uns beim Wort nehmen wollen – und sollen. Diese jungen Menschen müssen aber verstehen, daß auch sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben.

Wir werden dem Hohen Hause ein Gesetz unterbreiten, wodurch das aktive *Wahlalter* von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wird. [...]

Wir werden auch die Volljährigkeitsgrenze überprüfen.

Mitbestimmung, *Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft* wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert. [...]

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das *Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands* aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Hause. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. [...]

Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969, in: Irmgard Wilharm, Deutsche Geschichte 1962–1983, Band 2, Frankfurt/Main 1985, S. 27 f.

über den CDU/CSU-Kandidaten Gerhard Schröder verhalten. Wenige Tage nach seiner Wahl erklärte Heinemann in einem Interview: „Es hat sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen, und zwar nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie. Man hat oft, und ich glaube mehr aus gutem Grund, gesagt, daß eine solche Demokratie ihre Bewährungsprobe erst dann bestanden habe, wenn eben nach ihren Regeln auch einmal ein Machtwechsel zustande gekommen ist. Das ist hier nicht in breiter Front der Fall, das wird sich erst bei den Bundestagswahlen ergeben, aber immerhin doch in einem beachtlichen Stück.“

Machtwechsel

Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 28. September 1969 schien Heinemann nicht zu bestätigen: Die SPD gewann zwar Prozentpunkte hinzu, CDU und CSU aber behaupteten sich gut, und die FDP erlitt eine schwere Niederlage: Fast zwei Fünftel der Wählerinnen und Wähler von 1965 waren zu anderen Parteien übergegangen. Mit 5,8 Prozent überwandte die Partei gerade noch die Fünfprozent-Hürde. Offenbar hatte die FDP in dieser Wahl einen großen Teil ihrer alten Anhänger verloren und noch nicht genügend neue gewonnen, um den Verlust wieder gutzumachen. Trotz der Wahlniederlage und großzügiger Koalitionsangebote von CDU und CSU entschloß sich die FDP-Führung zu einer Koalition mit der SPD. Die neue sozialliberale Koalition verfügte über eine knappe Mehrheit von zwölf Bundestagsabgeordneten (254 gegenüber 242 Abgeordneten der CDU/CSU). Darunter waren einige FDP-Mitglieder, die den neuen Kurs der Parteiführung nur sehr widerstrebend mitmachten.

Was skeptische Beobachter und Kritiker des „CDU-Staates“ kaum für möglich gehalten hatten, war eingetreten: Nach 20 Jahren Regierungszeit standen CDU und CSU in der Opposition, und der „Machtwechsel“ zwischen Regierung und Opposition – vorbereitet und abgemildert durch die Zusammenarbeit in der Großen Koalition – vollzog sich ohne Staatskrise. Er dokumentierte die von der Außerparlamentarischen Opposition bezweifelte Wandlungsfähigkeit des politischen Systems und stellte die für das Funktionieren des Parlaments notwendige Polarisierung zwischen Regierung und starker Opposition wieder her.

Ostpolitik

Neuer Bundeskanzler wurde Willy Brandt, Vizekanzler und Außenminister wurde der FDP-Vorsitzende Walter Scheel. Die größten Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Koalitionspartnern bestanden in der Deutschland- und Ostpolitik. Auf diesem Gebiet entfaltete die neue Regierung daher auch rasch ihre größte Aktivität. Sie

knüpfte an die Bemühungen der Großen Koalition um ein entspannteres Verhältnis zu den Staaten Osteuropas an und griff dabei auf Konzepte zurück, die Brandt und sein engster Mitarbeiter Egon Bahr bereits 1963 entwickelt hatten. Beide setzten sich für eine „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber der DDR ein. Die neue Politik gegenüber der Sowjetunion und den kommunistischen Staaten Osteuropas stand unter dem von Bahr geprägten Motto „Wandel durch Annäherung“. Grundlage war die Überzeugung, daß die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nicht beseitigt, sondern nur verändert, die deutsche Spaltung in absehbarer Zeit nicht aufgehoben, wohl aber ihre Auswirkungen auf die Deutschen in beiden Staaten erträglicher gemacht werden könnten. Die FDP hatte sich bereits auf ihrem Freiburger Parteitag 1968 für eine Anerkennung der „deutschland- und ostpolitischen Realitäten“ ausgesprochen.

In der politischen Praxis bedeutete dieses Konzept, daß Bonn bereit sein mußte, mit der DDR-Regierung zu verhandeln, diese also de facto anzuerkennen, was zuvor stets abgelehnt worden war, und damit auf seinen Anspruch zu verzichten, die einzige legitimierte Vertretung des ganzen deutschen Volkes zu sein. Voraussetzung für die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen war die Anerkennung der in Europa existierenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Linie als pol-nischer Westgrenze, aber auch der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Die wichtigsten Ergebnisse der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel waren, daß

◇ die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion die existierenden Grenzen in Europa, insbesondere die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die Oder-Neiße-Grenze, als unverletzlich anerkannte und ausdrücklich einen Gewaltverzicht aussprach (Moskauer Vertrag vom 7. August 1970),

◇ gegenüber Polen die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkannt wurde (Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970),

◇ durch ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin die Präsenz der Westmächte in West-Berlin und die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik auch von der Sowjetunion anerkannt und der Transitverkehr von und nach West-Berlin vereinfacht und erleichtert wurde (Viermächteabkommen vom 3. September 1971 und Transitabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR vom 17. Dezember 1971),

◇ die Bundesrepublik die DDR als gleichberechtigten und souveränen Staat anerkannte, ihre völkerrechtliche Anerkennung als Ausland aber vermied (Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972).

(Zur Entwicklung der Deutschland- und Ostpolitik und der deutsch-deutschen Beziehungen ab 1969 vgl. die ausführliche Darstellung in „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 233/1991.)

Mißtrauensvotum und Neuwahl

Die neue Ostpolitik wurde nicht nur von der CDU und CSU heftig angegriffen, sie stieß auch bei einzelnen Bundestagsabgeordneten der Koalition auf Widerstand. Diese Abgeordneten wechselten die Fraktion, wodurch die ohnehin knappe Mehrheit der sozialliberalen Koalition mit der Zeit immer schmaler wurde. Im Herbst 1970 traten drei FDP-Abgeordnete – darunter der ehemalige Parteivorsitzende Erich Mende – zur CDU/CSU-Fraktion über. Am 29. Januar 1972 trat der SPD-Abgeordnete und Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Schlesier, Herbert Hupka, aus Protest gegen die Ostpolitik der Bundesregierung zur CDU über. Als am 23. April 1972 ein weiterer FDP-Abgeordneter zur CDU ging und damit das Stimmenverhältnis zwischen Regierungskoalition und Opposition auf 249 zu 247 sank, machte am nächsten Tag die CDU/CSU-Fraktion erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik von der Möglichkeit des konstruktiven Mißtrauensvotums Gebrauch. Bei der Abstimmung am 27. April erhielt der Kanzlerkandidat der Union, Rainer Barzel, jedoch nur 247 Stimmen, das heißt zwei weniger als erforderlich. Das konstruktive Mißtrauensvotum war damit zwar gescheitert, doch blieb die Regierung handlungsunfähig. Das zeigte sich bereits am nächsten Tag, als in der Abstimmung über den Bundeshaushalt 1972 der Etat des Bundeskanzlers mit 247 zu 247 Stimmen abgelehnt wurde. Da die CDU/CSU-Fraktion sich nach heftigen internen Auseinandersetzungen am Vormittag des 17. Mai 1972 für eine Enthaltung bei der Abstimmung über die Ostverträge entschlossen hatte, konnten diese am Nachmittag des 17. Mai immerhin mit 248 gegen 10 Stimmen bei 238 Enthaltungen (Moskauer Vertrag) bzw. 248 gegen 17 Stimmen bei 231 Enthaltungen (Warschauer Vertrag) den Bundestag passieren und ratifiziert werden.

Der einzige Ausweg aus der Patt-Situation waren Neuwahlen, die die Bundesregierung mit Unterstützung des Bundespräsidenten schließlich für den 19. November 1972 ansetzte. Das Wahlergebnis bestätigte die Koalition in einer Eindeutigkeit, die viele Beobachter überraschte: Die SPD gewann gegenüber 1969 mehr als drei Millionen Wählerinnen und Wähler hinzu und wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit 45,8 Prozent stärkste Partei vor der CDU und CSU, die 44,9 Prozent der Stimmen erhielten. Aber auch die Unionsparteien profitierten von der Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler, die sich in einer einmalig hohen Wahlbeteiligung von 91,17 Prozent ausdrückte: Sie gewannen 1,6 Millionen Stimmen hinzu. Allerdings gingen die Gewinne hauptsächlich

auf das Konto der CSU, während die CDU Verluste hinnehmen mußte. Die CSU-Führung sah sich dadurch in ihrer Konfrontationstaktik gegenüber den Regierungsparteien bestätigt, und die Spannungen innerhalb der Union wuchsen. Die FDP konnte ihre Stimmenzahl von 1,9 Millionen 1969 auf 3,1 Millionen Stimmen (8,4 Prozent) steigern. Es war ihr offensichtlich gelungen, ihre neue Wählerbasis aus leitenden Angestellten, Beamten und Angehörigen der Freien Berufe zu halten und auszuweiten. Mit einer soliden Mehrheit von 271 zu 225 Stimmen im Bundestag konnte sich die sozialliberale Koalition sowohl in ihrer Deutschland- und Ostpolitik als auch in ihrer „Politik der inneren Reformen“ bestätigt fühlen.

Innenpolitischer Wandel

Die sozialliberale Koalition trat 1969 als Reformregierung an und versuchte eine energische Demokratisierung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen. In seiner Regierungserklärung versprach Willy Brandt am 28. Oktober 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ Das Regierungsprogramm enthielt eine Reihe von Reformvorhaben, die in diesem Sinne interpretiert werden konnten: mehr Chancengleichheit im Bildungswesen, Herabsetzung des Wahl- und Mündigkeitsalters, Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht, Strafrechts- und Strafvollzugsreform, Ausbau der sozialen Sicherheit, Monopolkontrolle und Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung.

Manche dieser Vorhaben knüpften direkt an Reformen der Großen Koalition an – so die Strafrechtsreform. Andere waren – wie

Sozialreform, Ausweitung der Mitbestimmung und Bildungsreform – seit Jahren in der öffentlichen Diskussion. Daß sie 1969 zum Gegenstand staatlicher Aktivität wurden, läßt Rückschlüsse auf das Politikverständnis der beiden Koalitionspartner zu. Von ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis her mußte es das Ziel der SPD sein, durch staatliche Reformen ein größeres Maß an persönlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Mitbestimmung in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen. Aber auch die FDP hatte, wie die „Freiburger Thesen“ von 1971 programmatisch zum Ausdruck brachten, ihr Verständnis von Freiheit um eine soziale Dimension erweitert. Für den „Sozialen Liberalismus“, den die FDP nun auf ihre Fahnen geschrieben hatte, waren „Freiheit und Glück des Menschen [...] nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheitsrechte und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte.“

Der Begriff „Sozialer Liberalismus“ und die Zielsetzung, die freiheitlichen Grundrechte durch „soziale Teilhaberrechte und Mitbestimmungsrechte“ zu ergänzen, zeigen, wie sehr sich die FDP in ihren programmatischen Grundsatzpositionen der SPD und auch den Gewerkschaften genähert hatte. Das verhinderte freilich nicht, daß es bei der Umsetzung dieser Grundsatzklärungen in praktische Reformen bald zu scharfen Ziel- und Interessenkonflikten kam.

Ziel der 1969 eingeleiteten Reformpolitik war die Modernisierung von Staat und Gesellschaft, ohne daß beide revolutionär verändert werden sollten. Insofern bedeuteten die Reformen zum einen die überfällige Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen und gewandelte Moral- und Wertvorstellungen (Beispiele: Ehe- und



Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsabkommens im Moskauer Kreml durch Bundeskanzler Willy Brandt (l.) und den sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin (M.); rechts der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko.

Familienrecht, Strafrechtsreform) bzw. die Antwort auf Forderungen gesellschaftlich bedeutsamer Gruppen (Beispiel: Mitbestimmung). Zum anderen waren sie aber auch der Versuch, durch staatliches Handeln Veränderungen herbeizuführen, die dem Anspruch auf „mehr Demokratie“ und Chancengleichheit gerecht werden konnten (Beispiel: Bildungsreform).

Für die Verwirklichung der Reformvorhaben bestanden 1969 günstige politische und wirtschaftliche Voraussetzungen: Die Mobilisierung der Arbeiter und Studenten, der mittleren Angestellten und Beamten, der Frauen und Jungwähler für die Koalitionsparteien erzeugte ein politisches Klima, das der sozialliberalen Reformpolitik förderlich war. Der wirtschaftliche Aufschwung Ende der sechziger Jahre schien genügend Überschüsse abzuwerfen, um die geplanten Reformen auch finanzieren zu können. Spätestens mit der 1973 einsetzenden Wirtschaftskrise verschlechterten sich jedoch sowohl die finanziellen als auch die politisch-psychologischen Bedingungen entscheidend, und das Ende der „Politik der inneren Reformen“ wird markiert durch den Kanzlerwechsel im Mai 1974 (vgl. auch Seite 47 ff.).

Strafrechtsreform

Die Reform des deutschen Strafrechts wurde von Justizminister Gustav Heinemann noch zur Zeit der Großen Koalition eingeleitet. Das erste und das zweite Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni und vom 4. Juli 1969 führten eine neue Fassung des Allgemeinen Teils (enthält im wesentlichen allgemeine, alle Straftaten betreffende Bestimmungen) des Strafgesetzbuchs ein und schafften überholte Straftatbestände im Besonderen Teil ab. Während dem deutschen Strafgesetzbuch von 1871 das Prinzip von Schuld und Sühne zugrundelag, sollte diese Neufassung vor allem der Resozialisierung verpflichtet sein. Das Strafrecht sollte nicht länger dazu dienen, moralisch konformes Verhalten durchzusetzen, sondern dazu beitragen, eindeutig sozialschädliches Verhalten zu verhindern bzw. zu ahnden. Strafrechtliche Grenzen sollten nur dort gezogen werden, wo die Freiheit des einzelnen in Widerspruch zur Freiheit der anderen geriet und wo Leben, Gesundheit, Eigentum und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gegen Übergriffe geschützt werden mußten.

Das erste Strafrechtsreformgesetz hob den Unterschied zwischen Zuchthaus, Gefängnis und Haft auf und führte eine einheitliche Freiheitsstrafe ein. Bei Ahndung einer Straftat sollten die Wirkungen von Haft- und Geldstrafen auf das künftige Leben des Täters, vor allem seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft berücksichtigt werden. Daher sollten kurze Haftstrafen in der Regel durch Geldstrafen ersetzt werden. Die Geldstrafen wur-

den durch Einführung von Tagessätzen den wirtschaftlichen Verhältnissen der Angeklagten angepaßt.

Der erste Schritt zur Reform des Besonderen Teils des Strafrechtsgesetzbuches, in dem die einzelnen Straftatbestände und ihre Rechtsfolgen aufgeführt sind, betraf das Demonstrationsstrafrecht. Wie sich anlässlich der Protestaktionen der Studentenbewegung und der APO gezeigt hatte, wandte die Justiz ein Demonstrationsstrafrecht an, das noch vom Mißtrauen des Obrigkeitsstaates gegen die Versammlung von Bürgerinnen und Bürgern beeinflusst war. Das neue Demonstrationsstrafrecht (vom 20. Mai 1970) schränkte die Strafverfolgung auf gewalttätige Formen des Protests ein und verlagerte die Beweislast auf die Ordnungskräfte, während vorher wegen des weitgefaßten Tatbestandes des Landfriedensbruchs jeder, der als Beteiligter oder auch nur als Zuschauer einer Demonstration verhaftet wurde, seine Unschuld hatte beweisen müssen. Die Neuregelung des Demonstrationsstrafrechts stieß auf heftige Kritik bei der CDU/CSU-Opposition. Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung und der Auseinandersetzung mit Kernkraftgegnern wurde später immer wieder die Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts laut.

Weniger umstritten war die Reform des Sexualstrafrechts. Straftatbestände wie Ehebruch, Kuppelei, Sodomie und Homosexualität unter Erwachsenen wurden abgeschafft. Homosexuelle Handlungen mit Minderjährigen wurden allerdings nicht nur bis zu der sonst üblichen Schutzgrenze von 14 Jahren, sondern bis zur Volljährigkeit bestraft, die 1970 auf 18 Jahre gesenkt wurde.

Streit um den Paragraphen 218

Die heftigste Auseinandersetzung entwickelte sich um die Reform des § 218. Die seit 1871 gültige Fassung des § 218 StGB stellte jede Unterbrechung einer Schwangerschaft unter Strafe. Sie ließ Ausnahmen nur zu, wenn Gefahr für Leben und Gesundheit der Schwangeren bestand. Die Befürworterinnen und Befürworter einer Reform oder ersatzlosen Streichung des § 218 vertraten den Standpunkt, daß die rigorose Strafandrohung des Strafgesetzbuches gerade das nicht leistete, was sie zu leisten beanspruchte, nämlich den Schutz des ungeborenen Lebens. Zu den schwerwiegenden Auswirkungen des § 218 gehörte ihrer Meinung nach die soziale Ungerechtigkeit, wonach Schwangere, die die nötigen Mittel besaßen, eine fachgerechte illegale Abtreibung etwa im Ausland vornehmen lassen konnten, während unbemittelte Frauen bei nicht fachgerecht ausgeführten illegalen Abtreibungen oft ihr Leben riskierten. Statt zu strafen, sollte daher der Gesetzgeber Möglichkeiten zur medizinischen und sozialen Beratung und Hilfe schaffen und den Schwangerschaftsabbruch straffrei lassen.

Demgegenüber sah die andere Seite in einer Abschaffung oder Reform des § 218 einen Verzicht auf den Schutz des werdenden Lebens. Sie befürchteten, daß eventuell eingerichtete Beratungsstellen weniger Mutterschafts- als Abtreibungsberatung vornehmen würden und daß die staatlich gebilligte Erleichterung der Abtreibung letztlich die moralischen Grundlagen von Familie und Gesellschaft aushöhlen müßte.

Während diejenigen, die eine Reform des § 218 befürworteten, für die sogenannte Fristenlösung, das heißt den straffreien Abbruch der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten, eintraten, wollte die Gegenseite den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich weiter unter Strafe stellen und ihn nur in Fällen schwerer gesundheitlicher Gefährdung oder außergewöhnlicher seelischer Belastung (medizinische und ethische Indikation) straffrei lassen.

Am 26. April 1974 nahm der Bundestag eine Regierungsvorlage zur Reform des § 218 an, die die Fristenlösung nach vorhergehender ärztlicher Beratung einführte. Diese Regelung wurde jedoch vom Bundesrat, in dem die von CDU und CSU regierten Länder die Mehrheit hatten, zweimal abgelehnt. Nachdem der Bundestag am 5. Juni 1974 in namentlicher Abstimmung noch einmal die Fristenlösung beschlossen hatte, riefen die CDU/CSU-Fraktion und das Land Baden-Württemberg das Bundesverfassungsgericht an. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 stellte fest, daß die Fristenregelung der Verpflichtung aus Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes, das werdende Leben auch gegenüber der Mutter wirksam zu schützen, „nicht in dem gebotenen Umfang gerecht geworden ist“.

Der Sonderausschuß für Strafrechtsreform des Bundestages arbeitete daher einen neuen Entwurf zur Reform des § 218 aus, der wieder das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die Strafandrohung enthielt, von einer Bestrafung der Schwangeren aber dann absah, wenn sie in „besonderer Bedrängnis“ handelte. Die erweiterte ethische und medizinische Indikation wurde durch eine soziale Indikation ergänzt und in dieser Form am 12. Februar 1976 mit den Stimmen der SPD und der FDP im Bundestag angenommen. Die Mehrheit von CDU und CSU im Bundesrat aber lehnte auch diesen Entwurf ab. In einer nochmaligen, namentlichen Abstimmung im Bundestag wurde die „weitgefaßte Indikationslösung“ am 6. Mai 1976 schließlich verabschiedet.

Auch danach blieb freilich das Problem der sozialen Ungerechtigkeit und der regionalen Unterschiede in der Anwendung des Gesetzes bestehen: Frauen, die das nötige Geld hatten, konnten sich der komplizierten Prozedur bis zum Schwangerschaftsabbruch in der Bundesrepublik entziehen und ihn in Ländern, die die Fristenlösung praktizierten, vornehmen las-

sen. In vorwiegend katholisch geprägten Regionen der Bundesrepublik oder in Gegenden, die nur über kirchliche Krankenhäuser verfügten, war es nur schwer möglich, einen Schwangerschaftsabbruch nach der neuen gesetzlichen Regelung vornehmen zu lassen, da sich kaum ein Arzt oder Krankenhaus zur Feststellung der Indikation und zum Eingriff bereit fanden, denn vor allem die katholische Kirche bezog immer wieder eindeutig Stellung gegen die Neuregelung.

Der komplizierte Entscheidungsprozeß zur Reform des § 218 ist aus verschiedenen Gründen aufschlußreich: Einmal läßt sich an diesem Beispiel die Politik von CDU und CSU verfolgen, ihre Mehrheit im Bundesrat gegen die FDP/SPD-Mehrheit im Bundestag zur Geltung zu bringen. Zum anderen zeigte sich einmal mehr die bis heute anhaltende Tendenz, das Bundesverfassungsgericht zum obersten Gesetzgeber zu machen.

Vor allem aber – und darin liegt die gesellschaftliche Dimension dieser Auseinandersetzung – formierte sich in der öffentlichen Auseinandersetzung um das Problem der Abtreibung und die Reform des § 218 eine neue, autonome Frauenbewegung, die mit provozierenden Parolen wie „Mein Bauch gehört mir“ und mit dem öffentlichen Eingeständnis „Ich habe abgetrieben“ den vorwiegend männlichen Politikern und ihren Parteien das Recht absprach, eine so persönliche Frage wie die Schwangerschaft über die Köpfe der Frauen hinweg zu regeln. (Zur neuen Frauenbewegung vgl. auch „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 254 zum Thema „Frauen in Deutschland“.)

Ehe- und Familienrecht

Nirgendwo spiegelte sich der Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse und Einstellungen so deutlich wider wie im Bereich des Ehe- und Familienrechts. In den Reformdiskussionen und -bemühungen, die Ende der sechziger Jahre einsetzten, ging es darum, die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau endlich auch in diesem „privaten“ Bereich zu verwirklichen. Im übrigen sollten die gewachsene Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden rechtlich ihren Niederschlag finden durch eine Neuregelung ihres Verhältnisses zu den Eltern und ihrer Stellung in der Gesellschaft; an die Stelle der „elterlichen Gewalt“ trat die „elterliche Sorge“.

Am 18. Juni 1970 setzte der Bundestag einstimmig das Alter für das aktive Wahlrecht von 21 auf 18, für das passive Wahlrecht von 25 auf 21 Jahre herab. Am 22. März 1973 wurden auch Volljährigkeit und Ehemündigkeit von 21 auf 18 Jahre heruntersetzt. Die neue Regelung trat am 1. Januar 1975 in Kraft.



Demonstration von Frauen in München für eine Reform des § 218 des Strafgesetzbuches.

Am 7. November 1973 wurde der Entwurf eines „Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge“ vom Kabinett verabschiedet. Er sah mehr Mitwirkungsrechte und einen verstärkten Schutz des Kindes vor, indem er unter anderem bestimmte, daß „die Eltern auf den Willen und die Belange des einsichtsfähigen Kindes Rücksicht zu nehmen und Maßnahmen im Bereich der elterlichen Sorge mit ihm zu erörtern haben – mit dem Ziel, gegenseitiges Einverständnis herbeizuführen“. Bei Scheidungen sollte der Wunsch des Kindes, bei welchem Elternteil es bleiben wollte, stärker als bisher berücksichtigt werden. Zum Schutz des Kindes sollte das Vormundschaftsgericht nicht nur bei schuldhaftem Versagen der Eltern, sondern bereits bei einer „objektiven Gefährdung des Kindeswohls“ (etwa durch schlechte Wohnverhältnisse) von Amts wegen eingreifen. Der Entwurf wurde jedoch in der 1976 ablaufenden Legislaturperiode nicht mehr vom Bundestag beschlossen. Eine Neuregelung des Elternrechts, die in ihren Grundzügen dem Entwurf von 1973 entsprach, fand erst 1979 statt.

Grundlage für die Reform des Ehe- und Scheidungsrechts waren die im Mai 1970 vorgelegten Empfehlungen einer Sachverständigenkommission, die bereits im November 1967 gebildet worden war. Ein erster Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde wegen der vorzeitigen Auflösung des Bundestages 1972 nicht mehr im Bundestag beraten.

Am 28. März 1973 nahm das Bundeskabinett einen verbesserten Entwurf zum Ehe- und Familienrecht an, über den der Bundestag am 8. Juni 1973 in erster Lesung beriet. Justizminister Gerhard Jahn erklärte bei dieser Gelegenheit: „Trotz zahlreicher Änderungen im Laufe der Zeit ist bis

zum heutigen Tage ein einseitiger Vorrang des Mannes aufrechterhalten geblieben [...]. Ziel des Entwurfes ist ein Eherecht, das dem partnerschaftlichen Eheverständnis entspricht, ein faires und ehrliches Scheidungsrecht und ein gerechtes Scheidungsfolgenrecht.“

Partnerschaft

Ausgangspunkt der Reformkonzeption war der Grundsatz, daß die Funktions- und Aufgabenteilung in der Ehe den Eheleuten überlassen bleiben sollte, wobei die Haushaltsführung dem Beitrag zum Familienunterhalt gleichgestellt wurde. Auf dem Gebiet der Ehescheidung ging der Entwurf vom Schuldprinzip ab und nahm das Scheitern der Ehe als einzigen Scheidungsgrund an, ging also zum Zerrüttungsprinzip über. Daraus ergaben sich auch Neuerungen hinsichtlich der Unterhaltspflicht. Hatte bisher der „schuldige“ Ehepartner die Unterhaltspflicht für den anderen Partner und die gemeinsamen Kinder tragen müssen, so sollte nunmehr der wirtschaftlich stärkeren Partner den wirtschaftlich schwächeren unterstützen. Außerdem sah der Entwurf einen Versorgungsausgleich vor: Geschiedene Ehegatten sollten danach gleichmäßig an den von ihnen während der Ehe erworbenen Anrechten auf Versorgung beteiligt werden. Begünstigt werden sollten durch diese Regel vor allem Ehefrauen, die keine eigene Alters- oder Invaliditätsversicherung besaßen. Schließlich sah der Entwurf die Einrichtung von Familiengerichten vor, die Scheidung und Scheidungsfolgen zusammen verhandeln sollten.

Die parlamentarische Beratung dieses Entwurfs zog sich bis 1976 hin. Am 14. Juni 1976 wurde das erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts verkündet. In seinem ersten Teil enthielt es das neue

Eherecht, im zweiten die Reform des Scheidungsrechts und im dritten Teil die Neuordnung des Scheidungsverfahrens mit der Einführung der Familiengerichte.

Ein wichtiges Element des neuen Eherechts war das Namensrecht. Es brach mit der jahrhundertealten Tradition, wonach der Name des Mannes automatisch der gemeinsame Familienname wurde, und bestimmte, daß Verlobte bei der Eheschließung entweder den Namen des Mannes oder den der Frau zum gemeinsamen Familiennamen und damit auch zum Nachnamen ihrer künftigen Kinder wählen konnten. Der Ehepartner, dessen Name nicht gemeinsamer Familienname wurde, konnte seinen Geburtsnamen dem Ehenamen voranstellen.

Im Eherecht fiel die alte Regelung fort, wonach die Frau in erster Linie zur Haushaltsführung, der Mann zum finanziellen Unterhalt der Familie verpflichtet war und die Ehefrau nur dann berufstätig sein durfte, wenn sie ihre familiären Verpflichtungen nicht vernachlässigte bzw. dann berufstätig sein mußte, wenn die Einkünfte des Mannes für den Familienunterhalt nicht ausreichten. Statt dessen sollten nach dem neuen Eherecht die Eheleute die Haushaltsführung in gegenseitigem Einverständnis regeln. Beide waren nunmehr berechtigt, berufstätig zu sein, beide mußten auf die Familie Rücksicht nehmen.

Das neue Scheidungsrecht entsprach weitgehend dem Entwurf von 1973. Im einzelnen setzte das Gesetz bestimmte Trennungsfristen, nach deren Ablauf die Scheidung nur unter bestimmten Bedingungen (Trennung unter einem Jahr), nur bei Zustimmung beider Partner (Trennung von mehr als einem Jahr) oder auch gegen den Willen eines Partners (nach mehr als drei- bzw. vierjähriger Trennung) möglich sein sollte. Auch hinsichtlich der Unterhaltspflicht und des Versorgungsausgleichs folgte das neue Scheidungsrecht dem Regierungsentwurf: Unterhalt sollte der wirtschaftlich stärkere Partner zahlen; die Anwartschaftsrechte auf eine Altersversorgung, also Pensions-, Renten- und Lebensversicherungsansprüche, wurden je nach Dauer der Ehe geteilt.

Die Einführung der Familiengerichte durch das neue Ehe- und Scheidungsrecht hob die bisherige Zersplitterung des Scheidungsverfahrens auf Landgericht (Scheidung), Amtsgericht (Unterhalt) und Vormundschaftsgericht (Sorgerecht für die Kinder) zugunsten einer gemeinsamen Zuständigkeit der neuen Familiengerichte auf.

Soziale Sicherung

Das deutsche System der Sozialversicherung mit den drei Stützpfeilern Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung ist seit seinen Anfängen unter Otto von Bismarck

und seit Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik in den Grundzügen das gleiche geblieben. Die wichtigste Nachkriegsänderung, die Rentenreform von 1957, betraf die Leistungen der Sozialversicherung. Durch die damals eingeführte Dynamisierung wurden die Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepaßt. Auch die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition zielte nicht auf eine Strukturreform der Sozialversicherung ab, sondern auf einen Ausbau der Leistungen und auf eine Ausweitung des Kreises der Leistungsempfänger.

Im Juli 1969 wurde noch von der Regierung der Großen Koalition der jahrelange Streit um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall grundsätzlich geregelt: Die Arbeitgeber zahlten den Lohn in den ersten sechs Wochen der Krankheit weiter, danach übernahmen die Krankenkassen das Krankengeld in Höhe von 75 Prozent des Grundlohns. Mit dem Lohnfortzahlungsgesetz, das ab 1. Januar 1970 galt, wurde einmal die Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten im Falle von Arbeitsunfähigkeit erreicht, zum anderen verschaffte es den Krankenkassen eine fühlbare finanzielle Entlastung.

Eine erhebliche Ausweitung des Leistungsangebots der Sozialversicherung brachte das Rentenreformgesetz, das der Bundestag am 21. September 1972 einstimmig annahm. Die seit 1916 geltende starre Altersgrenze von 65 Jahren wurde durch eine flexible Altersgrenze ersetzt. Die Arbeitnehmer konnten ab 63 – Frauen ab 60 – selbst entscheiden, wann sie in den Ruhestand gehen wollten. Zudem wurde die Situation der Kleinrentnerinnen und Kleinrentner verbessert durch die Einführung einer Rente nach Mindesteinkommen. Diese Regelung kam vor allem Frauen zugute, die durch die Entwicklung der Löhne in den „typischen“ Frauenberufen bzw. in den „Leichtlohngruppen“ beispielsweise der Textilindustrie benachteiligt waren. Die jährliche Anpassung der Renten wurde um ein halbes Jahr vorgezogen. Der Kreis der Rentenberechtigten wurde ausgeweitet auf Selbständige und Hausfrauen.

War die Sozialversicherung bisher nach dem Versicherungsprinzip betrachtet worden, wonach die Leistungen in einem bestimmten Verhältnis zu den Beiträgen standen, so ließen die Reformmaßnahmen – vor allem die Einführung der Mindestrente und der Hausfrauenrente – die Tendenz erkennen, den Versorgungsscharakter der Rentenversicherung zu betonen. Danach sollten alle Bürgerinnen und Bürger relativ unabhängig von den geleisteten Beiträgen im Alter und im Falle der Arbeitsunfähigkeit ihr Auskommen haben.

Die Leistungsverbesserungen und die Ausweitung des Personenkreises waren Anfang der siebziger Jahre möglich, weil nach Überwindung der Rezession von 1966/67

die Finanzen der Sozialversicherung konsolidiert waren und für die nächsten 15 Jahre mit Überschüssen gerechnet wurde. Doch die Krise von 1974/75 beendete den Ausbau der Leistungen. Statt dessen begann eine Diskussion über das „Loch“ in der Rentenfinanzierung und die Alternative zwischen Leistungsabbau und Beitragserhöhung.

Mitbestimmung

Eines der wichtigsten und umstrittensten Projekte im Reformprogramm der sozialliberalen Regierung war die Neuregelung der Mitbestimmung in den Betrieben (Betriebsverfassung) und die Ausweitung der bestehenden Regelungen über die Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Grundlage für die Beziehungen zwischen Kapitalgesellschaften und Arbeitnehmerchaft in der Bundesrepublik waren bis dahin das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie von 1951 und das Betriebsverfassungsgesetz von 1952.

Das Betriebsverfassungsgesetz regelte die Mitbestimmung des Betriebsrats als Vertretung der Arbeiter und Angestellten in sozialen und personellen Angelegenheiten wie Arbeitszeit, Urlaubspläne, Berufsausbildung, Verwaltung von betrieblichen Sozialeinrichtungen, Einstellungen, Umgruppierungen, Versetzungen und Entlassungen. Die Gewerkschaften hatten das Betriebsverfassungsgesetz immer wieder als unzureichend eingestuft. Sie forderten daher seit 1967 eine entscheidende Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen seiner Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Ausbau der Aufgaben und Rechte der Jugendvertretungen.

In seiner Regierungserklärung betonte Willy Brandt 1969 ausdrücklich, wie notwendig eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes sei. Ein Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums vom Herbst 1970 kam den Wünschen der Gewerkschaften noch weit entgegen, doch die SPD mußte auf ihre Koalitionspartnerin und die von der FDP vertretenen Interessen des „neuen Mittelstands“ der leitenden Angestellten Rücksicht nehmen. Der Einfluß der FDP zeigte sich im Regierungsentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vom 21. Januar 1971: Gegen die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften im Betrieb waren die Sonderrechte einzelner Arbeitnehmergruppen gestärkt und die noch im Referentenentwurf vorgesehenen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats zu Mitwirkungs- und Kontrollrechten reduziert worden. Auch die Opposition lehnte eine gesetzliche Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben ab. Vor allem wollte sie die Gruppenrechte durch die Schaffung eines Sprecherrats für die leitenden Angestellten ausweiten.

Mitbestimmung eine Forderung unserer Zeit

Foto: Ullstein Bilderdienst



Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart im Oktober 1968. Der Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner spricht sich vor Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Baden-Württemberg für eine einheitliche Lösung der Mitbestimmung in großen Kapitalgesellschaften aus. Trotz einer Fülle von Demonstrationen gelang es den Gewerkschaften auch in der Zeit der sozialliberalen Koalition nicht, diese Forderungen durchzusetzen.

Ergebnis der parlamentarischen Ausschussarbeit war ein Kompromiß, der als novelliertes Betriebsverfassungsgesetz am 19. Januar 1972 in Kraft trat. Das neue Betriebsverfassungsgesetz bestimmte die betriebliche Realität bis 1988. Es war viel stärker als das Gesetz von 1952 auf die betriebliche Ebene bezogen und erkannte erstmals die Präsenz der Gewerkschaften in den Betrieben an.

Es erweiterte die Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte und verbesserte ihre Arbeitsgrundlagen ebenso wie die der Jugendvertretungen. Das galt vor allem in sozialen und personellen Angelegenheiten. So konnte der Betriebsrat auf die Gestaltung des Arbeitsablaufs und der Arbeitsorganisation Einfluß nehmen.

Was die Unternehmensführung und wirtschaftliche Angelegenheiten anging, waren die Mitwirkungsmöglichkeiten allerdings beschränkt. Immerhin konnte der Betriebsrat bei Betriebsverkleinerungen, -zusammenlegungen oder -schließungen einen Sozialplan erzwingen. Nicht im Sinne der Gewerkschaften waren die Regelungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes, die die Gruppenschränken zwischen Arbeitern, Angestellten und leitenden Angestellten ausdrücklich festschrieben.

Die FDP hatte diese Regelungen unter dem Stichwort „Minderheitenschutz“ durchgesetzt. Nach Meinung der Gewerkschaften erschwerten sie eine geschlossene Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Trotz der Abstriche gegenüber dem Gewerkschaftskonzept begrüßte der DGB die neue Betriebsverfassung insgesamt „als einen großen Schritt nach vorn, dem aber weitere Mitbestimmungsregelungen auf anderer Ebene folgen mußten“.

Diskussion um Montanmodell

Doch die Regelung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene außerhalb des Montanbereichs gestaltete sich komplizierter als die Neuregelung der Betriebsverfassung, da hier die Auffassungen der Koalitionspartner so entgegengesetzt waren, daß das Mitbestimmungsproblem zum Prüfstein der sozialliberalen Koalition zu werden drohte. Nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie von 1951 waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie paritätisch vertreten, in der Regel durch je vier Vertreter. Hinzu kam eine weitere Person, die weder der einen, noch der anderen Seite angehören sollte. Von den vier Arbeitnehmervertretern stellten die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zwei Mitglieder. Im Vorstand waren die Arbeitnehmer durch ein gleichberechtigtes Mitglied, den Arbeitsdirektor, vertreten und so an den Unternehmensentscheidungen beteiligt.

Diese „qualifizierte Mitbestimmung“ galt jedoch nur für den Montanbereich. Die Mitbestimmung in den übrigen Industriebereichen regelte das Betriebsverfassungsgesetz von 1952. Darin war lediglich eine drittelparitätische Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und gar keine Vertretung im Vorstand vorgesehen (einfache Mitbestimmung). Seit Anfang der sechziger Jahre strebten die Gewerkschaften eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Kapitalgesellschaften bzw. alle Unternehmen mit einer bestimmten Größe (über 2000 Beschäftigte, mehr als 150 Millionen DM Umsatzerlös, mehr als 75 Millionen DM Bilanzsumme) an. Die Mitbestimmungsdiskussion, in die sich

neben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auch Vertreter der katholischen und der evangelischen Soziallehren und die Parteien einschalteten, gewann 1969 durch die Septemberstreiks an Aktualität.

Bereits am 8. November 1967 hatte die Regierung der Großen Koalition eine Sachverständigenkommission unter Leitung von Professor Kurt Biedenkopf eingesetzt, die 1970 – also schon zur Zeit der sozialliberalen Koalition – ihren Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit der Mitbestimmung vorlegte. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß sich die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie bewährt habe, lehnte eine Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung auf andere Großunternehmen jedoch ab. Statt dessen schlug sie eine Erweiterung der Mitbestimmung vor, die über die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes hinausging: Die Zahl der Arbeitnehmervertreter sollte vermehrt werden, die Mehrheit aber bei den Anteilseignern bleiben. Den Arbeitgebern, dem Wirtschaftsflügel der CDU, aber auch der FDP gingen diese Empfehlungen zu weit, den Gewerkschaften, der SPD und den Sozialausschüssen der CDU gingen sie nicht weit genug.

Gegen die auf der Parität von Kapital und Arbeit beruhenden Vorschläge von SPD und Gewerkschaften führte die FDP als dritten Faktor die „Disposition“ – vertreten durch die leitenden Angestellten – in die Mitbestimmungsdebatte ein. Nach den Vorstellungen der Freien Demokraten sollten die leitenden Angestellten die jeweils einseitige Interessenorientierung von Kapital und Arbeit ausbalancieren. Auf dem Freiburger Parteitag der Liberalen wurde 1971 mit knapper Mehrheit ein Modell angenommen, wonach im Aufsichtsrat Anteilseigner, leitende Angestellte und Arbeitnehmer im Verhältnis 6:2:4 vertreten sein sollten. Auch die CDU legte ein Mitbestimmungsmodell vor, nach dem Anteilseigner und Arbeitnehmer mit je sieben und fünf Stimmen im Aufsichtsrat vertreten sein sollten.

Kompromiß aller Bundestagsparteien

Nach langen Ausgleichsbemühungen einigten sich die beiden Koalitionspartner am 20. Februar 1974 auf einen Regierungsentwurf über die Mitbestimmung auf Unternehmensebene, der wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen im Parlament und in der Öffentlichkeit führte. Die Haupteinwände der Opposition beruhten auf der Furcht vor einem Übergewicht, das die Gewerkschaften durch die geplante Neuordnung der „Machtverhältnisse“ in der Wirtschaft erlangen könnten, auf der Sorge um eine lähmende Wirkung der Parität auf Unternehmensentscheidungen und schließlich auf Rücksichten gegenüber den leitenden Angestellten. Auch verfassungsrechtliche Bedenken wegen der Beeinträchtigung der Eigentumsgarantie nach Artikel 14 des Grundgesetzes und der

Tarifaufonomie nach Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz wurden vorgebracht. Die Gewerkschaften wiederum sahen keine ihrer zentralen Forderungen erfüllt.

In weiteren Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern und der Opposition wurde der Regierungsentwurf zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der Gruppeninteressen abgeändert. Auf dieser Basis verabschiedete schließlich am 18. März 1976 der Bundestag mit überwältigender Mehrheit (es gab nur 22 Gegenstimmen) das Mitbestimmungsgesetz, dessen Kompromißcharakter darin sichtbar wird, daß manche Punkte den Vorstellungen der FDP und der CDU/CSU näher kamen als den Ausgangsvorschlägen der Gewerkschaften und der SPD.

Die neue Mitbestimmungsregelung galt für etwa 650 Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die in der Regel mehr als 2000 Beschäftigte hatten. Ausgenommen wurden auf Druck der FDP sogenannte Tendenzbetriebe (zum Beispiel Presseverlage), ausgenommen wurde auf Drängen der SPD auch der Montanbereich, für den nach wie vor das – für die gewerkschaftliche Interessenvertretung vorteilhaftere – Gesetz von 1951 galt.

Je nach Unternehmensgröße schrieb das neue Gesetz für den Aufsichtsrat ein Verhältnis von 6 : 6; 8 : 8 oder 10 : 10 zwischen Belegschaftsvertretern und Anteilseignern vor. Die zahlenmäßige Parität täuschte allerdings über die Kräfteverteilung hinweg, denn die zur Arbeitgeberseite tendierenden leitenden Angestellten, denen mindestens ein Sitz reserviert war, wurden auf der Arbeitnehmerseite mitgezählt. Außerdem stattete das Gesetz den mit dem Vertrauen der Anteilseigner versehenen Aufsichtsratsvorsitzenden bei Patt-Situa-

tionen mit einer zweiten Stimme aus. Der gewerkschaftliche Einfluß auf die Aufsichtsratsbesetzung war durch die Regelung begrenzt, daß die Gewerkschaften keine Vertreter delegieren, sondern nur zur Wahl vorschlagen konnten, und zwar zwei „Externe“ in Betrieben mit weniger als 20 000 Beschäftigten und drei in größeren Unternehmen. Das Gesetz schrieb zwar einen Arbeitsdirektor als gleichberechtigtes Mitglied des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung vor. Im Gegensatz zu den Regelungen des Montan-Mitbestimmungsgesetzes konnte der Arbeitsdirektor aber gegen die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter bestellt werden. Für Betriebe mit weniger als 2000 Beschäftigten galt weiterhin das Betriebsverfassungsgesetz.

Auch wenn das Gesetz für die Gewerkschaften eine Verbesserung der bis dahin geltenden Ein-Drittel-Vertretung in den Aufsichtsräten brachte und günstigere Voraussetzungen für die Einflußnahme der Arbeitnehmer auf der Unternehmens-ebene schuf, so blieben doch zentrale Forderungen der Gewerkschaften unberücksichtigt. Anders als das neue Betriebsverfassungsgesetz stieß das neue Mitbestimmungsgesetz daher bei den Gewerkschaften auf Ablehnung. Auf der anderen Seite fühlten sich die Unternehmer in ihrem Recht auf Eigentum verletzt und erhoben Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Urteil erging allerdings erst am 1. März 1979 und kam zu dem Ergebnis, daß der Gesetzgeber nicht gegen das Grundgesetz verstoßen habe. Eine Möglichkeit, die Mitbestimmungsregelung zu unterlaufen, besteht immer noch darin, große Unternehmen in kleinere selbständige Einheiten aufzuteilen, so daß die im Gesetz vorgesehene Zahl der Beschäftigten nicht erreicht wird.

Bildungsdiskussionen und -reformen

Mitte der sechziger Jahre setzte in der Bundesrepublik eine Diskussion über den Zustand und die weitere Entwicklung des Bildungswesens ein, die Bildungspolitik als einen zentralen Bereich staatlichen Handelns im öffentlichen Interesse verankerte. Das Stichwort für diese Diskussion gab 1964 der Pädagoge und Religionsphilosoph Georg Picht, als er von der „deutschen Bildungskatastrophe“ sprach. Picht und andere Kritiker des deutschen „Bildungsnotstands“ suchten nachzuweisen, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Industriestaaten einen großen Nachholbedarf habe: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Mittlerer Reife oder Abitur und der Studierenden an den einzelnen Jahrgängen sei zu gering, die Schulzeit zu kurz, die Ausstattung der Schulgebäude und Schulräume dürftig, die Durchschnittsgröße der Schulklassen und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft zu hoch. Die Kritiker sagten einen Mangel an qualifiziertem Nachwuchs voraus und forderten eine Ausweitung und Reform des Bildungswesens. Andernfalls würde die deutsche Wirtschaft den Anschluß an die internationale Entwicklung verlieren; die Bildungskatastrophe würde in eine Wirtschaftskatastrophe einmünden.

Ein anderes Motiv für durchgreifende Reformen des Bildungswesens brachte Ralf Dahrendorf 1965 auf den Begriff, als er Bildung als „allgemeines Bürgerrecht“ definierte und seine Verwirklichung forderte. Angesprochen war damals vor allem der geringe Anteil von Arbeiterkindern unter den Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen und unter den Studierenden, aber auch das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Jungen und Mädchen, zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Nord- und Süddeutschland. Gefordert wurde Chancengleichheit im Bildungswesen: Ungeachtet ihrer sozialen Herkunft sollten alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen zu einer qualifizierten Ausbildung und Bildung haben. Dahinter stand die Überzeugung, daß in modernen Gesellschaften der Status des einzelnen immer stärker von der Ausbildung bestimmt wird und daß Bildung und Ausbildung Lebenschancen erschließen, aber auch abschneiden können. Einer Bildungspolitik in diesem Sinne ging es nicht mehr nur um die bloße Effektivierung des bestehenden Bildungssystems, sondern auch um Gesellschaftsreform. Daraus erklärt sich auch die Heftigkeit der Auseinandersetzungen um einzelne bildungspolitische Maßnahmen in den sechziger und siebziger Jahren.

Auf staatlicher Ebene wurden die verschiedenen Reformvorstellungen und -strategien im Deutschen Bildungsrat gebündelt, den Bund und Länder am 15. Juli 1965 gründeten. Er legte 1970 einen



Gruppenarbeit eines Leistungskurses der reformierten Oberstufe an der Marie-Curie-Oberschule im westberliner Stadtteil Wilmersdorf Mitte der siebziger Jahre.

„Strukturplan für das deutsche Bildungswesen“ vor, der vom Kindergarten bis zum Hochschulbereich und zur Erwachsenenbildung alle Bereiche des Bildungswesens zu erfassen suchte.

Dieser Plan sah eine Stufengliederung des Bildungswesens von der neu einzuführenden Vorschulerziehung über einen qualifizierten mittleren Abschluß bis zum Abitur vor. Er wollte das Curriculum der gymnasialen Oberstufe reformieren, den Hochschulzugang über Berufsfachschulen und andere nichtgymnasiale Ausbildungsgänge erweitern und die Lehrerbildung im Sinne dieser Stufengliederung vereinheitlichen. Der Bildungsrat forderte nicht die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, betonte aber die Einheit von praktischer und theoretischer Bildung und versuchte, durch inhaltliche Annäherung der Bildungsgänge eine größere Durchlässigkeit des Schulsystems zu erreichen und die Übergänge zwischen den Schultypen zu erleichtern. Vor allem die Einführung der Vorschulerziehung und der „Orientierungsstufe“ im fünften und sechsten Schuljahr sollten dazu dienen, die schichtenspezifische Frühauflese durch eine intensive Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu ersetzen.

Streit um die Gesamtschule

Der Bildungsrat empfahl auch, „mindestens 40 integrierte Gesamtschulen“ in der Bundesrepublik einzurichten, um diese Schulform zu erproben. Die Gesamtschule, in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA seit langem die Regelschule, schien am besten geeignet, soziale Schranken abzubauen und allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Bildungschancen einzuräumen. Sowohl die Kultusministerkonferenz als auch die 1970 geschaffene Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sprachen sich für die Gesamtschulversuche aus. Der von der Bund-Länder-Kommission 1973 vorgelegte Bildungsgesamtplan wurde sowohl von der Bundesregierung als auch von den Länderregierungen verabschiedet. Auf dieser Grundlage schien eine Strukturreform des deutschen Bildungswesens möglich – unabhängig von den parteipolitischen Konstellationen in Bund und Ländern.

Nach Meinung der Befürworter der integrierten Gesamtschule förderte die Differenzierung des Unterrichts in Leistungs- und Neigungskurse die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler besser als es die Differenzierung nach Schultypen und Jahrgangsklassen getan hatte. Damit sollte die Forderung nach Chancengleichheit im Bildungsbereich eingelöst werden. Politisch unterstützt wurden diese Ziele von der SPD, der FDP und den Gewerkschaften.

Die Gegner der integrierten Gesamtschule sahen in ihr den Versuch, über die Schule und eine staatlich verordnete Einebnung von natürlichen Begabungsunterschieden

gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Die integrierte Gesamtschule würde begabte Kinder zu kurz kommen lassen und das Bildungs- und Leistungsniveau allgemein senken. Diese Kritik kam vor allem von Seiten der Union, von ihr nahestehenden Elternverbänden, Arbeitgebervereinigungen und von den Landesorganisationen der Gymnasiallehrer.

Gymnasiale Oberstufenreform

Die größte Veränderung im Bereich der höheren Schulen brachte 1972 die von der Kultusministerkonferenz einstimmig beschlossene Oberstufenreform. Sie war ein Versuch, die Konsequenzen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß es eine Allgemeinbildung im Sinne des traditionellen Selbstverständnisses des deutschen Gymnasiums nicht mehr gab. In der erziehungswissenschaftlichen Forschung herrschte weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die Schule angesichts der Wissensexplosion auf allen Gebieten nicht mehr in der Lage war, einen allseits anerkannten Wissenskanon zu vermitteln. Vielmehr mußte ihr Bildungsziel das exemplarische Lernen, das heißt die Entwicklung von Lernfähigkeit als Voraussetzung für lebenslanges Lernen sein.

Die reformierte Oberstufe mit ihren Grund- und Leistungskursen, den verschiedenen Wahlpflicht- und Wahlfächern sollte es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, sich entsprechend ihren Interessen, Neigungen und Fähigkeiten ein individuelles Bildungsprogramm zusammenzustellen. Das Problematische dieser Reform lag einmal darin, daß auch die reformierte Oberstufe immer noch einseitig auf das Hochschulstudium orientiert war und daß zum anderen ihre Einführung zeitlich mit der verstärkten Anwendung der Zugangsbeschränkungen (Numerus clausus) an den Hochschulen zusammenfiel. Schülerinnen und Schüler orientierten sich daher in zunehmendem Maße daran, in welchem Kurs eine möglichst hohe Punktzahl zu erwarten war, weil der Notendurchschnitt im Abiturzeugnis letztlich für die Zulassung zu bestimmten Studienfächern entscheidend wurde.

Bereits die organisatorische Reform des Schulsystems hatte in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion ausgelöst, in der pädagogische und gesellschaftspolitische Argumente ineinandergriffen. Diese Diskussion zog weitere Kreise und entwickelte sich immer mehr zu einer gesellschaftspolitischen Grundsatzdebatte, als die „äußere Schulreform“ durch eine „innere“ Schulreform, die Neuformulierung der Lerninhalte nämlich, ergänzt und ausgefüllt werden sollte. Beispiele für diese Dimension der Schulreform sind die Auseinandersetzungen um die Einführung der Mengenlehre in der Mathematik oder die Einführung des Faches Gemeinschafts- bzw. Sozialkunde (unter Zurückdrängung des Faches Geschichte) in verschiedenen Bundesländern.

Unter gesellschaftspolitischem Blickwinkel konnte die Schulreform in den siebziger Jahren durchaus Erfolge vorweisen: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die weiterführende Schulen besuchten, wuchs kontinuierlich – mit dem Effekt, daß die Hauptschule zur „Restschule“ verkümmerte. Die „Abiturientenquote“, die zwischen 1950 und 1960 ziemlich konstant bei fünf Prozent gelegen hatte, schnellte bis 1972 auf 18 Prozent hoch. Die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden stiegen von 27,6 Milliarden DM 1970 auf 56,2 Milliarden DM im Jahre 1975. Mit 15 Prozent durchschnittlicher Steigerung pro Jahr lag ihre Zuwachsrate erheblich über der der gesamten öffentlichen Ausgaben und des Bruttosozialprodukts. Auch inhaltlich wurden in den meisten Bundesländern eine Reihe von Reformen durchgeführt (neue Lehrpläne, neue Inhalte bzw. Schulfächer oder Studentafeln).

Doch im Mai 1974 stellte die Konferenz der Länderfinanzminister in einem Gutachten fest, daß die im Bildungsgesamtplan 1973 für 1985 gesetzten Ziele im Rahmen der „allgemein für tragbar gehaltenen Steuerlastquote“ nicht mehr finanziert werden könnten. Reformvorhaben im Bildungswesen, die Geld kosteten, wurden zurückgestellt oder gestrichen. Der Deutsche Bildungsrat löste sich 1975 auf.

Veränderungen im Hochschulbereich

Im Bereich des Hochschulwesens fand seit 1965 eine ungewöhnliche Vermehrung der Hochschulen, der Professorenstellen und der Studienplätze statt. Die Zahl der Abiturienten und Studienanfänger wuchs seitdem schneller als die entsprechenden Jahrgänge der Bevölkerung. Zwischen 1965 und 1975 nahm die Zahl der 20jährigen leicht ab, doch im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Zahl der Studienanfänger. 1965 studierten an den verschiedenen Hochschulen des Bundesgebiets und Berlins 384 400 Studentinnen und Studenten, 1970 waren es 510 000 und 1975 842 200. Gab es 1965 auf 10 000 Einwohner 66 Studierende, so waren es 1975 bereits 135, also mehr als doppelt so viele. Zwischen 1969, als der Hochschulbau zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern erklärt worden war, und 1973 wurden 80 000 neue Studienplätze geschaffen. Diese Kapazitätserweiterung der Hochschulen reichte jedoch auf die Dauer nicht aus. Von Fächern, die traditionell Zulassungsbeschränkungen aufwiesen, wie Medizin und Zahnmedizin, wurde der Numerus clausus zunächst auf alle Natur- und Ingenieurwissenschaften ausgeweitet und erstreckte sich dann auch auf Fächer, die nicht auf Labor- und Praktikantenplätze angewiesen sind, wie zum Beispiel die Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften.

Neben dem Numerus clausus standen die innere Organisation der Hochschulen, also Personalstruktur und Selbstverwaltung sowie der Ablauf des Studiums, die Reform der Studiengänge und Abschlüsse im Mit-

telpunkt der Konflikte und Konfrontationen, die sich innerhalb und außerhalb der Hochschulen seit 1965 abspielten. Als der SDS 1965 die „Demokratisierung“ der Hochschulen forderte, ging es ihm – und bald auch den Assistenten und anderen wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschulen – um ein größeres Mitspracherecht in der akademischen Selbstverwaltung. Einige Bundesländer (Hamburg, Bremen, Berlin, Hessen, Niedersachsen) versuchten, durch neue Hochschulgesetze die Forderungen der Studentenbewegung und der Assistenten ansatzweise aufzugreifen. Sie erfüllten zwar nicht die studentische Forderung nach „Drittelparität“ in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen (je zu einem Drittel Professoren, ein Drittel akademischer „Mittelbau“, Studenten), erweiterten aber die Mitbestimmungsmöglichkeiten des „Mittelbaus“ (Assistenten, Dozenten, sonstiges wissenschaftliches Personal) und der Studierenden soweit, daß sie gemeinsam die Professoren überstimmen konnten.

Gegen diese Mitbestimmungsregelungen der „Gruppenuniversität“ richtete sich von Anfang an die Opposition vieler Professoren, deren Einfluß in der akademischen Selbstverwaltung gegenüber der alten „Ordinarienuniversität“ tatsächlich eingeschränkt worden war. Vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“, in dem sich die Gegner der „Gruppenuniversität“ zusammengeschlossen hatten, aber auch von anderen Hochschullehrern wurde die These vertreten, daß die in den Landeshochschulgesetzen gegebene Möglichkeit, die Hochschullehrer in Fragen der Forschung, der Lehre, der Berufung neuer Professorinnen und

Professoren und der akademischen Prüfungen zu überstimmen, verfassungswidrig sei, da sie dem in Artikel 5 des Grundgesetzes verankerten Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre widerspräche.

Eine Verfassungsbeschwerde von 398 niedersächsischen Professoren und Dozenten führte am 29. Mai 1973 zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Gesetzgeber aufforderte, dafür zu sorgen, daß bei Entscheidungen über Lehre, Forschung und Berufungen die Hochschullehrer in den Entscheidungsgremien die Mehrheit hätten. Das Hochschulrahmengesetz vom Januar 1976 schrieb daher eine Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen in der Weise vor, daß die Professoren in Fragen der Forschung, Lehre und Berufung über die Mehrheit der Stimmen verfügen müßten, und ging noch über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinaus, indem es bestimmte, daß Beschlüsse zu diesen Punkten nur dann gültig sein sollten, wenn nicht nur die Mehrheit des betreffenden Gremiums, sondern auch die Mehrheit der in ihm vertretenen Professoren ihnen zugestimmt hatte.

Gegen diese Neuregelung der Mitbestimmung in den Hochschulorganen, insbesondere gegen die Vorschrift einer „Mehrheit in der Mehrheit“, richteten sich zahlreiche Proteste von Studenten, Assistenten und auch von Professoren, denen diese Regelung einen Rückfall in „ständisches Denken“ bedeutete. Die Bestimmungen fanden dennoch Eingang in neue Landeshochschulgesetze, wie sie seit 1976 in vielen Bundesländern erlassen wurden.

Als zentrale Aufgabe der Hochschulreform war nach 1966 von vielen Hochschulangehörigen die Studienreform angesehen worden. Studieninhalte sollten sich an Lernzielen orientieren, Studienziele sollten neu formuliert, Studiengänge „entrümpelt“ und neu konzipiert, das Lehrangebot entsprechend umgestaltet und die Studienabschlüsse aus den Studiengängen entwickelt und nicht durch staatliche Vorgaben bestimmt werden. Daß die inhaltliche Studienreform auch nach dem Erlaß neuer Hochschulgesetze kaum von der Stelle kam, lag einmal an den hochgespannten Zielen der Reformer selbst. Denn die innerwissenschaftliche Diskussion über Lernziele, lernzielorientierten Unterricht, Praxisbezug, forschendes und exemplarisches Lernen war keineswegs schon zu Ergebnissen gelangt, die sich kurzfristig in fachbezogene oder fächerübergreifende Reformmaßnahmen umsetzen ließen. Hinzu kamen die Ziel- und Entscheidungskonflikte innerhalb der Hochschulen, insbesondere zwischen Studierenden und dem akademischen Lehrpersonal.

Auf staatlicher Seite machte sich im Lauf der Jahre die Überzeugung breit, daß die Hochschulen zu einer Studienreform ebenso unfähig seien wie zu einer Strukturreform, daß daher auch hier die staatliche Planung eingreifen müsse. Diesbezügliche Regelungen des Hochschulrahmengesetzes und verschiedener Landeshochschulgesetze zielten im Endeffekt darauf ab, die Studierenden möglichst schnell durch die Hochschulen zu schleusen, um den Numerus clausus zu entschärfen und die gesellschaftlichen Kosten der Hochschulausbildung zu senken.

Die DDR in den siebziger Jahren

Peter Borowsky

Einen ähnlichen Einschnitt, wie ihn die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 für die Geschichte der Bundesrepublik darstellte, bedeutete die Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker im Mai 1971 für die Geschichte der DDR. Der Führungswechsel wurde als normaler Vorgang dargestellt und verlief äußerlich und dramatisch: Auf der 16. Tagung des ZK der SED bat Walter Ulbricht am 3. Mai 1971, ihn aus Altersgründen von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der SED zu entbinden. Er schlug als Nachfolger Erich Honecker vor, und das ZK akzeptierte einstimmig.

Diesem schlichten Vorgang waren jedoch erbitterte Auseinandersetzungen innerhalb der SED-Führung und intensive Gespräche mit der Moskauer Führung vorausgegangen. Seit 1965 hatte sich innerhalb des Politbüros der SED eine Gruppe um Erich

Honecker gebildet, die zunächst Ulbrichts Wirtschaftspolitik skeptisch gegenüberstand, dann seine ideologischen Alleingänge mißbilligte und ab 1969 seine deutschlandpolitischen Vorstellungen ablehnte.

Ulbrichts Sturz

Diese wachsende Opposition innerhalb der SED-Parteiführung konnte auf Unterstützung der neuen Moskauer Führung unter Breschnew hoffen, da Ulbrichts politische Alleingänge und sein Auftreten als Lehrmeister des wahren Sozialismus dort für große Irritationen gesorgt hatten.

Auf der Grundlage der neuen ökonomischen Politik hatte Ulbricht seit 1967 die These aufgestellt, daß sich die DDR auf

dem Weg in das „entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus“ befände und daß dieses eine relativ „eigenständige Gesellschaftsformation“ darstelle. Mit dieser ideologischen Konstruktion versuchte er, die Eigenart der in der DDR errichteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hervorzuheben. Er wollte auch mit der KPdSU gleichziehen, die behauptete, sie habe in der Sowjetunion den Sozialismus bereits verwirklicht und sei auf dem Wege zum Kommunismus. Ulbricht stellte damit den Monopol-Anspruch der KPdSU auf Auslegung marxistisch-leninistischer Grundsätze in Frage und erhob seinerseits den Anspruch, ein Vorbild für die Verwirklichung des Sozialismus in einem industrialisierten Land zu sein. Kein Wunder also, daß vor allem sowjetische Gesellschaftswissenschaftler diese Position heftig angriffen.

Als sich im Oktober 1969 in Bonn die sozialliberale Koalition bildete und ihre neue Ost- und Deutschlandpolitik startete, schien nach Meinung westlicher Beobachter Ulbricht derjenige zu sein, der den Versuch eines Ausgleichs zwischen Bonn und Moskau und den Prozeß einer deutsch-deutschen Verständigung verzögerte, indem er hartnäckig an seinen Maximalzielen festhielt: uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, keine Sonderbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, Festschreiben eines Viermächtestatus für West-Berlin bei gleichzeitiger Lockerung oder sogar Aufhebung der Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik.

Nach dem Ende der DDR bekanntgewordene Dokumente lassen allerdings eher den gegenteiligen Schluß zu, daß Ulbricht nämlich im Gegensatz zur Mehrheit des Politbüros der SED in der sozialliberalen Ostpolitik eine Chance sah, seinerseits eine aktive „Westpolitik“ zu betreiben. Manche Äußerungen Ulbrichts sprechen dafür, daß er Ende 1969 zu der Überzeugung gelangt war, die neue Ostpolitik Willy Brandts könne auch der DDR Vorteile bringen – nicht zuletzt wirtschaftlicher Art. Die neue ökonomische Politik steckte in einer Krise, unter anderem deshalb, weil die Sowjetunion bestimmte Lieferwünsche der DDR abgelehnt hatte. Wollte Ulbricht seine hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele erreichen, dann mußte er Hilfe beim „Klassenfeind“ im Westen suchen. Ihm schwebte eine zunächst wirtschaftliche Konföderation vor, die er nutzen wollte, um die Bundesrepublik schließlich doch noch wirtschaftlich zu überholen.

Ulbricht war daher bereit, in Verhandlungen über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zurückzustecken und zum Beispiel auf den Austausch von Botschaftern zu verzichten und sich mit der Errichtung von „diplomatischen Missionen“ zu begnügen. Dagegen bestanden die Mehrheit des Politbüros der SED und auch die sowjetische Führung damals noch auf der vollen diplomatischen Anerkennung der DDR durch den Austausch von Botschaftern. Daß der schließlich 1972 geschlossene Grundlagenvertrag die Errichtung von „besonderen Vertretungen“ vorsah, lag auf Ulbrichts Linie, fand aber 1969 noch keine Mehrheit in den Entscheidungsgremien der SED und der KPdSU.

Vorbereitung in Moskau

Vorbereitet wurde der Sturz Ulbrichts in einem Gespräch zwischen Breschnew und Honecker am 28. Juli 1970 in Moskau. Darin betonte Breschnew: „Es wird ihm (Walter Ulbricht) auch nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren. [...] Wir haben doch Truppen bei Ihnen. [...] Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. [...] Es darf zu



Vor den Plattenbauten des Wohnviertels „Fritz Heckert“ im früheren Karl-Marx-Stadt.

keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen. [...] Brandt hat in Bezug auf die DDR andere Ziele als wir“ (vgl. dazu auch „Literaturhinweise“ S. 58, Jochen Stelkens).

Eingeleitet wurde Ulbrichts Sturz auf der 14. Tagung des SED-Zentralkomitees, die vom 9. bis 11. Dezember 1970 stattfand. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Wirtschaftspolitik des NÖS. Erstmals wurden öffentlich die akuten Versorgungsprobleme angesprochen, die negative Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung hatten. Es hagelte Vorwürfe gegen Ulbrichts Führungsstil und seine Alleingänge in der Deutschlandpolitik. Ulbricht wies in einem Schlußwort die Vorwürfe zurück, doch sorgte Honecker dafür, daß diese Rede nicht veröffentlicht wurde. Ulbricht hatte eine empfindliche Niederlage erlitten, die der Öffentlichkeit allerdings noch verborgen blieb.

Am 21. Januar 1971 schrieben 13 Mitglieder und Kandidaten des damals 20 Mitglieder und Kandidaten umfassenden Politbüros der SED ohne Wissen Ulbrichts einen zur „Geheimen Verschlusssache“ deklarierten siebenseitigen Brief an Leonid Breschnew und das Politbüro der KPdSU. Darin beklagten sich die führenden SED-Funktionäre, unter ihnen Honecker, Stoph und Mittag, bei den sowjetischen Genossen darüber, daß Ulbricht seit Mitte 1970 nicht mehr in der Lage sei, die wirtschaftlichen und politischen Realitäten richtig einzuschätzen und daß seine Haltung gegenüber der Bundesrepublik eine eigene Linie verfolge, die das mit der KPdSU abgesprochene Vorgehen der SED empfindlich störe. Sie schlugen vor, daß Ulbricht auf eine Weise entmachtet werden sollte, die Breschnew bereits im Juli angedeutet hatte: Die Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED sollte von der des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR

getrennt werden und Ulbricht sollte nur noch die Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates ausüben. Dabei müßten zugleich die Befugnisse des Staatsrates beschränkt werden. Die Unterzeichner baten Breschnew, mit Ulbricht auf der Grundlage dieser Vorschläge zu sprechen und ihn zum Rücktritt zu überreden. Ziel der Ulbricht-Gegner in Berlin und Moskau war es, die beginnende Entspannungspolitik so unter Kontrolle zu halten, daß der sowjetische Führungsanspruch nicht durch eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten gefährdet würde.

Am 29. März 1971 reiste Ulbricht an der Spitze einer SED-Delegation zum 24. Parteitag der KPdSU nach Moskau. In seiner Begrüßungsrede erinnerte er am 31. März daran, daß er Lenin noch persönlich gekannt hatte, was die meisten Mitglieder der sowjetischen Führung nicht von sich behaupten konnten, und pries erneut die DDR als Modell für die industriell entwickelten sozialistischen Länder an. Angesichts der Krise, in die das NÖS in der DDR geraten war, wurden Ulbrichts Äußerungen von den sowjetischen Zuhörern in einer Mischung aus Skepsis und Empörung aufgenommen. Bei Gesprächen am Rande des Parteitages machte Breschnew Ulbricht klar, daß er weder mit der Unterstützung der sowjetischen Genossen rechnen könne noch die Mehrheit des eigenen Politbüros hinter sich habe, und legte ihm den Rücktritt nahe.

Nachfolger Erich Honecker

Dieser vollzog sich wie geplant: Am 3. Mai erklärte Ulbricht vor dem ZK seinen Rücktritt und Honecker wurde zu seinem Nachfolger nominiert. Mit 58 Jahren war Honecker, als er an die Macht kam, relativ jung. Als Mitbegründer der FDJ verkörperte er die jüngere Generation der DDR-Führung. Zuständig für Sicherheitsfragen,

hatte er sich 1961 bei der Absperrung der DDR hervorgetan und galt seitdem – so berichteten die Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit – bei vielen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern als Vertreter eines „harten Kurses“ und einer stärkeren Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik.

Der Abschied von der „Ära Ulbricht“ und die gesellschaftspolitische Neuorientierung der SED fand ihren programmatischen Ausdruck auf dem VIII. Parteitag der SED, der vom 15. bis zum 19. Juni 1971 in Ost-Berlin stattfand. Honecker wurde als Erster Sekretär des ZK der SED bestätigt.

Walter Ulbricht durfte sein vorbereitetes Grundsatzreferat über „Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus in den siebziger Jahren“ nicht mehr halten. Er nahm auch nicht am Parteitag teil. Das Grundsatzreferat hielt Honecker. Im ersten Teil seiner Rede bewegte er sich ganz im Rahmen der Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wenn er einerseits die immer festere Verankerung der DDR in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ als „Grundbedingung für die Verwirklichung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Bürger der DDR“ bezeichnete und andererseits einen klaren Trennungsstrich zwischen der „sozialistischen DDR“ und der „imperialistischen BRD“ zog.

Am 24. Juni 1971 übernahm Honecker auch den Vorsitz des Nationalen Verteidigungsrats, des für die Landesverteidigung und die innere Sicherheit entscheidenden Gremiums der DDR. Ulbricht erhielt den im Statut der Partei nicht vorgesehenen Posten eines Vorsitzenden der SED und blieb Vorsitzender des Staatsrats. Der Staatsrat jedoch verlor seine politischen

Kompetenzen weitgehend, als die Volkskammer am 16. Oktober 1972 die Rechte des Ministerrats erweiterte. Dieser war nunmehr nicht nur für die Wirtschafts- und Kulturpolitik, sondern auch für die Innen- und Außenpolitik der DDR zuständig. Der Staatsrat verblieb als eine Art kollektives Staatsoberhaupt, das für die völkerrechtliche Vertretung der DDR, die Ernennung und Abberufung von DDR-Diplomaten zuständig war, die Wahlen für die Volksvertretungen ausschrieb, das Oberste Gericht und den Generalstaatsanwalt beaufsichtigte und formell die Entscheidungen in Verteidigungsfragen fällte.

Der Tod Ulbrichts am 1. August 1973 bot die Gelegenheit zu einem Ämter- und Personalaustausch, der als „Abrechnung“ mit der „Mannschaft der Wirtschaftsreformer“ charakterisiert worden ist: Staatsratsvorsitzender – und damit politisch weitgehend kaltgestellt – wurde am 3. Oktober 1973 Willi Stoph, der als langjähriger Vorsitzender des Ministerrats die staatliche Durchführung der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren zu verantworten hatte. Neuer Vorsitzender des Ministerrats wurde sein ehemaliger Stellvertreter Horst Sindermann. Gleichzeitig wurde Günter Mittag, neben Erich Apel der Schöpfer des NÖS, seiner Funktion als Sekretär für Wirtschaft im ZK der SED enthoben und zu einem der Stellvertreter Sindermanns ernannt.

Angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der DDR wurden diese Umsetzungen am 29. Oktober 1976 wieder rückgängig gemacht: Willi Stoph wurde erneut Vorsitzender des Ministerrats, Günter Mittag kehrte als Verantwortlicher für die Wirtschaftspolitik ins ZK der SED zurück. Am selben Tag wählte die Volkskammer Erich Honecker zum Vorsitzenden des Staatsrats und damit zum formellen Staats-

oberhaupt der DDR. Erst relativ spät vereinigte er damit die höchsten Posten von Staat und Partei in seiner Person.

Im zweiten Teil seines Grundsatzreferats auf dem VIII. Parteitag 1971 hatte sich Honecker von der bisher betriebenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abgegrenzt, als er kritisierte, daß „sich einige Disproportionen in der Volkswirtschaft störend bemerkbar“ machten, dann eine „realistische Einschätzung unserer Kräfte und Möglichkeiten“ forderte und schließlich in deutlicher Anspielung auf überzogene Pläne in der Vergangenheit feststellte: „Genossen, das ökonomische System des Sozialismus entwickelt sich gut, nur, allzu viele außerplanmäßige Wunder kann es nicht verkraften“.

Offenbar war die SED-Führung bemüht, aus den wirtschaftlichen Fehlschlägen der vergangenen Jahre und aus den Unruhen in Polen Konsequenzen zu ziehen. Statt die Parteimitglieder und die Bürgerinnen und Bürger der DDR immer wieder auf eine bessere Zukunft zu vertrösten, sollten die gesteigerten Wünsche und Bedürfnisse der jetzt lebenden Generation ernst genommen und so weit wie möglich erfüllt werden. Die „Hauptaufgabe“ des Fünfjahresplans 1971 bis 1975 sollte die Erfüllung „der Bedürfnisse der Menschen“ in der DDR sein. Kennzeichnend für diese Orientierung an den „realen Gegebenheiten“ ist die Formel vom „real existierenden Sozialismus“, die Honecker auf der 9. Tagung des ZK der SED im Mai 1973 zum ersten Mal benutzte und die danach immer wieder in offiziellen Verlautbarungen zur Charakterisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR verwendet wurde.

Honeckers Sozialismus

Die Neuorientierung der SED von den Fernzielen auf die allmähliche Verbesserung des täglichen Lebens der Bevölkerung wirkte sich vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet aus. Hatte in den sechziger Jahren die Parole gelaute: „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, so forderte der neue Fünfjahresplan „die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Damit sollte erreicht werden, daß Arbeitsergebnisse und Lebensstandard gleichzeitig und rasch stiegen. In wesentlichen Punkten wurden die Ziele dieses Plans auch erreicht.

Bei aller Vorsicht gegenüber DDR-Statistiken läßt sich als Trend feststellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung stetiger verlief als vorher. Das Nationaleinkommen wuchs zwischen 1970 und 1975 ständig, und auch die industrielle Warenproduktion konnte gesteigert werden. Der Lebensstandard der Bevölkerung besserte sich, wenn auch in bescheidenem Rahmen. Die Forderung der „Hauptaufgabe“ nach „Erhöhung des materiellen und kulturel-



Blick auf die Fließbandproduktion des VEB „Stern Radio“ in Ost-Berlin in den siebziger Jahren. Nach anfänglichem Aufschwung brachten Honeckers sozialistische Errungenschaften und die weltwirtschaftliche Lage die DDR in wachsende ökonomische Schwierigkeiten.

len Lebensniveaus“ der Bevölkerung wurde in besonderem Maße im Wohnungsbau erfüllt. Die Bauwirtschaft konnte ihr Planziel, das für 1975 auf 125 Prozent von 1970 festgesetzt war, mit 128,5 Prozent überschreiten. Diese Steigerung der Bautätigkeit beschränkte sich nicht auf den Neu- oder Umbau von Fabrikanlagen, sondern kam in hohem Maße dem lange Zeit vernachlässigten Wohnungsbau zugute. Besonders seit 1973 nahm die Zahl der neuerbauten oder modernisierten Wohnungen sprunghaft zu.

Das Hauptproblem der DDR-Wohnungswirtschaft blieb freilich die Überalterung und der schlechte bauliche Zustand der meisten Wohnungen. Dafür waren die Mieten niedrig: Sie wurden staatlich subventioniert und lagen zwischen 0,80 und 1,25 Mark pro Quadratmeter. Für Miete und Mietnebenkosten gab ein Vier-Personen-Haushalt in der Bundesrepublik 1975 durchschnittlich 20,8 Prozent des Nettoeinkommens aus, ein entsprechender DDR-Haushalt aber nur 4,4 Prozent. Eine Folge der niedrigen Mieten war allerdings, daß gerade die zahlreichen Altbauten vernachlässigt wurden und die Innenstädte verfielen. Seit 1971 wurden die Mieten nach dem Einkommen gestaffelt und Arbeiter bei der Zuteilung von Neubauwohnungen bevorzugt berücksichtigt.

Zwischen 1970 und 1980 erreichte die DDR unter den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) den höchsten Lebensstandard. Das Durchschnittseinkommen stieg von 755 Mark 1970 auf 1021 Mark 1980. Die Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern besserte sich erheblich: Von 100 Haushalten hatten 1970 erst 15 einen Personenwagen und 56 einen Kühlschrank, 1975 kamen auf je 100 Haushalte bereits 26 Personenkraftwagen und 86 Kühlschränke. 1980 verfügten 38 Prozent aller Haushalte über ein Auto und praktisch jeder Haushalt über einen Kühlschrank, ein Fernsehgerät und eine Waschmaschine. Personenkraftwagen aus DDR-Produktion – der „Trabant“ und der „Wartburg“ – waren reparaturanfällig und weder besonders schnell noch sehr komfortabel. Hinzu kam, daß die Käufer jahrelang auf die Zuteilung eines Wagens warten mußten. Für die Menschen in der DDR verkörperte der „Trabi“ jedoch ein Stück individueller Freiheit und Lebensqualität, wie sie ähnlich in den fünfziger Jahren der „Käfer“ in der Bundesrepublik symbolisiert hatte.

Ausbau der Sozialpolitik

Hinter der Losung „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ stand die Einsicht der SED-Führung, daß auch die von der Partei betriebene planmäßige Wirtschaftspolitik Spannungen und Unterschiede erzeugte, zu deren Beseitigung oder Milderung eine eigenständige Sozialpolitik vonnöten war. Sie diente – wie in der Bundesrepublik – vornehmlich dazu, die im Zuge der wirtschaftlichen Entwick-

lung auftretenden gesellschaftlichen Probleme zu bewältigen und die Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt der DDR-Sozialpolitik lag bei Versuchen, die Bevölkerungsentwicklung zu beeinflussen. 1973 war die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter auf 58 Prozent gesunken. Der Anteil der berufstätigen Frauen war mit 86 Prozent einer der höchsten der Welt. Die doppelte Belastung der Frauen durch Beruf und Haushalt und die schwierige Versorgungslage wirkten sich dahin aus, daß 1960 in der DDR die sogenannte „Fruchtbarkeitsziffer“ mit dem statistischen Mittelwert von nur 83,9 Geburten auf 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren bereits sehr tief lag. Dennoch führte die Volkskammer der DDR 1972 – übrigens zum ersten und einzigen Mal kein einstimmiger Beschluß – die Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbruch ein. Empfängnisverhütende Mittel wurden kostenlos ausgegeben. 1972 fiel die Geburtenrate auf 58,6, im Jahr 1975 auf 52,3.

Um diese Entwicklung aufzuhalten und die Überlastung der berufstätigen Mütter zu mildern, wurde 1972 für Mütter mit drei Kindern unter 16 Jahren und für Mütter mit zwei Kindern, die im Mehrschichtdienst arbeiteten, die 40-Stunden-Woche eingeführt. Diese Regelung wurde am 27. Mai 1976 nach dem IX. Parteitag der SED auf alle Mütter mit zwei Kindern unter 16 Jahren ausgedehnt. Der bezahlte Schwangerschafts- und Wöchnerinnenurlaub wurde von 18 auf 20 Wochen verlängert. Außerdem konnten sich seitdem Mütter nach der Geburt des zweiten Kindes bei voller Bezahlung für ein Jahr von der Arbeit freistellen lassen. Finanzielle Anreize, wie die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 500 Mark für das erste Kind auf 1000 Mark für jedes weitere Kind, und die Gewährung von zinslosen Krediten an junge Ehepaare, die Ausweitung des Wohnungsbaus sowie die weitere Förderung von Kindergärten und -horten führten dazu, daß die Zahl der Geburten in der DDR langsam wieder zu steigen begann: 1976 lag sie bei 55,9 und stieg bis 1980 auf 67,4 pro Tausend Frauen.

Ökonomische Schwierigkeiten

Die Leistungen der Sozialpolitik verdeckten die Probleme, mit denen die Wirtschaftspolitik der DDR Anfang der siebziger Jahre zu kämpfen hatte und mit denen sie letztlich nicht fertig wurde. Ein Grundproblem war die Schwerfälligkeit des zentralen Planungs- und Leitungssystems, das die kurzfristige Umsetzung von wissenschaftlich-technischen Neuerungen in der Produktion behinderte. Die Konzentration der produktiven Investitionen auf einige Schwerpunktbereiche wurde auch nach dem Ende des NÖS fortgesetzt. Das führte dazu, daß die DDR beispielsweise im Werkzeugmaschinenbau über moderne Anlagen verfügte, daß in anderen Industriezweigen aber der Verschleiß der alten

Frauen meistern die Technik

In den sechziger Jahren vollzieht sich (in der DDR, Anm. der Red.) eine grundlegende Veränderung des Charakters weiblicher Berufstätigkeit. Sie entwickelt sich von der angelernten Erwerbsarbeit zur qualifizierten Berufsarbeit. Durch die Qualifikation verändert sich zwar nicht immer das Aufgabenfeld, in dem die Frauen ursprünglich gearbeitet haben, aber sie erhalten nun mehr Lohn für diese Arbeit. Die finanzielle Anerkennung von Bildung und Qualifikation ist das ausschlaggebende Motiv, um eine oftmals zeitraubende und anstrengende Weiterbildung auf sich zu nehmen. Die Qualifizierung ist manchmal auch das einzige Mittel, das den Frauenkommissionen der Gewerkschaften zur Verfügung steht, wenn sie den Frauen eine gleichberechtigte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten sichern wollen. Die Betriebe werden dazu verpflichtet, spezielle Frauenförderpläne aufzustellen und Frauen für die Weiterbildung von der Arbeit freizustellen. Hintergrund dieser Maßnahmen ist der permanente Arbeitskräftemangel, der sich durch den massiv betriebenen Aufbau einer leistungsfähigen Chemieindustrie noch verschärft. Attraktive Löhne sind das wichtigste Mittel, um die Hausfrauen für die Berufstätigkeit zu motivieren. Dabei hilft das sich allmählich verbessernde Konsumgüterangebot, das eine ganze Reihe von Wünschen weckt, die man sich nur erfüllen kann, wenn die Frauen mitarbeiten. [...]

Ende der sechziger Jahre sind die ehemals unbeholfenen Anfänge bei der Propagierung eines neuen Frauenleitbildes vergessen. [...]

Im Ergebnis sind Frauen, statistisch gesehen, seit Anfang der siebziger Jahre gleichermaßen qualifiziert wie Männer, wenigstens nach formalen Kriterien wie Facharbeiter-, Fachschul- oder Hochschulabschluß. Deswegen werden sie aber noch lange nicht ihrer Qualifikation entsprechend beschäftigt oder gleich gut bezahlt, wie ihre männlichen Kollegen. Wie spätere Untersuchungen ausweisen, bekamen die DDR-Frauen im Durchschnitt ein Drittel weniger Lohn. Doch in einer Atmosphäre, wo die nahezu 90prozentige Berufstätigkeit von Frauen und eine gleichwertige Qualifikation als endgültige „Lösung der Frauenfrage“ gefeiert wurden und sich die „jungen Muttis“ bei der Partei- und Staatsführung für die sozialpolitischen Maßnahmen bedanken durften, war es kaum möglich, die niedrigen Löhne in sogenannten Frauenerwerbsbereichen wie zum Beispiel der Textilindustrie, aber auch von Kinderkrippenerzieherinnen oder Kindergärtnerinnen, zu problematisieren.

Ina Merkel, „Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR“, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 368 ff.

Ausrüstungen enorm und die Arbeitsproduktivität gering war. Sie erreichte 1974 gerade 64 Prozent des westdeutschen Standes. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR verschärften sich mit der Ölkrise, denn die steigenden Weltmarktpreise für Erdöl erreichten – leicht verzögert – Mitte der siebziger Jahre auch die DDR und wirkten sich negativ für die Außenhandelsbilanz und die Versorgung der Bevölkerung aus.

Die bessere Versorgung der Menschen mit Konsumgütern, preiswerten Wohnungen, kostenloser medizinischer Versorgung, Kindergärten, Kindergeld und steigenden

Renten (die „zweite Lohntüte“) kostete Geld, und zwar mehr, als die DDR in den siebziger Jahren erwirtschaftete. Die Verbesserung des Lebensstandards wurde in zunehmendem Maße mit Krediten bezahlt, die die DDR im „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, das heißt vor allem in der Bundesrepublik, aufnahm. 1970 war die DDR im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet mit zwei Milliarden Valuta-Mark verschuldet, bis 1989 stieg diese Verschuldung um mehr als das Zwanzigfache auf 49 Milliarden Valuta-Mark an. Die Zinsen für die Kredite wurden mit neuen Krediten bezahlt. Ein verhängnisvoller Schuldenkreislauf setzte ein, der letztlich

zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR beitrug.

Diese Situation war der Bevölkerung der DDR in den siebziger Jahren nicht bekannt. Es überwog der positive Eindruck einer erfolgreichen Sozialpolitik und ständigen Verbesserung des Lebensstandards. Die Aufnahme der DDR 1973 in die UNO und ihre diplomatische Anerkennung durch die westlichen Großmächte verstärkten diesen Effekt, so daß man für die erste Hälfte der siebziger Jahre wohl den größten Grad an Übereinstimmung zwischen Bevölkerung und Regierung in der DDR annehmen kann.

Tendenzwende Anfang der siebziger Jahre

Peter Borowsky

In auffälligem Gegensatz zur Parole „Mehr Demokratie wagen“ stand die Sorge um die innere Sicherheit der Bundesrepublik oder – konkreter –: Die Furcht vor Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst, die Anfang der siebziger Jahre Regierung und Öffentlichkeit zu beschäftigen begann. Daß die Frage der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst ab 1970 größere Aufmerksamkeit erregte, ist einmal auf die Wahlerfolge der NPD und auf die Gründung der DKP, vor allem aber auf die Breitenwirkung der Studentenbewegung und der APO zurückzuführen: Politiker in Bund und Ländern befürchteten, daß nun die antiautoritären oder orthodoxen „Linken“ den angekündigten „Marsch durch die Institutionen“ antreten und damit die Institutionen verändern würden.

Innere Sicherheit

Vor allem den Führungsgremien der SPD erschien eine Strategie der Abgrenzung gegenüber Kommunisten aller Schattierungen unbedingt erforderlich, da sich in den Jugend- und Studentenorganisationen der Partei und in einigen Unterbezirken linkssozialistische Bestrebungen bemerkbar machten. Außerdem hielt es die Mehrheit der Parteiführung für notwendig, die Ostpolitik Willy Brandts, die auf Verbesserung der Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Osteuropas und auf Normalisierung des Verhältnisses zur DDR abzielte, innenpolitisch durch eine klare Abgrenzung von den Kommunisten zu flankieren. Der innenpolitische Gegner sollte keine Gelegenheit finden, die SPD als kommunistenfreundlich oder kommunistisch unterwandert zu verdächtigen. Am 15. November 1970 wurde auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand,

Parteirat und Kontrollkommission in München ein Beschluß zum Thema „Sozialdemokratie und Kommunismus“ gefaßt, der die Ostpolitik der Bundesregierung befürwortete und feststellte: „Friedenspolitik und Sicherung des Friedens gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden voneinander trennen.“ Auf dieser Grundlage wurde ein „Unvereinbarkeitsbeschluß“ gefaßt, der SPD-Mitgliedern die Zusammenarbeit mit der DKP und ihr nahestehenden Gruppen untersagte.

Auf staatlicher Ebene war der SPD-geführte Hamburger Senat Vorreiter dieser Abgrenzungsstrategie. Er nahm am 28. November 1971 eine Grundsatzentscheidung gegen die Ernennung von Rechts- und Linksradikalen im öffentlichen Dienst an. Am 28. Januar 1972 verabschiedeten die Regierungschefs der Länder gemeinsam mit Bundeskanzler Brandt „Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremistischen Organisationen“. In diesem unter dem Stichwort „Radikalerlaß“ bekannt gewordenen Extremistenbeschluß heißt es unter anderem: „Die Einstellung in den öffentlichen Dienst setzt nach den genannten Bestimmungen voraus, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Bestehen hieran begründete Zweifel, so rechtfertigen diese in der Regel eine Ablehnung.“

Der Beschluß sollte das Bundesbeamten-

gesetz von 1953 und das Beamtenrechtsrahmengesetz von 1957 „konkretisieren“ und die Überprüfungs- und Einstellungspraxis von Bewerbern für den öffentlichen Dienst vereinheitlichen. Weiter wurde vereinbart, „daß ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt“, nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden durfte. Über die Auslegung des Begriffs „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ bestand keine Einigkeit. Die Regierungschefs legten schließlich als Regel fest, daß die Zugehörigkeit eines Bewerbers zu einer „Organisation, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“, Zweifel an seiner Verfassungstreue begründete. Die Entscheidung darüber, was „verfassungsfeindlich“ war, lag bei den jeweiligen Einstellungsbehörden, die ihrerseits vor jeder Einstellung bei den Verfassungsschutzämtern anfragten, ob „verfassungsfeindliche“ Aktivitäten von Bewerbern bekannt seien.

Überprüfungen

Bis 1976 wurde beinahe eine halbe Million Bewerberinnen und Bewerber auf ihre Verfassungstreue geprüft und 430 abgelehnt. 1979 waren bereits über eine Million Anfragen gestellt worden. In circa 10000 Fällen lagen Erkenntnisse über „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ der Bewerber vor; davon führte nur ein geringer Teil zur Ablehnung der Bewerber. Diese Ausuferung der Überprüfungen, die Unklarheit des Begriffs „verfassungsfeindlich“ und die unterschiedliche Handhabung der Überprüfungspraxis in den einzelnen Bundesländern führten dazu, daß sich unter politisch engagierten Jugendlichen, vor allem unter Studierenden, Unsicherheit, Furcht und Staatsverdrossenheit ausbreiteten. Eine Umfrage des sozialwissenschaftlichen Instituts „infratest“ aus dieser Zeit zeigte, daß 35 Prozent der Befragten in der Handha-

bung des Extremistenbeschlusses eine Einengung ihres Freiheitsspielraums sahen; bei den unter 30jährigen sogar 50 Prozent.

Da für viele akademische Berufe der Staat der einzige oder der hauptsächliche Ausbilder und Arbeitgeber ist, hatten abgelehnte Bewerber keine Chance, ihre Berufsausbildung fortzusetzen oder ihren Beruf auszuüben. Das Wort vom „Berufsverbot“ ging um und fand sogar Aufnahme in fremde Sprachen. Besondere Brisanz gewann die Diskussion um den „Radikalerlaß“ dadurch, daß der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik nur zu einem Teil „Hoheitsträger“ wie Regierungsbeamte, Berufsoffiziere und Polizisten umfaßt, von denen erwartet werden muß, daß sie „aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ eintreten. Den überwiegenden Teil des öffentlichen Dienstes machen Arbeiter, Angestellte und Beamte aus, die solche hoheitlichen Aufgaben nicht wahrnehmen, sondern bei der Bahn, der Post und in der Krankenpflege Dienstleistungen erbringen. Hinzu kam die Problematik bei abzuleistenden Ausbildungsgängen, für die der öffentliche Dienst als Ausbildungsstätte diente.

Mit diesem Erlaß war schließlich das juristische und politische Problem verbunden, wie Mitgliedern einer politischen Partei, der zwar verfassungsfeindliche oder verfassungswidrige Ziele unterstellt wurden, die aber nicht verboten war, dennoch der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt werden konnte. Auch das Bundesverfassungsgericht löste dieses Problem nicht endgültig, als es in einem Urteil vom 22. Mai 1975 feststellte: „Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Beamtenanwärters erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt – unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist oder nicht.“

Die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit von politischen Organisationen blieb damit weiterhin den Verwaltungsbehörden oder – wenn ein abgelehnter Bewerber den Rechtsweg einschlug – den Gerichten überlassen. Die Kritik veranlaßte SPD und FDP im Oktober 1975, Reformvorschläge zur Entschärfung des Extremistenbeschlusses vorzulegen. Danach sollte die Regelanfrage beim Verfassungsschutz entfallen und die Verfassungstreue eines Bewerbers solange vermutet werden, wie nicht besondere Aktivitäten für eine verfassungsfeindliche Partei oder Organisation Zweifel an seiner Verfassungstreue begründeten. Die CDU/CSU-Opposition im Bundestag und die von CDU und CSU regierten Länder hielten dagegen an der Regelanfrage fest und beharrten darauf, daß bereits die Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation mit verfassungsfeindlichen Zielen Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers

begründeten. So wurde die Regierungsvorlage zwar vom Bundestag angenommen, sie scheiterte aber zweimal im Bundesrat. Daraufhin verzichteten die Regierungsparteien auf eine bundeseinheitliche Regelung und kündigten im Februar 1976 den Extremistenbeschluß von 1972 formell auf. Der Bund und die SPD-regierten Länder verzichteten fortan auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

Stagflation

In der Wirtschaftspolitik setzte die sozialliberale Koalition den Kurs der Großen Koalition zunächst fort. Der Wirtschaftsminister – Karl Schiller – war schließlich derselbe wie vorher und das von ihm geschaffene Instrumentarium staatlicher Globalsteuerung – das Stabilitätsgesetz und die Konzentrierte Aktion –, schien sich ebenso zu bewähren wie die von ihm und dem CSU-Finanzminister Strauß entwickelten Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder. Allerdings wurden die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Ziele, die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aufzählt wie Preisstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren nie gleichzeitig erreicht. Das Wirtschaftswachstum setzte sich 1970 bis 1973 fort, wenn auch nicht in dem Tempo wie zwischen 1967 und 1969; die Arbeitslosenquote lag unter einem Prozent. Parallel dazu stiegen aber die Preise, weil die gute Konjunktur die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stimuliert hatte. 1971 lag die Preissteigerung bei 5,4 Prozent, die Wachstumsrate war auf 2,7 Prozent zurückgefallen, während die Arbeitslosenquote bei 0,8 Prozent lag. Sie stieg im folgenden Jahr auf 1,1 Prozent.

Wirtschaftswissenschaftler und -politiker waren bis dahin immer davon ausgegangen, daß Konjunktur und Preise sich in ähnlicher Weise entwickelten, doch nun machten sie die neue Erfahrung, daß trotz Stagnation oder Rückgang der Konjunktur die Preise nicht sanken, sondern weiter stiegen. Stagflation (Stagnation des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Anstieg der Preise und der Arbeitslosenzahl) hieß das Schlagwort für diese Erscheinung.

Das gleichzeitige Auftreten von Arbeitslosigkeit und Inflation stellte die Konjunkturpolitik von Bundesregierung und Bundesbank vor schwierige Probleme. Wollten sie die Inflation bekämpfen, so mußten sie die Nachfrage dämpfen. Damit aber hätten sie wiederum die Arbeitslosigkeit verstärkt, die es doch zu überwinden galt. Eine Stabilitätspolitik, die sich in erster Linie auf den Kampf gegen die Inflation konzentrierte, hätte bedeutet, daß der Staat weniger ausgab und daß die Bundesbank den Leitzins erhöhte, um die Nachfrage zu dämpfen. Zu einer Ausgaben-senkung aber war die erste sozialliberale Regierung nicht bereit, hätte eine solche Politik doch das Ende vieler Reformen be-

Architektur und Städtebau

Wo aber blieb die Phantasie, als wir darangingen, die zerstörten Städte wieder aufzubauen, und wo blieb die Kunst, als die Bauwirtschaft alle gekannten Grenzen des Wachstums überstieg und daranging, die vom Krieg zerstörten Städte auf andere Weise noch einmal zu zerstören?

Die sechziger Jahre – Zeit des Aufbruchs und der vorausweisenden Neuerungen – waren für die Architektur eine Zeit der triumphierenden Ökonomie: Der Bau wurde zum bloßen Renditeobjekt. Der „Container“, das glatt verschnürte Raumpaket in Form von Großkaufhäusern, Verwaltungsbauten, Versicherungen, Banken, Rathäusern, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten wurde als schnell herbeigerufenes Gegenmittel gegen die noch vorhandene historische Stadt eingesetzt.

Die Aufbruchstimmung und der Optimismus der sechziger Jahre führten in der Architektur zu einem vehementen Drauflos, kaum noch kontrolliert von einem zügelnden Gedanken. Die Architekten und Investitionsmanager hatten kaum Zeit, die Pläne zu zeichnen und zu verstehen, waren von den absurdesten Terminsetzungen gedrängt, um das Geld möglichst schnell arbeiten zu lassen, die Mieten zu kassieren – keine Zeit zum Nachdenken, keine Zeit für einen klugen oder gar phantasievollen Entwurf; keine Zeit auch, um die innerstädtischen Ruinegrundstücke zu arrondieren und Haus für Haus im Stadtkörper rücksichtsvoll zu schließen. Statt dessen wurden die noch vorhandenen Altbauten abgerissen, um größeren Spekulationsgrundstücken Platz zu machen. Oder man ging raus aus der Stadt auf die Äcker und baute das noch unberührte Land ringsum: Man erfand die *Satellitenstadt*.

In Berlin zum Beispiel sanierte man nicht Kreuzberg und Moabit, sorgte sich nicht um das lädierte, zerstückte Alt-Berlin, sondern baute Gropius-Stadt und das Märkische Viertel, pumpte die Energien hinaus aus der Stadt auf die Felder und Wiesen und baute die Isolation der Menschen in die Wohnblöcke gleich mit ein. [...]

Jetzt erst, in den sechziger Jahren, wurden die Pfähle eingerammt, die während der fünfziger Jahre als erste Markierungen gedient hatten. Jetzt wurde die Quantität erreicht, die alle Qualität zum ästhetischen Matschen degradierte. „Die Form folgt der Funktion“ war das jede Untat rechtfertigende Schlagwort. Die Funktion – das war die Erfüllung der simpelsten, allerersten, untersten Zwecke, war der reine Nutzen, den wir aus dem Bau zogen. Was der Mensch wirklich erträgt, was dem Gemüt zumutbar ist, danach zu fragen war Romantizismus, war fortschrittsfeindlich und reaktionär. [...]

Heinrich Klotz, „Die Ökonomie triumphiert“, in: Hilmar Hoffmann, Heinrich Klotz (Hg.), *Die Sechziger, Düsseldorf 1987, S. 133 f.*

deutet, die sie gerade eingeleitet hatte. Im Mai 1971 trat der sozialdemokratische Finanzminister Alex Möller zurück, weil er mit dem konjunkturpolitischen Kurs der Regierung nicht einverstanden war.

Sein Ressort wurde von Wirtschaftsminister Schiller mit übernommen. Doch auch zwischen dem Wirtschafts- und Finanzminister und dem Rest des Kabinetts kam es bald zu Spannungen und schließlich zum offenen Konflikt: Nachdem die Regierung Brandt das konstruktive Mißtrauensvotum knapp überstanden hatte, forderte Schiller im Mai 1972 drastische Einsparungen bei den Ausgaben und gleichzeitige Steuererhöhungen, um Fehlbeträge im Haushalt auszugleichen. Bundeskanzler und Kabinett waren dazu nicht bereit. Im Juli 1972, kurz vor Auflösung des Bundestages und Ankündigung der Neuwahlen, trat Schiller als Wirtschafts- und Finanzminister zurück. Seine Nachfolger, Helmut Schmidt (SPD) und Hans Friderichs (FDP), gaben zunächst noch dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit den Vorrang vor der Dämpfung der Inflation. Doch seit 1973 machte sich die Bundesregierung das Konzept der Bundesbank zu eigen, wonach Stabilität der Wirtschaft in erster Linie Stabilität der Währung und der Preise war.

Im zweiten Stabilitätsprogramm vom 9. Mai 1973 wurden ein Aufschlag auf die Einkommenssteuer und eine Investitionssteuer eingeführt. Diese Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Preise stiegen weniger als in anderen Ländern, die Geldentwertung hielt sich in Grenzen. Andererseits enthielt diese Stabilitätspolitik das Risiko, steigende Arbeitslosigkeit zu erzeugen. Hinzu kam das Problem, daß die Geldverknappung kleine und mittlere Unternehmen und zinsempfindliche Branchen wie die Bauindustrie und das Bauhandwerk härter traf als große Unter-

nehmen. Die Stabilitätspolitik trug eher dazu bei, den Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft zu fördern und die marktbeherrschende Stellung einiger Großunternehmen weiter zu stärken.

Inflationäre Tendenzen

Die Versuche, die Inflation durch staatliche Haushalts- und Steuerpolitik zu bekämpfen, stießen hier an eine Grenze. Eine Ursache der Inflation war die Preisgestaltung der großen nationalen und internationalen Konzerne. Sie waren auf ihrem jeweiligen Sektor wirtschaftlich so mächtig, daß sie ihre Preispolitik weitgehend unabhängig von der Konjunkturalentwicklung und dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage gestalten konnten. Der Sachverständigenrat stellte daher 1972 fest: „Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum und Preisstabilität miteinander zu vereinbaren wird daher um so schwerer gelingen, je stärker die Marktmacht der großen Anbieter und der großen gesellschaftlichen Gruppen ist.“

Mit den großen gesellschaftlichen Gruppen waren zum einen die Unternehmer- und Arbeitgeberverbände, zum anderen die Gewerkschaften angesprochen. Denn auch die Gewerkschaften verfügten über die Macht, Lohnforderungen durchzusetzen, die den Anstieg der Leistung je Arbeiter (Produktivität) übertrafen. Die so verursachten Kostensteigerungen wurden von den Konzernen wieder auf die Preise aufgeschlagen, was die Inflation weitertrieb, oder aufgefangen durch Investitionen in Billiglohnländern und durch Rationalisierungen, die wiederum Arbeitsplätze kosteten.

Daß noch vor dem großen Konjunkturreinbruch von 1974/75 die Arbeitslosenzahlen langsam stiegen, lag an der technologi-

schen Entwicklung. In zunehmendem Maße wurde menschliche Arbeitskraft durch Roboter und Computer ersetzt. Mit gutem Grund spricht man seit Beginn der siebziger Jahre von der „mikroelektronischen Revolution“. Die rapide Entwicklung der mikroelektronischen Technologie führte zur Entlassung von Arbeitskräften sowohl im Produktionsprozeß als auch im Bereich der Verwaltung und des Handels. Von 1970 bis 1973 nahm die industrielle Produktion um 13,1 Prozent zu, doch die Zahl der Beschäftigten sank im selben Zeitraum um 2,7 Prozent von 8 580 000 auf 8 370 000.

Unter diesen Bedingungen konnte auch die „Konzertierte Aktion“ nicht erfüllen, was man von ihr erwartet hatte. Von der Idee her sollte sie die Beteiligten zum Ausgleich ihrer Interessen im Sinne des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bringen, doch in der Praxis führten Unternehmer und Gewerkschaften ihre Verteilungskämpfe weiterhin außerhalb der „Konzertierten Aktion“ und ohne Rücksicht auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Stabilität der Währung. Nach den „wilden“ Streiks von 1969 waren die Gewerkschaftsführungen bestrebt, möglichst hohe Nominallohn-Abschlüsse durchzusetzen. Die Folgen dieser Preis- und Lohnerhöhungen wirkten sich vor allem in solchen Branchen negativ auf Umsatz und Beschäftigung aus, in denen in- und ausländische Produzenten in scharfer Konkurrenz miteinander standen, so vor allem in der Textilindustrie und in der Bekleidungsbranche.

Eine weitere Ursache für die Preissteigerungen in der Bundesrepublik und auf dem Weltmarkt ließ sich mit einzelstaatlichen Mitteln nur unzureichend meistern: die importierte Inflation. Sie hatte ihren Ursprung in den USA, wo infolge der enormen Ausgaben für den Vietnam-Krieg die Preise seit Ende der sechziger Jahre ständig stiegen. Der Dollar verlor an Wert gegenüber anderen Währungen, da der Weltmarkt mit Dollars überschwemmt wurde.

Aufwertungen der D-Mark

Auf der Währungskonferenz von Bretton Woods (USA), auf der im Juli 1944 44 Länder ein internationales Währungsabkommen über die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank (Bretton-Woods-Abkommen) schlossen, war der Dollar zur internationalen Leitwährung bestimmt worden. Der Wert der Währungen aller 44 Staaten wurde durch ein festes Verhältnis zum Dollar bestimmt. Zugleich wurde der Dollar auf einen Standardwert von $\frac{1}{35}$ Unze (= 0,888 Gramm) Feingold festgesetzt. Die USA verpflichteten sich, jeden Dollarbetrag bei Bedarf in die entsprechende Menge Gold einzutauschen. Das Verhältnis anderer Währungen zum Dollar regelte sich nicht durch den Markt, sondern durch Auf- und Abwertungen gegenüber dem Dollar, die die Regierungen beschlossen.



Foto: Ufa

Wegen der Ölkrise wurde Ende 1973 für vier Sonntage ein Fahrverbot erlassen. Am 9. Dezember 1973, dem dritten Sonntag mit Fahrverbot, wanderte der Schwäbische Alpenverein über ein neues Autobahn-Teilstück der Strecke von Weinsberg nach Möckmühl.

Schon 1968 wurde über eine Aufwertung der Mark gegenüber dem Dollar diskutiert und spekuliert. Doch die Bundesregierung der Großen Koalition beschloß am 19. November 1968, die Mark nicht aufzuwerten, sondern steuerliche Maßnahmen zur Verringerung des deutschen Außenhandelsüberschusses zu ergreifen, um so die Stabilität des internationalen Währungssystems zu retten. Importe wurden steuerlich um vier Prozent entlastet, Exporte um vier Prozent belastet. Als im Frühjahr 1969 erneut eine Aufwertung der D-Mark zur Debatte stand, waren die Meinungen innerhalb der Regierung geteilt: Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller war dafür, der CSU-Finanzminister Strauß dagegen. Die sozialliberale Regierung Brandt beschloß dann am 24. Oktober 1969, die D-Mark gegenüber dem Dollar um 8,5 Prozent aufzuwerten. Statt 4 DM war der Dollar nur noch 3,66 DM wert.

Gut eineinhalb Jahre blieb es bei diesem Kurs. Im Mai 1971 aber gab die Bundesregierung den Wechselkurs der Mark frei. Im Laufe des Sommers 1971 fiel der Dollar um 9,3 Prozent unter die geltende Parität zur D-Mark, das heißt, er war nur noch 3,32 DM wert. Am 15. August 1971 löste die amerikanische Regierung den Dollar vom Goldstandard; die Basis des internationalen Währungssystems war ernsthaft erschüttert. Im Dezember 1971 versuchte eine internationale Währungskonferenz in Washington, das System der festen Wechselkurse durch Festsetzen neuer Paritäten zu retten: Die Deutsche Mark wurde gegenüber dem Dollar um 13,57 Prozent aufgewertet, der neue Leitkurs lag nun bei 3,22 DM für einen Dollar. Doch bereits im Februar 1973 mußte der amerikanische Dollar um weitere zehn Prozent abgewertet werden – er war nur noch 2,90 DM wert. Im März 1973 brach das System von Bretton Woods zusammen, als die wichtigsten westeuropäischen Staaten, darunter die Bundesrepublik, beschlossen, ihre Währungen gemeinsam gegenüber dem Dollar „floaten“ zu lassen, das heißt ihre Wechselkurse zum Dollar freizugeben und damit dem Spiel des Marktes zu überlassen; untereinander aber hielten sie an festen Leitkursen fest. Der neue Dollar-Kurs lag nun bei 2,82 DM, tendierte aber weiter abwärts.

Ölkrise

Seit dem Oktober 1973 begann der Preis für Öl, den wichtigsten Energieträger der Industriestaaten, plötzlich zu steigen. Unmittelbarer Anlaß war der vierte Nahost-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten (6. bis 11. Oktober 1973). Am 17. Oktober 1973 beschloß die Organisation der Arabischen Erdölexportierenden Staaten (OAPEC), die Produktion und den Export von Erdöl solange um fünf Prozent gegenüber September 1973 zu vermindern, bis Israel die besetzten Gebie-

te in Ägypten und Jordanien wieder räumte. Mit diesem Ölboycott wollten die arabischen Staaten vor allem die USA, aber auch die europäischen Staaten zwingen, ihre Haltung gegenüber Israel zu ändern. Sie sollten zugunsten der arabischen Staaten und der Palästinenser auf Israel einwirken. Zugleich aber war die mit dem Boycott einhergehende Erhöhung des Ölpreises eine Antwort auf die Inflation und den Verfall des Dollars (mit dem die Ölrechnungen weltweit bezahlt wurden). Die Erdölproduzierenden und -exportierenden Länder wollten die steigenden Kosten für Anlagen und Waren, die sie in den Industriestaaten kauften, über höhere Ölpreise wieder hereinholen und hatten sich zu diesem Zweck in der OPEC (Organisation der Erdölexportierenden Länder) eine schlagkräftige Organisation geschaffen, die den Industriestaaten die Preise diktieren konnte, weil kein Ölstaat aus der Einheitsfront ausscherte.

Die Erdölverteuerung intensivierte die weltweite Diskussion über Rohstoffreserven und -preise, Energieträger und -einsparungen, die der 1968 von Wissenschaftlern und Industriellen mit dem Ziel der Untersuchung der „Lage der Menschheit“ gegründete „Club of Rome“ 1972 mit seinem Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ eingeleitet hatte. Zugleich erlebte die Weltwirtschaft durch steigende Preise und die Drosselung der Erdölproduktion die tiefste Krise seit der großen Depression von 1929.

Auch in der Bundesrepublik waren die Auswirkungen der Krise bald zu spüren: Im November und Dezember 1973 versuchte die Bundesregierung, durch Sonntagsfahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen Energie zu sparen. Von 1973 bis 1974 stieg der Preis für eine Tonne Erdöl trotz der Dollarentwertung von 82,20 DM auf 223,87 DM, das heißt, um 172,2 Prozent. Insgesamt gab die Bundesrepublik 1974 knapp 23 Milliarden DM für Erdöl aus, das waren 152,7 Prozent mehr als 1973.

Das Bruttosozialprodukt, das 1973 noch um 5,3 Prozent gegenüber 1972 gewachsen war, stagnierte 1974 bei 0,4 Prozent und fiel 1975 um 1,8 Prozent. Daß der Einbruch nicht noch größer war, lag an den Rekordüberschüssen der Handelsbilanz von 50 Milliarden DM 1974 und immer noch rund 37 Milliarden DM im Jahre 1975 trotz der gestiegenen Erdölpreise. Die Industrieproduktion sank um 7,6 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 273 000 im Jahre 1973 auf 1 047 000 im Jahre 1975. Die Zahl der „Gastarbeiter“ fiel von 2 493 000 im Jahre 1973 auf 2 039 000 im September 1975. Die Inflationsrate stagnierte 1973/74 bei etwa sieben Prozent.

1973 waren die Bruttolöhne um durchschnittlich zwölf Prozent gestiegen, nicht zuletzt weil eine Reihe von spontanen Streiks im Bergbau, in der Stahlindustrie und in der metallverarbeitenden Industrie

die zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelten langfristigen Tarifverträge unterliefen. Auch 1974 stiegen die Bruttolöhne noch einmal um durchschnittlich 11,4 Prozent, obwohl die Krise sich bereits bemerkbar machte.

Kanzlerwechsel 1974

Kurz nach dem Wahlerfolg von 1972 brachen in der SPD die Gegensätze zwischen dem linken und dem rechten Flügel wieder auf, die unter dem Druck der knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag lange zurückgehalten worden waren. SPD-Basis-Organisationen und die Jungsozialisten forderten die Parteiführung auf, den Wahlsieg nicht zu verschleiern, sondern die „Politik der inneren Reformen“ konsequenter als bisher zu verfolgen. So setzte sich im März 1973 der Juso-Kongreß äußerst kritisch mit dem Entwurf eines „ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens 1973 bis 1985“ – dem sogenannten Langzeitprogramm der Partei – auseinander. Erarbeitet hatte diesen Entwurf eine Kommission unter dem Vorsitz von Finanzminister Helmut Schmidt, der nun in die Schußlinie der Parteilinken geriet. Die SPD-Führung stand vor der schwierigen Aufgabe, radikale wie konservative Kräfte in der Partei auf einen Nenner zu bringen, den Koalitionspartner FDP nicht zu verschrecken und die Partei nach außen gegen den Vorwurf abzuschirmen, sie sei für linksradikale Positionen anfällig.

Gefordert war hier vor allem der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt. Dessen Führungsstil wurde im Laufe des Jahres 1973 in zunehmendem Maße von führenden Vertretern der eigenen Partei und engen Mitarbeitern kritisiert. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner, bemängelte im Frühjahr 1973, daß Willy Brandt sich zu wenig um die Innenpolitik kümmere und die neue Deutschland- und Ostpolitik versanden lasse. Die Spannungen zwischen Brandt und Wehner wurden offenkundig, als Wehner ausgerechnet während des Besuchs einer fünfköpfigen Bundestagsdelegation in Moskau Ende September 1973 in einem Interview die Führungsschwäche des Bundeskanzlers kritisierte und der Bundesregierung vorwarf, sie tue nichts, um die Ostverträge mit Leben zu erfüllen. Man habe die Verträge den Verwaltungsfachleuten überlassen, statt sich aktiv um die Ostbeziehungen zu kümmern. Als der Parteivorstand sich mit Wehners Bemerkungen auseinandersetzte, stellte sich eine Mehrheit, angeführt von Helmut Schmidt, hinter Wehner. Daß Brandt daraufhin schwieg, beschleunigte den Autoritätsverlust des Kanzlers in der eigenen Partei.

Im Januar 1974 ging die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) trotz der Wirtschaftskrise mit un-

gewöhnlich hohen Lohn- und Gehaltsforderungen in die Tarifverhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern. Sie forderten 15 Prozent mehr Lohn bzw. Gehalt. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) forderte 14 Prozent. Die ÖTV unter ihrem Vorsitzenden Heinz Kluncker hatte die Deutschland- und Reformpolitik der sozialliberalen Koalition unterstützt. Daß sie in diesem Tarifkonflikt hart blieb, ist vor allem aus der Situation der Gewerkschaftsführung zu erklären. Die ÖTV-Führung stand unter dem Druck ihrer Mitglieder, denn die Industriegewerkschaften hatten 1973 Lohn- und Gehaltserhöhungen um durchschnittlich zwölf Prozent erkämpft. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes wollten nun nachziehen. Da außerdem ÖTV und DAG um Mitglieder wetteiferten, konnte keine der beiden Führungen zurückstecken.

So hielten beide Gewerkschaften während der Tarifverhandlungen im Januar und Februar 1974 nicht nur an ihren Forderungen fest, sondern drohten sogar mit Streik. Am 13. Februar stimmten die öffentlichen Arbeitgeber Lohn- und Gehaltserhöhungen von elf Prozent zu. Daß der sozialdemokratische Bundeskanzler keine Versuche unternommen hatte, eine mit der SPD eng verbundene Gewerkschaft wie die ÖTV auf die Sparpolitik der Regierung einzuschwören, trug zum weiteren Ansehensverlust Willy Brandts als Kanzler bei.

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen – der ersten Landtagswahl nach den Bundestagswahlen von 1972 – am 3. März 1974 erlitt die SPD eine katastrophale Wahlniederlage: Sie verlor die Mehrheit, die sie seit 1957 in der Bürgerschaft besessen hatte; ihr Stimmenanteil sank von 55,3 Prozent (1970) auf 44,9 Prozent, das heißt, sie verlor ein Fünftel ihrer Wählerinnen und Wähler, während sich die CDU von 32,8 auf 40,6 Prozent und die FDP von 7,1 auf

10,9 Prozent verbessern konnte. Obwohl für die Wahlniederlage der SPD eine Reihe lokaler Faktoren eine Rolle gespielt hatte, wurde sie doch in den Medien und in der Parteizentrale als Ausdruck für den großen Vertrauensverlust gewertet, den die Partei im Laufe der letzten anderthalb Jahre seit der Bundestagswahl erlitten hatte. Im Parteivorstand machte Helmut Schmidt die innere Zerstrittenheit der Partei, die Unglaubwürdigkeit der Regierungsversprechen und die Führungsschwäche des Parteivorsitzenden für das Hamburger Debakel verantwortlich.

Spionageaffäre

Willy Brandt beantwortete die Kritik an seiner Regierungsführung mit der Ankündigung, daß an eine Kabinettsumbildung vor der Wahl des Bundespräsidenten, bei der Walter Scheel kandidierte und die am 15. Mai stattfinden sollte, nicht zu denken sei. Doch schon am 6. Mai 1974 trat er selbst als Kanzler zurück. Anlaß und Auslöser für Brandts Rücktritt war die Entdeckung, daß einer seiner persönlichen Referenten, Günter Guillaume, seit Jahren Spionage für die DDR betrieben hatte. Obwohl im Mai 1973 die ersten Hinweise auf eine Agententätigkeit Guillaumes beim Bundesamt für Verfassungsschutz vorlagen und mit dem Innenminister besprochen wurden, begleitete Guillaume im Juli 1973 Willy Brandt auf dessen Urlaubsreise nach Norwegen und hatte dort Gelegenheit, Einsicht in Geheimdokumente zu nehmen. Erst am 24. April 1974 wurden Guillaume und seine Frau wegen Spionage für die DDR verhaftet.

Willy Brandt übernahm für die Fahrlässigkeit, die es Guillaume ermöglicht hatte, geheime Dokumente einzusehen, die politische und persönliche Verantwortung. Er übernahm aber auch die Verantwortung für die Fehler, die bei der Sicherheitsüber-

prüfung Guillaumes und bei seiner Einstellung im Kanzleramt begangen worden waren. Willy Brandt erklärte dazu am 8. Mai 1974 im Fernsehen: „Mein Rücktritt geschah aus Respekt vor ungeschriebenen Regeln der Demokratie und auch, um meine politische und persönliche Integrität nicht zerstören zu lassen. [...] Ich habe mich lange geprüft und kam zu dem Ergebnis: 1. Was immer mir an Ratschlägen gegeben worden war, ich hätte nicht zulassen dürfen, daß während meines Urlaubs in Norwegen im Sommer vergangenen Jahres auch geheime Papiere durch die Hände des Agenten gegangen sind. [...] 2. Als ich mich zum Rücktritt entschloß, war mit entscheidend, daß ich mich für einen Teil der Politik – hier meine ich unser Verhältnis zur DDR und zum Warschauer Pakt – zeitweilig nicht mehr unbefangen genug fühlte. 3. Es gab Anhaltspunkte, daß mein Privatleben in Spekulationen über den Spionagefall gezerzt werden sollte. Was immer noch darüber geschrieben werden mag, es ist und bleibt grotesk, einen deutschen Bundeskanzler für erpreßbar zu halten. Ich bin es jedenfalls nicht.“

Theodor Eschenburg, der Vorsitzende der Ermittlungskommission, die die Spionageaffäre später untersuchte, bemerkte zum Rücktritt Willy Brandts: „Die Demission eines integren, erfolgreichen und angesehenen Kanzlers wegen dieses Vorfalls, der auf Pannen und Betriebsstörungen mittleren Ranges beruhte, lag weit außerhalb des Erwartungshorizonts der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung. Die Guillaume-Affäre mag der Anlaß, kann aber nicht die Ursache eines Rücktritts gewesen sein.“ Einen der Gründe für seinen Rücktritt hatte Willy Brandt selbst genannt. Nach dem Spionagefall war es ihm persönlich unmöglich, unbefangen mit Ost-Berlin und Moskau zu verhandeln. Mindestens ebenso gewichtig waren Gründe, die Willy Brandt nicht erwähnte: Seit 1972 hatten sich viele Wählerinnen und Wähler, die damals noch Brandts Ostpolitik und die Reformpolitik der sozialliberalen Regierung unterstützten, von der SPD abgewandt. In der SPD wurde der Parteivorsitzende Brandt für diesen Wählerschwund verantwortlich gemacht. Die Auseinandersetzungen zwischen dem linken und dem rechten Flügel der SPD, die Entwicklung der Jusos zu einer Partei in der Partei machten Willy Brandt zu schaffen. Von der Führungsspitze der SPD erfuhr er keine Unterstützung; im Gegenteil: Herbert Wehner sprach sich für seinen Rücktritt als Kanzler aus, und Helmut Schmidt stand bereit, die Nachfolge zu übernehmen. Angesichts mangelnder Unterstützung aus den eigenen Reihen war schwer vorstellbar, wie Brandt die öffentliche Auseinandersetzung über den Fall Guillaume unbeschädigt hätte überstehen können.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik und der SPD-internen Machtverhältnisse war es nur folgerichtig, daß der bisherige Finanz- und Wirtschaftsminister Helmut



**Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedet sich nach Entgegennahme seiner Entlassungs-
urkunde in der Villa Hammerschmidt am 7. Mai 1974 von den Mitgliedern seines Kabi-
netts – hier von seinem designierten Nachfolger, Bundesfinanzminister Helmut Schmidt.**

Schmidt von der SPD-Bundestagsfraktion zu Brandts Nachfolger nominiert und am 16. Mai 1974 vom Bundestag gewählt wurde. Brandt blieb Vorsitzender der SPD. Gleichzeitig mit der Ernennung Schmidts zum Bundeskanzler vollzog sich auch im Amt des Vizekanzlers und Außenministers ein Wechsel: Walter Scheel wurde am 15. Mai 1974 zum Bundespräsidenten gewählt. Sein Nachfolger als Außenminister (und als Parteivorsitzender der FDP) wurde der bisherige Innenminister Hans-Dietrich Genscher.

Der Rücktritt Willy Brandts markierte das Ende der sozialliberalen Reformpolitik und eine Tendenzwende nicht nur hinsichtlich der Prioritäten, die die Regierungspolitik nunmehr setzte, sondern vor allem in der politischen Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung. Die euphorische Aufbruchstimmung der späten sechziger

und frühen siebziger Jahre wich einer Tendenz zu Skepsis, Vorsicht und Resignation. Ursache für das Ende der Reformpolitik wie der Reform euphorie war eine Vielzahl von Faktoren, unter denen die 1973 einsetzende Wirtschaftskrise sicher die wichtigste war. Daß eine Reihe von Reformvorhaben abgebrochen werden mußte oder stecken blieb, lag vor allem daran, daß die Finanzierung nicht möglich war oder schien. Aber auch die Opposition der CDU/CSU im Bundesrat und in den Bundesländern sowie die Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner FDP haben die Verwirklichung von politischen Konzeptionen und Reformplänen, wie sie in der SPD entwickelt worden waren, erschwert. So mußte die Regierung den Ausbau der Hochschulen und des allgemeinen Bildungswesens abbrechen, weil die Mittel fehlten.

Als Ergebnisse der Reformpolitik sind vor

allem zu erkennen: Die Ausweitung des Bildungssystems, wodurch mehr Menschen die Möglichkeit erhielten, eine bessere Erziehung oder Bildung bzw. eine formal höher qualifizierte Ausbildung zu erlangen; eine Erweiterung der Beteiligungsformen und -möglichkeiten im politischen und gesellschaftlichen Bereich zum Beispiel durch Herabsetzen des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre und größere Mitspracherechte der Arbeitnehmer, wie sie das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 vorsah. Seit Ende der sechziger Jahre hatte sich die politische Kultur der Bundesrepublik gewandelt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nahmen sich das Recht zur politischen Partizipation in Form von Demonstrationen, Protestversammlungen oder „wilden Streiks“. Das demokratische Bewußtsein in der Bevölkerung war gewachsen. Der Wille, die eigenen Rechte wahrzunehmen, war stärker geworden.

Die westeuropäische Integration 1963–1974

Peter Borowsky

Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 und der Kubakrise im Oktober 1962 gewannen sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion die Befürworter einer Entspannungspolitik zwischen den Supermächten an Boden. Entspannungsbefürworter in Washington strebten eine Verflechtung der US-amerikanischen und der sowjetischen Interessen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet an, die so eng werden sollte, daß sie beiden Seiten Vorteile brachte und keine Seite sie auflösen konnte, ohne den eigenen Interessen zu schaden. Europa und der Atlantik sollten zu einer „Ruhezzone“ der Weltpolitik werden, was die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen und Systemunterschiede – also auch der deutsch-deutschen – voraussetzte. Unter so veränderten weltpolitischen Bedingungen wäre die deutsche Teilung nicht länger das zentrale Problem im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander, sondern lediglich ein Aspekt der internationalen Diskussion über Sicherheits- und Abrüstungsfragen gewesen.

Verhältnis zu Frankreich

Bundeskanzler Adenauer war über diese Diskussionen und Pläne in höchstem Maße beunruhigt, denn die Entspannungspolitik der Weltmächte ging prinzipiell vom Status quo in Europa aus, während die deutsche Forderung nach Wiedervereinigung dessen Überwindung voraussetzte. Adenauer versuchte, die einseitige Abhängigkeit von den USA zu lockern, indem er die Beziehungen zu

Frankreich intensivierte. Der französische Staatspräsident General Charles de Gaulle wollte Europa unter französischer Führung zur dritten Kraft neben den beiden Supermächten machen. Er hielt nichts von supranationalen europäischen Institutionen, sondern wollte sie durch zwischenstaatliche Organisationen und einen Rat von Ministerpräsidenten als Entscheidungsorgan ersetzen. Sein Konzept war nicht eine „Europäische Union“, sondern ein „Europa der Vaterländer“. 1961 legte die französische Regierung den Entwurf für eine „Union der europäischen Staaten“ vor. Diese Union sollte ein Staatenbund mit gemeinsamer Verteidigungs- und Außenpolitik sein. Als oberstes Gremium war ein Rat der Regierungschefs vorgesehen, der sich wenigstens alle vier Monate treffen sollte. Der Plan basierte auf einer engen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik. Vor allem die Benelux-Länder lehnten ihn daher entschieden ab. Als Gegengewicht zur befürchteten deutsch-französischen Vorherrschaft in Westeuropa forderten sie die Beteiligung Großbritanniens und eine Stärkung der europäischen Institutionen gegenüber den einzelstaatlichen Regierungen.

Im Frühjahr 1962 wurde deutlich, daß General de Gaulle die französischen Streitkräfte nicht länger dem integrierten Oberkommando der NATO unterstellen und eine nationale Atomstreitmacht aufbauen wollte. Er machte auch keinen Hehl daraus, daß er gegen einen Beitritt Großbritanniens zu der von sechs Staaten gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war. Frankreichs Part-

ner in Westeuropa lehnten de Gaulles Vorschläge mehr oder minder deutlich ab. Allein Konrad Adenauer unterstützte die Pläne des Generals. Er sah durchaus, wie abhängig die Bundesrepublik vom Schutz der Vereinigten Staaten war und sein würde. Von einem engen deutsch-französischen Einvernehmen erhoffte er zweierlei: Es sollte die USA warnen, sich über die Köpfe der Europäer hinweg mit der Sowjetunion zu einigen, und de Gaulle daran hindern, in der Ost- und Verteidigungspolitik Alleingänge zu unternehmen – etwa aus der NATO auszuschneiden.

Adenauer und de Gaulle hatten sich am 14. und 15. September 1958 zum ersten Mal auf de Gaulles Landsitz in Lothringen getroffen und bald einen engen persönlichen Kontakt zu einander gefunden. Die Staatsbesuche Adenauers in Frankreich vom 2. bis 6. Juli und de Gaulles in Deutschland vom 4. bis 9. September 1962 vertieften die Beziehungen. In der Bundesrepublik wurde de Gaulle überall, wo er erschien und Reden hielt, begeistert gefeiert. In der deutschen Öffentlichkeit stieß die deutsch-französische Freundschaft auf eine sehr positive Resonanz. De Gaulles Vorschlag, als Kern einer künftigen politischen Union Europas eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vertraglich zu vereinbaren, führte im Herbst und Winter 1962/63 zu Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen beider Länder.

Am 14. Januar 1963 erklärte de Gaulle, Großbritannien könne zur Zeit nicht Mitglied der EWG werden. Ohne die Bundesregierung vorher informiert zu haben, be-

Deutsch-französischer Vertrag 1963

I. Organisation

1. Die Staats- und Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführung des im folgenden festgelegten Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich. [...]

3. Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmäßige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt. [...] Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten. [...]

4. In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. [...] Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten. [...]

II. Programm

Auswärtige Angelegenheiten

1. Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen. Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände:

- Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit;
- Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich;
- Angelegenheiten, die in der Nordatlantikvertragsorganisation und in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt werden und an denen die beiden Regierungen interessiert sind [...].

Erziehungs- und Jugendfragen

[...] 2. Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut.

Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. [...]

Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag) in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), Dokumente zu Deutschland 1944–1994, München 1996, S. 103 ff.

kundete de Gaulle hier offen seine Ablehnung der supranationalen Politik der EWG-Kommission unter ihrem Präsidenten Walter Hallstein, der – wie die deutsche Bundesregierung – den Beitritt Großbritanniens befürwortete. Am 28. Januar 1963 scheiterten die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien – vordergründig an britischen Sonderwünschen für die Landwirtschaft, die mit dessen Beziehungen zum Commonwealth zusammenhängen, in Wirklichkeit aber an den politischen Vorbehalten de Gaulles.

Deutsch-französischer Vertrag

Trotz der Brückierung der deutschen Europapolitik durch den General, unterzeichnete Adenauer gemeinsam mit de Gaulle am 22. Januar 1963 im Pariser Elysée-Palast in einer feierlichen Zeremonie den deutsch-französischen Vertrag. Er sah eine nahe Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Verteidigung, des Erziehungswesens und des Jugendaustauschs vor. Regelmäßige Konsultationen der Regierungschefs (zweimal jährlich) und der Außen- und Verteidigungsminister (viermal jährlich) sollten sicherstellen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen Gebieten immer enger würde. Ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds wurde eingerichtet. Aus ihm sollten Begegnungen und der Austausch von jungen Menschen aus Schulen, Universitäten, dem Handwerk und der Arbeitswelt finanziert werden.

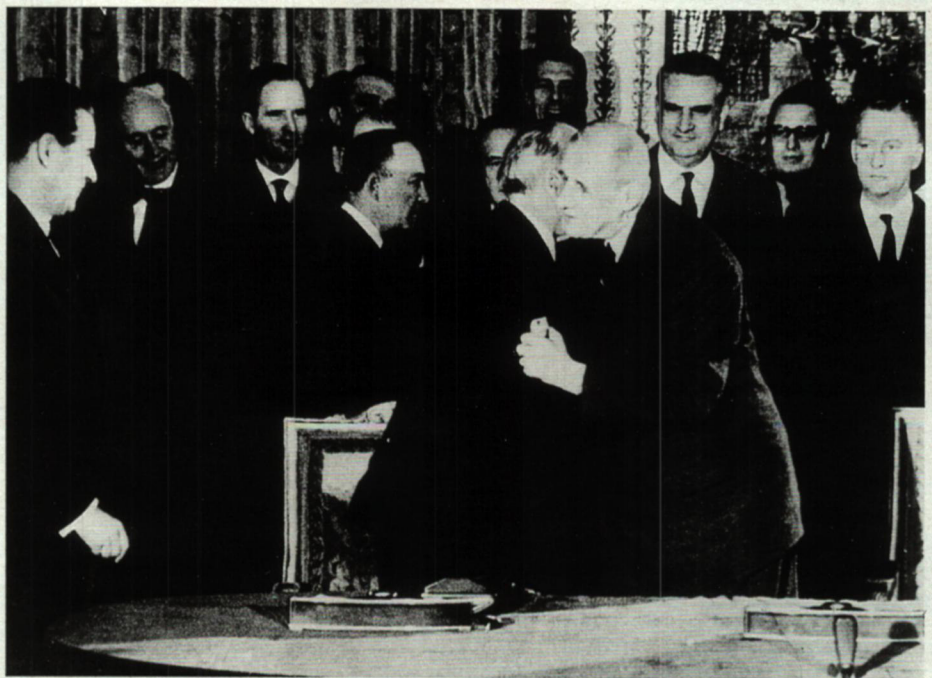
Die USA und die übrigen Mitgliedstaaten der NATO und der EWG nahmen den deutsch-französischen Vertrag sehr reserviert zur Kenntnis, denn sie sahen darin die Grundlage für ein deutsch-französisches Sonderverhältnis und den Beginn einer Gruppenbildung innerhalb des westlichen

Bündnisses. Auch in der westdeutschen Öffentlichkeit, im Bundestag und selbst innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien stieß Adenauers Frankreich-Politik nicht nur auf Zustimmung.

Streit um den Kurs der Außenpolitik

Auf der einen Seite standen die sogenannten „Atlantiker“, auf der anderen die „Gaullisten“. Die „Atlantiker“ beharrten darauf, daß die Grundlage der deutschen Sicherheit das enge Bündnis mit den USA bildete. Sie traten für eine Stärkung der übernationalen Elemente und Organisationen der europäischen Gemeinschaft ein und forderten den Eintritt Großbritanniens in die EWG, weil über England die EWG enger mit der NATO und den USA zu einer „atlantischen Gemeinschaft“ verbunden würde. Sie befürworteten zugleich eine flexiblere Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten. Der führende „Atlantiker“ der CDU war Außenminister Gerhard Schröder. Im Regierungslager stützte er sich vor allem auf die norddeutsche CDU und auf die FDP. Im Bundestag konnte er auf Rückendeckung seitens der SPD rechnen. In der publizistischen Öffentlichkeit trat insbesondere die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ für die atlantische Orientierung ein.

Die sogenannten Gaullisten wurden angeführt von Adenauer, der nicht durchgängig und eindeutig diese Position vertrat, und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Publizistisch wurde die gaullistische Orientierung vor allem vom „Rheinischen Merkur“ vertreten. Die deutschen „Gaullisten“ fürchteten, daß die Bundesrepublik ein Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik werden könnte, und wollten daher das Gewicht der Bundesrepublik gegenüber den USA durch einen westeuropäischen Zusammenschluß, ins-



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle umarmen sich nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 22. Januar 1963.

Foto: Ullstein Bilderdienst

besondere eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit, verstärken. Sie waren bereit, die Verhinderung von Großbritanniens EWG-Beitritt dafür in Kauf zu nehmen. Hinsichtlich der Ostpolitik hielten sie am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und an der Hallstein-Doktrin fest. Daß sie damit de Gaulles Politik einer „Öffnung nach Osten“ („Europa vom Atlantik bis zum Ural“) nicht mitmachten, war eine Inkonsequenz, auf die sie die atlantisch orientierten Befürworter einer flexiblen deutschen Ostpolitik immer wieder vergeblich hinwiesen.

Im Bundestag dominierten die „Atlantiker“. Und so ratifizierte das Parlament den deutsch-französischen Vertrag am 16. Mai 1963 erst, nachdem ihm eine Präambel vorangestellt worden war, die klarstellte, daß die enge Partnerschaft der Bundesrepublik mit den USA, die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaften unter Ein-schluß Großbritanniens und die Integration der NATO-Streitkräfte wichtige Ziele der bundesdeutschen Außenpolitik blieben. Damit wurden Ziele benannt, die de Gaulle ausdrücklich abgelehnt hatte. Die Präambel unterlief also die Zielsetzung, die de Gaulle mit dem Vertrag verbunden hatte.

Vom 23. bis 26. Juni 1963 besuchte der amerikanische Präsident John F. Kennedy die Bundesrepublik und wurde noch begeisterter empfangen als vorher de Gaulle. Er war der erste US-Präsident, der auch West-Berlin in seinen Staatsbesuch einschloß. In einer Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses erklärte er sich am 26. Juni vor über 300 000 Menschen solidarisch mit den Berlinerinnen und Berlinern und ihrem Freiheitswillen. Die auf Englisch gehaltene Rede gipfelte in dem deutsch gesprochenen Ausruf „Ich bin ein Berliner“.

Der Kennedy-Besuch und sein ungeheures Echo in der deutschen Öffentlichkeit stärkten die Position der „Atlantiker“ in Adenauers Regierung. Dennoch wiederholte sich der Disput zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ im August 1963, als es um den Beitritt der Bundesrepublik zu dem zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion ausgehandelten Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Weltraum und unter Wasser ging. Die französische Regierung lehnte den Beitritt ab, weil sie nicht eine Politik unterstützen wollte, die ihrer Meinung nach nur die Führungspositionen der USA und der Sowjetunion im jeweiligen Lager untermauern und Frankreich die Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht unmöglich machen würde.

Führende CDU- und CSU-Politiker wie Strauß, der CSU-Abgeordnete Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg und der ehemalige Außenminister Heinrich von Brentano forderten, daß die Bundesrepublik sich dem französischen Vorbild

Prioritäten deutscher Außenpolitik

[...] Am 3. und 4. Juli des vergangenen Jahres war der Besuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn. Sie wissen, daß er günstiger hätte verlaufen können. Unserem Bundeskanzler Erhard ist es dann durch seinen Besuch in Rambouillet gelungen, die Wolken, die sich damals erhoben hatten zwischen unseren beiden Völkern, zu beseitigen. Aber auf diesen guten Anfang, auf diesen ausgezeichneten Anfang sind nicht die entsprechenden Taten gefolgt. Wahrscheinlich sind beide Seiten daran schuld. Aber wir dürfen unter gar keinen Umständen die Kraft, die Geduld und den Mut verlieren, die deutsch-französische Freundschaft auszubauen, zu stärken und zu kräftigen. Es ist dann in Rambouillet zwischen den beiden Staatsmännern vereinbart worden, daß die Verhandlungen zur Herbeiführung der Politischen Union Europas fortgeführt werden sollen. Denn beide Seiten haben das gleiche Interesse an dieser Freundschaft. Dann hat man eine Konferenz in Venedig vorgeschlagen und dafür einen Tag vorgesehen. Anscheinend wird es auch zu dieser Konferenz zunächst nicht kommen. [...] Die Gefahren, die darin stecken, sind für uns, aber auch für Frankreich groß. Unser Geschick ist auch das Geschick Frankreichs. Wenn wir von den Russen verschlungen werden, wird auch Frankreich von den Russen verschlungen werden.

In diesen Tagen hat sich der russische Botschafter in Paris, Winogradow, verabschiedet. De Gaulle hat ihm eine besonders große Auszeichnung, ein großes Dinner, gegeben. Er hat seinen Trinkspruch auf den russischen Botschafter mit folgenden Worten geschlossen: „Auf das Wohl Seiner Exzellenz, des Herrn Winogradow, und der traditionellen, nun aber zu neuem Leben erweckten Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich.“ Nehmen Sie von mir das mit nach Hause: Wenn es auf einmal zwischen zwei Leuten, die sich gut verstanden, nicht mehr so recht stimmt, sind gewöhnlich beide daran schuld. Es fragt sich nur, wer mehr schuld ist. Aber schuld sind gewöhnlich beide. Ich möchte Sie auf einen Artikel hinweisen, der dieser Tage in der *Welt* erschienen ist. Es hieß dort, daß doch in französischen Kreisen Gedanken gehegt würden über die Wiederherstellung des Vertrags zwischen Rußland und Frankreich, der im Jahre 1944 von Rußland gekündigt worden ist.

Das wäre in höchstem Maße bedauerlich. Für uns Deutsche ist es jedoch auch das Signal, aufzupassen und alles zu tun, damit das warme Gefühl, das zwischen den beiden Völkern besteht, die Politiker nötigt, auch in der politischen Arbeit schneller voranzuschreiten [...]

Rede des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer, in: Archiv der Gegenwart, 1965, S. 11 775.

[...] Ziel unserer europäischen Politik bleibt die Schaffung einer föderativen Ordnung für ganz Europa. [...]

Die europäische Einigung hat heute einen Punkt erreicht, von dem aus nur die politische Einigung Europas das bisher Erreichte bewahren kann. Die Politische Union Europas wird kommen. Aber es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Tragweite der durch sie aufgeworfenen Probleme unterschätzen würden. Da ist zunächst die Frage, wie die einzelnen europäischen Regierungen ein geeinigtes Europa sehen, wieweit sie bereit sind, nationale Interessen dem europäischen Gesamtinteresse unterzuordnen. Sodann ist das Verhältnis der europäischen Partner untereinander zu klären. Große und kleine Staaten sollen eine gemeinsame Außenpolitik betreiben. Das Verhältnis von nuklearen und nichtnuklearen Partnern, das schon der Atlantischen Allianz so viel zu schaffen macht, muß auch im europäischen Rahmen eine Regelung finden. Schließlich ist das Verhältnis eines geeinten Europas zu den Vereinigten Staaten ungeklärt. Wir können uns jedenfalls keine europäische Gemeinschaft vorstellen, die dazu bestimmt wäre, sich von den Vereinigten Staaten abzuwenden. Wir hoffen, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten, daß die vorgesehene Außenministerkonferenz bald zustande kommt und uns ein Stück weiterbringt.

Das deutsch-französische Verhältnis ist durch den Vertrag über die Zusammenarbeit der beiden Länder vom 22. Januar 1963 auf eine besondere Ebene gehoben worden. Dieser Vertrag hat sich – was man auch sagen mag – bewährt. Er wird sich eines Tages als ein solides Bindeglied zwischen dem deutschen und dem französischen Volke erweisen, als ein Pfeiler für die europäische Einigung und als ein Beispiel für den Zusammenhalt der freien Welt. In diesem Geiste und in keinem anderen hat der Bundestag diesem Vertrag einmütig zugestimmt. Unser Verhältnis zu den beiden anderen westlichen Mächten, die für Deutschland als Ganzes eine besondere Verantwortung tragen, ist ebenso vertrauensvoll. Mit Genugtuung haben wir vermerkt, daß Präsident Johnson in einer Rede in der Georgetown University festgestellt hat, daß die erzwungene Teilung Deutschlands eine andauernde Friedensbedrohung sei. Er hat uns die Zusicherung gegeben, daß es hierzu keine Zustimmung der Alliierten geben wird. Solange einem Teil Deutschlands das Grundrecht der Selbstbestimmung verweigert wird, könne es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben. [...]

Rede von Außenminister Gerhard Schröder, in: Archiv der Gegenwart, 1965, S. 11 776.

anschließen sollte. Stein des Anstoßes war für sie, daß auch die DDR dem Abkommen zugestimmt hatte und daß die Unterzeichnung eines solchen internationalen Vertrages der De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkommen könnte. Adenauer sah die Bundesrepublik als „Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik“. Außenminister Schröder dagegen befürchtete, daß sich die Bundesrepublik außenpolitisch isolieren würde, wenn sie diesen Versuch, das Verhältnis zwischen West und Ost zu entspannen, nicht unterstützte. Schröder konnte sich schließlich gegenüber dem mißtrauischen Kanzler durchsetzen, weil die Mehrheit im Bundestag auf seiner Seite stand. Am 19. August 1963 trat die Bundesrepublik Deutschland dem Atomtest-stop-Vertrag bei. Dieser Schritt war verbunden mit einer Erklärung, daß die Bundesregierung damit nicht die Eigenstaatlichkeit der DDR anerkenne.

Nach dem Regierungswechsel von Adenauer zu Erhard im Oktober 1963 spitzte sich die Konfrontation zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ im Regierungslager weiter zu. Gegen Schröders Außenpolitik formierte sich in der CDU/CSU-Fraktion eine oppositionelle Gruppierung, die angeführt wurde von Konrad Adenauer, der weiterhin CDU-Vorsitzender war, und vom CSU-Parteivorsitzenden Strauß.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen im Juli 1964, als General de Gaulle zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn kam und der überraschten Bundesregierung den Plan einer politischen Union Europas unterbreitete. Diese um das deutsch-französische Bündnis herum kristallisierte Union sollte die Kräfte Europas zusammenfassen und der europäischen Politik größere Unabhängigkeit von den USA erlauben. Erhard und Schröder reagierten desinteressiert bis ablehnend, Adenauer und Strauß hingegen machten sich de Gaulles Vorschläge schnell zu eigen und kritisierten die Außenpolitik der Bundesregierung. Bundeskanzler Erhard trat diesen Angriffen ungewohnt energisch entgegen. Eine Union der Bundesrepublik mit Frankreich, so sein Standpunkt, werde das Mißtrauen der kleineren EWG-Mitglieder erregen und daher die europäische Einheit und die atlantische Gemeinschaft nicht stärken, sondern schwächen.

Rückschläge für die EWG

In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1965 wurde eine Tagung des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergebnislos abgebrochen. Der französische Außenminister Maurice Couve de Murville, zugleich amtierender Präsident des Ministerrats, stellte fest, eine Gemeinschaft, in der die Partner ihre Zusagen nicht einhielten, sei keine Gemeinschaft mehr, und erklärte die Verhandlungen für gescheitert. Die französische Regierung

stellte ihre Mitarbeit im Ministerrat und in der Kommission ein und beteiligte sich fortan weder an den Tagungen des Rats der EWG noch an den Sitzungen der Ausschüsse der ständigen Vertreter und nicht an den Beratungen über die Verwirklichung der europäischen Wirtschaftsunion.

Anlaß für die Krise der EWG waren unterschiedliche Vorstellungen über die Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarkts. Im März 1965 hatte die EWG-Kommission unter ihrem Vorsitzenden Walter Hallstein vorgeschlagen, die Mitgliedsbeiträge abzuschaffen und statt dessen die Zolleinnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten direkt nach Brüssel überweisen zu lassen. Die Kommission würde dann in der Lage sein, den europäischen Agrarmarkt und die Wirtschaftspolitik aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Die Kontrolle darüber sollte das Europäische Parlament ausüben. Dieses Verfahren hätte die Position der EWG-Kommission gegenüber den Regierungen der EWG-Staaten entscheidend gestärkt und die Kommission in diesem Bereich zu einer Art supranationaler Regierung gemacht. Das aber widersprach de Gaulles Konzept vom „Europa der Vaterländer“, in dem die Entscheidungen von den nationalen Regierungen und nicht von europäischen Institutionen gefällt werden sollten. Nach Meinung der französischen Regierung hatte die Kommission bereits mit der Vorlage der Reformvorschläge ihre Kompetenzen überschritten.

In der Sitzung des Ministerrats, die am 29. Juni 1965 begann, stießen dann die unterschiedlichen Positionen aufeinander. Die Niederlande, Italien und die Bundesrepublik wollten die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments erweitern, Frankreich war dagegen. Belgien und Luxemburg kamen der französischen Auffassung nahe. Sie wollten freilich die Vollmachten des Europäischen Parlaments erst dann erweitern, wenn das Parlament aus allgemeinen Wahlen hervorginge – und auch dagegen hatte die französische Regierung Einwände. Obwohl der Kommissionsvorsitzende Hallstein am späten Abend des 30. Juni ankündigte, daß die Kommission versuchen werde, neue Vorschläge zu unterbreiten, brach Couve de Murville die Sitzung um Mitternacht ab.

Kurzfristiger Erfolg de Gaulles

Die – wie es damals hieß – „Politik des leeren Stuhls“, die Frankreich nach dem 30. Juni 1965 betrieb, stürzte die EWG in eine schwere und anhaltende Krise. De Gaulle benutzte seinen Boykott als Druckmittel, um bei den anderen Mitgliedern der EWG Zugeständnisse in Grundsatzfragen durchzusetzen. Sie fanden ihren Niederschlag im sogenannten Luxemburger Kompromiß vom 29. Januar 1966. Die Außenminister der EWG einigten sich auf eine Finanzierung des Agrarmarktes im französischen Sinne, die Kommission erhielt keine eigenen Einkünfte, die Befugnisse des Europäischen Parlaments wur-

den nicht erweitert, und im Ministerrat durfte – entgegen den Römischen Verträgen – kein Mitgliedstaat bei wichtigen nationalen Fragen überstimmt werden. Der „Kompromiß“ war auf der ganzen Linie ein Sieg Frankreichs, das nun wieder auf allen Ebenen in der EWG mitarbeitete. Der Verzicht auf einen Übergang zum Mehrheitsprinzip im Ministerrat bedeutete in der Praxis, daß der Ministerrat bei jeder Entscheidung den kleinsten gemeinsamen Nenner finden mußte, während die Kommission der EWG als Vertreterin des westeuropäischen Gesamtinteresses an politischem Einfluß verlor.

Als am 1. Juli 1967 die Organe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) durch das Inkrafttreten des Fusionsabkommens vom 8. April 1965 zu einer gemeinsamen Kommission und zu einem gemeinsamen Rat zusammengeschlossen wurden, trat Walter Hallstein zurück. Auf Drängen der französischen Regierung wurde nicht er, sondern der Belgier Jean Rey zum Präsidenten der neuen Kommission für alle drei Gemeinschaften bestellt.

Mit dem Luxemburger Kompromiß hatte sich das nationale Prinzip in der Europapolitik gegenüber supranationalen Bestrebungen durchgesetzt. Der Prozeß der europäischen Einigung stagnierte. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Mitgliedsländern traten die nationalen Interessen bei den Regierungen und in der öffentlichen Meinung wieder stärker in den Vordergrund. Die Jugend wandte sich enttäuscht vom europäischen Einigungswerk ab, das nur noch aus Marktordnungen für Obst und Gemüse zu bestehen schien.

Dabei hatte sich die wirtschaftliche Einigung Westeuropas erfolgreich entwickelt: Am 1. Juli 1968 wurden die Zollunion und der gemeinsame Agrarmarkt verwirklicht. Industriegüter und landwirtschaftliche Erzeugnisse konnten nunmehr ohne Behinderung durch Zollschranken auf dem europäischen Binnenmarkt mit seinen über 180 Millionen Verbrauchern gehandelt werden. Die von de Gaulle heraufbeschworene Krise in der westeuropäischen Integration verhinderte allerdings, daß Europa das wurde, was der General in seinen Deklarationen immer wieder beschworen hatte: eine dritte Kraft zwischen den USA und der Sowjetunion.

Am 11. März 1966 zog Frankreich seine Vertreter aus den integrierten NATO-Stäben zurück, hob die Unterstellung der französischen Truppen in Deutschland unter das NATO-Kommando auf und bat um Verlegung des NATO-Hauptquartiers in ein anderes Land. Frankreich trat damit zwar nicht aus der NATO aus, entzog sich aber der supranationalen Integration der Allianz und versuchte, sie in ein herkömmliches Bündnis souveräner Staaten umzu-

wandeln. Das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO stärkte die Position der Bundesrepublik im atlantischen Bündnis, bürdete ihr aber auch weitere finanzielle Lasten auf. Angesichts der nationalistischen Politik de Gaulles, die darauf hinauslief, den europäischen Partnern die französische Führung statt der amerikanischen anzubieten, ohne das gleiche Maß an militärischer Sicherheit garantieren zu können, verstummte die Kritik der deutschen Gaullisten am Kurs der Bundesregierung, denn auf die amerikanische Präsenz in West-Berlin und im Bundesgebiet wollten auch sie nicht verzichten.

Erst der Rücktritt de Gaulles am 28. Mai 1969 brachte den Prozeß der europäischen Integration wieder in Gang. Am Veto de Gaulles war 1963 und 1967 der Beitritt Großbritanniens zur EWG gescheitert; 1969 sprach sich sein Nachfolger Georges Pompidou für die Erweiterung der EWG aus. Von entscheidender Bedeutung für die Fortentwicklung und Erweiterung der EWG zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) war die Gipfelkonferenz, zu der sich am 1. und 2. Dezember 1969 die Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Länder in Den Haag trafen. Schwerpunkte des Gipfeltreffens waren die Vollendung der Zollunion, die Erweiterung um neue Mitglieder und die Vertiefung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedern auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Ausbau der EG

Die Haager Gipfelkonferenz beschloß, Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den beitragswilligen Staaten Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen über deren Beitritt zur EG zu eröffnen. Im Januar 1970 einigte sich der Rat der Europäischen Gemeinschaften über die Beitrittsbedingungen und lud die Kandidaten zu Beitrittsverhandlungen ein. Diese begannen im Juli mit England und im September mit Irland, Dänemark und Norwegen. Im Dezember 1971 waren die Beitrittsverhandlungen mit England, Irland und Dänemark praktisch abgeschlossen, nachdem man auch über die komplizierten Fischereiprobleme Einigkeit erzielt hatte. Eine ähnliche Einigung kam im Januar 1972 auch mit Norwegen zustande.

Am 22. Januar 1972 unterzeichneten die sechs Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften, Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen die Beitrittsakte. Das britische Parlament billigte den EG-Beitritt endgültig im Juli 1972. Volksabstimmungen in Irland (Mai 1972) und Dänemark (Oktober 1972) fielen ebenfalls zugunsten des EG-Beitritts dieser Länder aus, doch in Norwegen ergab die Volksabstimmung am 26. September 1972 eine Mehrheit gegen den EG-Beitritt. Nach

dem Ende der fünfjährigen Übergangsphase wurden Dänemark, Großbritannien und Irland am 1. Januar 1978 Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaften. Statt sechs Staaten umfaßten die erweiterten Europäischen Gemeinschaften nunmehr neun Staaten mit zusammen 250 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Für die Bundesrepublik Deutschland war die Erweiterung der EG wirtschaftlich bedeutsam, weil sich der europäische Binnenmarkt für deutsche Exporte vergrößerte. Darüber hinaus war die Erweiterung politisch erwünscht, weil die Bundesregierung mit England ein Gegengewicht gegen französische Sonder- und Vormachtsansprüche und zugleich ein Bindeglied zu den USA gewonnen zu haben glaubte.

Die Umsetzung des dritten Ziels der Haager Gipfelkonferenz, der Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, fiel relativ bescheiden aus. Immerhin wurde beschlossen, einen Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu erarbeiten und die außenpolitische Zusammenarbeit zu verstärken. Mindestens zweimal jährlich sollten Ministertreffen stattfinden und mindestens viermal im Jahr das aus den Leitern der Politischen Abteilungen der Außenministerien gebildete „Politische Komitee“ zusammentreten. Mit dieser Konstruktion wurde die „Europäische Politische Zusammenarbeit“ quasi als Direktverbund der Außenministerien neben das EG-System und seinen Apparat gestellt.

Außenpolitische Zusammenarbeit

Dieser Versuch zu einer Koordinierung der europäischen Außenpolitik zeitigte erste Erfolge, als die Außenminister sich auf ihrem ersten Treffen in München am 19. November 1970 auf Grundzüge einer

gemeinsamen Nahost-Politik einigten und gemeinsame Weisungen an ihre Botschafter in Ländern außerhalb der EG verabschiedeten. 1973 beschlossen die mittlerweile neun Außenminister der EG unter dem Eindruck des Nahost-Krieges und des Ölboykotts der OPEC, ihre außenpolitische Zusammenarbeit weiter zu intensivieren, und verpflichteten sich, in wichtigen Fragen „die eigene Haltung nicht endgültig festzulegen, ohne ihre Partner im Rahmen der politischen Zusammenarbeit konsultiert zu haben“. Die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außenpolitik führten immerhin dazu, daß die Mitgliedstaaten ihre außenpolitischen Positionen miteinander abstimmten und in manchen Fragen, etwa bei UNO-Resolutionen und auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gemeinsam auftraten.

Als 1974/75 die Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien zusammenbrachen, wurden die neuen demokratischen Kräfte von den EG-Staaten gemeinsam unterstützt. Andererseits konnte von einer gemeinsamen Außenpolitik der EG-Staaten noch nicht die Rede sein. Auch hatte die Europäische Politische Zusammenarbeit kaum Rückwirkungen auf die politische Integration. Ihre charakteristischen Merkmale waren die Freiwilligkeit und die Möglichkeit, nationale Interessen zu wahren und sich einer gemeinsamen Stellungnahme zu entziehen. Insofern war die Europäische Politische Zusammenarbeit flexibler in ihrer Arbeitsweise und in ihren Reaktionen als die Europäische Gemeinschaft, aber auch nicht derartig zur Einigkeit und Geschlossenheit verpflichtet.

Ihre wirtschaftliche Stärke und ihre durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition gewonnene Handlungsfreiheit wiesen der



US-Präsident John F. Kennedy (l.) bei der Fahrt durch Berlin mit Bundeskanzler Konrad Adenauer (r.) und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Willy Brandt.

Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle zu. So entwickelten Bundesregierung und SPD-Führung besondere Aktivitäten, die mit dem Internationalen Währungsfonds abgestimmt waren, um den Demokratisierungsprozeß in Portugal zu beeinflussen. Als sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens 1974 verschärfen und die italienische Regierung Importbeschränkungen einführt – und damit gegen EG-Verträge verstieß –, räumte die Bundesregierung Italien einen Kredit von fünf Milliarden D-Mark ein, damit die hinderlichen Importbeschränkungen wieder aufgehoben werden konnten. Sie setzte außerdem durch, daß die italienische Regierung zu einer restriktiven Haushaltspolitik überging.

Pläne für eine Währungsunion

Die Entscheidung der Haager Gipfelkonferenz von 1969, schrittweise eine „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ zu errichten, führte schon bald zu konkreten Planungen: Der Ministerrat setzte eine

Expertengruppe ein, die unter der Leitung des luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner einen Stufenplan zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion ausarbeitete. Der Werner-Plan, der im Februar 1971 vom Ministerrat gebilligt wurde, sah vor, in drei Stufen bis 1980 eine gemeinsame europäische Währung einzuführen, ein gemeinsames Zentralbanksystem zu errichten, die Wirtschaftspolitik zu vereinheitlichen und entsprechende Kompetenzen von den nationalen Regierungen auf die Gemeinschaftsorgane zu verlagern.

Auf der ersten Stufe dieses zukunftsweisenden Unternehmens sollten die europäischen Währungen einander angenähert werden, indem die Zentralbanken die Kursschwankungen zwischen den Gemeinschaftswährungen innerhalb engerer Bandbreiten als gegenüber dem Dollar hielten. Im Bereich der Wirtschaftspolitik sollten die bereits vorgeschriebenen Konsultationen verstärkt, Orientierungsdaten für die öffentlichen Haushalte festgelegt und die Instrumente der Wirtschaftspolitik schrittweise einander angeglichen werden.

Die Erfolgsaussichten des Werner-Plans waren angesichts der unterschiedlichen nationalen Interessen und Traditionen und der einander widerstreitenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auffassungen der Mitgliedsländer von Anfang an nicht sehr groß. Sie verschlechterten sich erheblich durch die mit der Ölkrise 1973/74 einsetzende allgemeine Wirtschaftskrise. Die Verengung der Bandbreiten zwischen den europäischen Währungen wurde zwar in Angriff genommen, doch die europäische „Währungsschlange“ beschränkte sich zunächst nur auf Dänemark, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik Deutschland. Sie bewährte sich dennoch innerhalb des gemeinsamen Marktes als Ersatzmechanismus für das System der festen Wechselkurse von Bretton Woods, das 1973 zusammenbrach (vgl. auch S. 46). Der Übergang zur zweiten Stufe des Werner-Plans, die für 1974 vorgesehen war, wurde aufgegeben. Mit dem (vorläufigen) Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion rückte auch das nicht minder ehrgeizige Ziel der Europäischen Union wieder in weite Ferne.

Die DDR zwischen Moskau und Bonn

Peter Borowsky

Ziel der DDR-Außenpolitik war es, die internationale Isolierung zu durchbrechen und die völkerrechtliche Anerkennung als souveräner Staat zu erreichen. Die Errichtung der Mauer schien die DDR diesem Ziel ein Stück näher gebracht zu haben. Dennoch wurde die DDR-Führung die Sorge nicht los, daß die Sowjetunion den USA und der Bundesrepublik Zugeständnisse auf Kosten der DDR machen könnte. Die Einleitung der Entspannungspolitik zwischen den Supermächten und die seit 1963 von der SPD propagierte „Politik der kleinen Schritte“, die zu einem Wandel des DDR-Systems durch Annäherung führen sollte, erregte in Ost-Berlin großes Mißtrauen. Um sich des Rückhalts der Sowjetunion zu versichern, forderte die DDR-Führung nach dem Bau der Mauer immer wieder nachdrücklich den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR, der West-Berlin zur freien entmilitarisierten Stadt und zur „selbständigen politischen Einheit“ machen sollte. Die sowjetische Führung unter Chruschtschow unternahm aber nichts, um einen solchen Separatfriedensvertrag abzuschließen. Vielmehr belehrte Chruschtschow Ulbricht im Januar 1963: „Sie (die sozialistischen Länder) haben die Grenze mit West-Berlin ihrer Kontrolle unterstellt. Und das war der wichtigste Schritt zur Festigung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik“.

Statt eines separaten Friedensvertrages wurde am 12. Juni 1964 der „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR“ unterzeichnet. Artikel 1 und 4 dieses Vertrages fixierten die Anerkennung der DDR durch die Sowjetunion noch einmal vertraglich. Artikel 5 und 8 unterstrichen die „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen beiden Staaten. In einigen Punkten unterstützte der Vertrag die Auffassung der DDR-Führung in der Deutschland- und Berlin-Politik, so wenn in Artikel 7 „gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen beiden souveränen deutschen Staaten“ als Voraussetzung für „die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates“ genannt wurden oder in Artikel 6 West-Berlin als „selbständige politische Einheit“ bezeichnet wurde.

Andererseits enthielt der Vertrag auch Passagen, die als Entgegenkommen gegenüber westlichen Positionen interpretiert werden konnten. Das galt wiederum für die Berlin-Problematik. Hier war die vor dem Mauerbau von der DDR und der Sowjetunion gemeinsam erhobene Forderung nach einer entmilitarisierten „freien Stadt“ durch die Formel ersetzt worden, daß West-Berlin als „selbständige politische Einheit“ zu „betrachten“ (und nicht zu „behandeln“) sei. Da nach Artikel 9

die Rechte und Pflichten der Sowjetunion aus dem Potsdamer Abkommen für Deutschland als Ganzes nicht berührt wurden, stellte der Vertrag auch den Viermächtestatus von Berlin nicht ausdrücklich in Frage. Und wenn in Artikel 2 und 10 vom „Abschluß“ eines deutschen Friedensvertrages die Rede war, so konnte das als endgültiger Verzicht auf einen Separatfrieden zwischen der DDR und der Sowjetunion gedeutet werden.

Die DDR-Führung zeigte im Herbst 1964 eine gewisse Bereitschaft, der Bundesrepublik in Fragen menschlicher Erleichterungen entgegenzukommen, ohne auf der völkerrechtlichen Anerkennung zu bestehen. Am 24. September 1964 wurde ein weiteres Passierscheinabkommen mit dem Berliner Senat abgeschlossen, das für die DDR insofern von Interesse war, als es die Drei-Staaten-Theorie und die Behauptung von der „selbständigen politischen Einheit“ West-Berlin zu stützen schien. Am 9. September 1964 wurde allen im Rentenalter stehenden Bürgerinnen und Bürgern der DDR erlaubt, jährlich eine Besuchsreise von bis zu vier Wochen zu Verwandten in die Bundesrepublik und nach West-Berlin zu unternehmen (vgl. dazu „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 232 und 233).

Ihr erster Ausbruch aus der weltpolitischen Isolierung gelang der DDR-Außen-

politik Anfang 1965: Ägyptens Staatspräsident Gamal Abd el Nasser lud Walter Ulbricht zu einem Staatsbesuch ein. Auch wenn dieser Besuch, der international großes Aufsehen erregte (vgl. auch Seite 8), noch nicht die Anerkennung der DDR durch Ägypten oder andere arabische Staaten zur Folge hatte, so förderte er doch das Ansehen des zweiten deutschen Staates gerade unter den Entwicklungsländern, zumal sich die DDR dort in verstärktem Maße als Vorkämpferin gegen „Neokolonialismus und Imperialismus“ zu profilieren verstand.

Auf dem Weg zur Anerkennung

Im Herbst 1965 gelang der DDR der zweite Durchbruch auf dem Weg zur internationalen Anerkennung. Diesmal erwies sich der Sport als Mittel der Politik. An den Olympischen Spielen in Tokio hatte 1964 noch eine gesamtdeutsche Mannschaft teilgenommen. Am 8. Oktober 1965 entschied das Internationale Olympische Komitee (IOC – International Olympic Committee), für die Olympischen Spiele 1968 in Mexiko zwei deutsche Mannschaften – allerdings unter gleicher Flagge (Schwarz-Rot-Gold mit den olympischen Ringen) und gleicher Hymne (Ode „An die Freude“ aus Ludwig van Beethovens 9. Sinfonie) – zuzulassen. Gleichzeitig nahm das IOC das Nationale Olympische Komitee der DDR als Vollmitglied für das „geographische Gebiet Ostdeutschlands“ auf. 1968 beschloß das IOC dann, daß ab 1972 die DDR-Mannschaft mit eigener Flagge und Hymne auftreten dürfe.

Als die Bundesrepublik am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufnahm, verstärkte die DDR-Regierung ihre Bemühungen um Abgrenzung nach Westen einerseits, um Integration im Osten andererseits. Auf der Warschauer Außenminister-Konferenz (8. bis 10. Februar 1967) gelang es der DDR mit Unterstützung der Sowjetunion, die übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes auf die „Ulbricht-Doktrin“ zu verpflichten. Anders als Rumänien sollten die übrigen Staaten des Paktes erst dann diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen, wenn diese die DDR anerkannt hatte. Auch die Unterzeichnung von Freundschafts- und Beistandspakten mit Polen (10. März), der ČSSR (17. März), Ungarn (18. Mai) und Bulgarien (7. September) dienten der Durchsetzung dieses Prinzips und der weiteren Festigung des östlichen Bündnisses, woran die Sowjetunion angesichts der Entwicklung in der Tschechoslowakei und ihres Konflikts mit China ein ebenso großes Interesse hatte wie die DDR.

Die ständige Agitation gegen die angeblich „militaristische und imperialistische Politik“ der Bundesrepublik diente gleichzeitig dazu, die Bevölkerung der DDR und die Partner des Warschauer Paktes vor einer Annäherung an den Westen zu warnen. Besonders groß schien diese Gefahr in der

ČSSR zu sein. Das seit 1963 unter dem Einfluß tschechischer Intellektueller einsetzende ideologische und innenpolitische Tauwetter beunruhigte die DDR-Führung in höchstem Maße, schien die neue tschechoslowakische Führung unter Alexander Dubček, die im Januar 1968 den Altstalinisten Antonín Novotný abgelöst hatte, doch entschlossen zu sein, sich aus dem sozialistischen Lager zu verabschieden. Walter Ulbricht und die sowjetische Partei- und Staatsführung hatten hinsichtlich der ČSSR ein gemeinsames Interesse: Die Disziplin im sozialistischen Lager mußte gewahrt, das Prager Experiment eines Kommunismus mit menschlichen Zügen beendet werden. Aus Furcht vor einem Übergreifen der Ideen des Prager Reformkommunismus auf ihre Bevölkerung drängte die DDR-Führung auf wirksame Maßnahmen gegen Dubček und seinen Kurs. Sie trug erheblich zu der sowjetischen Entscheidung bei, in der ČSSR militärisch zu intervenieren. An der Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes waren Einheiten der Nationalen Volksarmee der DDR nicht direkt beteiligt. Sie sicherten aber die Nachschublinien in der DDR und standen in Alarmbereitschaft.

In der offiziellen Begründung für den Einmarsch wurde der Westen für die Entwicklung in der ČSSR verantwortlich gemacht: „Mit den Maßnahmen vom 21. August 1968 hatte die imperialistische Politik zur Aufweichung und Auflösung der sozialistischen Gemeinschaft eine strategische Niederlage erlitten. Die Politik des ‚Brückenschlags‘ und die ‚neue Ostpolitik‘, die auf Organisation der Konterrevolution gerichtet war, die Versuche, der Forderung der Völker nach Durchsetzung der friedlichen Koexistenz auszuweichen, waren gescheitert. Die Westgrenze der sozialisti-

schen Gemeinschaft war gestärkt worden“. Aus dieser ideologischen Konstruktion ergab sich die Breschnew-Doktrin. Danach hatten die sozialistischen Staaten nur eine begrenzte Souveränität. Denn sollte in einem Land der Sozialismus gefährdet sein, dann hatten die „Bruderländer“ die „internationalistische Pflicht“, mit militärischen Mitteln einzugreifen, um sozialistische Verhältnisse wiederherzustellen.

Am 8. Mai 1969 wurde die DDR von dem südostasiatischen Königreich Kambodscha völkerrechtlich anerkannt. Die Bundesregierung der Großen Koalition stand vor der Frage, ob sie die Hallstein-Doktrin anwenden, das heißt die Beziehungen zu Kambodscha abbrechen und so der DDR dort die Alleinvertretung überlassen, oder ob sie die Hallstein-Doktrin über Bord werfen sollte. Sie entschied sich für eine Kompromißlösung: Die Beziehungen zu Kambodscha wurden nicht abgebrochen, sondern eingefroren. In Zukunft sollte die Anwendung der Hallstein-Doktrin von den jeweiligen Umständen abhängig gemacht werden. Nun folgte der Durchbruch der DDR zur internationalen Anerkennung wenigstens in der Dritten Welt: 1969 nahmen der Sudan, der Irak und Ägypten diplomatische Beziehungen zur DDR auf. 1970 folgten die Zentralafrikanische Republik, Somalia, Algerien, Ceylon und Guinea.

Die sozialliberale Koalition in Bonn stellte 1969 neue Weichen in der Deutschland- und Ostpolitik; sie tolerierte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Nach Inkrafttreten des Viermächteabkommens über Berlin im Juni 1972 und des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland im Juni 1973 wurde die DDR wie die Bundesrepublik am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenom-



Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 8. November 1972. V.l.: Staatssekretär Michael Kohl (DDR) und Staatssekretär Egon Bahr (Bundesrepublik).

men. Zwischen 1972 und 1974 erkannten die Staaten des Westens, so 1974 auch die USA, die DDR diplomatisch an und errichteten Botschaften in Ost-Berlin. Damit hatte die DDR erreicht, worum sie sich zwanzig Jahre bemüht hatte: die internationale Anerkennung.

Ihre Maximalziele, die volle völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik – einschließlich einer eigenen DDR-Staatsangehörigkeit – und die Trennung West-Berlins von der Bundesrepublik, konnte die DDR-Außenpolitik freilich nie erreichen. Der Grundlagenvertrag und alle weiteren Abkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland dokumentierten das Fortwirken der gemeinsamen staatlichen Vergangenheit und stellten die „besonderen Beziehungen“, die zwischen den beiden deutschen Staaten bestanden, auf eine „völkerrechtsmäßige“, aber nicht völkerrechtliche Grundlage.

Abgrenzungspolitik

Die DDR-Führung versuchte, den innenpolitischen Rückwirkungen der „besonderen Beziehungen“ zur Bundesrepublik entgegenzusteuern, indem sie eine verstärkte Integration der DDR in das „sozialistische Lager“ betrieb und die Abgrenzung der „sozialistischen“ DDR von der „kapitalistischen“ Bundesrepublik durch Absage an die gemeinsame deutsche Nation und Deklaration einer eigenen „sozialistischen Nation“ der DDR verschärfte.

Die Änderung der DDR-Verfassung am 7. Oktober 1974 folgte diesem Abgrenzungskonzept in demonstrativer Weise. Die Verfassung vom 6. April 1968 hatte die DDR noch als „sozialistischen Staat deutscher Nation“ bezeichnet und in Artikel 8 Absatz 2 bestimmt: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf Grundlage der Demokratie und des Sozialismus“. In der geänderten Verfassung von 1974 hieß es nur noch: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“. Der Wiedervereinigungsauftrag in Artikel 8 Absatz 2 wurde ebenso gestrichen wie jeder andere Hinweis auf die deutsche Nation.

Die 1949 von Johannes R. Becher und Hanns Eisler geschaffene Hymne der

DDR wurde nur noch gespielt, aber nicht gesungen, denn der Text „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laß uns Dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland“ paßte nicht mehr in die politische Landschaft.

Die Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und der gemeinsamen Vergangenheit wurde in der revidierten Verfassung flankiert durch die Betonung der Bindungen an die Sowjetunion. War in der alten Fassung von „allseitiger Zusammenarbeit und Freundschaft“ mit der Sowjetunion die Rede gewesen, so hieß es nun: „Die DDR ist für immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der DDR das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens. Die DDR ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft.“ Diese weltweit einmalige verfassungsmäßige Bindung an einen anderen Staat trug der Tatsache Rechnung, daß die DDR für die Sowjetunion von überragender politisch-strategischer Bedeutung war und auf ihrem Boden zwanzig modern ausgerüstete Divisionen der Roten Armee stationiert waren.

Obwohl die alte wie die neue Verfassung in Artikel 65 vorsah, daß „grundlegende Gesetze [...] vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung unterbreitet“ werden, geschah dies im Fall der Verfassungsänderung nicht. Die DDR-Führung wollte eine öffentliche Diskussion der „nationalen Frage“ vermeiden und ließ die Verfassungsänderungen daher direkt von der Volkskammer verabschieden.

Die in der Verfassung der DDR verankerte Bindung an die Sowjetunion wurde bekräftigt durch den neuen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, den die Generalsekretäre Honecker und Breschnew am 7. Oktober 1975 – am 26. Jahrestag der Gründung der DDR – in Moskau unterzeichneten. Dies geschah übrigens, ohne daß der Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion vom 20. September 1955 und der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit vom 12. Juni 1964 offiziell für beendet oder abgelöst erklärt worden wären.

Die Wiedervereinigung Deutschlands, die in den Verträgen von 1955 und 1964 noch eine Rolle gespielt hatte, wurde nicht

mehr erwähnt. Statt dessen wurde die „Unverletzlichkeit“ der Grenzen in Europa „einschließlich der Grenzen zwischen der DDR und der BRD“ als Gewährleistung der europäischen Sicherheit betont. Ungeachtet des Viermächteabkommens über Berlin bestanden die Vertragspartner darauf, daß West-Berlin „kein Bestandteil der BRD ist und auch weiterhin nicht von ihr regiert wird“.

Trotz der im Freundschaftsvertrag zwischen DDR und Sowjetunion enthaltenen Absichtserklärungen über eine verstärkte Integration der DDR in das „sozialistische Lager“ und der von der SED vorgetragenen Abgrenzungsideologie gegenüber der Bundesrepublik entfalteten die deutsch-deutschen Beziehungen seit 1972 eine gewisse Eigendynamik, der sich die DDR-Führung um so weniger entziehen konnte, als sie an den wirtschaftlichen Sonderbeziehungen zur Bundesrepublik interessiert war. Außerdem ergaben sich aus dem Grundlagenvertrag und den Folgeabkommen der Zwang und die Notwendigkeit zu immer neuen Gesprächen, Verhandlungen und Konsultationen auf staatlicher Ebene. Schließlich verstärkten sich die Kontakte zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und der DDR durch Besuchs- und Telefonverkehr ganz erheblich.

Das durch die internationale Anerkennung gestiegene Selbstbewußtsein der DDR-Führung fand seinen architektonischen Ausdruck im „Palast der Republik“, der in den Jahren 1973 bis 1976 im Zentrum Berlins an der Stelle errichtet wurde, an der sich das Schloß der preußischen Könige und deutschen Kaiser befunden hatte, dessen Ruinen 1950 von der DDR-Führung gesprengt worden waren. Auf dem Richtfest am 18. November 1974 erinnerte Erich Honecker sowohl an die monarchische Vergangenheit als auch an die revolutionäre Tradition des Geländes. Während Philipp Scheidemann (SED) von der Rampe des Deutschen Reichstages am 9. November 1918 die Republik ausrief, hatte der Mitbegründer der KPD, Karl Liebknecht, von hier aus die Gründung einer „sozialistischen Republik“ zu proklamieren versucht. Im Lustgarten vor dem Schloß hatten wiederholt sozialistische und kommunistische Massenkundgebungen stattgefunden. Der „Palast der Republik“ wurde zur Tagungsstätte der DDR-Volkskammer; Zentrum der Macht wurde er nie, denn das lag im „Großen Haus“ am Werderschen Markt, dem Sitz des Politbüros der SED.

Literaturhinweise

Agde, Günter (Hg.): *Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente*, Berlin 1991, 391 S.

Abgedruckt sind in dieser Sammlung bisher nicht bekannte Dokumente zum berüchtigten „Kahlschlag-Plenum“ 1965, darunter auch Analysen und Erinnerungen sowie Beiträge von Betroffenen aus der ehemaligen DDR. Sie alle betonen den einschneidenden Charakter, den dieses Plenum für die Reform des Sozialismus hatte, und untermauern die These, daß das 11. Plenum ein erster Sieg der Honecker-Fraktion im SED-Apparat über alle Versuche war, die Jugend- und Kulturpolitik offener zu gestalten.

Anweiler, Oskar/Fuchs, Hans-Jürgen/Dorner, Martina/Petermann, Eberhard (Hg.): *Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-ergleichender Quellenband*, Opladen 1992, 574 S.

Standardwerk zur Bildungspolitik und zum Bildungssystem in beiden deutschen Staaten, das den Unterschied zwischen den föderalistischen Strukturen der Bundesrepublik und dem zentralistischen System der DDR akzentuiert. Kommentiert werden Dokumente zu den Bereichen Bildungspolitik, Bildungsinhalte, Bildung und Arbeitswelt, Erziehungsansprüche und Erziehungskonflikte. Betont wird der auch im internationalen Vergleich hohe Standard und die Leistungsfähigkeit des DDR-Bildungswesens. Die Zeittafel berücksichtigt auch Entwicklungen nach 1989.

Barck, Simone/Langermann, Martina/Lokatis, Siegfried: *Jedes Buch ein Abenteuer. Zensurssystem und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1997, 453 S.

Die Verfasser untersuchen einzelne Phasen der Literaturpolitik in der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren und geben anhand zahlreicher Fallbeispiele einen anschaulichen Einblick in die Zensurpraxis und den Umgang mit Literatur in der DDR.

Baring, Arnulf (unter Mitarbeit von Manfred Görtemaker): *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, 832 S.

Der Verfasser konnte auf Einladung des Bundespräsidenten Scheel und im Kontakt mit ihm und anderen Beteiligten 1976 bis 1979 die Geschichte der Regierung Brandt-Scheel schreiben. Das Buch ist anschaulich verfaßt und bietet einen instruktiven Einblick in die innen- und außenpolitischen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse jener Zeit.

Benz, Wolfgang (Hg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 4 Bde. Frankfurt/M. 1989.

Dieses systematisch aufgebaute Sammelwerk enthält jeweils etwa ein Dutzend Aufsätze zu den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Einzelbeiträge befassen sich in unterschiedlicher Intensität mit den sechziger Jahren.

Brandt, Willy: *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, 655 S.

Der Memoirenband des früheren Bundeskanzlers befaßt sich ausführlich mit der Entstehungsgeschichte der sozial-liberalen Koalition sowie mit der Deutschland- und Ostpolitik. Innenpolitische Entscheidungen werden ebenso wie innerparteiliche Vorgänge nur knapp dargestellt. Auf die Gründe für seinen Rücktritt geht Brandt kaum ein.

Döbert, Hans: *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, inhaltliche und administrati e Sach erhalte und ihre Rechtsgrundlagen*, Berlin 1995, 148 S.

Ein nützliches Nachschlagewerk, das die Besonderheiten des DDR-Bildungswesens vorstellt und wesentliche Informationen unter Stichworten wie polytechnischer Unterricht, allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit, Wehrunterricht usw. anschaulich und präzise präsentiert.

Ellwein, Thomas: *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, München 1989, 248 S.

Übersichtsdarstellung, die bis 1986 reicht und im Prinzip systematisch gegliedert ist. Für die sechziger Jahre konzentriert sich die Darstellung auf Notstandsgesetze und Studentenbewegung, Wirtschaftssteuerung und Krisenmanagement der Großen Koalition und den gesellschaftlichen Wandel. Der Band enthält auch Dokumente und einen Bericht über Forschungsstand und Literatur.

Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen Sylvia: *Ein schwieriges Vaterland*, 2. Auflage München 1979, 483 S.

In dieser anschaulich abgefaßten Untersuchung zum Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik werden historische und politikwissenschaftliche Ansätze mit Ergebnissen der empirischen Soziologie verbunden. Im Anhang finden sich Umfrageergebnisse zum politischen Bewußtsein und zur politischen Partizipation der Bevölkerung in den sechziger und siebziger Jahren.

Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990, 528 S.

Gesamtdarstellung, in der die Entwicklung der Gewerkschaften in den sechziger Jahren, ihre Haltung zu den „wildem

Streiks“ und ihr Verhältnis zur sozialliberalen Bundesregierung knapp zusammengefaßt geschildert werden.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: *So funktionierte die DDR*, Bd. 1 u. Bd. 2: *Lexikon der Organisationen* (1258 S.), Bd. 3: *Lexikon der Funktionäre* (415 S.), Reinbek bei Hamburg 1994.

Standard-Nachschlagewerk zur DDR-Geschichte. Enthält auf der Grundlage der seit 1990 zugänglichen Quellen Informationen und Analysen zu Staatsorganen, Behörden, Parteien, Massenorganisationen und kulturellen Einrichtungen sowie in Bd. 3 zur Funktionärselite der DDR.

Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen (Hg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, 1227 S.

Nach Stichworten geordnetes Nachschlagewerk.

Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, 601 S.

Sammelband mit Untersuchungen und Analysen zu verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR. Für die sechziger Jahre besonders interessant der Aufsatz von Dorothee Wierling über „Die Jugend als innerer Feind“ und der Beitrag von Ute Gerhard „Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse“. Beide verbinden eine chronologisch gegliederte Analyse mit anschaulichen Beispielen.

Kleßmann, Christoph: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1997, 702 S.

Nach wie vor unübertroffene Gesamtdarstellung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung beider deutscher Staaten mit zahlreichen Dokumenten auf dem Stand von 1988 (1. Auflage) sowie mit einem Forschungsbericht über die seit 1988 erschienene Literatur. Gute Ergänzung dazu:

Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg (Hg.): *Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990*. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, 536 S.

Krohn, Maren: *Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze*, Köln 1981, 368 S.

Die Verfasserin schildert die verschiedenen Entwürfe für Notstandsgesetze und stellt in den Mittelpunkt ihrer Darstellung die außerparlamentarische Opposition gegen die Notstandsgesetze, wobei neben der Studentenbewegung die Haltung der Gewerkschaften besonders

breit berücksichtigt wird. Es fehlt allerdings eine systematische Auswertung der Notstandsgesetze im Hinblick auf ihre verfassungsrechtliche und politische Bedeutung.

Langbein, Hermann (Hg.): *Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation in zwei Bänden*, Frankfurt/M. 1995, 1027 S.

Der Herausgeber, selbst ehemaliger KZ-Häftling, dokumentiert hier die Vorgänge im Vernichtungslager Auschwitz anhand von Zeugenaussagen und Nachforschungen des Gerichts.

Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd Rüdiger: *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Op-laden 1996, 286 S.

Die Verfasser setzen sich auf einer breiten Quellenbasis kritisch mit der Geschichte der FDJ als Kadernschule und Organisation zur Erfassung der DDR-Jugend auseinander. Aussagen und Thesen werden durch zahlreiche Dokumente belegt und illustriert.

Marienfild, Wolfgang: *Die Geschichte des Deutschlandproblems im Spiegel der politischen Karikatur*, 2. erweiterte Auflage, Bonn 1991, 320 S.

Eine kommentierte Sammlung von über fünfhundert Karikaturen zum Deutschlandproblem von 1945 bis zum Ende der DDR. Ein ungewöhnlicher und anschaulicher Leitaden für die Behandlung der deutschen Nachkriegsgeschichte im Unterricht.

Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 1997, 960 S.

Der Schwerpunkt des Buches, verfaßt von einem Theologen, der selbst in der Oppositionsbewegung aktiv war, liegt in den achtziger Jahren. Die ersten 200 Seiten des Buches befassen sich aber mit den Anfängen der politischen Opposition und des Widerstands der Bevölkerung in der SBZ und DDR bis 1972.

Otto, Karl A.: *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1979*, Frankfurt/M. u. New York 1977, 230 S.

Diese Darstellung berücksichtigt nicht nur die studentischen Kräfte in der APO und die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, im Mittelpunkt stehen vielmehr die aus unterschiedlichen sozialen Milieus und politischen Lagern stammenden Gegner der atomaren Rüstung und ihre Kampagne für Abrüstung.

Otto, Karl A.: *APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970)*, Köln 1989, 441 S.

Mit einer ausführlichen Einleitung und kurzen einführenden Kommentaren versehene Dokumentation der APO von

der Ostermarschbewegung bis zu ihrem Zerfall nach Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Roesler, Jörg: *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR*, Freiburg/Br. 1990, 192 S.

Diese Untersuchung stammt von einem der besten Experten für die Wirtschaftsgeschichte der DDR. Er vertritt die These, daß das Neue ökonomische System in der DDR vor allem aus politischen Gründen gescheitert sei; die Staats- und Parteiführung sahen durch die größere Selbständigkeit der Betriebe und Kombinate ihr Machtmonopol gefährdet.

Rückert, Adalbert: *NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung*, 2. überarbeitete Auflage, Heidelberg 1984, 343 S.

Als Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle berichtet der Autor über die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen durch die Alliierten und durch westdeutsche Gerichte, über die Erfassung dieser Verbrechen durch die Ludwigsburger Zentralstelle und über die Prozesse im Ausland und in der Bundesrepublik.

Schneider, Michael: *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968)*, Bonn, 1986, 304 S.

Der Autor zeichnet die öffentliche Auseinandersetzung ebenso eingehend nach wie die internen Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozesse in der SPD-Führung und bei den Gewerkschaften.

Schürers *Krisen-Analyse*, in: Deutschland Archiv 25, 1992, S. 1112–1120.

Denkschrift des Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission der DDR, Gerhard Schürer, vom 30. Oktober 1989 für das Politbüro der SED. Darin wird schonungslos die wirtschaftliche Lage der DDR analysiert und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der frühen siebziger Jahre kritisiert.

Stelkens, Jochen: *Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971*, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 45, 1997, S. 503–533.

Gestützt auf reichhaltiges Quellenmaterial vertritt der Verfasser die These, daß Walter Ulbricht gestürzt wurde, weil sein Konzept einer Annäherung der beiden deutschen Staaten bis hin zu einer wirtschaftlichen Konföderation der Honecker-Fraktion und der sowjetischen Führung zu weit ging.

Stöss, Richard: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklungen, Ursachen, Gegenmaßnahmen*, Opladen, 1989, 273 S.

Das Buch behandelt die Entwicklung des Rechtsextremismus in Westdeutschland seit 1945. Nicht nur die NPD, son-

dern auch der „neue Rechtsextremismus“ seit Ende der sechziger Jahre werden hier untersucht.

Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hg.): *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, 352 S.

Die Beiträge dieses Sammelbandes untersuchen das Verhältnis zwischen SED und Staatssicherheitsdienst von Anfang bis Ende der DDR. Grundlinie der Interpretation ist die These, daß das Ministerium für Staatssicherheit stets Befehlsempfänger der SED blieb und sich nicht zu einem eigenständigen Machtfaktor im DDR-Herrschaftssystem entwickelte.

Wenzke, Rüdiger: *Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung*, Berlin 1995, 294 S.

Der Verfasser untersucht sehr akribisch die Rolle Ulbrichts bei der Entscheidung zur Intervention der Warschauer Staaten in der ČSSR 1968. Er belegt, daß die NVA zwar nicht aktiv an der militärischen Besetzung der ČSSR beteiligt war, daß sie aber in der logistischen Vorbereitung eine wichtige Rolle spielte.

Werkentin, Falco: *Politische Straffjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1995, 430 S.

Auf einer breiten Quellenbasis und anhand einzelner Prozeßbeispiele untersucht der Verfasser die Funktion der Straffjustiz als Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung in der DDR, als Instrument der Abgrenzung von der Bundesrepublik und als Mittel zur Ahndung politisch abweichenden Verhaltens (wie bei den Protestaktionen gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR 1968).

ders.: *Recht und Justiz im SED-Staat. Vom offenen Justizterror der Ulbricht-Ära zur verschämten Repression der Honecker-Zeit: 40 Jahre politische Justiz der DDR*, Deutsche Zeitbilder Bonn voraussichtlich Frühjahr 1998, ca. 100 S.

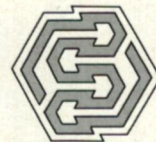
Anhand von exemplarischen Einzelfällen wird hier die Rolle der Justiz bei der Verfolgung von Vergehen wie „Republikflucht“ und politischer Opposition gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR untersucht.

Wilhelm, Irmgard (Hg.): *Deutsche Geschichte 1962–1983. Dokumente in zwei Bänden*, Frankfurt/M. 1985, 272 und 304 S.

Die ausgewählten und kommentierten Dokumente beziehen sich auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentiert werden neben den deutsch-deutschen Beziehungen die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition, die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, die Ost- und Reformpolitik der sozialliberalen Koalition sowie der Extremistenbeschuß und seine Folgen.

Informationen

zur politischen Bildung



Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB),
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB),
Christine Hesse.

Manuskript und Mitarbeit: Peter Borowsky, Hamburg; Elke Diehl, Bonn;
Jürgen Faulenbach, Bonn; Hermann Harms, Braunschweig; Christine Hesse,
Bonn; Werner Ripper, Seeheim-Jugenheim; Walter Süß, Berlin.

Gestaltung: Karl J. Schladt, München.

Titelbild: Ullstein Bilderdienst.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH,
Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Bruckmann, Nymphenburger Straße 86, 80636 München.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage: 1 150 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: Februar 1998.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Titelbild:

US-Präsident John F. Kennedy
während seines Berlin-Besuchs
im Wagen neben dem Regierenden
Bürgermeister von Berlin
Willy Brandt und Bundeskanzler
Konrad Adenauer (v. l.) im
Juni 1963.

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40,
in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292
(Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung
bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service
unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr
zur Verfügung.